

VON ADORNO ZU MAO

Die Rezeption der Kritischen Theorie und die
Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen deutschen
Vergangenheit von der antiautoritären Fraktion der
Studentenbewegung zu den K-Gruppen

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg i.Br.

vorgelegt von
Jens Benicke
aus München

WS 2008/2009

Erstgutachterin: Prof. Dr. Ingeborg Villinger

Zweitgutachterin: PD Dr. Cornelia Brink

Vorsitzende des Promotionsausschusses
der Gemeinsamen Kommission der
Philologischen, Philosophischen und Wirtschafts-
und Verhaltenswissenschaftlichen Fakultät: Prof. Dr. Elisabeth Cheauré

Datum der Fachprüfung im Promotionsfach: 25.06.2009

Inhalt

1	Einleitung	5
1.1	<i>Exposition der Fragestellung</i>	<i>5</i>
1.2	<i>Literaturlage und Forschungsstand.....</i>	<i>7</i>
1.3	<i>Methodisches Vorgehen</i>	<i>13</i>
1.4	<i>Aufbau der Arbeit.....</i>	<i>18</i>
2	Studentenbewegung und Kritische Theorie.....	23
2.1	<i>Die Kritische Theorie.....</i>	<i>23</i>
2.2	<i>Die Entstehung der Studentenbewegung und der Neuen Linken in der Bundesrepublik</i>	<i>30</i>
2.3	<i>Die Rezeption der Kritischen Theorie durch die Studentenbewegung bis 1968</i>	<i>37</i>
2.3.1	<i>Horkheimers „Autoritärer Staat“ und die Faschismuskussionen im Institut für Sozialforschung.....</i>	<i>37</i>
2.3.2	<i>Die Bedeutung des Antisemitismus für die Kritische Theorie</i>	<i>41</i>
2.3.3	<i>Marcuse und die Frage nach dem revolutionären Subjekt:</i>	<i>48</i>
2.3.4	<i>Habermas´ Kritik an der Radikalität der Bewegung.....</i>	<i>54</i>
2.3.5	<i>Adorno und das Verhältnis von Theorie und Praxis</i>	<i>59</i>
3	Die Auseinandersetzungen in der Studentenbewegung über den Nationalsozialismus	68
3.1	<i>Diskussionen innerhalb der Studentenbewegung über eine Theorie des Faschismus.....</i>	<i>68</i>
3.2	<i>Die „Überwindung des Antisemitismus“</i>	<i>76</i>

3.3	<i>Die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen und die Reaktionen der Studentenbewegung.....</i>	<i>81</i>
3.4	<i>Gibt es eine Kontinuität des Nationalsozialismus in die BRD?</i>	<i>87</i>
3.5	<i>Sind die Notstandsgesetze „NS-Gesetze“?</i>	<i>97</i>
3.6	<i>Rudi Dutschke und die deutsche Nation</i>	<i>103</i>
3.7	<i>Israel und die deutsche Linke bis 1967.....</i>	<i>107</i>
3.8	<i>Die antizionistische Wende der deutschen Linken nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967</i>	<i>111</i>
4	Die Veränderung der Rezeption der Kritischen Theorie während des Höhepunkt und des Zerfalls der Studentenbewegung.....	119
4.1	<i>1968 - Auf dem Höhepunkt der Bewegung</i>	<i>119</i>
4.2	<i>Faszination Kulturrevolution.....</i>	<i>122</i>
4.3	<i>Die Gründung der ersten Parteien</i>	<i>125</i>
4.4	<i>Der Zerfall der Studentenbewegung und das „Gründungsfieber“</i>	<i>128</i>
4.5	<i>Die Septemberstreiks 1969 und die „proletarische Wende“ der Protestbewegung.....</i>	<i>131</i>
4.6	<i>Die Rolle der Intelligenz</i>	<i>135</i>
4.7	<i>Die Abwendung von der Randgruppentheorie</i>	<i>140</i>
4.8	<i>„Die Reste bürgerlicher Ideologie entschieden bekämpfen“</i>	<i>143</i>
4.9	<i>Die Spaltung der Heidelberger Linken und die Abrechnung mit der Studentenbewegung.....</i>	<i>147</i>
5	Die Auseinandersetzungen über den Nationalsozialismus in der Übergangsphase zu den K-Gruppen.....	153
5.1	<i>Die weiteren Diskussionen über eine Theorie des Faschismus.....</i>	<i>153</i>

5.2	<i>Die fortgesetzte Beschäftigung mit den Kontinuitäten des Nationalsozialismus in der BRD.....</i>	161
5.3	<i>Diskussionen über eine drohende Faschisierung der Gesellschaft ..</i>	163
5.4	<i>Der Nahostkonflikt und die deutsche Vergangenheit.....</i>	167
6	Die Rezeption der Kritischen Theorie in den K-Gruppen.....	175
6.1	<i>Die K-Gruppen.....</i>	175
6.2	<i>Die Entwicklung der K-Gruppen.....</i>	180
6.3	<i>War die Rote Armee Fraktion eine bewaffnete K-Gruppe?.....</i>	187
6.4	<i>Zwischen Anarchismus und Werkzeug der Bourgeoisie.....</i>	197
6.5	<i>Die Intellektuellenfeindschaft der K-Gruppen.....</i>	202
6.6	<i>Die Auseinandersetzung des KBW mit der Kritischen Theorie</i>	207
6.7	<i>Die Kritische Theorie als bürgerliche Sozialwissenschaft.....</i>	215
7	Das Verhältnis der K-Gruppen zum Nationalsozialismus	220
7.1	<i>Die Faschismusanalyse der K-Gruppen</i>	220
7.2	<i>Abwehr der deutschen Geschichte und Nationalismus der K-Gruppen</i>	226
7.3	<i>Auseinandersetzungen über die Sozialfaschismusthese.....</i>	239
7.4	<i>Die Bewertung der bundesrepublikanischen Gesellschaft durch die K-Gruppen</i>	246
7.5	<i>Der Antizionismus der K-Gruppen</i>	253
7.6	<i>Der Niedergang der K-Gruppen.....</i>	263
8	„Die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung“.....	266

9	Literaturverzeichnis.....	272
9.1	<i>Buchveröffentlichungen</i>	<i>272</i>
9.2	<i>Zeitschriftenartikel.....</i>	<i>299</i>
9.3	<i>Quellen</i>	<i>314</i>
9.4	<i>Internet.....</i>	<i>316</i>
10	Abkürzungsverzeichnis	317

1 Einleitung

1.1 Exposition der Fragestellung

„Schon der ganze Anfang mit unserer interdisziplinären Ausrichtung und Zusammenarbeit im Rahmen unserer politischen Philosophie, dann in der Emigration der zähe Wille, diese Tradition aufrechtzuerhalten, die einzig fortschrittliche Stimme des deutschen Geistesleben, das ist wohl außerordentlich. Adornos Wort von der ‚Flaschenpost‘ trifft diesen Sachverhalt ja genau. Wir haben uns dann freilich in den sechziger Jahren sehr gewundert, mit welch einem Knall diese Flasche entkorkt worden ist. Jeder von uns hat verschieden darauf reagiert.“¹

Die Kritische Theorie Max Horkheimers, Theodor W. Adornos, Herbert Marcuses und der anderen Mitarbeiter des Frankfurter „Instituts für Sozialforschung“ (IfS) gilt im Allgemeinen als schwer zugänglich und als reine Theorie ohne Praxisbezug. Die kritischen Theoretiker gingen selber davon aus, dass ihre Ideen in ihrer Zeit keine Rezipienten finden würden und ersannen deshalb für ihre Arbeiten die Metapher der Flaschenpost, von der sie hofften, dass sie von späteren Lesern² geborgen und verstanden werden würde. Zu ihrer eigenen Überraschung wird die Kritische Theorie dann aber in den weltweiten Protestbewegungen der sechziger Jahre und speziell in deren antiautoritären Flügel in Westdeutschland ausführlich rezipiert. Sie wird zur Grundlage des politischen Handelns der antiautoritären Fraktion und kommt damit zum ersten Mal überhaupt praktisch zur Geltung. Die revoltierenden Studierenden greifen in ihrer umfassenden Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse auf verschiedene Überlegungen der Frankfurter Denker zurück. Dies wird von den einzelnen Vertretern der Kritischen Theorie unterschiedlich aufgenommen. Die Spanne der Reaktionen reicht dabei von strikter Ablehnung bis hin zu expliziter Unterstützung der Protestbewegung.

Die Theorie der Frankfurter Schule ist von Beginn an geprägt durch die Solidarität mit der Arbeiterklasse, schließlich sollte das 1923 gegründete

¹ Leo Löwenthal, Mitmachen wollte ich nie. Ein autobiographisches Gespräch mit Helmut Dubiel, Frankfurt am Main 1980, S. 85f.

² Aus Gründen der Lesbarkeit wird in dieser Arbeit auf die durchgängige Nennung der männlichen und weiblichen Bezeichnungen verzichtet.

Frankfurter Institut nach der Revolution der siegreichen Rätegesellschaft übergeben werden. Doch das Ausbleiben der proletarischen Umwälzung und die Machtergreifung der Nationalsozialisten, die Erfahrung des Exils und vor allem die Vernichtung der europäischen Juden hinterlassen deutliche Spuren in der Theorie. Diese Erfahrungen werden prägend für die weitere Entwicklung der Kritischen Theorie und bestimmen von nun an das Denken der Frankfurter Wissenschaftler.

Die Aktivitäten der antiautoritären Studierenden in den fünfziger und frühen sechziger Jahren werden in der Nachkriegsgesellschaft der Bundesrepublik bestimmt von der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Zentrale Erklärungsmuster liefern dafür die theoretischen Überlegungen der Kritischen Theorie. Doch dieser dominierende Einfluss, den die Gedanken der Kritischen Theorie auf die Protagonisten der Protestbewegung ausüben, und auch die intensive Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sind nur von kurzer Dauer. Nachdem aus den kleinen studentischen Theoriezirkeln eine aktionistische Massenbewegung wird, bestimmen die tagespolitischen Auseinandersetzungen die Prioritäten der Protestierenden. Schon kurz nach dem Höhepunkt der Bewegung im Jahr 1968 beginnt ein Zerfalls- und teilweise Traditionalisierungsprozess, aus dem heraus sich auch autoritäre, marxistisch-leninistische Organisationen, die sog. K-Gruppen konstituieren. Verbunden damit ist eine radikale Abwehr gegenüber Kritischer Theorie. In der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bedeutet dies für die Theoriebildung der Protestbewegung eine Hinwendung zur orthodox-marxistischen Faschismusanalyse.

Die K-Gruppen sind marxistisch-leninistische Kaderorganisationen, die als eine der wichtigsten Folgeerscheinungen der Studentenbewegung anzusehen sind. Der Name K-Gruppen steht dabei als gemeinsame Bezeichnung für diese Organisationen, da deren Namen, zumindest anfangs, alle mit einem K als Abkürzung für „kommunistisch“ beginnen. Die Bezeichnung bürgert sich Anfang der siebziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts ein. Als Eigenbezeichnungen bevorzugen die K-Gruppen allerdings meist die Benennung als marxistisch-leninistische oder antirevisionistische Organisationen, um damit ihre Ablehnung des Staatssozialismus Moskauers

Prägung zu demonstrieren.³ In dieser Arbeit wird jedoch trotzdem meist die Bezeichnung K-Gruppen verwendet, da sich dieser Begriff in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesen Gruppierungen inzwischen weitgehend etabliert hat.

Die gemeinsame ideologische Basis der K-Gruppen ist der Marxismus-Leninismus. Dieser wird nach Lenins Tod 1924 zur verbindlichen Herrschaftsideologie und weltanschaulichen Grundlage der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (KPdSU) und der mit ihr verbundenen kommunistischen Parteien in der ganzen Welt. Nach dem Tode Stalins und dem Bruch zwischen der „Kommunistischen Partei Chinas“ (KPCh) mit der Sowjetunion bezeichnen sich die maoistischen Parteien explizit als marxistisch-leninistisch und sprechen den an Moskau orientierten Kommunisten diese Bezeichnung ab. Diesen werfen sie die Revision des Marxismus-Leninismus vor. Die in dieser Arbeit behandelten K-Gruppen sind, zumindest in ihrer Anfangszeit, linientreue Vertreter dieser maoistischen Interpretation des Marxismus-Leninismus.

Rückblickend lässt sich nach der Konstitution der K-Gruppen feststellen, dass aus der antiautoritären Kritik der Studentenbewegung an den gesellschaftlichen Verhältnissen der Nachkriegsgesellschaft der Bundesrepublik autoritäre Kaderorganisationen entstanden sind, die von einer Abwehr gegen die nationalsozialistische Vergangenheit geprägt sind. Diese Entwicklung soll in dieser Arbeit anhand der Rezeption der Kritischen Theorie von der antiautoritären Fraktion der Studentenbewegung zu den K-Gruppen rekonstruiert und analysiert werden.

1.2 Literaturlage und Forschungsstand

Ein Grossteil der Schriften der wichtigsten Vertreter der Kritischen Theorie ist mittlerweile veröffentlicht. So gibt es etwa Werkausgaben von Adorno, Horkheimer und Marcuse auf die in dieser Arbeit zurückgegriffen werden konnte. Über die verschiedenen Aspekte Kritischer Theorie existieren

³ Vgl. Michael Steffen, *Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991*, Berlin/Hamburg/Göttingen 2002, S. 17ff.

inzwischen außerdem umfangreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen. Auch das Verhältnis zwischen Studentenbewegung und Frankfurter Schule war bereits Thema verschiedener Publikationen. Die Rezeption der Kritischen Theorie durch die Studentenbewegung der sechziger Jahre wird aber nur in einem der beiden Standardwerke über die Frankfurter Schule behandelt. Martin Jays „Dialektische Phantasie“⁴ umfasst lediglich den Zeitraum von 1923 bis 1950, während das 1988 von Rolf Wiggershaus veröffentlichte Werk „Die Frankfurter Schule. Geschichte. Theoretische Entwicklung. Politische Bedeutung“⁵ auch die Zeit der Jugendrevolte einschließt. Dies geschieht ebenfalls ausführlich in dem von Alex Demirović 1999 publizierten Buch „Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule“, in dem er zu dem Schluss kommt, die Schriften der Kritischen Theoretiker *„[...] waren das Medium der Selbstverständigung der studentischen Protestbewegung in der Bundesrepublik.“*⁶

Ebenfalls breit behandelt wird das Thema im von Clemens Albrecht et al. herausgegebenen Sammelband „Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule“.⁷ Günter C. Behrmann stellt darin sogar die These auf, die Kritische Theorie sei 1968 erst erfunden worden und stellt damit einen Zusammenhang zwischen der Rezeption der Studentenbewegung und der Wirkungsgeschichte der Kritischen Theorie her. Insgesamt wird in dem Sammelband allerdings die Bedeutung der Kritischen Theorie für die politische Entwicklung der Bundesrepublik überbewertet und vor allem auch die von ihren Urhebern nicht intendierte Diffusion der Kritischen Theorie vernachlässigt. In Michael Schmidtkes „Der Aufbruch der jungen Intelligenz“⁸ geht es dagegen genau um diese Ideendiffusion, die von den Theorien der Neuen Linken ausgehend die Gesellschaft in den 1960er Jahren modernisiert und reformiert haben. Dabei

⁴ Vgl. Martin Jay, Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923-1950, Frankfurt am Main 1976.

⁵ Vgl. Rolf Wiggershaus, Die Frankfurter Schule. Geschichte. Theoretische Entwicklung. Politische Bedeutung, München 2001.

⁶ Alex Demirović, Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule, Frankfurt am Main 1999, S. 48.

⁷ Vgl. Clemens Albrecht et. al., Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt am Main/New York 1999.

spielt die Kritische Theorie natürlich eine bedeutende Rolle. Das Verhältnis von Herbert Marcuse zu den neuen Protestbewegungen ab den sechziger Jahren und den Einfluss, den diese auf sein Denken hatten, untersucht Roland Roth in seiner Studie „Rebellische Subjektivität“.⁹ Dabei kommt Roth zu dem Ergebnis, dass Marcuses Gesellschaftsanalysen in der Theorie und Praxis der neuen Protestbewegungen, von der Studentenbewegung bis zu den Neuen Sozialen Bewegungen der 1980er Jahre, einen bedeutenden Einfluss hatten. Dies gelte selbst dann, wenn dies den Bewegungen gar nicht bewusst sei. Einem Schüler Marcuses, dem dieser Einfluss dagegen sehr bewusst war, widmet Michaela Karl ihre umfangreiche Doktorarbeit.¹⁰ Sie untersucht darin das politische Denken Rudi Dutschkes, für den Marcuse zeitlebens eine Autorität darstellte. Unerlässlich für diese Arbeit war natürlich die umfangreiche dreibändige Veröffentlichung von Wolfgang Kraushaar, in der nicht nur die wichtigsten Dokumente über die Beziehung von Kritischer Theorie und Studentenbewegung gesammelt wurden, sondern auch wichtige Aspekte ihres Verhältnisses analysiert werden.¹¹ Außerdem wird den Schriften von Hans-Jürgen Krahl, dem wichtigsten Theoretiker des antiautoritären Flügels der Studentenbewegung, besondere Aufmerksamkeit gewidmet.¹² Dieser stellt als Adorno-Schüler und führender theoretischer Kopf des antiautoritären Flügels des SDS so etwas wie die Personifikation des Zusammenhangs zwischen Kritischer Theorie und Protestbewegung dar.

⁸ Vgl. Michael Schmidtke, Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Campus Historische Studien Band 34, Frankfurt am Main/New York 2003.

⁹ Vgl. Roland Roth, Rebellische Subjektivität. Herbert Marcuse und die neuen Protestbewegungen, Frankfurt am Main/New York 1985.

¹⁰ Vgl. Michaela Karl, Rudi Dutschke. Revolutionär ohne Revolution, Frankfurt am Main 2003.

¹¹ Vgl. Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946-1995, 3 Bände, Hamburg 1998.

¹² Vgl. Hans-Jürgen Krahl, Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Emanzipation. Schriften, Reden und Entwürfe aus den Jahren 1966-1970, Frankfurt am Main, 1971; Hans-Jürgen Krahl, Erfahrung des Bewusstseins. Kommentare zu Hegels Einleitung der Phänomenologie des Geistes und Exkurse zur materialistischen Erkenntnistheorie, hrsg. und bearbeitet von Carl G. Hegemann et al., nach der Bandaufzeichnung der Arbeitsgruppe von H.-J. Krahl und J. Wiesz vom Frühjahr 1968, Frankfurt am Main 1979 und Hans-Jürgen Krahl, Vom Ende der abstrakten Arbeit. Die Aufhebung der sinnlosen Arbeit ist in der Transzendentalität des Kapitals angelegt und in der Verweltlichung der Philosophie begründet, hrsg. und eingeleitet von Walter Neumann, Frankfurt am Main 1984.

Die Protestbewegungen der sechziger Jahre werden insgesamt in der sozialwissenschaftlichen Literatur zwischen den Polen einer notwendigen Demokratisierung und Modernisierung der Bundesrepublik einerseits und extremistischer Ablehnung der parlamentarisch-demokratischen Ordnung andererseits verhandelt. Zu den Anhängern der ersten Position zählt u. a. Jürgen Habermas, der durch die Protestbewegungen der sechziger Jahre einen Prozess der „*Fundamentalliberalisierung*“¹³ in der Bundesrepublik eingeleitet sieht. Dieser Verlauf wird als Teil eines umfassenden Wertewandels¹⁴ in den westlichen Gesellschaften verstanden. Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie betont in diesem Zusammenhang, dass dieser Prozess den Intentionen der Neuen Linken zuwiderläuft. Denn die Protestbewegung habe sich der revolutionären Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsordnung verschrieben und trotzdem den Anstoß zur Modernisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft gegeben. Man könne folglich von einer „*glücklich gescheiterten Revolution*“¹⁵ sprechen, die aber gerade durch das Scheitern an ihren ursprünglichen Zielsetzungen zur „*zweiten Geburt der Demokratie in Deutschland*“¹⁶ geführt habe. In der neueren historischen Forschung wird dagegen der Zeitpunkt des Liberalisierungsprozesses früher angesetzt. Die Studentenbewegung erscheint darin lediglich als ein radikalisierte Nachzügler bereits zuvor vonstatten gehender Reformprozesse.¹⁷ Beispielhaft für die zweite Position, die in der Protestbewegung der sechziger Jahre einen extremistischen Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung sieht, steht der Politikwissenschaftler und langjährige Vorsitzende des „Rings Christlich Demokratischer Studenten“ (RCDS), Gerd Langguth, der in seinen Veröffentlichungen auch auf den Einfluss der Vertreter

¹³ Jürgen Habermas, Interview mit Angelo Bolaffi, in: ders., Die nachholende Revolution. Kleine Politische Schriften VII, Frankfurt am Main 1990, S. 26.

¹⁴ Vgl. Ronald Inglehart, The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics, New Jersey 1977.

¹⁵ Claus Leggewie, 1968 ist Geschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Band 22-23/2001, S. 3.

¹⁶ Knut Nevermann, Die APO und ihre Anstöße – zu Gerechtigkeit und Selbstbestimmung, in: Helmut Geiger und Armin Roether (Hrsg.), Dutschke und Bloch. Zivilgesellschaft damals und heute, Mössingen – Talheim 1999, S. 125.

¹⁷ Vgl. dazu etwa Ulrich Herbert, Liberalismus als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: Ders. (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, Göttingen 2002, S. 7-49.

der Kritischen Theorie für den „*antidemokratischen Charakter der 68er Revolte*“¹⁸ verweist. Im Gegensatz zu der mit der Protestbewegung sympathisierenden erstgenannten Position, die oftmals die konkreten Inhalte der Neuen Linken vernachlässigt und den Schwerpunkt auf die Wirkungsgeschichte legt, betont dieser zweite Ansatz explizit die Bedeutung der theoretischen Äußerungen der 68er Bewegung.¹⁹

Eine herausragende Rolle spielt die Protestbewegung der sechziger Jahre auch in der sozialen Bewegungsforschung. Exemplarisch sei hier auf den von der Historikerin Ingrid Gilcher-Holtey herausgegebenen Band „1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft“²⁰ hingewiesen, in dem sich auch ein Aufsatz der Herausgeberin zum Verhältnis der Kritischen Theorie und der Neuen Linken findet.

Auf die Bedeutung, die der Widerspruch zwischen den Bewegungen der „Alten Linken“ zu denen der „Neuen Linken“ für die globale Bewegung der sechziger Jahre spielt, weist Immanuel Wallerstein hin, für den 1968 eine „*Weltrevolution im Weltsystem*“²¹ darstellt. Für Wallerstein stellt sich die Generationenfrage jedoch nur im Verhältnis zwischen „alter“ und Neuer Linken. Im Widerspruch dazu steht ein aus der Soziologie stammender Ansatz, der versucht, die Studentenbewegung aus der Generationenabfolge der Bundesrepublik zu rekonstruieren.²² Da es im Folgenden aber um die Rezeption der Kritischen Theorie gehen soll und nicht um die Motive, aus denen heraus die Protestierenden agieren, ist der Generationenansatz für diesen Zusammenhang zu vernachlässigen.

Neben den erwähnten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen wird in dieser Arbeit auch auf die inzwischen umfangreiche „Erinnerungsliteratur“ von ehemals in der Bewegung Beteiligter zurückgegriffen.

¹⁸ Gerd Langguth, *Mythos '68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke – Ursachen und Folgen der Studentenbewegung*, München 2001, S. 11.

¹⁹ Beispielhaft sei hier auf den schon 1968 erschienenen Sammelband, Erwin K. Scheuch (Hrsg.), *Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der „Neuen Linken“ und ihrer Dogmen*, Köln 1968, verwiesen.

²⁰ Vgl. Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), *1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 17*, Göttingen 1998.

²¹ Immanuel Wallerstein, *1968: eine Weltrevolution im Weltsystem*, in: Etienne François et. al. (Hrsg.), *1968 – ein europäisches Jahr? Beiträge zu Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsordnung 6*, Leipzig 1997, S. 19.

²² Vgl. Heinz Bude, *Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938 bis 1948*, Frankfurt am Main 1995.

Im Gegensatz zur Studentenbewegung der sechziger Jahre und die von ihr auf die Gesellschaft ausgehenden Folgen existiert über die K-Gruppen kaum Literatur. Im besonderen Maße gilt dies für die Politikwissenschaft, die sich bisher nur wenig mit dem Thema auseinandergesetzt hat. Erst in den letzten Jahren erscheinen überhaupt einige Abhandlungen zum Thema. So veröffentlicht im Jahr 2002 Michael Steffen mit seiner Arbeit über den „Kommunistischen Bund“ (KB) die erste Gesamtdarstellung einer K-Gruppe.²³ Bereits ein Jahr vorher publiziert der ehemalige Kader des „Kommunistischen Bundes Westdeutschlands“ (KBW) Gerd Koenen eine Übersicht über „das rote Jahrzehnt“.²⁴ 2005 erscheint dann mit „Stalins Enkel, Maos Söhne“ von Andreas Kühn eine Arbeit über „die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre“²⁵, die sich allerdings weitgehend auf die Entlarvung der marxistisch-leninistischen Organisationen als totalitäre Organisationen beschränkt. Und 2008 wird mit „Kulturrevolution als Vorbild?“ eine Untersuchung über „Maoismen im deutschsprachigen Raum“ vorgelegt, die auch die Entwicklungen in Österreich und der Schweiz mit einbezieht.²⁶ Davor existierten neben den betreffenden Einzeldarstellungen im Parteienhandbuch von Richard Stöss²⁷ und Gerd Langguths Studien über die Protestbewegung²⁸ nur zwei vorwiegend auf Primärmaterial basierende Abhandlungen aus den siebziger Jahren,²⁹ die sich mit diesem Thema aus politikwissenschaftlicher Sicht auseinandergesetzt haben.

²³ Vgl. Steffen, 2002.

²⁴ Vgl. Gerd Koenen, Das Rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977, Köln 2001.

²⁵ Vgl. Andreas Kühn, Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt am Main 2005.

²⁶ Vgl. Sebastian Gehrig, Barbara Mittler und Felix Wemheuer (Hrsg.), Kulturrevolution als Vorbild? Maoismen im deutschsprachigen Raum, Frankfurt am Main 2008.

²⁷ Vgl. Richard Stöss (Hrsg.), Parteien – Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band II, FDP bis WAV, Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Band 39, Opladen 1984.

²⁸ Vgl. Gerd Langguth, Protestbewegung am Ende. Die neue Linke als Vorhut der DKP, Mainz 1971, Gerd Langguth, Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968-1976, Köln 1976 und Gerd Langguth, Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Bibliothek Wissenschaft und Politik Band 30, Köln 1983.

²⁹ Vgl. Frank D. Karl, Kommunistischer Bund Westdeutschland. Kommunistische Partei Deutschlands. Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten. Die K-Gruppen. Entwicklung – Ideologie – Programme, Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg 1976 und Helmut Bilstein et al., Organisierter Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. DKP – SDAJ – MSB Spartakus – KPD/KPD (ML)/KBW/KB, 4. überarbeitete und erweiterte Auflage, Opladen 1977.

Weiterhin zu erwähnen sind die bereits 1977 anonym erschienenen „Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen“,³⁰ die von Aussteigern verfasst wurden und einen erschreckenden Einblick in die Innenwelt der marxistisch-leninistischen Kaderorganisationen vermitteln, sowie die belletristische Verarbeitung des Übergangs von der antiautoritären Bewegung zu den K-Gruppen durch Jochen Schimmang in dem Roman „Der schöne Vogel Phönix“.³¹

1.3 Methodisches Vorgehen

Den internationalen 68er-Bewegungen geht die Entstehung einer Neuen Linken voraus. Diese intellektuelle Strömung orientiert sich an den dissidenten Theoretikern der historischen Arbeiterbewegung wie etwa dem Westlichen Marxismus, dem auch die Kritische Theorie zuzurechnen ist. Die Herausbildung dieses neuen linken Denkens ist konstitutiv für die 68er-Bewegungen weltweit.³² In Deutschland ist es der sich als antiautoritär verstehende Flügel der Studentenbewegung, der diese Theorieströmungen rezipiert und zum Auslöser der Revolte wird.³³

In dieser Untersuchung wird zunächst die Rezeption der Kritischen Theorie durch die Antiautoritären analysiert. Anschließend wird untersucht, wie sich diese Rezeption durch eine der wichtigsten Zerfallsprodukte der Studentenbewegung, die K-Gruppen, weiterentwickelt. Der Gegenstand dieser Arbeit, die Rezeption der Kritischen Theorie und die damit verbundene Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit vom antiautoritären Flügel der Studentenbewegung zu den K-Gruppen, ist somit

³⁰ N.N., Wir warn die stärkste der Parteien. Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, Berlin 1977.

³¹ Jochen Schimmang, Der schöne Vogel Phönix. Erinnerungen eines Dreißigjährigen, Frankfurt am Main 1979.

³² Vgl. Ingrid Gilcher-Holtey, „Die Phantasie an die Macht“. Mai 68 in Frankreich, Frankfurt am Main 1995, S. 19f.

³³ Für diese Arbeit wird die Selbstbezeichnung dieser Strömung der Studentenbewegung übernommen, auch wenn es durchaus umstritten ist, ob sie den dadurch postulierten Ansprüchen gerecht wird. Die Nutzung der Selbstbezeichnung geschieht einerseits, weil sich die Kategorisierung als „antiautoritärer“ Teil der Bewegung inzwischen in der Diskussion eingebürgert hat, und andererseits, um die Bedeutung, die die Kritische Theorie für diese Fraktion hat, hervorzuheben. Siehe dazu Kapitel 2.2 dieser Arbeit.

bestimmt als eine Frage der Gesellschaftstheorie. Es wird erforscht, welchen Stellenwert die Gesellschaftsanalyse der Kritischen Theorie für die Antiautoritären und die K-Gruppen hat, wie diese aufgenommen wird, wie sich die Rezeption verändert und wie sie in Praxis umgesetzt wird. Dabei stellt sich die Frage, welche Rolle gesellschaftliche Theorien, bzw. Ideen allgemein, für das Handeln von kollektiven Akteuren spielen.

Nach Max Weber bestimmen zwar Interessen und nicht Ideen das Handeln von Menschen, aber Ideen sind oft die Weichensteller für die Bahnen, in denen sich die Dynamik der Interessen des Handelns fortbewegt.³⁴ Ideen oder das jeweilige Weltbild haben also großen Einfluss auf das Agieren sowohl von Einzelnen als auch von sozialen Gruppen. Ingrid Gilcher-Holtey greift diese Annahmen Webers in ihren Untersuchungen über soziale Bewegungen auf und stellt fest, dass zumindest die Trägergruppe einer Bewegung eine gemeinsame kognitive Identität herausgebildet haben muss, bevor eine Mobilisierung sozialen Handelns eintreten kann. Dieses gemeinsame Weltbild macht den Unterschied der Sozialen Bewegung gegenüber anderen Bewegungen aus:

„Die kognitive Konstitution der Bewegung, die einmal getroffene Problembestimmung, die davon abhängige Wirklichkeitswahrnehmung und die Zielorientierung geben der Dynamik der Bewegungsentwicklung eine bestimmte Form, die sie von anderen unterscheidet.“³⁵

Kristina Schulz betont in diesem Zusammenhang die bedeutende Rolle, der intellektuellen Vordenker für die theoretische und praktische Ausrichtung der sozialen Bewegungen.

„Viele soziale Bewegungen sind kognitiv konstituiert, das heißt, Form und Stoßrichtung des kollektiven Handelns werden aus Wirklichkeitsdeutungen abgeleitet, die überwiegend von Intellektuellen geliefert werden. Im Fall der Studentenbewegung der 60er Jahre hielt eine intellektuelle Neue Linke Ordnungsentwürfe bereit, die es ermöglichten, strukturelle Probleme der Universitäten auf gesamtgesellschaftliche Missstände zu beziehen und Ansatzpunkte für eine umfassende, ja revolutionäre Veränderung aufzuzeigen. Die aus diesen Ordnungsentwürfen abgeleiteten Zielvorstellungen wurden nicht von allen Anhängern der Studentenbewegung in gleicher Weise geteilt. Sie bildeten jedoch den visionären Kern der studentischen Neuen Linken, die den

³⁴ Vgl. Max Weber, Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen, in: Ders., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie 1, Tübingen 1988, S. 252.

³⁵ Gilcher-Holtey 1995, S. 45.

*Motor der 68er Bewegung darstellte. Von großer Bedeutung für die studentische Neue Linke waren die Schriften der Kritischen Theorie.*³⁶

Neben dem bedeutenden Einfluss, den die theoretischen Vorbilder, wie etwa die Vertreter der Kritischen Theorie auf die antiautoritären Aktivisten ausüben, muss hier auch auf die Rolle einzelner exponierter Personen aus der Bewegung selbst hingewiesen werden. Diese interpretieren in ihren eigenen Texten und Reden die theoretischen Ansätze der intellektuellen Vorbilder und vermitteln sie somit an die „einfachen“ Anhänger der antiautoritären Fraktion der Studentenbewegung weiter. Ihnen muss also in dieser Arbeit eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, da sie für die Herausbildung einer kognitiven Orientierung von herausgehobener Bedeutung sind.

Ist der Prozess der Konstitution der kognitiven Orientierung eines kollektiven Subjekts fortgeschritten, werden die Protagonisten versuchen, diese theoretischen Zielvorgaben gesellschaftlich-praktisch zu verwirklichen. Dies ist auch in dem hier untersuchten Bereich der Fall: Die Gesellschaftskritik der Frankfurter Schule wird von den Studierenden umgesetzt, in Texten, Gegeninstitutionen, Aktionen etc. Dabei kann sich die ursprüngliche Intention, aus der heraus die Gesellschaftsanalyse einst verfasst wurde, verändern. Dieser Prozess der Ideendiffusion kann dazu führen, dass die Umsetzung den Intentionen der Urheber nicht mehr entspricht, im extremsten Fall sogar entgegengesetzt ist.

*„Ideen und ideengeleitete Verhaltensweisen können sich somit von ihren ursprünglichen Sozialisationsumfeldern abkoppeln und im Prozess ihrer Diffusion unbeabsichtigte Folgen hervorrufen, die sich aus einem Zusammentreffen mit anderen Konstellationen und Interessen einstellen.“*³⁷

Dieser Prozess kann zu Konflikten mit den theoretischen Vorbildern führen, die ihre Gesellschaftsanalysen verfälscht sehen. Ursächlich für diese Ideendiffusion ist oftmals das Einwirken gesellschaftlicher Umstände auf die Aktivitäten der kollektiven Akteure.

„Welche Folgen sich einstellen, ist freilich nicht nur eine Frage der kognitiven Konstruktion der Idee. Eigenschaften des Kontextes, innerhalb dessen das

³⁶ Kristina Schulz, Studentische Bewegungen und Protestkampagnen, in: Roland Roth und Dieter Rucht (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main/New York 2008, S. 432. Hervorhebungen im Original.

³⁷ Schmidtke 2003, S. 23.

*durch die Idee ausgewählte Verhalten ausgeübt wird, bestimmen die Folgen gleichermaßen.*³⁸

Dies macht es notwendig, dass in dieser Arbeit auch auf den gesellschaftspolitischen Hintergrund, vor dem die kollektiven Akteure handeln, eingegangen und besonders die Rolle kritischer Ereignisse, die oft eine Katalysatorfunktion für das soziale Handeln haben können, hervorgehoben wird.³⁹

Durchgeführt wird diese Untersuchung der Rezeption der Kritischen Theorie und der NS-Vergangenheit anhand der theoretischen Auseinandersetzungen zweier kollektiver Akteure: einerseits die antiautoritäre Fraktion der Studentenbewegung und andererseits die aus diesen hervorgegangenen K-Gruppen. Eingeschlossen in diese Analyse ist eine Übergangsphase, in der aus Teilen des antiautoritären Flügels der Protestbewegung die marxistisch-leninistischen Gruppen entstehen. Diese beiden kollektiven Akteure, Antiautoritäre und K-Gruppen, repräsentieren für sich genommen keine eigene soziale Bewegung. Aber die antiautoritäre Fraktion stellt einen einflussreichen Teil der Studentenbewegung dar, während die K-Gruppen eines der bedeutendsten Zerfallsprodukte dieser Bewegung sind. Beide Gruppierungen stehen also im direkten Kontext einer sozialen Bewegung.

Da diese Untersuchung außerdem nicht von den historisch-gesellschaftlich Hintergründen abstrahieren kann und somit auch die Protestbewegung als Ganzes in den Fokus gerät, ist es notwendig, eine Definition sozialer Bewegung zu geben. Ich stütze mich dabei auf die in der Forschung allgemein gebräuchliche Definition von Joachim Raschke. Dieser definiert den Begriff der sozialen Bewegung folgendermaßen:

*„Soziale Bewegung ist ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenderen sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.“*⁴⁰

³⁸ M. Rainer Lepsius, *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen 1990, S. 36. Hervorhebung im Original.

³⁹ Zum Einfluss situativer Faktoren auf soziale Bewegungen vgl. Joachim Raschke *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß*, Frankfurt am Main/New York 1985, S. 363ff.

⁴⁰ Ebenda, S. 77.

Der antiautoritäre Flügel der Studentenbewegung, wie auch die K-Gruppen, setzen sich selbst diesen Anspruch, einen grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen und zur Befreiung der Menschheit aus Unterdrückung, Ausbeutung und Entfremdung beizutragen. Diesen Anspruch formuliert auch die Kritische Theorie, etwa Max Horkheimer im Nachtrag zu seinem programmatischen Aufsatz „Traditionelle und Kritische Theorie“ von 1932:

„Bei aller Wechselwirkung zwischen der kritischen Theorie und den Fachwissenschaften, an deren Fortschritt sie sich ständig zu orientieren hat und auf die sie seit Jahrzehnten einen befreienden und anspornenden Einfluss ausübt, zielt sie nirgends bloß auf die Vermehrung des Wissens als solchen ab, sondern auf die Emanzipation des Menschen aus versklavenden Verhältnissen.“⁴¹

Wenn also in dieser Arbeit die Rezeption der Kritischen Theorie durch die Antiautoritären und die aus ihnen hervorgehenden K-Gruppen analysiert wird, so wird implizit auch untersucht, ob sie den selbst gesetzten Ansprüchen gerecht werden. Es handelt sich folglich um eine immanente Kritik, wie sie Theodor W. Adorno als die einzig fruchtbare bestimmt hat.⁴²

Auf der organisatorischen Ebene lassen sich soziale Bewegungen als „mobilisierte Netzwerke von Netzwerken“⁴³ beschreiben. In dieser Arbeit werden nun die theoretischen Auseinandersetzungen der Netzwerke des antiautoritären Flügels der Studentenbewegung und deren marxistisch-leninistischen Zerfallsprodukte im Hinblick auf den Einfluss der Kritischen Theorie und der Beschäftigung mit der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit untersucht. Diese Rezeption wird dabei anhand der schriftlichen Veröffentlichungen der Antiautoritären und der K-Gruppen erforscht. Dabei muss allerdings bedacht werden, dass die prominenten Protagonisten der Bewegung, etwa Rudi Dutschke oder Hans-Jürgen Krahl, deutlich mehr Texte publizieren und diese auch eine gesteigerte Aufmerksamkeit genießen, als dies einfache Teilnehmer der Bewegung können. Gleiches gilt natürlich auch für die

⁴¹ Max Horkheimer, Nachtrag, in: Alfred Schmidt und Gunzelin Schmid Noerr (Hrsg.), Max Horkheimer. Gesammelte Schriften. Band 4, Schriften 1936-1941, Frankfurt am Main 1988, S. 219.

⁴² Vgl. Theodor W. Adorno, Zur Logik der Sozialwissenschaften, in: Rolf Tiedemann (Hrsg.), unter Mitwirkung von Gretel Adorno, Susan Buck-Morss und Klaus Schultz, Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften Band 8, Frankfurt am Main 1972, S. 555.

⁴³ Friedhelm Neidhardt, Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen, in: Stefan Hradil (Hrsg.), Sozialstruktur im Umbruch. Karl Martin Bolte zum 60. Geburtstag, Opladen 1985, S. 197.

Führungskader der K-Gruppen im Verhältnis zu den einfachen Mitgliedern bzw. Sympathisanten ihrer Organisationen.

Dies führt erneut zu der bereits erwähnten Frage nach der Relevanz der Theorie für das Handeln kollektiver Akteure. Die für die Motivation sozialen Agierens wichtigen kulturellen Elemente, wie etwa Musik oder Mode, können an dieser Stelle nicht untersucht werden, da dies den Rahmen der Arbeit sprengen würde.⁴⁴

Die Analyse der Rezeption der Kritischen Theorie und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus durch die Antiautoritären und die K-Gruppen geschehen in dieser Arbeit, wo immer dies möglich war, durch die Auswertung der Originaltexte. Dabei wurden folgende Periodika der Studentenbewegung systematisch durchgearbeitet: „neue kritik“, „das Argument“, „konkret“, „Kursbuch“ und „Diskus“. Für die Übergangszeit vom Ende der Studentenbewegung zu den K-Gruppen waren vor allem die „Rote Pressekorrespondenz“ und das „Rote Forum“, bzw. das „Neue Rote Forum“ von besonderem Interesse. Nach der Konstitution der K-Gruppen wurde besonderes Augenmerk auf deren Theorieorgane gelegt. Daneben wurden natürlich auch Bücher, Broschüren und sonstige Veröffentlichungen der Akteure, soweit sie das hier analysierte Thema betreffen, berücksichtigt. In erster Linie wurde für die Quellenauswertung auf die Bestände des „Archiv Soziale Bewegungen“ in Freiburg zurückgegriffen.

1.4 Aufbau der Arbeit

Der Aufbau der Arbeit wird sich, soweit dies inhaltlich sinnvoll ist, chronologisch strukturieren. Dadurch wird es möglich die zeitliche Entwicklung der Rezeption nachzuvollziehen und den Einfluss kritischer Ereignisse und Momente zu erkennen. Die Arbeit behandelt drei Zeitabschnitte. Der erste Abschnitt befasst sich mit der Zeit der Studentenbewegung bis zur ihrem Höhepunkt im Jahr 1968, der zweite die Übergangsphase bis zur Konstituierung der K-Gruppen

⁴⁴ Zum Einfluss der (sub-)kulturellen Faktoren in der Studentenbewegung vgl. Jakob Tanner, „The Times They Are A Changing“. Zur subkulturellen Dynamik der 68er Bewegung, in: Gilcher-Holtey 1998, S. 207-223.

und der dritte die Zeit der K-Gruppen selbst. Inhaltlich sind diese Blöcke jeweils noch einmal in zwei Themengebiete unterteilt, zum einen in die Rezeption der Kritischen Theorie im Allgemeinen und zum anderen in die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus im Besonderen.

Nun soll kurz der Aufbau der einzelnen Kapitel vorgestellt werden:

Im zweiten Kapitel wird, nach einer kurzen Einführung zur Kritischen Theorie und zur Entstehung der Studentenbewegung in der Bundesrepublik, die Rezeption der Kritischen Theorie durch den antiautoritären Flügel der Bewegung dargestellt und analysiert. Dies geschieht jeweils exemplarisch anhand eines Vertreters der Frankfurter Schule und eines mit diesem besonders verbundenen Thema, das auch für die antiautoritären Studierenden von herausgehobener Bedeutung ist. Zusätzlich zu dieser Vorgehensweise wird in einem Kapitel zum Antisemitismus auf die zentrale Bedeutung, die die Bekämpfung des Antisemitismus für die Vertreter der Kritischen Theorie einnimmt, hingewiesen. Denn nach dem organisierten Massenmord an den europäischen Juden steht für die Frankfurter Forscher die Verhinderung einer möglichen Wiederholung dieses Ereignisses im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten.

Wenn in dieser Arbeit die Rezeption der Kritischen Theorie durch die antiautoritäre Fraktion der Studentenbewegung dargestellt und analysiert werden soll, so muss dies auch explizit deren Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit einschließen. Daher folgt im dritten Kapitel eine Analyse dieser Auseinandersetzung.

In den folgenden Kapiteln vier bis sieben werden dann jeweils die Veränderungen in der Rezeption der Kritischen Theorie und in der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit während der Zerfalls- und Fraktionierungsphase der Studentenbewegung und nach der Konstitution der K-Gruppen untersucht.

Gleichzeitig wird relativ kurz die historische Entwicklung von der Studentenbewegung bis zu den K-Gruppen geschildert, da hier der historisch-gesellschaftliche Hintergrund deutlich wird, auf dem die Theoriebildung der Protagonisten beruht, denn diese ist nicht erklärbar ohne den Blick auf die gesellschaftlichen Entwicklung, in der sie ausgebildet wird. Im Fazit soll dann mit Hilfe der von der Kritischen Theorie entwickelten Überlegungen über die

autoritären Persönlichkeitsstrukturen ein Erklärungsansatz für die „*schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung*“⁴⁵ gegeben werden.

Anders als vielen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum Themenkomplex der Protestbewegungen der sechziger und siebziger Jahre geht es mir in dieser Arbeit nicht um die durch die Bewegungen angestoßenen und von ihnen meist selbst nicht intendierten Veränderungen in der Gesellschaft, sondern sie will die politische Theoriebildung und damit den politischen Anspruch der Protagonisten ernst nehmen.

Für diese Arbeit stellte sich die Frage, warum die Rezeption der Kritischen Theorie und die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit durch den antiautoritären Flügel der Studentenbewegung und die K-Gruppe analysiert werden und nicht die einer anderen Strömung bzw. die eines anderen Zerfallsproduktes der Studentenbewegung. In Bezug auf die Antiautoritären scheint die Antwort offensichtlich, schließlich sind sie es, die sich in ihrer Theoriebildung zentral auf die Gesellschaftsanalyse der Kritischen Theorie stützen. Dies wird schon in ihrer Selbstbezeichnung als „antiautoritär“ deutlich.⁴⁶ Außerdem ist es in erster Linie der antiautoritäre Flügel der Jugendbewegung, der die Proteste prägt.

Bei den K-Gruppen dagegen erschließt sich die Entscheidung nicht auf Anhieb und bedarf deshalb einer Erklärung. Ein Grund für die Berücksichtigung der K-Gruppen in dieser Arbeit ist, dass sie den größtmöglichen Widerspruch zur antiautoritären Bewegung darstellen. Obwohl die K-Gruppen aus der Studentenbewegung heraus entstehen, entwickeln sie sich in fast allen Bereichen in das gerade Gegenteil der antiautoritären Strömung. Dieses Ergebnis ist erklärungsbedürftig.

Neben dieser inhaltlichen Begründung gibt es darüber hinaus vor allem ein quantitatives Argument, sich mit den K-Gruppen zu beschäftigen. Denn in den siebziger Jahren entwickeln sie sich zur einflussreichsten Fraktion der aus der Studentenbewegung hervorgegangenen Linken. Andreas Kühn schätzt, dass in

⁴⁵ Götz Eisenberg und Wolfgang Thiel, *Über Genesis, Verlauf und schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung*, Gießen 1973.

⁴⁶ Vgl. hierzu Kapitel 2.2 dieser Arbeit.

den siebziger Jahren 100.000 bis 150.000 Personen die K-Gruppen durchlaufen haben.⁴⁷

Die konkurrierende „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) dagegen, die als eigenständige Organisation mehr Mitglieder als die einzelnen K-Gruppen hatte und deren gesellschaftlicher Einfluss etwa auf die Friedensbewegung oder auf die Intellektuellen in dieser Zeit durchaus relevant war, steht hingegen in einer anderen Traditionslinie als die K-Gruppen, da sie die Weiterführung der historischen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) darstellt und eng mit der DDR verbunden war. Sie ist somit nicht genuin aus der Studentenbewegung heraus entstanden. Aber natürlich hat auch die Studentenbewegung auf die traditionalistisch-marxistische DKP Einfluss genommen, sodass sich auch die DKP gezwungen sieht, sich mit der Protestbewegung und ihren Theorien auseinanderzusetzen. Deshalb wird in Kapitel 4.2 auch kurz auf die Rezeption der Kritischen Theorie durch die DKP eingegangen.

Ein anderes Zerfallsprodukt der Studentenbewegung, der sog. Spontaneismus, der eng mit der sich herausbildenden Subkultur verbunden ist, wäre ebenfalls ein lohnendes Untersuchungsfeld. Diese sich verbal in der Tradition der Studentenbewegung sehende Strömung ist allerdings bisher noch weniger erforscht als die K-Gruppen. Andere Strömungen der radikalen Linken, die aus der Studentenbewegung hervorgehen, bzw. durch diese neu belebt werden, wie z.B. der Trotzismus oder der Anarchismus, entwickelten keine so breite gesellschaftliche Relevanz, als dass sich eine umfangreiche Untersuchung der Rezeption der Kritischen Theorie durch diese rechtfertigen ließe.

Um Unklarheiten zu vermeiden, ist es außerdem notwendig, noch auf eine Sprachregelung einzugehen: Da es in Deutschland im Laufe der Geschichte eine ganze Reihe von Parteien und Organisationen gegeben hat und gibt, die den traditionsreichen Namen der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ verwenden, ist es notwendig, die Namensverwendung in dieser Arbeit zu erläutern: Es wird darin nur die „historische“ KPD, die von 1919 bis 1933 und von 1945 bis 1956 legal und bis 1968 illegal unter diesem Namen existierte, als KPD bezeichnet. Die aus der Studentenbewegung hervorgehende

⁴⁷ Vgl. Kühn, 2005, S. 287.

„KPD/Aufbauorganisation“ (KPD/AO) wird in dieser Arbeit durchgehend als KPD/AO bezeichnet, auch nachdem sie 1971 den Zusatz „Aufbauorganisation“ ablegt und fortan als KPD agiert. Auch die „KPD/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML), die nach der Auflösung der KPD/AO 1980 den freiwerdenden Namen KPD übernimmt, wird konsequent als KPD/ML bezeichnet.

2 Studentenbewegung und Kritische Theorie

Im Folgenden wird kurz ein Überblick über die Kritische Theorie gegeben, bevor auf die Entstehung der Studentenbewegung in der Bundesrepublik eingegangen wird. Nachdem dadurch eine Grundlage gegeben ist, soll anschließend die Rezeption der Kritischen Theorie durch den antiautoritären Flügel der Studentenbewegung untersucht und analysiert werden. Dies geschieht anhand von vier Theoretikern der Kritischen Theorie, Max Horkheimer, Herbert Marcuse, Jürgen Habermas und Theodor W. Adorno, denen jeweils ein für die Rezeption der Studentenbewegung zentrales Thema zugeordnet wird. Bei Horkheimer ist dies die Diskussion über den „autoritären Staat“, bei Marcuse die Frage nach dem „revolutionären Subjekt“, bei Habermas die Auseinandersetzung über Mittel und Ziele der Studentenbewegung und bei Adorno das Verhältnis von Theorie und Praxis. Ergänzt wird dieser Teil durch ein Kapitel über die zentrale Bedeutung, die der Antisemitismus für die Kritische Theorie nach Auschwitz erhält.

Bei der Auswahl der Theoretiker wurden diejenigen berücksichtigt, die für die studentische Rezeption am einflussreichsten waren. Jürgen Habermas, an dessen Zuordnung zur Kritischen Theorie es durchaus auch Zweifel gibt, wurde in diesem Zusammenhang einbezogen, weil er während der Zeit der Studentenbewegung Teil des institutionellen Zusammenhangs der Frankfurter Schule war und von der studentischen Rezeption als Vertreter der Kritischen Theorie wahrgenommen wurde.

2.1 Die Kritische Theorie

Die Kritische Theorie, die in den sechziger Jahren das Etikett „Frankfurter Schule“ angeheftet bekam und deshalb auch unter diesem Namen bekannt ist, verbindet vor allem drei Denktraditionen in sich: Die Philosophie von Rousseau bis Hegel, die Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx und die Freudsche Psychoanalyse.

Auf dieser Grundlage versuchen die beteiligten Wissenschaftler eine kritische Theorie der Gesellschaft zu erarbeiten. Dies geschieht fächerübergreifend. Von verschiedenen wissenschaftlichen Arbeitsgebieten kommend, verbindet die Kritische Theorie die Bereiche Philosophie, Soziologie, Psychologie, Ökonomie, Jurisprudenz, Literaturwissenschaft, Musikwissenschaft, Kulturwissenschaft und Politikwissenschaft.

Kritische Theorie versteht sich in der Nachfolge eines kritischen Marxismus, der sich seines Versäumnisses, des bisherigen Scheiterns seiner Verwirklichung, bewusst ist.⁴⁸ Theodor W. Adorno drückt dies im ersten Satz seines philosophischen Hauptwerkes, der „Negativen Dialektik“, aus, wenn er schreibt: *„Philosophie, die einmal überholt schien, erhält sich am Leben, weil der Augenblick ihrer Verwirklichung versäumt ward.“*⁴⁹

Paradigmatische Gestalt erhält die Kritische Theorie im, seit 1930 von Max Horkheimer geleiteten Frankfurter „Institut für Sozialforschung“ und in der „Zeitschrift für Sozialforschung“. Das Institut wurde ursprünglich vom Millionärssohn Felix Weil gegründet, um es eines Tages dem siegreichen deutschen Rätestaat übergeben zu können. Der Schwerpunkt der Forschung besteht folgerichtig in der Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus. Die meisten damaligen Mitarbeiter sind jüdischer Herkunft und stehen der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) nahe. Erst mit der Übernahme der Leitung durch Max Horkheimer verlagert sich der Forschungsschwerpunkt von der Geschichte der Arbeiterbewegung zur Theorie der Gesellschaft. Von nun ab soll durch das Frankfurter Institut die Totalität der gesellschaftlichen Verhältnisse erfasst werden. Dieser Anspruch geht über eine reine ökonomiekritische Analyse hinaus und umfasst auch den gesamten kulturellen und sozialpsychologischen Bereich.

Die erste Generation der Mitarbeiter muss nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten Deutschland verlassen und findet sich größtenteils im Exil in den USA wieder zusammen. Zu den Mitarbeitern des Instituts gehören, wenn

⁴⁸ Eberhard Klumpp, Kritische Theorie, in: Peter Gutjahr-Löser und Klaus Hornung (Hrsg.) unter Mitwirkung von Wolfgang Eltrich et. al., Politisch-Pädagogisches Handwörterbuch, Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. München, München 1980, S. 194.

⁴⁹ Theodor W. Adorno, Negative Dialektik, in: Rolf Tiedemann (Hrsg.), unter Mitwirkung von Gretel Adorno, Susan Buck-Morss und Klaus Schultz, Theodor W. Adorno, Gesammelte

auch die meisten nur zeitweilig, Theodor W. Adorno, Erich Fromm, Herbert Marcuse, Walter Benjamin, Friedrich Pollock, Franz Neumann und einige mehr. Im amerikanischen Exil forschen die Kritischen Theoretiker an groß angelegten Untersuchungsprojekten zum Autoritarismus und Antisemitismus, die mit empirischen Analysen arbeiten. Damit knüpfen sie an bereits in Europa begonnene Arbeiten an, die etwa die Anfälligkeit von Arbeitern und Angestellten für autoritäre Krisenlösungsstrategien untersucht haben.⁵⁰ Die Ergebnisse der Untersuchungen und die eigenen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus werden von nun an das Denken der Kritischen Theorie maßgeblich bestimmen. Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre kehren Horkheimer und Adorno nach Frankfurt zurück und bauen das „Institut für Sozialforschung“ in seiner Ursprungsstadt wieder auf. Die meisten der ehemaligen Mitarbeiter bleiben dagegen in den USA, sodass ein neuer Stamm von Mitarbeitern herangebildet werden muss. Diese bilden die zweite Generation der Kritischen Theorie.

Diese kurze Darstellung der Geschichte der Frankfurter Schule zeigt schon, dass es problematisch ist von „der“ Kritischen Theorie zu sprechen, da an deren inhaltlichen Ausarbeitung viele verschiedene Personen zu unterschiedlichen Zeiten beteiligt sind und diese zum Teil auch in ganz unterschiedlichen wissenschaftlichen Bereichen arbeiten. Auch verändert sich die Programmatik der Kritischen Theorie im Laufe ihrer Existenz. Das ursprüngliche Konzept eines interdisziplinären Materialismus verliert in der späteren Phase gegenüber der Zentralität einer negativen Geschichtsphilosophie an Bedeutung.⁵¹

Als verbindende Elemente der ersten Generation der Kritischen Theorie können aber zwei Punkte angeführt werden: Erstens der prägende Einfluss, den die Erfahrung des Nationalsozialismus auf das Denken der kritischen Theoretiker ausgeübt hat und zweitens die Zugehörigkeit zu einer philosophischen

Schriften. Band 6, Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit, Frankfurt am Main 1977, S. 15.

⁵⁰ Vgl. Erich Fromm, Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung, bearbeitet und herausgegeben von Wolfgang Bonß, Stuttgart 1980.

⁵¹ Vgl. Martin Jay, Positive und negative Totalität. Adornos Alternativentwurf zur interdisziplinären Forschung, in: Wolfgang Bonß und Axel Honneth (Hrsg.), Sozialforschung

Richtung, die man als „Westlichen Marxismus“⁵² bestimmen kann. Der Begriff des „westliche Marxismus“ lässt sich dabei wie folgt definieren:

„Dieser Ausdruck wird gebraucht, um bestimmte Strömungen der marxistischen Philosophie zu bezeichnen, die sich in Westeuropa nach dem Ersten Weltkrieg entwickelt haben und sich von der ‚östlichen‘ marxistischen Orthodoxie, d.h. der sowjetischen unterscheiden (oder in Opposition zu ihr treten). Die meisten Autoren sehen in Lukács und seinem Werk Geschichte und Klassenbewusstsein (1923) den Ausgangspunkt des westlichen Marxismus, zu dem auch Karl Korsch, Antonio Gramsci, Ernst Bloch, die Frankfurter Schule u.a. gezählt werden.“⁶³

Als inhaltliche Gemeinsamkeiten des westlichen Marxismus können gelten:

„Verschiebung des Interesses von Ökonomie und Politik zur Philosophie; Trennung von Theorie und Praxis; pessimistische Geschichtsauffassung; subtile und wegweisende Analysen von Kunst und Kultur. Insgesamt bilde der westliche Marxismus eine intellektuelle Tradition, die sich in einer Periode der Niederlage und infolgedessen getrennt von den Massen und dem politischen Kampf für den Sozialismus entwickelt habe – ungeachtet ihrer radikalen, antikapitalistischen und antireformistischen Orientierung.“⁶⁴

Einen Versuch, Kritische Theorie, bzw. das, was sie leisten soll, zu bestimmen, gibt Horkheimer in seinem 1937 veröffentlichten Aufsatz über „Traditionelle und kritische Theorie“.⁵⁵ Darin stellt Horkheimer diese beiden Theorieansätze einander gegenüber. Traditionelle Theorie abstrahiert sich demnach aus dem wissenschaftlichen Betrieb und zielt auf ein rein mathematisches Zeichensystem ab. Ihr Vorbild ist die Naturwissenschaft; sie operiert ebenso wie diese mit Konditionalsätzen, die auf die gegebene Situation angewandt werden. Sie versucht objektiv und wertneutral in ihren Forschungen zu sein. Kritische Theorie ist sich dagegen ihres gesellschaftlichen Ortes bewusst, von dem aus sie agiert, und hat außerdem ein formuliertes Ziel:

als Kritik. Zum sozialwissenschaftlichen Potenzial der Kritischen Theorie, Frankfurt am Main 1982, S. 67-86.

⁵² Der Begriff des „westlichen Marxismus“ wurde 1976 von Perry Anderson geprägt. Vgl. Perry Anderson, Über den westlichen Marxismus, aus dem Englischen von Reinhard Kaiser, Frankfurt am Main 1978.

⁵³ Lilly Marcou, Westlicher Marxismus, in: Georges Labica und Gérard Benzussan (Hrsg.), Kritisches Wörterbuch des Marxismus Band 8, Überbau bis Zusammenbruchstheorie. Nachträge und Register. Herausgeber der deutschen Fassung Wolfgang Fritz Haug, Hamburg 1989, S. 1425. Hervorhebung im Original.

⁵⁴ Ebenda, S. 1425.

⁵⁵ Max Horkheimer, Traditionelle und kritische Theorie, in: Alfred Schmidt und Gunzelin Schmid Noerr (Hrsg.), Max Horkheimer. Gesammelte Schriften. Band 4, Schriften 1936-1941, Frankfurt am Main 1988, S. 162-216.

„Die Selbsterkenntnis des Menschen in der Gegenwart ist jedoch nicht die mathematische Naturwissenschaft, die als ewiger Logos erscheint, sondern die vom Interesse an vernünftigen Zuständen durchherrschte kritische Theorie der bestehenden Gesellschaft.“⁵⁶

Während die traditionelle Theorie also an der Aufrechterhaltung des Bestehenden mitwirkt, versucht die Kritische Theorie die bestehenden Verhältnisse zu revolutionieren. Dabei wirkt sie parteiisch, ungerecht und hat keine materiellen Leistungen vorzuweisen. Auch lässt sich ihre Richtigkeit erst nach der Aufhebung des gesellschaftlichen Unrechts nachweisen. Sie ist daher, so schreibt Horkheimer, *„[...] ein einziges entfaltetes Existenzialurteil.“⁵⁷* Die Kritische Theorie hat sich zwar mit dieser Konzeption von der traditionellen marxistischen Theorie, wie sie von der sozialdemokratischen und leninistischen Rezeption vertreten wird, deutlich entfernt, sie hält aber trotzdem am Prinzipiellen der Marxschen Überlegungen fest. Dieses Prinzipielle besteht in der konkreten Kritik der entfremdeten und entfremdenden gesellschaftlichen Verhältnisse, wie sie Marx als Aufgabe in seinem kategorischen Imperativ definiert. Nämlich, *„[...] alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist [...]“⁵⁸*

Während der Horkheimer-Kreis in der Weimarer Republik und dem amerikanischen Exil weitgehend isoliert bleibt, gelingt ihm in den folgenden Jahrzehnten eine beachtliche Verbreitung seiner Gedanken. Sowohl die nach Deutschland zurückkehrenden Mitarbeiter des Instituts, als auch die in den USA verbleibenden prägen die wissenschaftlichen, politischen und kulturellen Debatten der fünfziger bis siebziger Jahre maßgeblich mit.⁵⁹ Vor allem der in Kalifornien lehrende Marcuse wird zeitweilig zu einem begehrten Gegenstand des öffentlichen Interesses.

Ende 1949, Anfang 1950 kommen Horkheimer und Adorno aus dem US-amerikanischen Exil in die Bundesrepublik Deutschland zurück. Sie bauen in Frankfurt das „Institut für Sozialforschung“ wieder auf und übernehmen

⁵⁶ Ebenda, S. 172.

⁵⁷ Ebenda, S. 201.

⁵⁸ Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.), Karl Marx Friedrich Engels Werke Band 1, Berlin 1961, S. 385.

⁵⁹ Vgl. Albrecht et. al., 1999.

verschiedene Lehrtätigkeiten an der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe Universität. Horkheimer ist von 1951 bis 1953 sogar Rektor der Universität. Da die meisten Mitarbeiter der Vorkriegs- und Exilzeit in den USA bleiben, muss in Deutschland ein neuer Kreis von Mitarbeitern geschaffen werden, dem u. a. Ludwig von Friedeburg, Oskar Negt, Heinz Maus und Jürgen Habermas angehören.

Zu den Zielen ihrer Lehrtätigkeit sagt Horkheimer: *„Aber ich bin überzeugt, dass man mithelfen kann, eine Studentengeneration heranzubilden, die so fühlt, wie wir es gewohnt sind.“*⁶⁰ Diese Hoffnung scheint sich für Horkheimer auch zu erfüllen, denn er reagiert ausgesprochen erfreut über die frühe Studentenbewegung der fünfziger Jahre, die sich vor allem gegen die Tätigkeit des ehemaligen NS-Propagandafilms Veit Harlan und für die Verständigung mit Israel und den Juden engagiert. Auch Adorno ist positiv überrascht über die Fähigkeit und die Bereitschaft der deutschen Studierenden, sich auf die Reflexion philosophischer Grundlagentexte einzulassen.

In dieser Situation schaffen es die Emigranten sehr schnell, sich in der Bundesrepublik zu etablieren. Dies hat allerdings auch zur Folge, dass vor allem Horkheimer als Institutsleiter bemüht ist, nicht durch ein allzu radikales Auftreten negative Reaktionen in der Nachkriegsgesellschaft hervorzurufen. Er befürchtet, dass die gerade erst etablierten und von den Alliierten garantierten demokratischen Verhältnisse auf zu offensichtliche Kritik mit einem Rückfall in antidemokratische Reaktionsweisen reagieren würde. Diese Institutspolitik führt zu internen Auseinandersetzungen mit den neuen, jüngeren Mitarbeitern.

So beschäftigt sich der Assistent von Adorno, Jürgen Habermas, schon seit Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre mit Hochschulpolitik, ist Mitglied der „Sozialistischen Förder-Gesellschaft der Freunde, Förderer und ehemaligen Mitglieder des SDS“ und beteiligt sich aktiv an der Bewegung „Kampf dem Atomtod“ gegen die drohende atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Dies und seine theoretischen Arbeiten stoßen bei Horkheimer auf Kritik und führen zu einer mehrjährigen Trennung Habermas vom Institut. In einem Brief an Adorno

⁶⁰ Marion Gid, Der jüdische Rektor und seine deutsche Universität – Interview mit Max Horkheimer, dem Rektor der Frankfurter Universität, in: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland vom 01.08.1952, zitiert nach: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946-1995, Band 2, Dokumente, Hamburg 1998, S. 86.

begründet Horkheimer seine Bedenken.⁶¹ Er wirft Habermas vor, sich mit einer reinen Philosophie in einen Gegensatz zu der von ihnen ausgebildeten Kritischen Theorie zu entwickeln. Außerdem verwirft er den von Habermas in einem Aufsatz zu Marx verteidigten Anspruch einer „[...] auf empirische Sicherung bedachten revolutionären Geschichtsphilosophie [...]“⁶². Für Horkheimer dagegen kann nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Stalinismus eine Revolution in der aktuellen gesellschaftlichen Situation nur den Übergang zum Terror bedeuteten.

Die Trennung ist aber nicht von langer Dauer. Schon 1964 kehrt Habermas, von Adorno unterstützt, nach Frankfurt zurück und übernimmt Horkheimers Lehrstuhl für Philosophie und Soziologie. Horkheimer, der inzwischen emeritiert ist, hat sich auf seinen Ruhesitz in die Schweiz zurückgezogen und wird deshalb weniger stark in die Auseinandersetzungen mit der gerade entstehenden Studentenbewegung hineingezogen als die anderen Vertreter der Kritischen Theorie.

Allerdings lassen sich die Veränderungen in den Positionen der Kritischen Theorie nicht nur mit dem Anpassungsdruck auf die inzwischen erfolgreichen Wissenschaftler erklären. Von der frühen Kritischen Theorie der Weimarer Republik zu den späten Schriften in der Bundesrepublik lassen sich deutliche Brüche feststellen. So verlagert sich in Horkheimers und Adornos Publikationen das Gewicht vom ökonomisch dominierten Klassenkampf hin zum Kampf zwischen Mensch und Natur. Folglich schwindet für sie auch die Möglichkeit eines historischen Subjekts, das in der Lage wäre, vernünftige gesellschaftliche Verhältnisse zu errichten.⁶³ Die Erfahrungen des Nationalsozialismus, aber auch die Pervertierung des Marxismus durch den Stalinismus und der totalisierende Zugriff der Kulturindustrie auf die Individuen im Spätkapitalismus lassen in den Augen Adornos und Horkheimers keinen Raum mehr für gesellschaftsverändernde Praxis. Dieser Absage an die praktische Betätigung

⁶¹ Vgl. Max Horkheimer, Brief an Theodor W. Adorno vom 27. September 1958, in: Schmid Noerr, Gunzelin (Hrsg.), Max Horkheimer. Gesammelte Schriften Band 18: Briefwechsel 1949-1973, Frankfurt am Main 1996, S. 437-447.

⁶² Jürgen Habermas, Zur philosophischen Diskussion um Marx und den Marxismus, in: Philosophische Rundschau, Heft 3/4 1957, S. 182.

⁶³ Vgl. Theodor W. Adorno, Reflexionen zur Klassentheorie, in: Rolf Tiedemann (Hrsg.), unter Mitwirkung von Gretel Adorno, Susan Buck-Morss und Klaus Schultz, Theodor W. Adorno.

stellen sie das kritische Denken, als einzige Möglichkeit gegenüber, in der noch die Idee der Befreiung aufgehoben ist.

„Demgegenüber ist der kompromisslos kritisch Denkende, der weder sein Bewusstsein überschreibt noch zum Handeln sich terrorisieren lässt, in Wahrheit der, welcher nicht ablässt.“⁶⁴

Diese pessimistische Implikation ihres Denkens wird in der Folgezeit zu einem der Hauptkritikpunkte der protestierenden Studierenden werden.

2.2 Die Entstehung der Studentenbewegung und der Neuen Linken in der Bundesrepublik

Die Studentenbewegung der 1960er Jahre entsteht, wie andere soziale Bewegungen auch, nicht spontan aus dem Nichts, sondern bereitet sich lange vor. Die ökonomisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen, die kontinuierliche Arbeit kleiner Gruppen und die Vorbereitungsarbeit anderer sozialer Akteure bereiten die Entstehung sozialer Bewegungen vor. Im Folgenden sollen nun kurz einige Gruppen und Ereignisse vorgestellt werden, die bei der Herausbildung der Studentenbewegung eine bedeutende Rolle spielen. Dabei wird vor allem der sich selbst als antiautoritär verstehende Flügel der Bewegung im Vordergrund stehen, da dieser für die Rezeption der Kritischen Theorie von besonderer Bedeutung ist und dieser außerdem das Bild der Studentenrevolte maßgeblich prägt. Zudem wird sich die Darstellung überwiegend auf den SDS konzentrieren, auch wenn dieser nicht identisch ist mit der Studentenbewegung und es durchaus auch andere Studentengruppen gibt, die sich in dieser Form betätigen. Doch der SDS ist zum organisatorischen Repräsentanten und Kristallisationspunkt der studentischen Protestbewegung avanciert, sodass es nahe liegt, dieser Gruppierung die meiste Aufmerksamkeit zu widmen.

Gesammelte Schriften Band 8, Soziologische Schriften I, Frankfurt am Main 2003, S. 273-391.

⁶⁴ Theodor, W. Adorno, Resignation, in: Rolf Tiedemann (Hrsg.), unter Mitwirkung von Gretel Adorno, Susan Buck-Morss und Klaus Schultz, Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften

Der SDS wird im September 1946 als ein der SPD nahe stehender Studentenverband gegründet.⁶⁵ Bis zum Ende der fünfziger Jahre ist er eine weitgehend parteitreue Studentenorganisation, die gute Aufstiegschancen in der Politik bietet. Erst Ende der fünfziger Jahre setzt sich innerhalb des SDS die Linke durch. Eine stärker allgemeinpolitische Orientierung, die über die Belange der Hochschulpolitik hinausgeht, wird von nun an prägend für den Studentenverband. Wichtige Themen des SDS sind, neben den Aktivitäten an den Hochschulen, antifaschistische Proteste, Bemühungen um eine „Wiedergutmachung“ an Israel und die Teilnahme an den Protesten gegen die drohende Atombewaffnung der Bundeswehr. Auf die Kampagnen für eine „Wiedergutmachung“ an Israel und die antifaschistischen Proteste, die sich unter anderem gegen den NS-Filmemacher Veit Harlan, gegen die studentischen Korporationen und gegen antisemitische Übergriffe richten, wird in einem der folgenden Kapitel noch näher eingegangen.

Diese stärker allgemeinpolitische Orientierung des SDS und der nun deutlich linkere Kurs führen zu verstärkten Spannungen mit der SPD. Als sich auf dann auf zwei Kongressen gegen Atomrüstung, Restauration und Militarismus die sog. „konkret“-Fraktion des SDS durch geschicktes Taktieren durchsetzt und Resolutionen verabschiedet werden, die unter anderem Verhandlungen mit der DDR verlangen, beschließt die SPD 1961 einen Unvereinbarkeitsbeschluss zwischen ihrer Partei, dem SDS und der „Sozialistischen Fördergesellschaft der Freunde, Förderer und ehemaligen Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes e. V.“. Dem SDS nützt es nun auch nichts mehr, dass er

Band 10.2., Kulturkritik und Gesellschaft II. Eingriffe. Stichworte. Anhang, Frankfurt am Main 1977, S. 798.

⁶⁵ Die folgende Darstellung stützt sich im Wesentlichen auf: Tilman Fichter und Siegwald Lönnendonker, Macht und Ohnmacht der Studenten. Kleine Geschichte des SDS, Hamburg 1998, Tilman Fichter, SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei, Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Band 52, Opladen 1988 und Willy Albrecht, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Forschungsinstitut der Friedrich Ebert Stiftung Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 35, Herausgegeben von Dieter Dowe und Michael Schneider, Bonn 1994.

seinerseits die Mitarbeit an der Zeitschrift „konkret“ mit dem SDS für unvereinbar erklärt. Die Brücken zwischen SPD und SDS sind abgebrochen. Dieser Bruch führt zu einer weiteren Radikalisierung des SDS und zu einer Annäherung an die internationale Bewegung der „Neuen Linken“. Diese entsteht zu Beginn der sechziger Jahre zuerst in Großbritannien und Frankreich. Dort gründen sich kleine intellektuelle Zirkel um Zeitschriften wie „New Left Review“, „Socialisme ou Barbarie“ und „Arguments“. Gemeinsam ist diesen Gruppierungen die Abgrenzung von den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung, egal ob sozialdemokratischer, sozialistischer oder stalinistischer Prägung. Es gibt zwar keinen inhaltlich verbindlichen Konsens innerhalb der Neuen Linken, aber es lassen sich doch einige theoretische Gemeinsamkeiten und Abgrenzungspunkte zur alten Linken festhalten:⁶⁶

Erstens eine Neuinterpretation der Marxschen Theorie. Unter Rückgriff auf die Marxschen Frühschriften betont die Neue Linke in erster Linie den Begriff der Entfremdung, nicht den der Ausbeutung. Durch die Verbindung mit dem Existenzialismus und der Psychoanalyse soll die traditionalistische Marx-Interpretation aufgebrochen werden.

Zweitens wird diese Analyse auf den gesamten Bereich der Gesellschaft und nicht nur auf die Produktionssphäre angewendet. D. h. auch die Freizeit, die Familie, die sozialen und sexuellen Beziehungen des Einzelnen sollen revolutioniert werden.

Drittens wird das Individuum stärker betont. Es soll durch die Erprobung neuer Kommunikations- und Lebensformen schon in den bestehenden Verhältnissen zukünftige vorwegnehmen.

Viertens versteht sich die Neue Linke als Bewegung und nicht als Partei. Ihre Strategie ist die der Direkten Aktion.

Fünftens erkennt die Neue Linke einen neuen Träger des sozialen Handelns. Nicht mehr das Industrieproletariat wird als revolutionäres Subjekt angesehen, sondern der Anstoß zur Transformation soll von der jungen Intelligenz, gesellschaftlichen Randgruppen und der sog. „Neuen Arbeiterklasse“ kommen.

⁶⁶ Vgl. Ingrid Gilcher-Holtey, Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA, München 2001, S. 15f.

Alle diese Punkte werden im SDS seit 1960 intensiv diskutiert. Man kann deshalb ab dieser Zeit von der Phase des „Seminar marxismus“⁶⁷ sprechen, in der vor allem die interne Schulung der Mitglieder betrieben wird. Dabei findet eine Wiederaneignung und Neuaneignung der im Nationalsozialismus zerstörten Denktraditionen und Denkbewegungen statt, die etwa den Marxismus, die Kritische Theorie und die Psychoanalyse umfassen.⁶⁸ Die antiautoritäre Fraktion der Studentenbewegung entwickelt sich dadurch zum deutschen Vertreter der Neuen Linken.

Neben dem SDS richtet auch der „Argument-Club“ Arbeitskreise zur Diskussion dieser Theorien ein. Der „Argument-Club“ entsteht aus der Zeitschrift „Das Argument“, die sich 1959 durch Kontakte mit Anhängern der französischen Nouvelle Gauche gründet. Zeitschrift und Club haben eine wichtige Funktion für die theoretische Orientierung der Studentenbewegung in Berlin.

Darüber hinaus erscheinen Texte, die sich mit der Kritischen Theorie auseinandersetzen bzw. von Vertretern der Kritischen Theorie selbst geschrieben wurden, in allen wichtigen Zeitschriften der studentischen Linken, wie der „Neuen Kritik“, dem Organ des SDS, der Frankfurter Studentenzeitschrift „Diskus“ und dem bereits erwähnten „Argument“.

Welchen bedeutenden Einfluss die Ansichten der Kritischen Theorie auf den antiautoritären Flügel der Studentenbewegung ausüben, zeigt sich schon an der Eigenbezeichnung dieser Strömung als „antiautoritär“. Diese Bezugnahme ist die direkte Konsequenz aus der Zentralität des Begriffs „autoritär“ für die Gesellschaftsanalyse der Kritischen Theorie.⁶⁹

Durch diese Rezeption der Kritischen Theorie ist es der Studentenbewegung auch möglich, Ansätze der intellektuellen Linksopposition im Marxismus, wie sie von Georg Lukács und Karl Korsch formuliert wurden, wieder aufzunehmen und auch an die Tradition des in Vergessenheit geratenen Rätekommunismus anzuknüpfen.

⁶⁷ Vgl. Fichter und Lönnendonker, 1998, S. 92ff.

⁶⁸ Vgl. Reimut Reiche, Sexuelle Revolution – Erinnerung an einen Mythos, in: Lothar Baier et. al., Die Früchte der Revolte. Über die Veränderung der politischen Kultur durch die Studentenbewegung, Berlin 1988, S. 45.

⁶⁹ Zur Bedeutung des Begriffs „Autorität“ für die Gesellschaftsanalyse der Kritischen Theorie, s. Kapitel 2.3.1 und 2.3.2 dieser Arbeit.

Ein weiterer Impuls zur Radikalisierung und zur Stärkung des antiautoritären Flügels des SDS kommt von außen: Im November 1958 gründet sich in München die Gruppe SPUR als deutsche Sektion der „Situationistischen Internationale“. Die „Situationistische Internationale“ ist eine in der Tradition des Dadaismus, des Surrealismus und Lettrismus stehende Gruppierung der französischen Neuen Linken, die sich über ganz Europa ausbreitet. Aus der stark von der Kritischen Theorie beeinflussten deutschen Sektion⁷⁰ geht dann im November 1963 die „Subversive Aktion“ hervor. Diese in mehreren Städten neu entstandene Gruppe rekrutiert sich überwiegend aus dem studentischen Umfeld und erreicht mittels provokanter Aktionstechniken die öffentliche Aufmerksamkeit.

Im Mai 1964 führt die „Subversive Aktion“ eine Plakataktion zur Mitgliederwerbung mit unautorisierten Adorno-Zitaten durch. Den Zitaten, die die Totalität der verwalteten Welt diagnostizieren, wird entgegengesetzt: *„Wir glauben, dass Wissen nicht Bewältigung ist. Wenn auch Ihnen das Missverhältnis von Analyse und Aktion unerträglich ist, schreiben Sie [...]“*⁷¹ Angesprochen von der Aktion melden sich zwei Studenten, die später in der Studentenbewegung eine bedeutende Rolle spielen werden: Rudi Dutschke und Bernd Rabehl. Beide werden Mitglied in der Berliner Mikrozelle der „Subversiven Aktion“. Diese tritt Ende 1964, Anfang 1965 dem SDS bei, um diesen zu unterwandern.

Innerhalb des SDS, in dem es vor allem zwei Hauptströmungen gibt, stärken die theoretischen Schulungen und die Bezugnahme auf die Neue Linke den sog. antiautoritären Flügel. Dieser Strömung stehen die so genannten Traditionalisten, wie die Antiautoritären sie nennen, bzw. die an Marx und Lenin

⁷⁰ So wird in den „Unverbindlichen Richtlinien“, der Zeitschrift der „Subversiven Aktion“ (Ausgabe Nr. 1 vom Dezember 1962) über Adorno geschrieben: „Die Kenntnis seiner Werke ist unerlässliche Voraussetzung, seinen gewählten Standpunkt behaupten zu können.“ Zitiert nach: Frank Böckelmann und Herbert Nagel (Hrsg.), Subversive Aktion. Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern, Frankfurt am Main 1976, S. 83.

Frank Böckelmann, der führende Kopf der „Subversiven Aktion“, veröffentlicht 1966 mit „Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit“ einen Versuch, die von der Kritischen Theorie entwickelten Ansätze zur Theorie des autoritären Charakters zusammenzufassen und zu aktualisieren. 1972 erscheint von ihm das Buch „Über Marx und Adorno. Schwierigkeiten der spätmarxistischen Theorie“. Vgl. Frank Böckelmann, Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit, München 1971 und Frank Böckelmann, Über Marx und Adorno. Schwierigkeiten der spätmarxistischen Theorie, Frankfurt am Main 1972.

⁷¹ Subversive Aktion, Suchanzeige, in: Böckelmann und Nagel (Hrsg.) 1976, S. 145.

orientierten Gruppierungen, wie sie sich selber nennen, gegenüber. Spätestens seit 1966 gelingt es jedoch dem antiautoritären Flügel, in dem immer noch sehr heterogenen Studentenbund die Oberhand zu gewinnen und die mit der illegalen KPD sympathisierende traditionalistische Strömung zurückzudrängen. Diese Entwicklung lässt sich exemplarisch an der Auseinandersetzung um ein verbindliches Schulungsprogramm für den SDS ablesen. Auf der XXI. Ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS im September 1966 in Frankfurt am Main stellen die der traditionalistischen Fraktion angehörenden Kurt Steinhaus und Frank Deppe aus Marburg ihr Konzept eines Schulungsprogramms vor. Die Beiden waren vom Bundesvorstand beauftragt worden eines solchen zu entwerfen. Gegen diesen Vorschlag legt Rudi Dutschke eine Alternativkonzeption vor, die als „Ausgewählte und kommentierte Bibliographie des revolutionären Sozialismus von Karl Marx bis in die Gegenwart“ in der internen „SDS-Korrespondenz“ als Sondernummer erscheint.⁷² Der Vorschlag der Marburger wird daraufhin von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt.

In Dutschkes Bibliographie sind die Grundlagen der antiautoritären Theoriebildung systematisch zusammengetragen. Von den seit wenigen Jahren vorliegenden Marxschen Frühschriften bis zu den Texten des Westlichen Marxismus. Einen hohen Stellenwert nehmen auch die Veröffentlichungen der Kritischen Theorie darin ein. So schreibt er etwa über die ideologiekritischen Schriften von Horkheimer und Adorno, die nach dem 2. Weltkrieg erschienen sind, diese seien so bekannt, „*dass sich eine bibliographische Aufzählung und Kommentierung erübrige.*“⁷³ Allerdings finden sich mit Mao Tse-tung und Che Guevara auch zwei Revolutionäre in Dutschkes Auflistung, die schon auf die spätere Entwicklung der Studentenbewegung hinweisen.

Neben den theoretischen Schulungen sind es vor allem die spektakulären, von der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung übernommenen Aktionsformen, die den Antiautoritären Zulauf verschaffen. Aber auch der Anspruch, dass eine Revolutionierung der Gesellschaft eine Revolutionierung der eigenen

⁷² Vgl. den Reprint von 1969: Rudi Dutschke, *Ausgewählte und kommentierte Bibliographie des revolutionären Sozialismus von Karl Marx bis in die Gegenwart*, kleine Agitationsbroschüre Nr. 1, Heidelberg/Frankfurt am Main/Hannover/Berlin 1969.

⁷³ Ebenda, S. 40.

Persönlichkeit einschließt, was sich etwa in Kommuneprojekten und ähnlichem ausdrückt, erhöht die Attraktivität der Antiautoritären. Dabei ziehen sie nicht nur Konsequenzen aus den Forschungen des IfS zur Entstehung autoritärer Persönlichkeiten, sondern sie beziehen sich auch auf Karl Marx und Friedrich Engels, die bereits 1845/46 geschrieben haben: „*In der revolutionären Tätigkeit fällt das Sich-Verändern mit dem Verändern der Umstände zusammen.*“⁷⁴

Deutlich abzulesen ist die Dominanz der Antiautoritären nach der 22. Delegiertenkonferenz des SDS im September 1967, auf der mit den Gebrüdern Wolff zwei Vertreter dieser Fraktion in den Rang des ersten Bundesvorsitzenden und dessen Stellvertreters gewählt werden. Auch im politischen Beirat dominieren jetzt die Antiautoritären.

Die unterschiedlichen Strömungen im SDS machen sich meist an den einzelnen Ortsgruppen fest. So ist z.B. Marburg das Zentrum der Traditionalisten, die sich an dem an der Marburger Philipps-Universität lehrenden marxistischen Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth orientieren.⁷⁵ In Berlin dagegen dominieren die Antiautoritären um Rudi Dutschke, Bernd Rabehl, Christian Semmler und einigen anderen. Die Frankfurter Ortsgruppe des SDS ist, nicht zuletzt aufgrund der Lehrtätigkeit von Horkheimer und Adorno, die am stärksten von der Kritischen Theorie beeinflusste Gruppe. Paradigmatisch dafür steht der Umstand, dass der theoretische Kopf des antiautoritären Flügels, Hans-Jürgen Krahl, in Frankfurt bei Adorno Philosophie studiert. Detlev Claussen sieht in Krahl sogar explizit die dritte Generation der Kritischen Theorie.⁷⁶

Von welchen Werken die Antiautoritären beeinflusst werden und wie die einzelnen Vertreter der Kritischen Theorie auf die Studentenbewegung reagieren, soll nun dargestellt werden.

⁷⁴ Karl Marx und Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.), Karl Marx Friedrich Engels Werke Band 3, Berlin 1969, S. 195.

⁷⁵ Zum Einfluss von Wolfgang Abendroth auf die Studentenbewegung, vgl. Richard Heigl, Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950-1968), Berliner Beiträge zur kritischen Theorie Band 6, Argument Sonderband Neue Folgen AS 303, Hamburg 2008.

⁷⁶ Detlev Claussen, Hans-Jürgen Krahl – Ein philosophisch-politisches Profil, in: Wolfgang Kraushaar, Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946-1995, Band 3, Aufsätze und Kommentare. Register, Hamburg 1998, S. 66.

2.3 Die Rezeption der Kritischen Theorie durch die Studentenbewegung bis 1968

2.3.1 Horkheimers „Autoritärer Staat“ und die Faschismuskussionen im Institut für Sozialforschung

Für die Theoriebildung der antiautoritären Studierenden sind vor allem Max Horkheimers Frühschriften von großer Bedeutung. Nach der Einschätzung von Wolfgang Kraushaar zirkuliert etwa der 1934 von Horkheimer unter dem Pseudonym Heinrich Regius veröffentlichte Band „Die Dämmerung“, im SDS *„wie eine Art linker Katechismus.“*⁷⁷ Die wirkmächtigsten Spuren im Denken der studentischen Bewegung hinterlässt aber der 1940 geschriebene Aufsatz „Autoritärer Staat“.⁷⁸ In diesem entfaltet Horkheimer eine Analyse des Staatskapitalismus, der die Theoriebildung der antiautoritären Bewegung nachhaltig beeinflusst. Nicht zuletzt aufgrund der Diskussion über die Notstandsgesetze gewinnt Horkheimers Schrift für die Studentenbewegung an Relevanz. Und ohne diesen Aufsatz ist auch ein weiterer „Bestseller“ der Studentenbewegung undenkbar, nämlich die 1967 veröffentlichte „Transformation der Demokratie“⁷⁹ des Berliner Politikwissenschaftlers Johannes Agnoli.

In Horkheimers Aufsatz über den Autoritären Staat wird die Phase des Staatskapitalismus als die Form kapitalistischer Vergesellschaftung beschrieben, die historisch auf den Monopolkapitalismus folgt, der bereits vorher die freie Marktwirtschaft abgelöst hat. Eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung des autoritären Staates spielt dabei die Bürokratie: *„Die*

⁷⁷ Vgl. Wolfgang Kraushaar, Autoritärer Staat und antiautoritäre Bewegung. Zum Organisationsreferat von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt (4.-8. Sept. 1967), in: Kraushaar 1998, Band 3, S. 28.

⁷⁸ Wie stark der Aufsatz von Horkheimer das Denken der Studentenbewegung beeinflusst, lässt sich exemplarisch nachvollziehen in den Texten des Theoretikers der Bewegung Hans-Jürgen Krahl. Vgl. dazu Krahl 1971.

⁷⁹ Johannes Agnoli, Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg im Breisgau 1990.

*Bürokratie bekommt den ökonomischen Mechanismus wieder in die Hand, der unter der Herrschaft des reinen Profitprinzips der Bourgeoisie entglitt.*⁸⁰

Nach Horkheimer ist

*„Die konsequenteste Art des autoritären Staats, die aus jeder Abhängigkeit vom privaten Kapital sich befreit hat, [...] der integrale Etatismus oder Staatssozialismus.“*⁸¹

Diese Umschreibung benutzt Horkheimer für die Sowjetunion. Das heißt, Horkheimer sieht in der Sowjetunion die konsequenteste Umsetzung einer Tendenz, die sowohl in den faschistischen, als auch in den nicht-faschistischen Staaten des Westens ausgeprägt ist, nämlich, dass die außerökonomische Zwangsgewalt zur ökonomischen Potenz wird und damit der intervenierende, dirigistische Staat zum ideellen Gesamtkapitalisten, so wie das bereits Friedrich Engels im 19. Jahrhundert beschrieben hat.⁸² Die Bevölkerung wird dabei in erster Linie mittels Manipulation in den autoritären Staat integriert und nicht mehr wie in früheren Epochen durch Anwendung unmittelbarer Gewalt. In Bolschewismus, Faschismus und Reformismus sieht Horkheimer verschiedene Ausprägungen des autoritären Staates realisiert, wobei er jedoch diese verschiedenen Formen des autoritären Staates keinesfalls gleichgesetzt sehen will.

Auch die Arbeiterbewegung, die noch in der liberalistischen Phase dem kapitalistischen System antagonistisch gegenüberstand, hat sich inzwischen eingegliedert. Dies ist nicht nur der Gewalt der gesellschaftlichen Verhältnisse geschuldet, sondern es gab auch spezielle Tendenzen innerhalb der Arbeiterbewegung selber, die sich zum autoritären Staat hin entwickelten.

Horkheimer führt dazu aus:

*„Die dunkle Beziehung von Lassalle, dem Begründer der deutschen sozialistischen Massenpartei, und Bismarck, dem Vater des deutschen Staatskapitalismus war symbolisch. Beide steuerten zur staatlichen Kontrolle hin.“*⁸³

⁸⁰ Max Horkheimer, Autoritärer Staat, in: Gunzelin Schmid Noerr (Hrsg.): Max Horkheimer. Gesammelte Schriften. Band 5, „Dialektik der Aufklärung“ und Schriften 1940-1950, Frankfurt am Main 1987, S. 310.

⁸¹ Ebenda, S. 300.

⁸² Vgl. Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.), Karl Marx Friedrich Engels Werke, Band 19, Berlin 1962, S. 181-228.

⁸³ Ebenda, S. 300.

Diese staatliche Kontrolle führt zu einem Primat der Politik über die Ökonomie, sodass Horkheimer im autoritären Staat eine neue Form der kapitalistischen Vergesellschaftung verwirklicht sieht. Diese in der Faschismuskritik des Instituts zuerst von Friedrich Pollock in seinen Aufsätzen „Staatskapitalismus“ und „Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung?“⁸⁴ formulierte Position bleibt jedoch innerhalb der Kritischen Theorie nicht ohne Widerspruch. Gegen die Position von Pollock, Horkheimer und auch Adorno formulieren vor allem Franz Neumann, Otto Kirchheimer und A. R. L. Gurlach die Gegenthese, die davon ausgeht, dass das faschistische System die dem hochmonopolistischen Kapitalismus adäquate politische Organisationsform sei. Diese Kontinuitätslinie vom liberalen Konkurrenzkapitalismus zum faschistischen System untermauert vor allem Neumann mittels einer detaillierten empirischen Analyse.⁸⁵

Mit dieser Kontroverse legen die Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung die Grundlage für viele folgende Diskussionen um eine Theorie des Faschismus innerhalb der undogmatischen Linken. Auch die Studentenbewegung wird sich an dieser Debatte abarbeiten.⁸⁶

Neben dieser staats- und ökonomiekritischen Analyse des Nationalsozialismus erarbeiten die Mitarbeiter des Instituts aber auch umfangreiche psychoanalytische Untersuchungen über die Charakterstruktur der für den Faschismus anfälligen Persönlichkeit.⁸⁷ Auch dieser Ansatz wird später von der Studentenbewegung in ihrer Analyse des Faschismus aufgegriffen.

Wie stark die Arbeiten der Kritischen Theorie das Denken der antiautoritären Bewegung prägen, zeigt sich beispielhaft am so genannten Organisationsreferat, das die beiden medial bekanntesten Köpfe des antiautoritären Flügels des SDS, Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl, auf der

⁸⁴ Beide Aufsätze finden sich in: Helmut Dubiel und Alfons Söllner (Hrsg.), *Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939-1942* von Max Horkheimer, Friedrich Pollock, Franz L. Neumann, A. R. L. Gurland, Otto Kirchheimer und Herbert Marcuse, Frankfurt am Main 1984, S. 81-109 und S. 111-128.

⁸⁵ Franz Neumann, *Behemoth, Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944*, herausgegeben und mit einem Nachwort „Franz Neumanns Behemoth und die heutige Faschismuskritik“ von Gert Schäfer, *Studien zur Gesellschaftstheorie*, Köln und Frankfurt am Main 1977.

⁸⁶ Vgl. hierzu Kapitel 3.1 dieser Arbeit.

⁸⁷ Vgl. Institut für Sozialforschung (Hrsg.), *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*, Paris 1936, 2 Bände und Max Horkheimer und Samuel H. Flowerman (Hrsg.), *Studies in Prejudice*, New York 1949f, 5 Bände.

22. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt vom 4.-8. September 1967 halten. Darin knüpfen beide an die Ausführungen Horkheimers zum autoritären Staat an. Sie beziehen darin die ökonomische Analyse, die Horkheimer im „Autoritären Staat“ entwickelt, auf die aktuelle wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik. 1967 befindet sich die Wirtschaft der Bundesrepublik zum ersten Mal in ihrer Geschichte in einer Rezession und die Bundesregierung versucht, mit Hilfe korporatistischer Instrumentarien wie der sog. „Konzertierten Aktion“ diese zu überwinden. Diese Zunahme der staatlichen Eingriffe in den wirtschaftlichen Produktionsprozess analysieren Dutschke und Krahl als eine Vereinheitlichung von Produktion und Zirkulation und damit als System des integralen Etatismus, der die Vollendung des Monopolkapitalismus darstellt. Aber sie sehen darin noch keinen Staatskapitalismus, da die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel beibehalten wird. Doch genau wie Horkheimer erkennen sie in der BRD die Ausschaltung der kapitalistischen Konkurrenz mittels einer Symbiose aus staatlicher und industrieller Bürokratie. Der Staat wird also zum gesellschaftlichen Gesamtkapitalisten und die Gesellschaft zur staatlichen Gesamtkaserne.⁸⁸ Die Tendenz zu antidemokratischen Entwicklungen ist dabei offensichtlich. Konkret wird diese Analyse von den Antiautoritären in den Protesten gegen die Notstandsgesetze umgesetzt. So organisiert der SDS im Anschluss an den Sternmarsch gegen die Notstandsgesetze in Bonn im Mai 1968 einen Kongress unter dem Motto: „Autoritärer Staat und Widerstand“. Doch der Versuch, die Proteste und vor allem die Bündnispartner wie Gewerkschaften und Atomwaffengegner zu radikalisieren, scheitert.⁸⁹

Um solch eine Niederlage zu verhindern, hatten Dutschke und Krahl in ihrem Organisationsreferat vorgeschlagen, die direkten, bewusstseinskonstituierenden Aktionen zu erhöhen, um damit die Manipulation der Bevölkerung und die Integration der Arbeiterbewegung zu durchbrechen. Damit stoßen sie allerdings bei ihrem theoretischen Vorbild Horkheimer auf Gegenwehr, da dieser in den Aktionen der protestierenden Studierenden keinen

⁸⁸ Vgl. Wolfgang Kraushaar, Autoritärer Staat und antiautoritäre Bewegung. Zum Organisationsreferat von Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt (4.-8. Sept. 1967), in: Kraushaar 1998, Band 3, S. 20.

⁸⁹ Vgl. Schmidtke, 2003, S.137ff.

emanzipatorischen Gehalt entdecken kann. Vielmehr fürchtet Horkheimer antiamerikanische Tendenzen und rechtfertigt deshalb sogar den Vietnamkrieg. Aufgrund dessen wird auch er zum Ziel studentischer Proteste und der Frankfurter SDS wirft ihm sogar eine „*in die Apologie des Faschismus und Imperialismus umgeschlagenen Resignation*“⁹⁰ vor. Diese unreflektierte Verwendung des Faschismusvorwurfs scheint Horkheimers Befürchtungen zu bestätigen. Er schreibt deshalb illusionslos über die Studentenbewegung:

*„Es ist nicht schwer vorauszusagen, dass die heutigen Rebellen, oder mindestens viele von ihnen, sich in eine neue totalitäre Ordnung begeistert einfügen würden.“*⁹¹

Diese negative Einstellung hinsichtlich der emanzipatorischen Potenzialen der Protestbewegung begründet er mit einer grundsätzlichen Überlegung:

*„Mein Pessimismus lässt sich besser verstehen, wenn man den Gedanken, den ich immer wieder ausgesprochen habe, den banalen Gedanken mit hineinnimmt, nämlich das Motto: Theoretisch Pessimist und politisch Optimist sein, das Schlimme erwarten und doch das Gute versuchen. Das bezieht sich in gewisser Weise auch auf die Kritische Theorie, nämlich: Das Schlimme aussprechen und versuchen, es in der Praxis zu verändern.“*⁹²

2.3.2 Die Bedeutung des Antisemitismus für die Kritische Theorie

In der oben dargestellten Faschismuskonversation zwischen den Mitarbeitern des Instituts in den dreißiger und frühen vierziger Jahren nimmt der Antisemitismus noch keinen großen Stellenwert ein. Die Entstehung des Faschismus wird darin vor allem aus den, der spätbürgerlichen Gesellschaft inhärenten, ökonomischen Entwicklungstendenzen abgeleitet. In der Sommerausgabe 1934 des Institutsorgans „Zeitschrift für Sozialforschung“ (ZfS), die die „erste

⁹⁰ Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Gruppe Frankfurt, Offener Brief an Max Horkheimer, in: Diskus – Frankfurter Studentenzeitung Nr. 4, 1967, zit. nach Kraushaar 1998, Band 2, S. 231.

⁹¹ Max Horkheimer, Die Motive der rebellierenden Studenten, in: Späne. Notizen über Gespräche mit Max Horkheimer, in unverbindlicher Formulierung aufgeschrieben von Friedrich Pollock, in: Gunzelin Schmid Noerr (Hrsg.), Max Horkheimer. Gesammelte Schriften, Band 14, Nachgelassene Schriften 1949-1972. 5. Notizen, Frankfurt am Main 1988, S. 505.

⁹² Max Horkheimer, Das Schlimme erwarten und doch das Gute versuchen. Gespräche mit Gerhard Rein, in: Gunzelin Schmid Noerr (Hrsg.), Max Horkheimer, Gesammelte Schriften,

*interdisziplinäre Reaktion des Horkheimer-Kreises auf den Sieg des Nationalsozialismus [...]'*⁹³ darstellt, unterzieht Herbert Marcuse die nationalsozialistische Weltanschauung einer ideologiekritischen Analyse.⁹⁴ Doch auch in dieser sich explizit mit dem Weltbild der Nationalsozialisten sich beschäftigenden Arbeit findet der Antisemitismus keine herausgehobene Erwähnung. Sogar in der ersten Schrift des Instituts, die sich ausdrücklich auf die Situation der Juden bezieht, Horkheimers Aufsatz „Die Juden und Europa“,⁹⁵ wird der Einfluss des Antisemitismus eklatant unterschätzt. Horkheimer beschreibt darin den Antisemitismus lediglich als ein Phänomen, das in die Aufstiegsphase der faschistischen Bewegung fällt und dass vom Regime zur Einschüchterung der Bevölkerung gebraucht wird. Die Arbeiterklasse dagegen spricht er von jedem Antisemitismus frei: *„Die Arbeiter in Deutschland, die durch die Schule einer revolutionären Denkart gegangen sind, haben den Pogromen mit Ekel zugesehen.“*⁹⁶

Diese Einstellung ändert sich aber in den folgenden Monaten rapide. Dies hat zwei Gründe: Einerseits durch die das Institut erreichenden Meldungen aus Europa und andererseits durch die Zusammenarbeit des Instituts mit dem „American Jewish Committee“ (AJC). Diese Kooperation wird notwendig aufgrund der finanziellen Situation, in der sich das Institut im amerikanischen Exil befindet. Aus dieser Zusammenarbeit gehen fünf Bände der „Studies in Prejudice“⁹⁷ hervor.

Dass sich die Einschätzung des IfS zur Bedeutung des Antisemitismus geändert hat, zeigt auch ein Brief den Adorno 1940 an Horkheimer schreibt, in dem er ausführt:

„Mir geht es allmählich so, auch unter dem Eindruck der letzten Nachrichten aus Deutschland, dass ich mich von dem Gedanken an das Schicksal der

Band 7, Vorträge und Aufzeichnungen 1949-1973, 1. Philosophisches, 2. Würdigungen, 3. Gespräche, Frankfurt am Main 1985, S. 467.

⁹³ Wiggershaus 2001, S. 163.

⁹⁴ Vgl. Herbert Marcuse, Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: Ders., Aufsätze aus der Zeitschrift für Sozialforschung 1934-1941, Herbert Marcuse Schriften Band 3, Frankfurt am Main 1979, S. 7-44.

⁹⁵ Vgl. Max Horkheimer, Die Juden und Europa, in: Alfred Schmidt und Gunzelin Schmid Noerr (Hrsg.), Max Horkheimer. Gesammelte Schriften Band 4: Schriften 1936-1941, Frankfurt am Main 1988, S. 308-331.

⁹⁶ Ebenda, S. 327.

⁹⁷ Vgl. Horkheimer und Flowerman, 1949f.

*Juden überhaupt nicht mehr losmachen kann. Oftmals kommt es mir so vor, als wäre all das, was wir unterm Aspekt des Proletariats zu sehen gewohnt waren, heute in furchtbarer Konzentration auf die Juden übergegangen.*⁹⁸

Ergebnis dieser veränderten Sichtweise sind die in den USA durchgeführten empirischen Arbeiten des Instituts, die „Studies in Prejudice“, die an die bereits in Europa gemachten Untersuchungen zum Autoritarismus anknüpfen.⁹⁹ Diesmal rückt aber die Untersuchung des Antisemitismus in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses. In dem von Adorno und einigen Mitarbeitern veröffentlichten Band „The Authoritarian Personality“¹⁰⁰ finden sich die Ergebnisse der in den USA durchgeführten quantitativen Sozialforschungen des Instituts. Zur Auswertung der Ergebnisse entwickeln die Forscher eine so genannte F-(Faschismus)Skala, mit deren Hilfe die antidemokratischen Züge in der Charakterstruktur gemessen werden.

Lars Rensmann schreibt über die Ergebnisse dieser empirischen Forschungen für das Verständnis der Kritischen Theorie über den Antisemitismus:

*„Moderner Antisemitismus ist demzufolge vor allem in modernem Autoritarismus und Grundprinzipien moderner Vergesellschaftung begründet; antisemitische Ideologie wird begriffen als eine moderne, sinnstiftende Bewusstseinsform, die in funktionaler Wechselbeziehung zu den psychosozialen Bedürfnissen und Ängsten (durch gesellschaftliche bzw. sozialisatorische Prozesse) autoritär entstellter Charaktere steht.“*¹⁰¹

Die Kritische Theorie sieht den Antisemitismus folglich aus einer Wechselwirkung von gesellschaftlichen und psychologischen Ursachen hervorgebracht. Während in den empirischen Forschungen in erster Linie den psychologischen Ursachen in den Charakterstrukturen der Individuen, die ihrerseits in den gesellschaftlichen Verhältnissen ihren Ursprung haben, auf den Grund gegangen wird, legen Horkheimer und Adorno mit dem Kapitel „Elemente des Antisemitismus. Grenzen der Aufklärung“ in der „Dialektik der

⁹⁸ Theodor W. Adorno, Brief an Max Horkheimer vom 25.08.1940, zit. nach: Gunzelin Schmid Noerr, Flaschenpost. Die Emigration Max Horkheimers und seines Kreises im Spiegel seines Briefwechsels, in: Ilya Srubar (Hrsg.), Exil, Wissenschaft, Identität. Die Emigration deutscher Sozialwissenschaftler 1933-1945, Frankfurt am Main 1988, S. 261f.

⁹⁹ Vgl. Institut für Sozialforschung 1936 und Fromm 1980.

¹⁰⁰ Die von Adorno verfassten Beiträge des Bandes sind auf Deutsch erschienen als: Theodor W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, übersetzt von Milli Weinbrenner, mit einer Vorrede von Ludwig von Friedeburg, Frankfurt am Main 1999.

¹⁰¹ Lars Rensmann, Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotenzial und Aktualität, Berlin und Hamburg 1988, S. 32.

Aufklärung¹⁰² eine erste theoretisch-philosophische Analyse des Antisemitismus vor. Dabei bestimmt sich die Kritik des Antisemitismus als Kritik der Gesellschaft, die ihn hervorbringt.¹⁰³ Denn nach Ansicht der Kritischen Theoretiker sagt der Antisemitismus nichts über empirische Juden aus, dafür aber umso mehr über die Antisemiten. Diese üben an der verfolgten Minderheit eine fetischisierte Kritik an der objektiv überflüssig gewordenen Herrschaft. Juden symbolisieren für sie alles das, was sie für sich selbst uneingestanden ersehen, was aber die bestehende Ordnung zum Einsturz bringen würde. Der Antisemitismus ist für die Kritische Theorie also eine unverstandene Rebellion gegen die herrschenden Zustände, die von dieser selbst hervorgebracht wird: *„Der bürgerliche Antisemitismus hat einen spezifischen ökonomischen Grund: die Verkleidung der Herrschaft in Produktion.“*¹⁰⁴ Die Versprechungen, die die Aufklärung den Individuen gibt, vom Glück ohne Macht, kann diese nicht einlösen und erzeugt deshalb einen Umschlag in die Barbarei. Antisemitismus ist deshalb für die Frankfurter Theoretiker kein Vorurteil, das alleine mit besseren Argumenten überwunden werden kann, sondern in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst begründet und dadurch in den Individuen verankert.

Die Vernichtung der europäischen Juden durch die Deutschen wird daher für das Denken der Frankfurter Sozialforscher und Philosophen zum Zentrum ihrer Theorie. Adorno formuliert es in der „Negativen Dialektik“ folgendermaßen:

*„Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: ihr Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.“*¹⁰⁵

Auch die anderen Vertreter der Kritischen Theorie betonen immer wieder die Zentralität, die die Vernichtung der europäischen Juden in ihrem Denken einnimmt. In einem seiner letzten Interviews 1979 führt Marcuse aus:

¹⁰² Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, in: Rolf Tiedemann (Hrsg.), unter Mitwirkung von Gretel Adorno, Susan Buck-Morss und Klaus Schultz, Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften Band 3, Frankfurt am Main 1981.

¹⁰³ Vgl. Florian Markl, Beschädigtes Leben und Judenhaß. Kritik des Antisemitismus als Gesellschaftskritik, in: Stephan Grigat (Hrsg.), Feindaufklärung und Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus, mit Beiträgen von Johann Dvorák et. al. Freiburg im Breisgau 2006, S. 131-153.

¹⁰⁴ Horkheimer und Adorno 1981, S. 197.

¹⁰⁵ Adorno 1977, S. 358.

„Es gibt ein Kriterium, an dem sich zeigt, wie sich heute authentische von nicht-authentischer Innerlichkeit unterscheidet; jede Verinnerlichung, jede veröffentlichte Erinnerung, die nicht die Erinnerung von Auschwitz festhält, die nicht von Auschwitz als belanglos desavouiert wird, ist Flucht, Ausflucht, und ein Begriff des Fortschritts, der nicht eine Welt begreift, in der Auschwitz immer noch möglich ist, ist (in schlechtem Sinne) abstrakt.“¹⁰⁶

Und auch Hans-Jürgen Krahl erweist sich in dieser Hinsicht als konsequenter Schüler Adornos und Fortsetzer der Kritischen Theorie, wenn er auf einem Teach-in ausführt:

„Es gehört wahrscheinlich zu den zentralen Erfahrungsgehalten der Kritischen Theorie, zumal der Adornos, dass sie festgestellt hat, dass Auschwitz kontingent ist auch gegenüber den Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie. Adorno hat Auschwitz zum Kontingenz-Begriff, zum Irrationalitätsbegriff von Geschichte gemacht; Auschwitz hat eine neue Situation in der Geschichte geschaffen; Auschwitz beugt sich auch nicht mehr unmittelbar den Kategorien der Warenakkumulation; Auschwitz hat Adorno zufolge das Schreckbild einer Menschheit ohne Erinnerung uns nahe gebracht. Ich glaube, dass das nicht nur feuilletonistische Erwägungen sind und anders gesagt, dass der scheinbare Feuilletonismus solcher Erwägungen sich daraus herleitet, dass er nicht mehr sich klassischen Kriterien rationaler Wissenschaftsüberlieferungen beugte, nicht einmal den Marxschen. Dass die Kommunisten in den Lagern von Auschwitz nichts gelernt haben, sondern gleichsam Arbeitsfrontkategorien und formaldemokratische Kategorien noch übernommen haben und von der Anschauung ihrer Henker affiziert worden sind, mag dafür ein Indiz sein. Auschwitz stellt uns auch in unserer Strategiediskussion vor eine neue Situation, weil es eine neue Qualität von Bewusstlosigkeit und Geschichtslosigkeit im Bewusstsein der Massen andeutet.“¹⁰⁷

Krahl betont in seinen Überlegungen den Stellenwert, den die Erfahrung der Massenvernichtung für die studentische Protestbewegung haben sollte. Der Holocaust sei mit den Kategorien der marxschen Kritik der politischen Ökonomie nicht mehr zu fassen und stelle so die Bewegung vor eine gänzlich neue Situation. Er kritisiert scharf die traditionalistische Linke, die aus dem Nationalsozialismus keine adäquaten Schlüsse gezogen habe und verwirft auch eine Strategie, die auf die Möglichkeit einer unvermittelten Aufklärung der Massen setzt. Denn das Bewusstsein der Massen nach Auschwitz ist geprägt

¹⁰⁶ Herbert Marcuse zit. nach: Detlev Claussen, Spuren der Befreiung, in: Ders., Spuren der Befreiung – Herbert Marcuse. Ein Materialienbuch zur Einführung in sein politisches Denken, mit Beiträgen von Lothar Baier et. al., Darmstadt/Neuwied 1981, S. 44.

¹⁰⁷ Krahl 1971, S. 315.

von Geschichts- und Bewusstlosigkeit. Dieser Zustand drohe, erneut in die Barbarei zu führen.

Die Ergebnisse der ersten großen empirischen Arbeit des Instituts nach seiner Rückkehr nach Deutschland bestätigen die Befürchtungen der Kritischen Theorie, dass in dieser Welt Auschwitz immer noch möglich sei. In einer umfassenden Untersuchung unter dem Titel „Gruppenexperiment“ wird das politische Bewusstsein der Nachkriegsdeutschen erforscht. Die Auswertungen der empirischen Daten zeigen, dass die Einstellungen eines großen Teils der Bevölkerung gegenüber der von Deutschland begangenen Verbrechen durch Abwehrreaktionen gekennzeichnet sind.¹⁰⁸

Für die Kritischen Theoretiker ist der Antisemitismus trotz seiner weitgehenden Verbannung aus der Öffentlichkeit nicht verschwunden, sondern hat sich lediglich in eine nichtöffentliche Meinung gewandelt, die nur unter speziellen Umständen zum Vorschein kommt. Im „Gruppenexperiment“ ist es den Forschern zum Teil gelungen, diese untergründigen Tendenzen ans Licht zu bringen.

Außerdem registriert die Kritische Theorie, dass sich im Nachkriegsdeutschland eine neue Form des Antisemitismus gebildet hat: der sekundäre Antisemitismus.

„Der Begriff des ‚sekundären Antisemitismus‘ steht bei der Kritischen Theorie für einen Antisemitismus nach und wegen Auschwitz, der sich aus Schuldabwehr und Erinnerungsverweigerung speist.“¹⁰⁹

Gegen diesen sekundären Antisemitismus in der frühen Bundesrepublik interveniert vor allem Adorno in zahlreichen Vorträgen, Radiobeiträgen und Aufsätzen. Speziell in der frühen Phase der Studentenbewegung spielt diese Kritik auch eine große Rolle für die Aktivitäten des SDS.¹¹⁰

Für die theoretische Auseinandersetzung der Studierenden mit dem Antisemitismus und der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit sind die Forschungen des IfS zum Autoritarismus und besonders zur autoritären Charakterstruktur von herausragender Bedeutung. Die entsprechenden

¹⁰⁸ Friedrich Pollock, Gruppenexperiment. Ein Studienbericht, mit einem Geleitwort von Franz Böhm, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, im Auftrag des Instituts für Sozialforschung, herausgegeben von Theodor W. Adorno und Walter Dirks, Band 2, Frankfurt am Main 1955.

¹⁰⁹ Rensmann 1998, S. 231.

¹¹⁰ Vgl. hierzu Kapitel 3.2 dieser Arbeit.

Schriften sind innerhalb des SDS schon seit Anfang der sechziger Jahre bekannt. Doch deren Rezeption bedeutet nicht die unkritische Übernahme der Überlegungen der Kritischen Theoretiker.

In einer Diskussion mit Adorno im Hessischen Rundfunk entwickelt Hans-Jürgen Krahl eine Kritik am Fehlen einer klassentheoretischen Bestimmung der Kritischen Theorie und führt als Beleg hierzu auch die Forschungen zum Autoritarismus auf. Krahl bemängelt, dass die Untersuchungen von der bürgerlichen Familie und einem bürgerlichen Begriff von Individualität ausgehen und damit die Wirklichkeit proletarischer Lebensverhältnisse verfehlen.¹¹¹

Auch für Rudi Dutschke besteht nach der Niederlage des Nationalsozialismus kein Grund, an der Wirkmächtigkeit der autoritären Persönlichkeitsstrukturen zu zweifeln.

„Diese Persönlichkeitsgrundlage des Faschismus wurde auch durch die äußerliche Niederlage des Faschismus in Deutschland nicht überwunden, konnte vielmehr im wesentlichen ungebrochen in Antikommunismus transformiert werden.“¹¹²

Er erhofft sich, dass es durch Prozesse der Selbsterziehung und Selbstaufklärung in den Aktionen der antiautoritären Studierenden zu einer Zerstörung der autoritären Charakterstrukturen der daran Beteiligten kommt. Auffällig ist an der Aussage von Dutschke, dass dem Antisemitismus keinerlei Bedeutung mehr zugemessen wird, sondern dass konstatiert wird, dieser habe sich in Antikommunismus transformiert. Der von der Kritischen Theorie entwickelten Konzeption der autoritären Persönlichkeitsstruktur geht damit in der Rezeption ein wesentlicher Bestandteil verloren. Das Spezifische des deutschen Nationalsozialismus, der eliminatorische Antisemitismus, wird darin aufgehoben in den Universalbegriff des Faschismus.

Die Protestbewegung zieht aus den Analysen zur autoritären Charakterstruktur auch den Schluss, eine antiautoritäre Erziehung und neue Formen des Zusammenlebens seien nötig, um diese Persönlichkeitsstrukturen zu verändern. Wie unmittelbar wirksam die Theorien der Frankfurter Schule bei diesen praktischen Umsetzungsversuchen sind, verdeutlicht sich an der Person

¹¹¹ Vgl. Krahl 1971, S. 291.

¹¹² Rudi Dutschke, Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt, in: Uwe Bergmann, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefèvre und

Monika Seiferts, die als Mitarbeiterin am IfS und Mitorganisatorin des dort stattfindenden Arbeitskreises „Autorität und Familie“ 1967 den ersten Kinderladen, der eine antiautoritäre Erziehung praktiziert, mitbegründet. Im Folgenden werden unzählige weitere Kinderläden eröffnet, die dafür sorgen sollen, dass es bei der nachwachsenden Generation nicht zur erneuten Herausbildung autoritärer Charakterstrukturen kommt.¹¹³ Aber auch die an der Protestbewegung beteiligten Jugendlichen und Erwachsenen versuchen, einerseits, wie von Dutschke vorgeschlagen, durch Selbstaufklärung in den Aktionen, andererseits durch neue Lebensformen wie Kommunen und politische Wohngemeinschaften ihre autoritären Persönlichkeitsstrukturen aufzubrechen.

Für die SDS´lerin Heide Berndt stellen diese Versuche eine „*praktische Umsetzung der Einsichten kritischer Gesellschaftstheorie, wie sie vom Institut für Sozialforschung [...] formuliert worden waren*“,¹¹⁴ dar, wobei die Bewältigung der deutschen Vergangenheit stets das zentrale Motiv darstelle.

2.3.3 Marcuse und die Frage nach dem revolutionären Subjekt:

Anders als Max Horkheimer solidarisiert sich Herbert Marcuse von Anfang an mit den studentischen Protestbewegungen und begreift sich, sowohl in den USA,¹¹⁵ wo er lebt und lehrt, als auch in Westeuropa, wohin er häufig reist, als Teil der Bewegungen. Über das Verhältnis seiner Gesellschaftsanalyse zu den Aktivitäten der internationalen Neuen Linken schreibt er im Vorwort zu seinem „Versuch über die Befreiung“: „*Die Koinzidenz einiger in meinem Essay*

Bernd Rabehl, Die Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 58.

¹¹³ Ausführlich zur Theorie der Kinderläden: Vgl. Berliner Kinderläden, Antiautoritäre Erziehung und sozialistischer Kampf, Köln/Berlin 1970.

¹¹⁴ Heide Berndt zit. nach, Schmidtke 2003, S. 162.

¹¹⁵ Über den Einfluss Herbert Marcuses auf die US-amerikanische Neue Linke siehe: Paul Breines, Marcuse and the New Left in America, in: Jürgen Habermas (Hrsg.), Antworten auf Herbert Marcuse, mit Beiträgen von Alfred Schmidt et. al., Frankfurt am Main 1968, S. 133-151.

vorgeschlagenen Gedanken mit den von den jungen Rebellen formulierten war für mich sehr eindrucksvoll.“¹¹⁶

In der Phase der antiautoritären Revolte wird Marcuse von den bundesdeutschen Medien als das „*Idol der Studenten*“¹¹⁷ beschrieben, was seine herausragende Bedeutung für die Proteste unterstreicht. Seine Studie „*Der eindimensionale Mensch*“¹¹⁸ wird zu einem Bestseller, und als er 1967 an der Freien Universität in Berlin vier Abende lang in Folge über „*Das Ende der Utopie*“ spricht, hören jeweils bis zu 2.500 Studierende zu. Marcuse spricht häufig auf Kongressen der Außerparlamentarischen Opposition, wie z.B. schon 1966, wo er auf dem SDS-Kongress „*Vietnam – Analyse eines Exempels*“ in Frankfurt das Hauptreferat hält. Diese Auftritte prägen die Theoriebildung der Studentenbewegung, etwa hinsichtlich der Frage nach dem revolutionären Subjekt, nachhaltig.

Ist im SDS bereits seit der ersten Hälfte der sechziger Jahre unter Berufung auf die amerikanische New Left, und dabei vor allem auf Charles Wright Mills,¹¹⁹ eine Diskussion darüber entbrannt, ob möglicherweise die radikalen Intellektuellen gegenwärtig die einzige „historische Agentur der Veränderung“ seien, so bildet sich jetzt im antiautoritären Lager in Anlehnung an die Gesellschaftstheorie Herbert Marcuses ein ausgeprägtes Bewusstsein darüber, zumindest potentiell Träger einer historisch neuartigen sozialrevolutionären Politik zu sein.¹²⁰ Dieses Bewusstsein kann sich aber nur dann entwickeln, wenn

¹¹⁶ Herbert Marcuse, Versuch über die Befreiung, in: Ders., Aufsätze und Vorlesungen 1948-1969. Versuch über die Befreiung, Herbert Marcuse Schriften Band 8, Frankfurt am Main 1984, S. 242.

¹¹⁷ So etwa „*Die Zeit*“ am 21.07.1967, zitiert nach Kraushaar 1998, Band 1, S. 268. Jürgen Habermas nennt Marcuse den „*Philosophen der Jugendrevolte*“, Jürgen Habermas (Hrsg.), 1968, S. 13.

¹¹⁸ Herbert Marcuse, *Der eindimensionale Mensch*. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, übersetzt von Alfred Schmidt, in: Herbert Marcuse Schriften, Band 7, Frankfurt am Main 1989. Kraushaar schreibt über „*Der eindimensionale Mensch*“: „*Marcuses 1964 in den USA erstmals erschienene gesellschaftstheoretische Studie wird von der studentischen Protestbewegung als Grundlagenwerk aufgenommen und erfährt allein in den ersten anderthalb Jahren nach dem Erscheinen fünf weitere Auflagen.*“ Kraushaar 1998, Band 1, S. 250.

¹¹⁹ Diese Einschätzung stützt sich auf Hans Manfred Bock, der schreibt: „*Die Übersetzungen der beiden Hauptwerke des 1962 verstorbenen Soziologen, die *Amerikanische Elite*, Hamburg 1962, und *Kritik der soziologischen Denkweise*, Neuwied 1963, hatten bis Mitte der sechziger Jahre eine ähnliche Bedeutung für die Diskussion im SDS wie in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre die Arbeiten von Herbert Marcuse.*“ (Hervorhebungen im Original; Anmerkung des Verfassers.) Hans Manfred Bock, *Geschichte des „linken Radikalismus“ in Deutschland. Ein Versuch*, Frankfurt am Main 1976, Anmerkung 134, S. 328.

¹²⁰ Vgl. Ebenda, S. 225f.

es einen Bedeutungswandel in der Rolle der Industriearbeiterklasse gibt. Auf dem erwähnten SDS-Kongress führt Marcuse seine Einschätzung über die US-amerikanische Arbeiterklasse aus:

„Die Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten gehört nicht zur Opposition, sie ist integriert in das System. Integriert nicht nur ideologisch, sondern integriert auf der materiellen Basis steigender Produktivität und eines steigenden Lebensniveaus. Selbstverständlich ist Amerika eine Klassengesellschaft [...] Aber diese Klassengesellschaft ist nicht mehr eine des Klassenkampfes im traditionellen Sinne [...]“¹²¹

Diese Einschätzung der amerikanischen Arbeiterklasse, die in ihrer Mehrheit kein vitales Interesse mehr an einer gesellschaftlichen Umwälzung habe, lasse sich, so Marcuse, auch auf andere kapitalistische Staaten der Metropolen übertragen.¹²² Doch trotz dieses negativen Befundes sei die Revolution ohne die industrielle Arbeiterklasse nicht vorstellbar. Da diese aber momentan materiell und psychologisch in die „eindimensionale Gesellschaft“ integriert sei, sind Katalysatorengruppen nötig, um das Klassenbewusstsein des Proletariats zu wecken. Marcuse greift in diesem Zusammenhang auf Marx' Unterscheidung von der Klasse „an sich“ und der Klasse „für sich“ zurück.¹²³ Für ihn bleibt die Arbeiterklasse „an sich“, also aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess das revolutionäre Subjekt, aber „für sich“, d.h. auf der Ebene des Bewusstseins, ist sie in das System integriert und benötigt zur ihrer eigenen Revolutionierung Katalysatoren.

„Unter diesen Umständen fällt die Aufgabe, radikales politisches Bewusstsein und eine ebensolche Praxis zu entwickeln, nichtintegrierten Gruppen zu; Gruppen, deren Bewusstsein und deren Bedürfnisse noch nicht in ein System von Herrschaft integriert sind und die Kraft diese Faktums in der Lage und willens sind, radikales Bewusstsein zu schaffen.“¹²⁴

¹²¹ Herbert Marcuse, Analyse eines Exempels. Hauptreferat des Kongresses „Vietnam-Analyse eines Exempels“, in: Herbert Marcuse Nachgelassene Schriften. Band 4: Die Studentenbewegung und ihre Folgen, Herausgegeben und mit einem Vorwort von Peter Erwin Jansen, Einleitung von Wolfgang Kraushaar, aus dem Amerikanischen von Thomas Laugstien, Springe 2004, S. 70.

¹²² Diese Position vertreten spätestens seit dem 2. Weltkrieg auch die anderen Vertreter der Kritischen Theorie, wie bspw. Max Horkheimer wenn er schreibt: *„Ebensowenig existiert eine gesellschaftliche Klasse, an deren Zustimmung man sich halten könnte.“* Horkheimer 1998, S. 215f.

¹²³ Vgl. Karl Marx, Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“, in: Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung Berlin (Hrsg.), Karl Marx Friedrich Engels Werke Band 4, Berlin 1990, S. 180f.

¹²⁴ Herbert Marcuse, Revolutionäres Subjekt und Autonomie. Vortrag auf der Sommeruniversität Korčula zum Thema „Marx und die Revolution“ 14.-25. August 1968, in:

Marcuse hat bei der Formulierung dieser Randgruppentheorie in erster Linie die Kämpfe der Schwarzen in den USA um gleiche Bürgerrechte im Blick. In seinem Buch „Der eindimensionale Mensch“ führt Marcuse diese Auffassungen von den nichtintegrierten Randgruppen noch weiter aus:

„Unter der konservativen Volksbasis befindet sich jedoch das Substrat der Geächteten und Außenseiter: die Ausgebeuteten und Verfolgten anderer Rassen und anderer Farben, die Arbeitslosen und die Arbeitsunfähigen. Sie existieren außerhalb des demokratischen Prozesses; ihr Leben bedarf am unmittelbarsten und realsten der Abschaffung unerträglicher Verhältnisse und Institutionen. Damit ist ihre Opposition revolutionär, wenn auch nicht ihr Bewusstsein. Ihre Opposition trifft das System von außen und wird deshalb nicht durch das System abgelenkt; sie ist eine elementare Kraft, die die Regeln des Systems verletzt und es damit als ein aufgetakeltes Spiel enthüllt. [...] Die Tatsache, dass sie anfangen, sich zu weigern, das Spiel mitzuspielen, kann die Tatsache sein, die den Beginn des Endes einer Periode markiert.“¹²⁵

Die studentische Protestbewegung greift diese Randgruppentheorie auf und versucht sie in der Bundesrepublik in die Praxis umzusetzen. Vor allem die „Heimkampagne“, bei der so genannte „Fürsorgezöglinge“ in ihren Heimen organisiert werden sollen, ist Ausdruck dieser Bemühungen. Im Juni 1969 fahren Studierende in das besonders berüchtigte Fürsorgeheim Staffelberg bei Frankfurt, stellen dort die Verantwortlichen zur Rede und organisieren mit den Heimbewohnern eine Vollversammlung, auf der verschiedene Forderungen aufgestellt werden. In der Folge dieses Besuches gründet sich in dem Heim eine Basisgruppe. Doch anders als von den studentischen Aktivisten geplant, organisieren sich die Jugendlichen nicht langfristig im Heim, sondern eine große Anzahl der angesprochenen Bewohner flieht aus der Einrichtung und wird von den Studierenden in Frankfurt untergebracht, wo die Aktivisten meist erfolglos versuchen, sie in die politische Arbeit einzubinden.¹²⁶ Dieses Vorgehen wiederholt sich in einer Reihe von weiteren Heimen in Frankfurt und Umgebung.

Doch nicht nur Marcuses Randgruppentheorie wird von der Protestbewegung in die Praxis überführt, auch seine Überlegungen zur katalysatorischen Funktion,

Marxismus-Kollektiv (Hrsg.), Marx und die Revolution mit Beiträgen von Ernst Bloch, Ernst Fischer, Iring Fetscher, Jürgen Habermas, Herbert Marcuse u. a., o. O., 1970, S. 169.

¹²⁵ Marcuse, Der eindimensionale Mensch, 1989, S. 267.

¹²⁶ Vgl. Peter Brosch, Fürsorgeerziehung. Heimterror und Gegenwehr, Frankfurt am Main 1971.

die die Intellektuellen bei der Rückgewinnung des Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse erfüllen sollen, scheint sich im studentischen Protest zu bestätigen. Denn aus der Studentenrevolte wird auf ihrem Höhepunkt auch eine Revolte der Jungarbeiter und Lehrlinge, und im Gefolge der Ereignisse kommt es auch in der Bundesrepublik zu einigen Streiks in der Industrie.

Diese Ereignisse bestätigen im Nachhinein Marcuses Auffassung von der Rolle der Intelligenz. Denn seiner Meinung nach können radikale Intellektuelle in dieser Situation, der Integration der Arbeiterklasse und der Rebellion der Randgruppen, eine Katalysatorfunktion übernehmen. Dies belegt er zusätzlich noch mit den Veränderungen im Produktionsprozess, in dem der Einfluss der industriellen Arbeiterklasse stetig an Bedeutung verliert und dagegen das Gewicht der hochqualifizierten Angestellten, Techniker, Wissenschaftler etc. zunimmt. Auf der Sommeruniversität im jugoslawischen Korčula führt er dazu aus:

„Ich führte diesen Zeitfaktor ein im Hinblick auf die entscheidenden Transformationen des Kapitalismus im derzeitigen Stand der Entwicklung: der Rückgang der blue collar workers (Handarbeiter) im Verhältnis zu den white collar workers (technische Intelligenz). Je geringer die Bedeutung unqualifizierter oder wenig qualifizierter Arbeiter für den Produktionsprozess ist, um so stärker wird der Produktionsprozess automatisiert, und um so schwächer die Rolle, die die alte industrielle Arbeiterklasse in diesem Prozess spielt. [...] Diese studentische Intelligenz ist potenziell eine revolutionäre Gruppe, weil aus den Reihen dieser Gruppe der Kapitalismus seine zukünftigen Kader für den Produktionsbereich rekrutiert, seine Techniker, Wissenschaftler, Ingenieure, Mathematiker, sogar Soziologen und Psychologen und vielleicht sogar auch Philosophen! Diese Gruppe wird folglich immer stärker eine Hauptfunktion im Produktionsprozess übernehmen.“¹²⁷

Diese Gedanken Marcuses über den Bedeutungsrückgang der industriellen Arbeiterklasse und damit zusammenhängend die Abkehr vom leninistischen Ansatz von der alleinigen revolutionären Rolle des Industrieproletariats beeinflussen den antiautoritären Flügel der Studentenbewegung anfangs nachhaltig. Verbunden wird er meist mit der in die gleiche Richtung zielenden Theorie von Serge Mallet, der in den Technikern, Forschern und Facharbeitern in automatisierten Betrieben eine neue Arbeiterklasse erkennt.¹²⁸ Auch auf

¹²⁷ Marcuse, Revolutionäres Subjekt, 1968. S. 167.

¹²⁸ Vgl. Serge Mallet et al., Klassenanalyse, Berlin 1970. Und beispielhaft für die studentische Rezeption der Gedanken Mallets, Heide Berndt, Die Suche nach dem „revolutionären

einen weiteren Vertreter der Kritischen Theorie, Friedrich Pollock, greift die Protestbewegung in diesem Zusammenhang zurück und rezipiert dessen Theorien über die Automation der Produktion und die Schlüsselrolle, die darin die technische Intelligenz spielt.¹²⁹ Hans-Jürgen Krahl führt als Ergebnis dieser Rezeption aus:

„Wenn es stimmt, dass immer mehr geistige Arbeit, selbst die Verfertigung methodologischer Regeln etwa in der Mathematik, unter das Kapital, unter den Verwertungsprozess subsumiert ist, dann verändert sich der Proletariatsbegriff; anders gesagt, wenn geistige Arbeit immer mehr in produktive Arbeit integriert wird, dann kann das Industrieproletariat, das Heer der körperlich arbeitenden Maschinenarbeiter, nicht mehr die Totalität des proletarischen Klassenbewusstseins aus sich selbst heraus entwickeln. [...] Noch so viele spontane Streiks in der BRD, in den Turiner FIAT-Werken und so weiter werden nichts daran ändern, dass das Industrieproletariat als Industrieproletariat ein Moment in der gesamten Klasse ist, aber nicht diese Klasse in ihrer Totalität repräsentiert.“¹³⁰

Krahl greift hier auf Überlegungen zurück, die schon Karl Marx im ersten Band des „Kapitals“ ausgeführt hat. Marx spricht dort davon, dass es nicht mehr notwendig ist, selbst Hand anzulegen um produktiv zu arbeiten, es genügt vielmehr Teil des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters zu sein. Durch diese Entwicklung würde sich der Begriff der produktiven Arbeit und des produktiven Arbeiters selbst verändern.¹³¹

Die gründlichere Rezeption der Überlegungen von Pollock, Marcuse und Mallet führt mit der Zeit innerhalb der avanciertesten Teilen der Protestbewegung zu einem differenzierteren Verständnis von der Rolle der Arbeiterklasse, der Intellektuellen und der Randgruppen. So beschreibt z.B. Hans-Jürgen Krahl die Veränderungen und Lernprozesse, die die Studentenbewegung auf ihrer Suche nach dem revolutionären Subjekt durchmacht:

„[...] wir meinten sogar, dass allein Randgruppen in Stellvertretung für die Arbeiterklasse handeln und gewissermaßen eine Art Menschheitsrevolution,

Subjekt“, in: neue kritik – Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik Nr. 45, Dezember 1967, S. 94-99.

¹²⁹ Vgl. AK „Angestellte und technische Intelligenz (Automation)“ des Republikanischen Clubs, Technische Intelligenz und Klassenkampf, in Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 18 vom 20.06.1970, S. 9-10.

¹³⁰ Krahl 1971, S. 318.

¹³¹ Vgl. Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band, Karl Marx Friedrich Engels Werke Band 23, Berlin 1962, S. 531.

*ohne Unterschied der Klassen, initiieren könnten. Das alles hat sich sicherlich als Ideologie herausgestellt.*¹³²

In seinem Aufsatz „Thesen zum allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischen Klassenbewusstsein“ formuliert Krahl dann auch schon differenzierter:

*„[...] dass ohne die organisierte produktive wissenschaftliche Intelligenz die Bildung eines auf die bürgerliche Gesellschaft insgesamt bezogenen Klassenbewusstseins auch im Industrieproletariat unmöglich ist.“*¹³³

Daraus zieht er die Konsequenz: „Die Bewegung wissenschaftlicher Intelligenz muss zum kollektiven Theoretiker des Proletariats werden – das ist der Sinn ihrer Praxis.“¹³⁴ Krahl entwickelt aus diesem Verständnis heraus eine Handlungsanleitung für den SDS, wenn er schreibt:

*„Das bedeutet, – und das ist auch die Rolle, die wir im SDS als Intellektuelle in der Aktualisierung des Klassenkampfes zu übernehmen haben – dass wir im praktischen Kampf die Theorie entfalten müssen, die für das Proletariat, seine Sprach- und Bewusstseinswelt die Herrschaft hier im Spätkapitalismus verständlich macht, die so unendlich manipulativ und integrativ überdeckt ist, sie entschleiern und aufdeckt; dass es unsere Funktion ist, als politische Intellektuelle unser Wissen in den Dienst des Klassenkampfes zu stellen.“*¹³⁵

Mit diesen Ausführungen stimmt er mit Marcuses Bestimmung der Intellektuellen als Katalysator der Bewegung eher überein, als mit der vorher in der Studentenbewegung vorhandenen Verkürzung der Überlegungen Marcuses auf eine reine Randgruppentheorie.

2.3.4 Habermas' Kritik an der Radikalität der Bewegung

Jürgen Habermas führt bereits in den fünfziger Jahren eine Untersuchung über das gesellschaftliche Engagement und die politische Einstellung Frankfurter Studierender durch.¹³⁶ Diese Studie, die sich an den empirischen Arbeiten zum

¹³² Krahl 1971, S. 25.

¹³³ Ebenda, S. 335.

¹³⁴ Ebenda, S. 345.

¹³⁵ Ebenda, S. 23.

¹³⁶ Vgl. Jürgen Habermas et. al., Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewusstsein Frankfurter Studenten, Soziologische Texte Band 18, herausgegeben von Heinz Maus und Friedrich Fürstenberg, 3. Auflage, Neuwied am Rhein und Berlin 1961.

demokratischen Potenzial der deutschen Bevölkerung des „Instituts für Sozialforschung“ orientiert, kommt zu dem ernüchternden Ergebnis, dass die Nachkriegsgeneration der Studierenden weitgehend politisch desinteressiert ist und kaum bereit sich für das demokratische Gemeinwesen zu engagieren. Folglich wird Habermas von der entstehenden Studentenbewegung überrascht. Als Mitglied der „Sozialistischen Förderer-Gesellschaft der Freunde, Förderer und ehemaligen Mitglieder des SDS“ begleitet er die Studentenbewegung größtenteils wohlwollend. Besonders engagiert sich der an der Frankfurter Universität als Soziologie- und Philosophieprofessor lehrende Habermas für eine Hochschulreform. Entsprechende Vorschläge, die der „Verband Deutscher Studentenschaften“ (VDS) und der SDS Anfang der sechziger Jahre in ihren Hochschulschriften formulieren, stoßen auf die uneingeschränkte Zustimmung Habermas´. Darüber hinaus erarbeitet er selber detaillierte Vorschläge für eine Reform der Hochschulen.

Aber auch mit über die Universitäten hinausreichenden Aktivitäten der frühen Studentenbewegung kann sich Habermas identifizieren. In seinen Augen sind die Studierenden dafür prädestiniert, die bundesrepublikanische Gesellschaft zu demokratisieren und zu reformieren:

„Die Aufgabe der studentischen Opposition in der Bundesrepublik war es und ist es, den Mangel an theoretischer Perspektive, den Mangel an Sensibilität gegenüber Verschleierungen und Verketzerungen, den Mangel an Radikalität bei der Auslegung und Praktizierung unserer sozialrechtsstaatlichen und demokratischen Verfassung, den Mangel an Antizipationsfähigkeit und wachsamere Phantasie, also Unterlassungen zu kompensieren.“¹³⁷

Besonderes Augenmerk legt Habermas bei dieser Diagnose auf die Veränderungen der bürgerlichen Öffentlichkeit und der gesellschaftlichen Kommunikation. Seine im Jahr 1962 zum Thema erschienene Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“¹³⁸ beeinflusst im Folgenden die Studentenbewegung in ihrem Bemühen, die Bevölkerung für ihre Inhalte zu sensibilisieren. Oskar Negt schreibt über den Einfluss, den Habermas´ Buch auf die revoltierenden Studierenden hat:

„[...] es markiert theoretisch wie praktisch einen Wendepunkt der Linken in der Auseinandersetzung mit den Massenmedien: indem es die mit Kulturkritik aufs

¹³⁷ Jürgen Habermas, Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt am Main 1969, S. 141.

¹³⁸ Vgl. Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Darmstadt und Neuwied 1962.

*engste verflochtenen medientheoretischen Ansätze der Frankfurter Schule in den kategorialen Zusammenhang einer empirischen Gesellschaftsanalyse einbezog, wurde es zum praktisch politischen Impuls für die später von den Protestbewegungen formulierte Strategie der Herstellung von Gegenöffentlichkeit.*¹³⁹

Diese studentische Öffentlichkeit stellt sich mittels selbst produzierter Flugblätter, Broschüren, Zeitschriften, Büchern, eigenen Verlagen und Vertriebswegen her. Eine explizit auf Gegenöffentlichkeit abzielende Kampagne, die sich in erster Linie gegen die Macht des Springerkonzerns richtet und die viele Vorschläge Habermas' aufnimmt, wird dagegen trotz ausgearbeitetem Konzept nur ansatzweise umgesetzt. Grund ist die zu diesem Zeitpunkt bereits einsetzende Fraktionierung der Bewegung und der Übergang in eine aktionsorientierte Phase der Proteste. Die anvisierte Bündnisarbeit mit den Gewerkschaften und der liberalen Presse wird nun von vielen Aktivisten als reformistisch abgelehnt.

Dies bestätigt Habermas' Vorbehalte gegen Tendenzen innerhalb der Bewegung, die über eine Demokratisierung der Gesellschaft hinausgehen wollen. Vor allem warnt er vor provokatorischen Aktionen isolierter Minderheiten. Als Rudi Dutschke auf dem SDS-Kongress „Hochschule und Demokratie“ am 9. Juni 1967 in Hannover Habermas' Warnungen vor einer Radikalisierung der Studentenbewegung hin zu militanten Aktionen abwehrt und stattdessen für den Aufbau von Aktionszentren und für eine Ausweitung von direkten Aktionen plädiert, antwortet ihm Habermas:

*„Ich bin der Meinung, er hat eine voluntaristische Ideologie hier entwickelt, die man im Jahre 1848 utopischen Sozialismus genannt hat, und die er unter heutigen Umständen, jedenfalls ich glaube, Gründe zu haben, die Terminologie vorzuschlagen, linken Faschismus nennen muss.“*¹⁴⁰

Diese Kritik führt Habermas auf einem weiteren Kongress aus. Auf dem Schüler- und Studentenkongress des VDS am 1. und 2. Juni 1968 in Frankfurt am Main formuliert er sechs Thesen unter der Überschrift „Die Scheinrevolution

¹³⁹ Oskar Negt, Massenmedien: Herrschaftsmittel oder Instrumente der Befreiung? Aspekte der Kommunikationsanalyse der Frankfurter Schule, in: Dieter Prokop (Hrsg.), Kritische Kommunikationsforschung. Aus der Zeitschrift für Sozialforschung, mit einer Einleitung von Oskar Negt, München 1973, S. VIII. Hervorhebung im Original.

¹⁴⁰ Jürgen Habermas, in: Uwe Bergman (Red.), Bedingungen und Organisation des Widerstandes – Der Kongress in Hannover, West-Berlin 1967, zit. nach Kraushaar 1998, Band 2, S. 254.

und ihre Kinder“, in denen er der jugendlichen Protestbewegung vorwirft, dass sie vielfach Interpretationen folge, die entweder ungewiss oder nachweislich falsch, in jedem Fall aber unbrauchbar seien, um Handlungsmaximen daraus abzuleiten. Aus dieser falschen Einschätzung der Situation folge dann eine verhängnisvolle Strategie, welche nicht nur Studierende und Schüler auf Dauer isolieren, sondern alle auf Demokratisierung drängende gesellschaftlichen und politischen Kräfte schwächen müsse. Deshalb fordert er, dass diese „Taktik der Scheinrevolution“ einer langfristigen Strategie der massenhaften Aufklärung weichen müsse.¹⁴¹ Er schlägt aus diesem Grund ein Bündnis der Studierenden mit der liberalen Presse und den Gewerkschaften vor. Die Antiautoritären reagieren auf diese Vorschläge aber abweisend.

Hans-Jürgen Krahl eröffnet seinen auf einem Teach-in vorgetragenen Widerspruch gegen Habermas mit einem Zitat aus Horkheimers „Dämmerung“ und wendet damit die erste Generation der Kritischen Theorie gegen die durch Habermas vertretene zweite Generation. Er konstatiert in der theoretischen Entwicklung von Habermas die „*Chronik eines Denkverfalls*“.¹⁴²

In den fünfziger Jahren, als es galt, restaurative Tendenzen abzuwehren, seien seine theoretischen Aussagen fundiert gewesen, doch als die studentischen Aktivisten dazu übergingen, aus der Kritischen Theorie eine politisch-praktische Bewegung zu entwickeln, sei er in eine affektive Abwehrargumentation, die die Aktion und die theoretische Reflexion starr voneinander trennte verfallen. Krahl wirft Habermas vor, „[...] der wirklichen Widerstandsbewegung als flügellahme Eule [...]“¹⁴³ hinterherzuhinken, da er immer dann die Positionen der Studentenbewegung übernehme, wenn diese sich bereits weiterentwickelt hätten. Die Phase der provokatorisch-aufklärerischen Aktionen sei vorbei, der aktive Widerstand habe begonnen. Nicht die Studentenbewegung bilde sich ein, einen Kampf um die Macht zu führen, sondern der Staat reagiere auf den symbolischen Protest einer relativ kleinen und unbewaffneten Gruppe mit einer derart massiven Gewalt, als ob es um die Macht ginge. Nicht die

¹⁴¹ Vgl. Jürgen Habermas, Die Scheinrevolution und ihre Kinder – Sechs Thesen über Taktik, Ziele und Situationsanalysen der oppositionellen Jugend, in: Oskar Negt et al., Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt am Main 1968, S. 5ff.

¹⁴² Krahl 1971, S. 231.

¹⁴³ Ebenda, S. 245.

Protestbewegung provoziere mit ihren Aktionen den Faschismus, wie das Habermas nahe legt, sondern der Staat reagiere pathologisch.

Auch widerspricht das von Habermas vorgeschlagene Bündnis mit den Gewerkschaften der Kritik des antiautoritären Flügels der Studentenbewegung an den autoritären Strukturen von Massenorganisationen im Spätkapitalismus. Dabei beziehen sich die Antiautoritären wiederum auf Horkheimers Analyse des „autoritären Staates“.

Als Reaktion auf die Kritik von Habermas veröffentlicht Oskar Negt das Buch „Die Linke antwortet Jürgen Habermas“,¹⁴⁴ in dem prominente Linke, von Wolfgang Abendroth bis zum 2. Bundesvorsitzenden des SDS, Frank Wolff, Habermas' Thesen zurückweisen und deklarieren, dass sie an einer revolutionären Theorie und Praxis festhalten wollen. Obwohl Habermas diesen Konsequenzen nicht folgen kann und auf seinen reformerischen Positionen beharrt, relativiert er seinen Vorwurf des „linken Faschismus“, der inzwischen von den Gegnern der Studentenbewegung dankbar aufgenommen wurde:

„[...] erst recht würde ich das Etikett des linken Faschismus vermeiden, und zwar nicht nur, weil dieses Etikett das grobe Missverständnis einer Identifizierung des SDS mit den rechten Studenten Anfang der dreißiger Jahre hervorgerufen hat, sondern weil ich inzwischen überhaupt unsicher geworden bin, ob das eigentlich Neue an den gegenwärtigen Revolten durch geistesgeschichtliche Parallelen getroffen werden kann.“¹⁴⁵

Obwohl sich Habermas' Kritik an den irrationalen Elementen der Studentenbewegung in vielen Punkten mit der Horkheimers und Adornos deckt, entfernt sich seine Theorie in der Folgezeit immer weiter von den gesellschaftstransformierenden Implikationen der Kritischen Theorie. Paradigmatisch für diese zunehmende Entfremdung von Habermas' Denken von den Intentionen der ursprünglichen Kritischen Theorie steht der Begriff der „kommunikationstheoretischen Wendung“, der vor allem mit Habermas' wichtigstem Werk „Theorie des kommunikativen Handelns“¹⁴⁶ verbunden ist. Spätestens seit diesem Zeitpunkt ist die weitere Subsumtion der Habermaschen Theorie unter den Überbegriff der Kritischen Theorie

¹⁴⁴ Oskar Negt et al., Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt am Main 1968.

¹⁴⁵ Habermas 1969, S. 151.

¹⁴⁶ Vgl. Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bände, Frankfurt am Main 1981.

umstritten.¹⁴⁷ Aber auch schon vor diesem Zeitpunkt sind die Differenzen zwischen den inhaltlichen Positionen der ersten Generation der Kritischen Theorie und Habermas' sichtbar. Hans-Ulrich Wehler betont etwa, dass Habermas politisch „für einen linkssozialdemokratischen Reformpragmatismus eintrat“,¹⁴⁸ während bei der ersten Generation um Adorno und Horkheimer immer die geistige Herkunft von der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie prägend blieb. Dieser Unterschied erklärt die scharfen Auseinandersetzungen zwischen der antiautoritären Fraktion der Studentenbewegung und Habermas.

2.3.5 Adorno und das Verhältnis von Theorie und Praxis

Theodor W. Adornos Einfluss auf die Studentenbewegung ist enorm. Mit seinen Veröffentlichungen, öffentlichen Auftritten und vor allem durch seine Lehrveranstaltungen beeinflusst er die Protagonisten der Proteste nachhaltig. Schon 1958 wirft Leo Kofler der Frankfurter Ortsgruppe des SDS vor, dass „der Geist Adornos“¹⁴⁹ in sie gefahren sei. Öffentlich am sichtbarsten wird Adornos Einfluss auf den Theoretiker der Bewegung, Hans-Jürgen Krahl, der nach Adornos Aussage zu seinen begabtesten Schülern gehört. Allerdings entwickeln sich zwischen Krahl und Adorno theoretische Auseinandersetzungen, die paradigmatisch für das Verhältnis von antiautoritären Studierenden und den Vertretern der Frankfurter Schule stehen. Breiten Raum nimmt dabei die Frage nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis ein. Die Studentenbewegung will und kann sich mit der Position der kritischen Theorie dazu nicht begnügen, die Alex Demirović folgendermaßen zusammenfasst:

„Ziel der Kritischen Theorie war es, durch Theorie als Praxis die scheinbar unaufhaltsame Entwicklung zur totalen, zwangsintegrierten Gesellschaft aufzuhalten. Praxis stigmatisierte sie grundsätzlich als ein instrumentalistisches Verhalten, das den Gang der Entwicklung bestätigte und beschleunigte. Dies

¹⁴⁷ Vgl. hierzu: Gerhard Bolte (Hrsg.), Unkritische Theorie. Gegen Habermas, mit Beiträgen von Christoph Türcke et. al., Lüneburg 1989.

¹⁴⁸ Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Band Bundesrepublik und DDR 1949-1990, München 2008, S. 280f.

¹⁴⁹ Schriftwechsel zwischen Leo Kofler und Oskar Negt, zit. nach Kraushaar 1998, Band 2, S. 100.

*galt gleichermaßen und ausnahmslos auch für oppositionelle Praxis als Praxis.*¹⁵⁰

Dagegen vertritt speziell der antiautoritäre Flügel der Studentenbewegung das Konzept der Aufklärung durch die Aktion, also eine explizit praxisorientierte Strategie. Diese Strategie entwickelt sich aus den theoretischen Vorgaben der frühen Kritischen Theorie über den autoritären Staat. Dabei wird davon ausgegangen, dass durch die Interventionen des Staates in die inzwischen monopolistisch zentralisierte Ökonomie die bürgerliche Öffentlichkeit aus der Ära des Konkurrenzkapitalismus liquidiert und die Arbeiterbewegung mittels autoritärer Massenorganisationen und spektakulärer Kulturindustrie in den Spätkapitalismus integriert wurde. Dies hat auch Auswirkungen auf die Charakterstrukturen der Individuen. Historische antagonistische Strategien wie die Aufklärung der Massen oder die Organisation in Parteien und Gewerkschaften haben die Verhältnisse also nicht überwinden können, sondern sind im Gegenteil sogar zu einem Element der Stabilisierung verkommen.

Dagegen setzen die studentischen Aktivisten auf die autoritätsabbauende Wirkung provokativer Aktionen. Diese Aktionen richten sich also nicht an eine aufgeklärte, bürgerliche Öffentlichkeit, die es im Spätkapitalismus so auch nicht mehr geben kann, sondern die Zielgruppe sind die an der Aktion direkt Beteiligten. Folgerichtig kritisiert die Bewegung in der Frage von Theorie und Praxis immer wieder ihre theoretischen Vorbilder der Kritischen Theorie. Bildhaft formuliert Hans-Jürgen Krahl diese Kritik, wenn er schreibt:

*„Als wir vor einem halben Jahr das Konzil der Frankfurter Universität belagerten kam als einziger Professor Herr Adorno zu den Studenten, zum sit-in. Er wurde mit Ovationen überschüttet, lief schnurstracks auf das Mikrophon zu und bog kurz vor dem Mikrophon ins Philosophische Seminar ab; also kurz vor der Praxis wiederum in die Theorie. Das ist im Grunde genommen die Situation, in der die Kritische Theorie heute steht. Sie rationalisiert ihre resignative und individualistisch-subtile Angst vor der Praxis dahin, Praxis sei gewissermaßen unmöglich, man müsse sich ins Gehäuse der Philosophie zurückziehen.“*¹⁵¹

Diese von Krahl hier sehr anschaulich beschriebene Kritik kennzeichnet das Verhältnis der studentischen Aktivisten zu Adorno schon seit Beginn der Revolte. Adornos Gesellschaftsanalysen werden von den Antiautoritären zwar

¹⁵⁰ Alex Demirović, Bodenlose Politik – Dialoge über Theorie und Politik, in: Kraushaar 1998, Band 3, Aufsätze und Kommentare, Register, S. 93.

¹⁵¹ Krahl 1971, S. 257.

unermüdlich rezipiert, man verweigert sich aber der sich hieraus für Adorno ergebenden Konsequenzen. Bereits im Dezember 1963 führt die „Subversive Aktion“ in der zweiten Ausgabe ihrer Zeitschrift „Unverbindliche Richtlinien“ dazu aus:

„Die Frage erhebt sich, ob die Frankfurter Schule durch die beständige Proklamierung der Ausweglosigkeit der bestehenden Situation die Dialektik dieser Einsicht durchschaut hat und ob sie sich nicht durch die Manie der perfekten Analyse, durch die selbst die bedeutendsten Leute von der Gesellschaft auf Eis gelegt werden, von der Wichtigkeit einer Aktion freispricht.“¹⁵²

Adornos Weigerung, aktuell an eine gesellschaftsverändernde Praxis zu glauben, leitet sich in erster Linie aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus ab. Die nur von schwachem Widerstand begleitete Integration der deutschen Arbeiterklasse in die nationalsozialistische Volksgemeinschaft und vor allem das Grauen der Vernichtung der europäischen Juden lassen keinen Platz mehr für revolutionären Optimismus. In der bereits erwähnten Stelle im Briefwechsel mit Max Horkheimer schreibt er:

„Mir geht es allmählich so [...] dass ich mich von dem Gedanken an das Schicksal der Juden überhaupt nicht mehr losmachen kann. Oftmals kommt es mir vor, als wäre all das, was wir unterm Aspekt des Proletariats zu sehen gewohnt waren, heute in furchtbarer Konzentration auf die Juden übergegangen.“¹⁵³

Adornos Schüler Hans-Jürgen Krahl weiß um diesen theoretischen Hintergrund für Adornos Skepsis gegenüber revolutionären Aktivitäten. Doch zieht er aus den historischen Erfahrungen den gegenteiligen Schluss. Nur durch die Aufklärung durch die Aktion lasse sich die Integration der Mitglieder dieser Gesellschaft rückgängig machen und ein erneuter Übergang in den Faschismus verhindern. Über Adornos Position schreibt er:

„Adornos gesellschaftstheoretische Einsicht, derzufolge „das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potenziell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie“ anzusehen sei, ließ seine progressive Furcht vor einer faschistischen Stabilisierung des

¹⁵² Unverbindliche Richtlinien Nr. 2, Dezember 1963, zitiert nach: Böckelmann und Nagel 1976, S. 115.

¹⁵³ Theodor W. Adorno, Brief an Max Horkheimer vom 25.08.1940, zit. nach: Noerr, 1988, S. 261f.

*restaurierten Monopolkapitals in regressive Angst vor den Formen praktischen Widerstands gegen diese Tendenz des Systems umschlagen.*¹⁵⁴

Aber anders als in Teilen der Studentenbewegung geht die Kritik Krahls nie soweit, dass sie die Praxis fetischisiert und die Theorie verwirft. Er erklärt sogar ausdrücklich, dass der SDS, ganz in der Tradition der Kritischen Theorie, die unmittelbare Einheit von Theorie und Praxis ablehnt.¹⁵⁵ Seiner Meinung nach *„vermittelt die Organisation Theorie und Praxis. Durch sie wird Theorie zur materiellen Gewalt, und in ihr entwickeln sich keimhaft emanzipatorische Praktiken.“*¹⁵⁶ Deshalb sieht Krahl das Hauptdefizit der Kritischen Theorie auch im Fehlen der Organisationsfrage.

*„Die Erfahrung des Faschismus scheint der Kritischen Theorie und Adorno suggeriert zu haben, dass kollektive Praxis geradezu die Klasse zur Masse zersetzt, in diesem naturzuständlichen Sinne, den der Begriff auch hat. [...] Im Grunde genommen ist die resignative Position bis hin zur Aussage von der fixierten Integration der Arbeiterklasse ins kapitalistische System orientiert an einem traditionellen Begriff des unmittelbaren Industrieproletariats, der eventuell die Formen der Veränderung des Gesamtarbeiters nicht mehr trifft.“*¹⁵⁷

Diesem Befund stellt Krahl eine von Marcuse und Mallet inspirierte gemeinsame Organisierung der wissenschaftlichen Intelligenz, der produktiven Angestellten und der Industriearbeiter entgegen. Krahl bezieht sich dabei explizit auf Ausführungen, die Marx im ersten Band des Kapitals über den gesellschaftlichen Gesamtarbeiter macht, und argumentiert damit gegen eine auf das Industrieproletariat verkürzte Klassenanalyse.

Allerdings verlieren diese Positionen nach den Ereignissen des Pariser Mai 1968, wo die französischen Arbeiter gemeinsam mit den Studierenden auf den Barrikaden stehen, und nach der erfolglosen Kampagne zur Verhinderung der Notstandsgesetze in der Studentenbewegung an Einfluss. Denn nun beginnt auch in Teilen des antiautoritären Flügels der Protestbewegung eine „Wiederentdeckung“ des Industrieproletariats als vermeintlich einziges revolutionäres Subjekt. Folgerichtig bilden sich nun auch die ersten Initiativgruppen, die den Kontakt zu den Arbeitern suchen. Und auch die Kritik an den Positionen der Frankfurter Schule wird lauter.

¹⁵⁴ Krahl 1971, S. 285.

¹⁵⁵ Vgl. Kraushaar 1998, Band 1, S. 303.

¹⁵⁶ Alex Demirovic, Bodenlose Politik– Dialoge über Theorie und Politik, in: Kraushaar 1998, Band 3, Aufsätze und Kommentare, Register, S. 83.

In dieser Situation organisieren die Antiautoritären im SDS im Wintersemester 1968/69 aktive Streiks an vielen Universitäten der Bundesrepublik. Auch in Frankfurt kommt es zum Streik, und Adorno, Habermas und von Friedeburg erklären sich solidarisch mit denjenigen Studierenden, die vor den Gefahren einer technokratischen Studienreform warnen und ein Interesse an einer wirklichen Studienreform artikulieren. Allerdings warnen sie auch vor einer Strategie, die auf Konfrontation um jeden Preis setzt. Nachdem das besetzte und in „Spartakus-Seminar“ umbenannte Soziologische Institut nach zehn Tagen von der Polizei geräumt wird, wollen die Studierenden unter der Führung Krahl's eine Solidarisierung der kritischen Theoretiker erzwingen, indem sie versuchen, das „Institut für Sozialforschung“ zu besetzen. Krahl geht dabei von dem Gedanken aus, dass die Bewegung in ihrer jetzigen, noch zu schwachen Verfassung im gewissen Maße auf kritische Autoritäten angewiesen ist. Diese sollen nach seiner Vorstellung *„gewissermaßen mit der Waffe der Autorität selber das Autoritätsprinzip in der Gesellschaft mit abbauen helfen.“*¹⁵⁸ Doch die Hoffnung erweist sich als trügerisch, da Adorno und von Friedeburg die Polizei rufen und das Gebäude räumen lassen. Detlev Claussen schreibt im Nachhinein über die Aktion:

*„In der Besetzung des Instituts äußert sich der Wunsch nach Hilfe von den Vätern, die einen so schwach in der Welt dastehen ließen – mit all dem theoretischen Rüstzeug, das sie einem gegeben hatten. Aber es waren keine realen, sondern intellektuelle Väter, die dort attackiert wurden – und damit wurden die gesellschaftlichen Verhältnisse repersonalisiert auf die, deren Arbeit zur Kritik derselben am meisten beitragen.“*¹⁵⁹

Die verweigerte Solidarisierung der theoretischen Vorbilder führt bei der Protestbewegung zu wütenden Reaktionen. Die schon vorher spürbaren Tendenzen, wie die Hinwendung zur Industriearbeiterschaft und eine steigende Theorie- und Kritikablehnung, entladen sich nun an den Vertretern der Frankfurter Schule. So schreibt z.B. die Basisgruppe Germanistik:

„Die Habermas und Friedeburg und Adorno, von denen wir einmal Seminar marxismus gelernt haben, haben uns jetzt die wichtigste Lehre erteilt:

¹⁵⁷ Krahl 1971, S. 294f.

¹⁵⁸ Ebenda, S. 257.

¹⁵⁹ Detlev Claussen, Hans-Jürgen Krahl – Ein philosophisch-politisches Profil, in: Kraushaar 1998, Band 3, S. 69.

*dass sie letztlich nur die kleinen Polizeispitzel sind, die mit Littmann und Brundert, Benda und Kiesinger dafür sorgen, dass die Studentenbewegung vorbeugend zerschlagen wird. Das Erschrecken darüber, dass der Altnazi Kiesinger und der Antifaschist Habermas so gut miteinander kooperieren, zeigt nur, dass wir zuviel in Seminaren und zuwenig auf der Straße gelernt haben.*¹⁶⁰

In einem anderen Statement werden Adorno, von Friedeburg und Habermas sogar als *„Büttel des autoritären Staates“*¹⁶¹ bezeichnet.

Die Ereignisse um die Räumung des Instituts für Sozialforschung führen auch zu einer Auseinandersetzung zwischen Adorno und Marcuse, der sich auf die Seite der Studierenden stellt. Marcuse erkennt natürlich ebenfalls die Schwächen der Bewegung, doch gesteht er ihr angesichts der gesellschaftlichen Verhältnisse die Berechtigung zur Rebellion zu. Und er schreibt Adorno eindeutig: *„ [...] wenn die Alternative ist: Polizei oder die Studenten der Linken, bin ich mit den Studenten.*¹⁶² Adorno dagegen nähert sich aufgrund der Ereignisse der Position Horkheimers an und warnt vor einer zunehmenden Intellektuellenfeindlichkeit und vor autoritären Tendenzen innerhalb der Protestbewegung. Als erschreckendes Beispiel führt er die Sprengung einer Veranstaltung mit dem israelischen Botschafter in Frankfurt an. Auch der Überfall auf einen als Theoretiker bekannten Studierenden durch die aktionistisch orientierte, so genannte Lederjackenfraktion des SDS, bei dem dessen Zimmer demoliert und an die Wand die Parole *„Ins KZ mit dem Pack der Intellektuellen“*¹⁶³ gesprüht wird, schockiert Adorno.

Dieses Ereignis verarbeitet er auch in seinem Aufsatz *„Marginalien zu Theorie und Praxis“*, der eine Auseinandersetzung mit der Studentenbewegung darstellt. Darin geht Adorno auf die Ursprünge der Trennung von Theorie und Praxis ein und zeigt deren Verwobenheit in die Totalität der Verhältnisse.

„Wer nicht das Mittelalter romantisieren will, muss die Divergenz von Theorie und Praxis bis auf die älteste Trennung körperlicher und geistiger Arbeit zurückverfolgen, wahrscheinlich bis in die finstere Vorgeschichte. Praxis ist

¹⁶⁰ Basisgruppe Germanistik, *„Wissenschaftliche Standards = Polizeimaßnahmen“*, Flugblatt zur polizeilichen Räumung des Instituts für Sozialforschung vom April 1969, zit. nach Kraushaar 1998, Band 2, S. 587.

¹⁶¹ Streikkomitee Spartakus – Seminar, *„Solidarität mit dem Spartakus – Seminar!“*, Flugblatt – Aufruf zu einem gesamtuniversitären *„Teach – in gegen die technokratische Hochschulreform“* vom 19.12.1968, zit. nach Kraushaar 1998, Band 2, S. 527.

¹⁶² Herbert Marcuse, Brief an Theodor W. Adorno, in: Gunzelin Schmid Noerr (Hrsg.), *Max Horkheimer, Gesammelte Schriften Band 18, Briefwechsel 1949-1973*, Frankfurt am Main 1996, S. 718.

¹⁶³ Zit. nach Kraushaar 1998, Band 1, S. 409.

entstanden aus der Arbeit. [...] Ihre Abkunft von Arbeit lastet schwer auf aller Praxis. Bis heute begleitet sie das Moment von Unfreiheit, das sie mitschleppt: dass man einst wider das Lustprinzip agieren musste um der Selbsterhaltung willen; obwohl doch die auf ein Minimum reduzierte Arbeit nicht länger mit Verzicht gekoppelt zu sein brauchte.“¹⁶⁴

Dieser Kritik an der Praxis stellt er die Theorie gegenüber: *„Trotz all ihrer Unfreiheit ist sie im Unfreien Statthalter der Freiheit.“¹⁶⁵* Aufgrund dieser Bestimmung kritisiert Adorno nun an der Studentenbewegung ihren begriffslosen Aktionismus, der als solcher selber Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse ist.

„Mit all dem fügt der Aktionismus in den Trend sich ein, dem sich entgegenzustemmen er meint oder vorgibt: dem bürgerlichen Instrumentalismus, welcher die Mittel fetischisiert, weil seiner Art Praxis die Reflexion auf die Zwecke unerträglich ist. [...] Pseudo-Aktivismus, Praxis, die sich um so wichtiger nimmt und um so emsiger gegen Theorie und Erkenntnis abdichtet, je mehr sie den Kontakt mit dem Objekt und den Sinn für Proportionen verliert, ist Produkt der objektiven gesellschaftlichen Bedingungen.“¹⁶⁶

Doch trotz dieser schonungslosen Kritik an einzelnen Tendenzen distanziert sich Adorno nicht von der Protestbewegung als Ganzer. Und so schreibt er in einem Brief an Marcuse:

„Die Meriten der Studentenbewegung bin ich der letzte zu unterschätzen: sie hat den glatten Übergang zur total verwalteten Welt unterbrochen. Aber es ist ihr ein Quentchen Wahn beigemischt, dem das Totalitäre teleologisch innewohnt...“¹⁶⁷

Und auch die Praxis will Adorno nicht absolut verwerfen, wie er in einem Interview mit dem „Spiegel“ ausführt:

„Ich möchte damit sagen, dass ich mich keineswegs praktischer Konsequenzen verschließe, wenn sie mir selber durchsichtig sind [...] Ich habe an Kundgebungen gegen die Notstandsgesetze teilgenommen, und ich habe im Bereich der Strafrechtsreform getan, was ich konnte. Aber es ist doch ein Unterschied ums Ganze, ob ich so etwas tue oder mich an einer wirklich schon

¹⁶⁴ Theodor W. Adorno, Marginalien zu Theorie und Praxis, in: Rolf Tiedemann (Hrsg.), unter Mitwirkung von Gretel Adorno, Susan Buck-Morss und Klaus Schultz, Theodor W. Adorno. Gesammelte Werke Band 10.2., Kulturkritik und Gesellschaft II. Eingriffe. Stichworte. Anhang, Frankfurt am Main 1977, S. 762.

¹⁶⁵ Ebenda, S. 763.

¹⁶⁶ Ebenda, S. 771.

¹⁶⁷ Theodor W. Adorno, Eilbrief an Herbert Marcuse vom 06.08.1969, zit. nach Kraushaar 1998, Band 2, S. 671.

*halb wahnhaften Praxis beteilige und Steine gegen Universitätsinstitute werfe.*¹⁶⁸

Doch große Teile der Protestbewegung sind nun nicht mehr bereit, Adornos Differenzierungen zu folgen. Für sie ist der einstige Vordenker zum Gegner geworden. Und so sprengen Mitglieder der „Basisgruppe Soziologie“ seine Auftaktvorlesung zur „Einführung in dialektisches Denken“ und fordern ihn zur öffentlichen Selbstkritik auf. Nachdem Adorno dies als „*puren Stalinismus*“ empört zurückweist, stürmen drei Studentinnen mit entblößten Oberkörpern das Podium und bedrängen ihn. Daraufhin bricht er die Vorlesung bis auf weiteres ab. Der endgültige Bruch der durch die Mitglieder der Basisgruppe mit der Kritischen Theorie vollzogen wird, zeigt sich anschaulich an der verwendeten Parole: „*Adorno als Institution ist tot!*“¹⁶⁹

Am 6. August 1969 stirbt Adorno tatsächlich und die Differenzen zwischen ihm und Teilen der Studentenbewegung könnten kaum eindringlicher dargestellt werden, als durch den Plan der Lederjackenfraktion des SDS, die Beerdigung zu stören. Hans-Jürgen Krahl kann diesen Plan zwar verhindern, doch diese Episode zeigt, wie weit sich Teile der Protestbewegung von ihren ehemaligen theoretischen Vorbildern entfernt haben.

Die wohl prägnanteste Zusammenfassung seiner Einstellung gegenüber der Studentenbewegung formuliert Adorno selbst, wenn er schreibt:

*„So genau ich weiß, dass die Studenten eine Scheinrevolte betreiben und das eigene Bewusstsein der Unwirklichkeit ihres Treibens durch ihre Aktionen übertäuben, so genau weiß ich auch, dass sie, und die Intellektuellen überhaupt, auf der Plattform der deutschen Reaktion die Rolle der Juden übernommen haben.“*¹⁷⁰

Für Wolfgang Kraushaar offenbart diese Aussage die Grundlage von Adornos Denken, nämlich die Erfahrungen der Judenverfolgung, die schließlich zum industriellen Massenmord geführt hat.

„Es gibt wohl kein anderes Zeugnis Adornos, in dem er seine Position im Trubel der 67er/68er-Auseinandersetzung treffsicherer formuliert als in diesem Brief;

¹⁶⁸ Theodor W. Adorno, Keine Angst vor dem Elfenbeinturm. Ein „Spiegel“ – Gespräch, in: Rolf Tiedemann (Hrsg.) unter Mitwirkung von Gretel Adorno, Susan Buck-Morss und Klaus Schultz, Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften Band 20.1, Vermischte Schriften I, Frankfurt am Main 1986, S. 406.

¹⁶⁹ Vgl. Demirović 1999, S. 947.

¹⁷⁰ Theodor W. Adorno, Brief an Günter Grass vom 04.11.1968, zit. nach Kraushaar 1998, Band 2, S. 473.

*eine Position, die sich in ihrer letzten Dimension und ihrem entscheidenden Bezug von der gesellschaftlichen Rolle eines Juden her bestimmt.*¹⁷¹

¹⁷¹ Wolfgang Kraushaar, Einleitung. Kritische Theorie und Studentenbewegung, in: Ders. 1998, Band 1, S. 28.

3 Die Auseinandersetzungen in der Studentenbewegung über den Nationalsozialismus

Im folgenden Kapitel soll die Auseinandersetzung innerhalb der Studentenbewegung über den Nationalsozialismus bzw. den Faschismus dargestellt werden. Dabei werden zuerst die theoretischen Diskussionen über den Nationalsozialismus bzw. den Faschismus erörtert, bevor dann auf einzelne Themen wie die studentische Rezeption der juristischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen eingegangen wird. Anschließend wird dargestellt, wie der Begriff des Nationalsozialismus bzw. des Faschismus von der Studentenbewegung in politischen Kampagnen wie z.B. gegen die Notstandsgesetzgebung benutzt wird, bevor dann auf das Verhältnis der Neuen Linken zu Israel eingegangen wird. Besonderes Augenmerk wird darauf gelegt, welchen Stellenwert die Arbeiten der Kritischen Theorie innerhalb dieser Auseinandersetzungen spielen.

3.1 Diskussionen innerhalb der Studentenbewegung über eine Theorie des Faschismus

In der für die Theoriebildung der Neuen Linken wichtigen Zeitschrift „Das Argument“ erscheinen zwischen 1964 und 1969 fünf Schwerpunktausgaben zum Thema Faschismustheorien und auch in anderen Ausgaben, die andere inhaltliche Schwerpunkte haben, wird das Thema immer wieder behandelt. Außerdem finden parallel zu den Schwerpunktheften offene Arbeitskreise an der FU Berlin statt. Damit beeinflusst „Das Argument“ maßgeblich die Diskussionen der Studentenbewegung über den Nationalsozialismus, denn nirgendwo sonst findet eine solch tiefgehende, gründliche und kontinuierliche Auseinandersetzung mit den theoretischen Grundlagen über den Begriff des Nationalsozialismus und Faschismus innerhalb der Neuen Linken statt. Allerdings muss vorab bemerkt werden, dass die Begriffe Faschismus und Nationalsozialismus selbst in diesen Beiträgen meist synonym benutzt werden, dass heißt im Nationalsozialismus wird meist nur die deutsche

Erscheinungsform des allgemeinen Phänomens des Faschismus gesehen. Dies geschieht selbst in den Aufsätzen, die sich explizit mit den Besonderheiten des Nationalsozialismus beschäftigen. Eine Auseinandersetzung über die Begrifflichkeiten findet in den „Argument“-Texten nicht statt.

Trotz dieses Versäumnisses werden die Positionen der Kritischen Theorie, die sich dieses Problems bewusst sind, zur Erklärung des Nationalsozialismus bzw. des Faschismus häufig rezipiert. So wird die Reihe der Schwerpunktheft mit einem Aufsatz von Walter Benjamin¹⁷² eröffnet, und in fast allen Aufsätzen der „Argument“-Autoren wird auf die Ansätze der Kritischen Theorie eingegangen. Eine wichtige Rolle spielen dabei psychologische Theorien über den Faschismus, bei denen die Autoren auf die Forschungen des „Instituts für Sozialforschung“ in den USA und auf die Arbeiten von Erich Fromm und Wilhelm Reich zurückgreifen.¹⁷³ Bestätigt wird dies auch durch die bedeutende Rolle, die Fragen der Erziehung, der Schule und der Massenmedien in den Diskussionen der „Argument“-Redaktion spielen. Auch zu diesen Fragen erscheinen eine ganze Reihe von Schwerpunktheften, in denen u. a. untersucht wird, was die Erziehung dazu beitragen kann, um die Herausbildung von autoritären Persönlichkeiten, die als Träger der faschistischen Ideologie erkannt wurden, zu verhindern. In diesem Zusammenhang wird auch ein Aufsatz von Adorno mit dem Titel „Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute“, abgedruckt.¹⁷⁴

Diese herausragende Rolle, die die Analysen der Kritischen Theorie in den Diskussionen der Studentenbewegung über den Nationalsozialismus spielen, findet sich auch in der zweiten Keimzelle der Neuen Linken in der Bundesrepublik, dem SDS, bestätigt:

„Die in ihre Heimatstadt zurückgekehrte ‚Frankfurter Schule‘ hatte auf die sozialistischen Studenten eine nicht zu unterschätzende Wirkung. So gehörten z. B. die NS-Analysen des ‚Instituts für Sozialforschung‘ aus den vierziger

¹⁷² Vgl. Walter Benjamin, Theorien des deutschen Faschismus. Zu der Sammelschrift „Krieg und Krieger“ Hrsg. v. Ernst Jünger, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft Heft 30, 6. Jahrgang Heft 1 1964, Faschismus-Theorien (I), 5. Auflage März 1970, S. 129-137.

¹⁷³ Vgl. Reinhard Westphal, Psychologische Theorien über den Faschismus, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft Heft 32, 7. Jahrgang Heft 1 1965, Faschismus-Theorien (II), 5. Auflage März 1970, S. 30-39.

¹⁷⁴ Vgl. Theodor W. Adorno, Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft Heft 29, 6. Jahrgang Heft 2 Mai 1964, Schule und Erziehung (I), 5. Auflage Januar 1970, S. 88-104.

*Jahren schon bald zum theoretischen Fundus vieler SDS-Hochschulgruppen. Genannt sei hier beispielhaft die klassenanalytische Elitenstudie ‚Behemoth‘ von Franz Neumann.*¹⁷⁵

Verbindendes Element der von den meisten „Argument“-Autoren entwickelten Ansätze für eine Analyse des Faschismus ist die Ablehnung der herrschenden Faschismus-Theorien, seien sie westlicher oder östlicher Herkunft. Gegen die im Westen dominierende Totalitarismustheorie bestehen sie auf dem qualitativen Unterschied zwischen dem Faschismus, und speziell dem deutschen Nationalsozialismus, und dem Stalinismus und betonen dagegen immer wieder den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Vergesellschaftung und dem Faschismus. So führt z. B. Bernhard Blanke aus: *„Sozioökonomisch war der Faschismus das ‚legitime Kind des Liberalismus‘ (Horkheimer)“*¹⁷⁶, und Wolfgang Fritz Haug kritisiert die in der westlichen Geschichtswissenschaft existente Tendenz zur Fokussierung auf die Führerpersion und damit eine Personalisierung und Dämonisierung des Faschismus, die die gesellschaftlichen Grundlagen und die Unterstützung des Nationalsozialismus in der deutschen Bevölkerung verkennt. Dies sei aber notwendig, um eine adäquate Analyse des Faschismus entwickeln zu können.

*„Wer aber vom „Hitlerismus“ redet, hat den Liberalismus als gesellschaftliches System außer Frage gestellt. Die bürgerlichen Theorien danken überall dort ab, wo ihre Kritik des Faschismus in die Kritik seiner bürgerlichen Herkunft übergehen müsste.“*¹⁷⁷

Gegen die bürgerlichen Erklärungen des Faschismus hält „Das Argument“ an der marxistischen Theorie als Instrument zum Begreifen des Faschismus fest. So werden auf dieser Grundlage zum Beispiel die Zusammenarbeit der deutschen Industrie mit den Nationalsozialisten untersucht¹⁷⁸ oder die

¹⁷⁵ Fichter 1988, S. 154.

¹⁷⁶ Bernhard Blanke, „Rot gleich Braun“, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 33, 7. Jahrgang Heft 2 Mai 1965, Faschismus-Theorien (III), 3. Auflage März 1970, S. 30.

¹⁷⁷ Wolfgang Fritz Haug u. a., Ideologische Komponenten in den Theorien über den Faschismus, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 33, 7. Jahrgang Heft 2 Mai 1965, Faschismus-Theorien (III), 3. Auflage März 1970, S. 3.

¹⁷⁸ Vgl. Dieter Grosser, Die nationalsozialistische Wirtschaft. Die deutsche Industrie und die Nationalsozialisten: Partnerschaft beim Griff nach der Weltmacht, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 32, 7. Jahrgang Heft 1 1965, Faschismus-Theorien (II), 5. Auflage März 1970, S. 1-11.

marxischen Begriffe der Herrschaft und der Entfremdung auf ihre Anwendbarkeit für eine Faschismusanalyse geprüft.¹⁷⁹

Allerdings wendet man sich auch explizit gegen die marxistisch-leninistische Auslegung der Faschismus-Theorie, wie sie in der DDR betrieben wird. Ein Artikel im dritten Heft der Faschismus-Theorien behandelt und kritisiert die Faschismusanalyse der DDR. Er beginnt mit der Feststellung:

„Die marxistische Theorie ist beim Begreifen des Faschismus allen anderen voraus [...] Dieser Vorteil der marxistischen ist aber bisher auch der Nachteil aller Faschismus-Theorien gewesen, die den ‚Grundlagen des Marxismus-Leninismus‘ verpflichtet sind; sie beschränken sich auf ein formales Modell der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Klassenverhältnisse.“¹⁸⁰

Die Faschismus-Theorie der DDR geht in der Tradition Lenins und Georgi Dimitroffs davon aus, dass der Faschismus die letzte Rettung des Kapitalismus vor der proletarischen Revolution ist. Diese folge als Ergebnis der allgemeinen Krise des Imperialismus, als höchstem und letztem Stadium des Kapitalismus.¹⁸¹ Die DDR-Forschung bemüht sich deshalb darum, die dominierende Rolle der Industrie während der nationalsozialistischen Herrschaft nachzuweisen.

Die „Argument“-Autoren widersprechen dieser Vorstellung mit der Begründung, dass die Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik gar nicht stark genug war, den Kapitalismus zu stürzen, und somit der Faschismus als letzte Rettung des Kapitalismus überhaupt nicht notwendig war. Außerdem verweisen sie darauf, dass der Faschismus bereits eine Massenbewegung war, bevor überhaupt Teile der Industrie die NSDAP unterstützten.

„Der Faschismus war weder die einfache Anpassung des politischen Systems an das System ökonomischer Herrschaft, noch erfolgte bei seinem Machtantritt eine einfache ‚Ideologeanpassung‘.“¹⁸²

¹⁷⁹ Ronald Wiegand, „Herrschaft“ und „Entfremdung“. Zwei Begriffe für eine Theorie über den Faschismus, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 30, 6. Jahrgang Heft 1 1964, Faschismus-Theorien (I), 5. Auflage März 1970, S. 138-144.

¹⁸⁰ Bernhard Blanke, Reimut Reiche und Jürgen Werth, Die Faschismus-Theorie der DDR, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 33, 7. Jahrgang Heft 2 Mai 1965, Faschismus-Theorien (III), 3. Auflage März 1970, S. 35.

¹⁸¹ Vgl. Wladimir Iljitsch Lenin, Der Imperialismus als höchste Stufe des Kapitalismus, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.), W. I. Lenin. Werke Band 22, Dezember 1915 - Juli 1916, Berlin 1960, S. 189-309.

¹⁸² Ebenda, S. 43. Hervorhebung im Original.

Der Verweis auf die Massenunterstützung, die der Nationalsozialismus in der deutschen Bevölkerung erfahren hat, wendet sich sowohl gegen die in der BRD als auch in der DDR vorherrschenden Faschismus-Theorien. Während im Westen die Verantwortung für den Nationalsozialismus auf Hitler und die unmittelbare Führungsschicht des Systems beschränkt wird, macht die DDR-Forschung ebenso exklusiv die Wirtschaft als treibende und verantwortliche Kraft für die Verbrechen aus. Auch in der Studentenbewegung selbst werden Positionen vertreten, die die Beteiligung der deutschen Bevölkerung am nationalsozialistischen Herrschaftssystem reduzieren oder gar negieren. Beispielhaft dafür steht eine Ausgabe der „neuen kritik“, in der eine Rede des theoretischen Vordenkers des traditionalistischen Flügels des SDS, Wolfgang Abendroth, abgedruckt wird, die er zum Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai 1965 gehalten hatte. Darin führt er aus:

„Dieser Tag gab dem deutschen Volk einen Teil seiner Freiheit zurück, die es an eine Mörderclique verloren hatte und die es allein nicht zurückgewinnen konnte. So war die Niederlage der Armeen des Dritten Reiches trotz aller Folgen, trotz allem, was nachher geschah, doch auch ein Sieg des deutschen Volkes über seine Unterdrücker.“¹⁸³

Die Nationalsozialisten werden in dieser Rede in einen Gegensatz zur deutschen Bevölkerung gesetzt, als ob beide nichts miteinander zu tun hätten.¹⁸⁴ Abendroth entschuldigt sogar den kaum vorhandenen Widerstand der Deutschen gegen den Nationalsozialismus, da diese alleine angeblich überhaupt nicht in der Lage gewesen wären, ihre Freiheit zu erkämpfen. Ähnlich argumentiert Ulrike Meinhof in der „konkret“, einer Studentenzeitschrift, die ebenfalls eher dem traditionalistischen Flügel der Linken angehört, auch wenn sie ihre Seiten auch für Texte der Antiautoritären öffnet. Meinhof schreibt aus Anlass des Jahrestages des Attentates auf Hitler am 20. Juli:

„Diese stockkonservativen Politiker, Adligen und Offizieren versuchten zu vollziehen, was das unerreichte Ziel der Linken war: Die Beseitigung des

¹⁸³ Wolfgang Abendroth, Rede zum 8. Mai 1965, in: neue kritik, Zeitschrift sozialistischer Studenten, Nr. 30, Juni 1965, S. 4.

¹⁸⁴ Zur Beteiligung „ganz gewöhnlicher Deutscher“ an der Vernichtung und Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung, vgl. Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1998, Christopher R. Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, deutsch von Jürgen Peter Krause, Reinbek bei Hamburg 1993 und Wolfgang Dreßen (Hrsg.), Betrifft: „Aktion 3“. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn. Dokumente zur Arisierung. Eine Ausstellung im Stadtmuseum Düsseldorf 29.10.1998-10.1.1999, Berlin 1998.

*Nationalsozialismus, die Beendigung des Krieges, die Wiederherstellung des Rechtsstaates. Diese Interessengleichheit zwischen einer kleiner Schicht mächtiger Männer und allen Schichten des deutschen Volkes, das ist es, was der Osten in der Einschätzung des 20. Juli 1944 meist nicht wahrhaben will, was im Westen all diejenigen eint, die diesen Tag feierlich begehen.*¹⁸⁵

Auch hier wird eine angebliche Gegnerschaft der deutschen Bevölkerung zur nationalsozialistischen Regierung beschrieben und eine Interessensgleichheit mit den Verschwörern des 20. Julis unterstellt.

Gegen solche entlastende Argumentationsweisen wird in den „Argument“-Heften immer wieder vorgegangen. So schreibt z.B. Wolfgang Fritz Haug in Heft 33:

*„Hitler konnte bis zum Schluss der Zustimmung der Majorität des deutschen Volkes gewiss sein, weil er niemals gegen deren ‚heiligste Gefühle‘ und Vorurteile verstieß, sondern sie vergrößert repräsentierte und als Zwangssystem in Wirklichkeit umsetzte.*¹⁸⁶

Diese Zustimmung der deutschen Bevölkerung zum Nationalsozialismus führt in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften zu einer Abwehrreaktion. Während im Westen die Verantwortung personalisiert und dämonisiert wird, wird im Osten der von der Mehrheit der Bevölkerung getragene Nationalsozialismus auf die terroristische Herrschaft des Finanzkapitals reduziert. Diese traditionsmarxistische Sichtweise wird von den meisten „Argument“-Autoren mehrfach einer radikalen Kritik unterzogen.

Folgerichtig führt das Verhältnis von Industrie und Politik im Nationalsozialismus in den folgenden Jahren zu einer kontroversen Auseinandersetzung mit den orthodoxen marxistischen Positionen auf den Seiten der „Argument“. So stellt Tim Mason in der vierten Folge der Faschismus-Theorien ein Primat der Politik fest:

„[...] es ist offensichtlich so gewesen, dass die Innen- und Außenpolitik der nationalsozialistischen Staatsführung ab 1936 im zunehmenden Maße von der Bestimmung durch die ökonomisch herrschenden Klassen unabhängig wurde, ihren Interessen sogar in wesentlichen Punkten zuwiderlief. Dieser Tatbestand

¹⁸⁵ Ulrike Meinhof, Zum 20. Juli, in: Dies, Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken, mit einem Nachwort von Klaus Wagenbach, Berlin 1994, S. 49.

¹⁸⁶ Wolfgang Fritz Haug u. a., Ideologische Komponenten in den Theorien über den Faschismus, März 1970, S. 10.

*ist aber einmalig in der ganzen Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft seit der industriellen Revolution; gerade diesen Tatbestand gilt es zu erklären.*¹⁸⁷

Damit knüpft Mason indirekt an Diskussionen an, die auch im „Institut für Sozialforschung“ geführt wurden, als Friedrich Pollock 1941 den Nationalsozialismus als eine „neue Ordnung“ definierte, der eine völlig neue Gesellschaftsformation hervorgebracht habe, die sich nicht mehr mit den normalen Kategorien der bürgerlichen Gesellschaft vergleichen lässt.¹⁸⁸ Mason zeigt diese Einmaligkeit des nationalsozialistischen Systems, das, obwohl es weiterhin eine kapitalistisch verfasste Gesellschaft ist, trotzdem in zentralen Bereichen den ökonomischen Interessen der Wirtschaft zuwiderläuft, anhand des Vorrangs, der Judenvernichtung vor allen anderen Aktivitäten der Gesellschaft. So beschreibt er, wie sich unter den ersten polnischen Juden, die in den Vernichtungslagern ermordet wurden, tausende ausgebildete Metallarbeiter aus den polnischen Rüstungsbetrieben befanden, die die nationalsozialistische Wirtschaft für die weitere Aufrüstung dringend benötigt hätte. Außerdem stellt er dar, wie gegen Ende des Krieges die knapp gewordenen Eisenbahneinrichtungen für den Abtransport jüdischer Verfolgter benutzt wurden anstatt für die dringend notwendige Versorgung der Streitkräfte.¹⁸⁹

Auf Masons Artikel antworten mehrere Autoren aus der DDR. Eberhard Czichon versucht gegen Mason nachzuweisen, dass es im Nationalsozialismus ein Primat der Industrie gab und dass diese die Leitlinien der Politik bestimmte. Die führenden Fraktionen der Industrie hätten Hitler die Macht übertragen und bestimmten auch Ausbruch und Verlauf des deutschen Vernichtungskrieges:

*„Es war mithin nicht ‚Hitlers Weg‘, der zur Kriegsauslösung von 1939 führte, sondern es blieb der Weg der deutschen Großindustrie.“*¹⁹⁰ Die Irrationalität der

¹⁸⁷ Tim Mason, Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 41, 8. Jahrgang Dezember 1966 Heft 6, Staat und Gesellschaft im Faschismus, Faschismus-Theorien (IV), 3. verbesserte Auflage, S. 474. Hervorhebung im Original.

¹⁸⁸ Vgl. Friedrich Pollock, Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung?, in: Ders, Stadien des Kapitalismus, Herausgegeben und eingeleitet von Helmut Dubiel, München 1975, S. 101-134.

¹⁸⁹ Vgl. Mason, Der Primat der Politik, 1966, S. 491.

¹⁹⁰ Eberhard Czichon (Berlin/DDR), Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 47, 10. Jahrgang Juli 1968 Heft 3, Faschismus und Kapitalismus. Faschismus-Theorien (V) / Diskussion, 2. Auflage Juli 1969, S. 185.

Judenvernichtung bedeutet für Czichon dagegen nur eine Zuspitzung der normalen Irrationalitäten einer kapitalistisch verfassten Gesellschaft. Er hält dagegen weiterhin an der Faschismus-Definition der „Kommunistischen Internationale“ von 1935 fest, die ihr damaliger Vorsitzende Georgi Dimitroff formulierte. Nach Dimitroff ist der Faschismus an der Macht „ [...] die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“¹⁹¹

Mason hatte dagegen schon in seinem ersten Aufsatz geschrieben:

*„Diese Definition hatte wohl 1935 ihre Funktion und Plausibilität, kann aber heute, angesichts der späteren Entwicklung des nationalsozialistischen Deutschlands, nur begrenzt als Ausgangspunkt einer Untersuchung und schon gar nicht als Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaft und Politik im Nationalsozialismus dienen.“*¹⁹²

Auch der zweite Diskussionsbeitrag von Wissenschaftlern aus der DDR, der wiederum eine Erwiderung auf den Aufsatz von Tim Mason darstellt, beruft sich auf die Dimitroff-Definition. Er verteidigt und unterstützt den Artikel von Eberhard Czichon und betont vor allem die Rolle, die die Theorie des staatmonopolistischen Kapitalismus für eine Erklärung des Faschismus spielen kann. Mason schreibt dagegen in seiner Erwiderung:

*„Auch können die Schriften von Marx und Lenin wenig zur Lösung dieser Probleme beitragen, schon gar nicht, wenn man sie nur wiederholt; der Nationalsozialismus war zu sehr ein grundsätzlich neues Phänomen, als dass diese darüber Verbindliches im voraus hätten sagen können. Jedoch bleibt der Marxsche Ansatz unabdingbar: Die Analyse nationalsozialistischer Herrschaft muss bei der Gesellschaftsstruktur anfangen und das Verhältnis zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung als Kernproblem nehmen.“*¹⁹³

Allerdings gehen nicht alle „Argument“-Autoren so weit wie Tim Mason und sehen im Nationalsozialismus eine völlig neue Gesellschaftsformation, die zwar der kapitalistischen Vergesellschaftung entstammt, aber doch darüber hinausgeht. Wolfgang Fritz Haug, der Herausgeber des „Arguments“, veröffentlicht 1967 die

¹⁹¹ Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Bericht auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 2. August 1935, in: Georgi Dimitroff, Ausgewählte Schriften Band 2 1921-1935, Auswahl aus der vierzehnbändigen bulgarischen Ausgabe, Berlin 1958, S. 525.

¹⁹² Mason, Der Primat der Politik, S. 474.

¹⁹³ Tim Mason, Primat der Industrie? Eine Erwiderung, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 47, 10. Jahrgang Juli 1968 Heft 3, Faschismus und Kapitalismus. Faschismus-Theorien (V) / Diskussion, 2. Auflage Juli 1969, S. 205.

Schrift „Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten“.¹⁹⁴ Der Text kritisiert, wie der Untertitel schon nahe legt, die Vortragsreihen an verschiedenen Universitäten, die sich seit Mitte der sechziger Jahre auf Druck der Studentenschaft mit dem Verhalten der Universitäten und Professoren im Nationalsozialismus beschäftigen. Haug analysiert die Vorträge als „hilflosen Antifaschismus“, da die dominierenden Tendenzen darin der Antikommunismus und der propagierte Rückzug in eine reine, unpolitische Wissenschaft sind. Er kritisiert weiterhin, dass die an den Vortragsreihen teilnehmenden Professoren nicht auf die Verbindungen zwischen kapitalistischer Vergesellschaftung und Faschismus eingehen und gibt dagegen eine eigene Definition des Faschismus:

„Worin besteht die faschistische Gefahr? Wenn die kapitalistischen Besitz- und Verfügungsverhältnisse formaldemokratisch nicht mehr zu sichern sind oder wenn es dem formaldemokratischen System nicht mehr möglich ist, die sozialen und politischen Bedingungen den Erfordernissen des kapitalistischen Verwertungsprozesses anzupassen, dann besteht ein systemimmanenter Faschismusbedarf.“¹⁹⁵

Haug argumentiert hier traditionsmarxistisch, wenn er im Faschismus nur die Herrschaftsform des Kapitals in der Phase der Krise sieht. Die Besonderheiten des Nationalsozialismus, speziell der eliminatorische Antisemitismus, die über diese Funktion des Faschismus hinausgehen und die auch schon in einigen „Argument“-Texten herausgearbeitet wurden, werden hier übergangen. Diese traditionelle Sicht des Faschismus öffnet dagegen die Möglichkeit, den Faschismus in allen Teilen der Welt zu entdecken, und birgt die Gefahr, die Spezifik des Nationalsozialismus, der ebenfalls pauschal unter den Faschismusbegriff subsumiert wird, zu vernachlässigen.

3.2 Die „Überwindung des Antisemitismus“

Der Kampf gegen den Antisemitismus gehört für den SDS in den fünfziger und Anfang der sechziger Jahre zu den Schwerpunkten seiner Arbeit. So ist er

¹⁹⁴ Vgl. Wolfgang Fritz Haug, Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten, Frankfurt am Main 1967.

führend beteiligt an den Protesten gegen den Filmmacher Veit Harlan. Dieser ist in erster Linie durch seinen, während des Nationalsozialismus gedrehten, antisemitischen Propagandafilm „Jud Süß“ bekannt geworden.

Veit Harlan wird 1949 wegen Verdachts der Mitwirkung an den NS-Gewaltverbrechen angeklagt. Dieser Prozess ist ein Präzedenzfall, da hier zum ersten Mal ein Filmkünstler wegen seiner Arbeit vor Gericht gestellt wird. Obwohl die Richter feststellen, dass der Film „Jud Süß“ *„ein nicht unwesentliches Werkzeug“*¹⁹⁶ im Rahmen der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden war, wird der Regisseur freigesprochen. Sofort beginnt Harlan damit neue Filme zu drehen. Dies löst eine breite gesellschaftliche Debatte aus, die in erster Linie durch den Boykottaufruf des Leiters der Pressestelle des Hamburger Rathauses, Erich Lüth ausgelöst wird. Lüth wird daraufhin in mehreren Gerichtsverfahren untersagt zum Boykott von Harlans Filmen aufzurufen. Während der Leiter der Hamburger Pressestelle in anonymen Zuschriften und von Seiten der Boulevardpresse heftig attackiert wird, stellen sich Teile der SPD, der Gewerkschaften und der Studierendenverbände, allen voran der SDS, auf seine Seite. In vielen Städten der Bundesrepublik kommt es daraufhin zu studentische Proteste, die zum Teil von massiven Ausschreitungen begleitet werden. Wobei diese Ausschreitungen nicht von den protestierenden Studierenden, sondern von der Polizei und empörten Passanten ausgelöst werden, die ihrem Antisemitismus freien Lauf lassen.¹⁹⁷ Diese Reaktionen der Bevölkerung auf seine Proteste bestärken den SDS darin, in seinen Aktivitäten gegen den Antisemitismus nicht nachzulassen. So organisieren 1960 bis 1962 vier Redaktionsmitglieder des SDS-Organs „Standpunkte“ eine Wanderausstellung unter dem Titel „Die Vergangenheit mahnt“, die die Geschichte des Judentums vom Auszug aus Ägypten bis zur Neuzeit präsentiert.¹⁹⁸ Der Schwerpunkt der Exposition liegt dabei auf der

¹⁹⁵ Wolfgang Fritz Haug, Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt, Hamburg/Berlin 1987, S. 149.

¹⁹⁶ Zit. nach: Peter Reichel, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in Politik und Justiz, zweite, aktualisierte und überarbeitete Neuauflage, München 2007, S. 133.

¹⁹⁷ Vgl. hierzu beispielhaft einen Bericht über die antisemitischen Ausschreitungen in Freiburg, in: Fichter 1988, S. 159f.

¹⁹⁸ Vgl. Stephan Alexander Glienke, Die Darstellung der Shoah im öffentlichen Raum. Die

Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus. Die Idee dafür kommt Gerhard Schoenberner, Erik Nohara, Hanno Kremer und Ludwig Türmer während eines Besuchs des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau, der durch die polnische Studierendenzzeitung „Pro Prostu“ vermittelt wird. Die Ausstellung ist eine der ersten in der Bundesrepublik, die die Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus thematisiert und damit die gesellschaftlich vorherrschende Blickweise auf die Zeit von NS-Diktatur und Weltkrieg durchbricht, die vorrangig auf die deutschen Opfer fokussiert ist. Folglich ist auch Thema der sog. „Entschädigungs- bzw. Wiedergutmachungszahlungen“ an die Opfer der deutschen Vernichtungspolitik in der frühen Bundesrepublik nur ein Anliegen von kleinen Minderheiten.

Für den SDS stellen in den fünfziger Jahren das Eintreten für „Wiedergutmachungszahlungen“ und gute Beziehungen zu Israel zwei seiner der wichtigsten Tätigkeiten dar. Beispielhaft hierfür steht die Resolution des Studierendenparlaments der Universität Frankfurt im Januar 1951, in der dies gefordert wird. Der Rektor der Frankfurter Universität Max Horkheimer ist dann auch sehr erfreut über dieses studentische Engagement:

„Als gestern Abend die Resolutionen eingebracht und ohne Stimmenthaltung angenommen wurden, die sich auf das im Dritten Reich geschehene Unrecht beziehen und den Willen der Studenten unserer Universität bekunden, durch die Tat etwas zur Versöhnung beizutragen, war ich, wie Sie verstehen werden, viel zu bewegt, als dass ich selbst noch mal hätte sprechen können. Aber es ist mir ein tiefes Bedürfnis, Ihnen noch ganz persönlich für die Erfahrung dieses Abends zu danken.“¹⁹⁹

Dass aber der Antisemitismus in der Bundesrepublik nicht überwunden ist, zeigt sich immer wieder. So wird am 24. Dezember 1959 die Kölner Synagoge mit Hakenkreuzen beschmiert. Diese Tat löst in der gesamten Bundesrepublik eine Welle von antisemitischen Straftaten aus. Politik und Presse distanzieren sich von diesen Vorfällen, verharmlosen sie aber als jugendlichen Vandalismus. Dies will der SDS so nicht hinnehmen und demonstriert gemeinsam mit befreundeten Studentenorganisationen wie dem „Liberalen Studentenbund

Ausstellung „Die Vergangenheit mahnt“ (1960-1962), in: Ders., Paulmann, Volker und Perels, Joachiam (Hrsg.), Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2008, S. 147-183.

¹⁹⁹ Max Horkheimer zit. nach: Kraushaar 1998 Bd. 2, S. 68.

Deutschlands“ (LSD) und der „Deutsch-Israelischen Studiengemeinschaft“ gegen die antisemitischen Schmierereien. Auch bei diesen Protesten kommt es wieder zu Auseinandersetzungen mit der Polizei.²⁰⁰

Die auch im Ausland aufmerksam registrierten antisemitischen Übergriffe führen in der Bundesrepublik zu einer intensiveren Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. So erscheint nun eine ganze Reihe von Büchern zum Thema und auch das Fernsehen zeigt entsprechende Dokumentationen und Filme.²⁰¹

Auch die demonstrierenden Studierenden belassen es nicht mit spontanen Protesten, sondern wollen theoretisch fundiert auf die gesellschaftlichen Ursachen des Antisemitismus verweisen. Aus diesem Grund veranstaltet der SDS gemeinsam mit der „Deutsch-Israelischen Studiengemeinschaft“ und der Zeitschrift „Das Argument“ ein viel beachtetes Seminar mit dem Titel „Die Überwindung des Antisemitismus“, an dem etwa 160 Studierende teilnehmen. Auf dem Seminar werden verschiedene Aspekte des Antisemitismus behandelt. Bemerkenswert ist, dass in fast allen Beiträgen auf die Ansätze der Kritischen Theorie zum Antisemitismus zurückgegriffen wird und dass das Vorkommen des Antisemitismus in der Bundesrepublik mit einer fehlenden Aufarbeitung der deutschen Geschichte erklärt wird. Folgerichtig werden dann in den Beschlüssen des Seminars zwei Ursachen für den Antisemitismus genannt: Erstens: es habe in der Bundesrepublik keine schonungslose Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit gegeben; und zweitens: es herrsche zurzeit ein totalitärer Antikommunismus, dessen Denkstrukturen Parallelen zum Antisemitismus aufweise.²⁰² Als Forderung wird unter anderem eine Untersuchung zur personellen Kontinuität zwischen dem Nationalsozialismus und der Bundesrepublik angemahnt. Eine Arbeitsgruppe, die aus dem Seminar hervorgeht, soll diesen Beschluss umsetzen und Material sammeln.

Im Wintersemester 1960/1961 hält unter anderem Margherita von Brentano, die auch am Seminar „Überwindung des Antisemitismus“ beteiligt war, an der

²⁰⁰ Vgl. Demirović 1999, S. 258.

²⁰¹ Vgl. Reichel, 2007, S. 149ff.

²⁰² Vgl. Margherita von Brentano und Manfred Raxin, Presseverlautbarung und Beschlüsse der Berliner Tagung „Überwindung des Antisemitismus“, in: Das Argument. Berliner Hefte für Politik und Kultur, Heft 16 Mai/Juni 1960, Die Überwindung des Antisemitismus, Argument-Reprint 1-17, Berlin 1974, S. 203-206.

Philosophischen Fakultät der FU in Berlin ein Seminar zu Antisemitismus und Gesellschaft, in dem ausführlich die „Elemente des Antisemitismus“ aus der „Dialektik der Aufklärung“ diskutiert werden, und im Sommersemester 1962 spricht schließlich Adorno auf Einladung der Berliner Ortsgruppe des SDS über die „Aufarbeitung der Vergangenheit“.²⁰³

Diese Bezüge auf die Arbeiten der Kritischen Theorie zeigen, dass in der entstehenden Neuen Linken der Antisemitismus nicht einfach nur als eine speziell gegen Juden gerichtete Unterform des Rassismus gesehen wird, sondern dass es dort bereits eine sehr differenziertere Analyse gibt. Ronald Wiegand etwa spricht sich in seinem „Argument“-Aufsatz ‚Herrschaft‘ und ‚Entfremdung‘. Zwei Begriffe für eine Theorie über den Faschismus“, auch gegen die traditionsmarxistische Analyse des Antisemitismus aus, die diesen nur als ein Spaltungsinstrument der Herrschenden wahrnimmt.²⁰⁴ Er argumentiert stattdessen, dass das bürgerliche Bewusstsein auf die Krise des Kapitalverhältnisses nur irrational, also antisemitisch, reagieren kann, da die Herrschaftsverhältnisse in einer ausdifferenzierten kapitalistischen Gesellschaft so abstrakt geworden sind, dass das bürgerliche Bewusstsein den gesellschaftlichen Zusammenhang nicht durchschauen kann.

„Antisemitismus lässt sich nicht als ein billiger Trick der Nazis abtun, mit dem sie die Massen hinters Licht geführt hätten, um selbst an die Macht zu kommen. In ihm reagiert vielmehr das unterdrückte Subjekt auf das Fortdauern einer Herrschaftsordnung, die ihre Legitimation längst in den Wirtschaftskrisen verloren hat, in der aber Herrschaft so abstrakt geworden, so sehr im System selbst aufgehoben ist, dass sie vom durchschnittlichen Bewusstsein kaum mehr dingfest zu machen ist und mit der Aggression gegen ein fiktives ‚Draußen‘ beantwortet wird.“²⁰⁵

Wiegand stellt allerdings klar, dass auch dieser Ansatz zur Erklärung des Antisemitismus nicht dessen monströsen Konsequenzen, die in die Gaskammern von Auschwitz führten, angemessen aufzuklären vermag.

„Stellt der zur Weltanschauung gewordenen Antisemitismus somit den irrationalen Versuch dar, den fremd und bedrohlich gewordenen – eben entfremdeten – Zusammenhang des gesellschaftlichen Ganzen mit Gewalt wieder durchschaubar zu machen, so erklärt das freilich noch nicht das

²⁰³ Vgl. Demirović 1999, S. 875f.

²⁰⁴ Vgl. Wiegand, 1970, S. 138-144.

²⁰⁵ Ebenda, S. 141.

*Ausmaß und die Mächtigkeit, die er im Nationalsozialismus angenommen hat.*²⁰⁶

Insgesamt zeigen diese Aktivitäten und theoretischen Anstrengungen, dass die Bekämpfung des Antisemitismus in der Studentenbewegung der fünfziger und frühen sechziger Jahre eine zentrale Rolle gespielt haben und dass sich der antiautoritäre Flügel der Bewegung dafür auch schon eine ausdifferenzierte Theorie des Antisemitismus erarbeitet hat, die deutlich an den Arbeiten der Kritischen Theorie orientiert ist.

Allerdings verliert der Kampf gegen den Antisemitismus Mitte der sechziger Jahre an Bedeutung. Andere Themen bestimmen zunehmend die Agenda der Protestbewegung und nur wenige beharren darauf, dass die Erfahrung des „Zivilisationsbruchs“²⁰⁷ von Auschwitz konstitutiv für die Theorie und Praxis einer radikalen Linken in Deutschland sein muss. Als einer der wenigen stellt der Adorno Schüler Hans-Jürgen Krahl fest, dass sich die Shoah auch mit marxistischen Kategorien nicht erklären lässt. Er knüpft damit an den Aufsatz von Ronald Wiegand an, wenn er schreibt:

*„In der Theoriebildung der Neuen Linken muss die Erfahrung des Faschismus als eines organisierten Naturzustandes eingehen, der zwar insgesamt mit den Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie, dem Akkumulationsprozess und Krisenzusammenhang des Kapitals erklärbar ist, dessen Terror im einzelnen aber sich solcher begrifflichen Subsumtion sträubt. Auschwitz ist kontingent auch noch der überlieferten Kategorien einer Kritik der politischen Ökonomie gegenüber.“*²⁰⁸

Diese Analyse findet allerdings in der sich ausbreitenden und zunehmend aktionistisch gebärdenden Studentenbewegung kaum mehr Resonanz.

3.3 Die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen und die Reaktionen der Studentenbewegung

Nach der militärischen Niederschlagung des Nationalsozialismus im Jahr 1945 übernehmen zuerst die Alliierten die juristische Aufarbeitung der durch die

²⁰⁶ Ebenda, S. 143.

²⁰⁷ Vgl. Dan Diner (Hrsg.), Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz. Mit Beiträgen von Seyla Benhabib, Micha Brumlik et. al., Frankfurt am Main 1988.

²⁰⁸ Krahl 1971, S. 343.

Deutschen begangenen Verbrechen. Besonders die Nürnberger „Kriegsverbrecher-Prozesse“ gegen die Elite des NS-Staates sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Mit Beginn des Kalten Krieges und der Eingliederung der inzwischen gegründeten Bundesrepublik Deutschland in das westliche Bündnissystem brechen diese juristischen Aktivitäten allerdings erst einmal ab. In den fünfziger Jahren besteht in der Nachkriegsgesellschaft Westdeutschlands kein Interesse an einer forensischen Verfolgung der NS-Verbrechen. Ganz im Gegenteil werden sogar zahlreiche Urteile der alliierten Militärgerichte wieder aufgehoben und unzählige Massenmörder begnadigt. Der Kriminologe Gerhard Werle spricht in diesem Zusammenhang von einem herrschenden „*Gnadenfieber*“²⁰⁹

Der erste bedeutende Prozess der BRD gegen NS-Verbrecher ist dann der sogenannte Ulmer „Einsatzgruppen-Prozess“ 1958. Dieses Gerichtsverfahren führt in der Folge zur Einrichtung der „Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ in Ludwigsburg, die die Verfolgung der NS-Verbrechen zentralisiert. Peter Reichel betont die Bedeutung dieser beiden Begebenheiten für den Umgang der Nachkriegsgesellschaft mit der NS-Vergangenheit: „*Dieses Doppelereignis des Jahres 1958 kann man als den Beginn der innengeleiteten Vergangenheitsbewältigung ansehen.*“²¹⁰ Denn erst mit diesen beiden Ereignissen ist die Bundesrepublik gezwungen selbst gegen die NS-Verbrecher vorzugehen, was ihr bisher immer die Alliierten abgenommen hatte.

Fünf Jahre später beginnt dann der Frankfurter „Auschwitz-Prozess“. Währenddessen gibt es eine kontroverse Debatte über die 1965 ablaufende Verjährungsfrist für Mord und damit auch die NS-Verbrechen. Nach mehrfachen Verlängerungen hebt der Deutsche Bundestag erst 1979 die Verjährungsfrist auf und ermöglicht so auch weiterhin die Verurteilung von NS-Verbrechen.

Innerhalb der deutschen Öffentlichkeit gibt es bis zum Frankfurter „Auschwitz-Prozess“ kaum Interesse an der juristischen Aufarbeitung der NS-

²⁰⁹ Gerhard Werle, Der Holocaust als Gegenstand der bundesdeutschen Strafjustiz, in: Bernhard Moltmann et. al., (Hrsg.), Erinnerung. Zur Gegenwart des Holocaust in Deutschland – West und Deutschland – Ost, Arnoldshainer Texte – Band 79, Frankfurt am Main 1993, S. 101.

²¹⁰ Reichel 2007, S. 210.

Verbrechen.²¹¹ Eine Mehrheit der Deutschen befürwortet einen endgültigen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit und eine allgemeine Amnestie für NS-Verbrecher.²¹²

Der SDS dagegen engagiert sich für eine Bestrafung der NS-Verbrechen. Gegen die drohende Verjährung von Verbrechen, die von Richtern und Staatsanwälten in „Sonder- und Volksgerichtshöfen“ verübt wurden, protestiert der Studentenverband 1959 mit einer Ausstellung unter dem Titel „Ungesühnte Nazijustiz“. Außerdem stellt der Organisator der Ausstellung, das Westberliner SDS-Mitglied Reinhard Strecker, im Namen des Bundesvorstandes Strafanzeige gegen Zwanzig noch aktive Juristen. Diese Aktion löst in der Öffentlichkeit eine kontroverse Debatte aus. Da die meisten Dokumente der Ausstellung aus der DDR, Polen und der Tschechoslowakei stammen und der SDS außerdem zur selben Zeit scharfe Auseinandersetzungen mit der SPD über den Einfluss der an der Politik der SED orientierten „konkret-Fraktion“ führt, lehnen große Teile der Öffentlichkeit die Ausstellung als angeblich SED-gelenkt ab. Die Ausstellungsmacher werden aus der SPD ausgeschlossen, und die Ausstellung ist auch ein Grund für den Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD gegenüber dem SDS.

„Auch wenn man berücksichtigt, dass die Aufarbeitung der Faschismus-Erfahrungen in der deutschen Nachkriegsgesellschaft ein langwieriger und äußerst widersprüchlicher Prozess war, so bleibt doch m. E. festzuhalten, dass der indirekte Aufruf des SPD-Parteivorstandes zur Spaltung des SDS angesichts der gerade anlaufenden Aufklärungsaktion ‚Ungesühnte Nazijustiz‘ – auch eine vorbeugende Maßnahme gegen den moralischen Rigorismus der SDSler gewesen ist. Im ‚Vorhof der Macht‘ wollte die SPD-Parteiführung nicht ständig an die jüngste deutsche Geschichte erinnert werden.“²¹³

Trotzdem zeigt der SDS die Ausstellung an vielen Orten des In- und Auslandes und auch aufgrund der örtlichen Beteiligung von Organisationen wie der Jüdischer Gemeinde, der Deutsch-Israelischen Studentengruppe und des LSD wird der Boykott der SPD teilweise durchbrochen und die Ausstellung erreicht ein großes Publikum.

²¹¹ Vgl. Heiner Lichtenstein, NS-Prozesse und Öffentlichkeit, in: Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), NS-Verbrechen und Justiz, Juristische Zeitgeschichte Band 4, Düsseldorf 1996, S. 227-232.

²¹² Vgl. Irmtrud Wojak, Der erste Frankfurter Auschwitz-Prozess und die „Bewältigung“ der NS-Vergangenheit, in: Dies. (Hrsg.), Auschwitz-Prozess 4Ks 2/63 Frankfurt am Main, im Auftrag des Fritz Bauer Instituts, Frankfurt am Main 2004, S. 67.

In der breiten Öffentlichkeit wird dann über die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen erst seit dem Beginn des Frankfurter „Auschwitz-Prozess“ 1963 diskutiert. Medienvertreter aus der ganzen Welt beobachten aufmerksam, wie die Bundesrepublik diesen wichtigsten Gerichtsprozess ihrer Geschichte bewältigt. In den studentischen Publikationen spielt der Prozess dagegen keine große Rolle. Nur in wenigen Artikeln, etwa in der Frankfurter Studentenzeitung „Diskus“,²¹⁴ wird der Prozess thematisiert. Eine Ausnahme bildet das von Hans Magnus Enzensberger herausgegebene „Kursbuch“, in dessen erster Ausgabe vom Juni 1965 als ein Schwerpunktthema ein Dossier zum Auschwitz-Prozess mit Texten von Martin Walser und Peter Weiß veröffentlicht wird. Der dort abgedruckte Text von Peter Weiß stellt eine Vorarbeit für sein Drama „Die Ermittlung“ dar, das zu öffentlichen Kontroversen und zu Anfeindungen gegen den Autor führt. Weiß' Stück ist ein Angriff auf die Berichterstattung vor allem der Boulevardpresse, die die Ereignisse personalisiert und dämonisiert. Der Autor will dagegen auch den Zusammenhang zwischen dem Nationalsozialismus und dem Kapitalismus herausstellen. In einem Artikel in der „neuen kritik“ verteidigt Heinz Brüggemann Peter Weiss und stellt fest:

„[...] einen direkten Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und dem Faschismus sowie dessen Fortwirkung konstatierend, waren und sind in der bundesrepublikanischen Diskussion weitgehend tabuisiert.“²¹⁵

Brüggemann betont also die Kontinuitäten zwischen dem Nationalsozialismus und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik, geht aber auf den Frankfurter Prozess und dem, was dort verhandelt wird, nämlich die organisierte Judenvernichtung, kaum ein. Anders als Gerhard Schoenberner, der in einem Aufsatz über den Eichmann-Prozess in Jerusalem schreibt:

„Tatsächlich ist noch nie in der Menschheitsgeschichte vor einem Gericht eine so furchtbare Anklage erhoben worden, wie 1961 in Jerusalem [...] Israels Versuch, den Massenmord an den Juden Europas vor aller Welt

²¹³ Fichter 1988, S. 312.

²¹⁴ Vgl. Manfred Müller, Zum Auschwitz-Prozess, in: Diskus, Frankfurter Studentenzeitung, Nr. 10, Dezember 1963, S. 1 und 4.

²¹⁵ Heinz Brüggemann, „Die Ermittlung“ und ihre Kritiker, in: neue kritik, Zeitschrift sozialistischer Studenten, Nr. 34, Februar 1966, S. 35f.

*gerichtsnotorisch zu machen, kann einen Sinn nur erhalten, wenn man den Prozess als historische Lektion versteht.*²¹⁶

Davon ausgehend zieht auch Schoenberner Kontinuitätslinien zur Bundesrepublik, die er vor allem an der nicht bewältigten Vergangenheit festmacht. In der öffentlichen Debatte über den Nationalsozialismus, etwa im Rahmen des Eichmann-Prozesses werden einige wenige Repräsentanten des Regimes dämonisiert, um die große Masse der Bevölkerung zu exkulpieren. Außerdem werden mit der Begründung, es gelte das deutsche Ansehen im Ausland zu schützen Untersuchungen verhindert.

*„Konkret gesagt: wenn etwas ‚dem deutschen Ansehen im Ausland schadet‘, so ist es die Tatsache, dass heute noch oder schon wieder allzu viele Diener des braunen Mordregimes in Amt und Würden sitzen, während jene, die dagegen gekämpft haben oder fliehen mussten, ungestraft öffentlich verleumdet werden dürfen. Das charakterisiert nicht nur, wie weit die ‚unbewältigte Vergangenheit‘ selbst in den Reihen demokratischer Parteien, in Regierung und Parlament hineinreicht. Es legt dem Ausland auch Rückschlüsse auf die Mentalität einer Bevölkerung nahe, auf deren Zustimmung solche Politik und solche Wahlkampfaktik offensichtlich mit Erfolg spekulieren kann.“*²¹⁷

Folgerichtig fordert Schoenberner dann auch die Entlassung aller nationalsozialistisch belasteten Juristen, Ärzte und anderer, die juristisch nicht belangt werden können.

Anders als bei den spektakulären Gerichtsverfahren wie in Frankfurt oder dem Eichmann-Prozess in Jerusalem ist das öffentliche Interesse bei den meisten NS-Verfahren eher gering. Auch die linken Zeitschriften machen hier keine Ausnahme, wie Ulrike Meinhof in einem Artikel über den Prozess gegen den persönlichen Adjutanten des Reichsführers SS Heinrich Himmler und General der Waffen SS, Karl Wolff, in der „konkret“ feststellt. Sie kritisiert scharf den Ablauf des Prozesses:

*„Der Prozessverlauf wird vom Angeklagten bestimmt, nicht vom Gericht; die Aufklärung über den Nationalsozialismus findet durch seine Anhänger statt, nicht durch seine Gegner. Die jungen Leute auf der Zuschauertribüne hörte ich sich fragen, ob nicht doch am Nationalsozialismus etwas dran war.“*²¹⁸

²¹⁶ Gerhard Schoenberner, Eichmann und die Deutschen, in: Das Argument. Berliner Hefte für Politik und Kultur, Heft 20, Dezember 1961/Januar 1962, Argument Reprint 18-21 mit einem Nachwort von Helmut Gollwitzer, Berlin 1975, S. 35.

²¹⁷ Ebenda, S. 37.

²¹⁸ Ulrike Marie Meinhof, Ein Mann mit guten Manieren. Ein Tag Karl-Wolff-Prozess, in: Dies, 1994, S. 57.

Insgesamt lässt sich sagen, dass bis auf die vom SDS organisierte Kampagne zur „Ungesühnten Nazijustiz“ Ende der fünfziger Jahre die Beschäftigung mit der juristischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen in den linken und studentenbewegten Publikationen ein Randthema bleibt. Inwieweit die persönliche Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, etwa in der eigenen Familie, eine Rolle für die Studentenbewegung spielt, lässt sich anhand der studentischen Publikationen nicht darlegen, da dieses Thema dort nicht aufgegriffen wird.

In seiner empirischen Studie zur „Soziologie radikaler Studentenbewegungen“ kommt Klaus R. Allerbeck zu dem Ergebnis, dass der Nationalsozialismus in den Familien kaum zum Ausgangspunkt politischer Auseinandersetzungen wird.²¹⁹ Nur Zehn Prozent der Befragten erwähnen, dass es im Elternhaus zu Konflikten darüber kommt. In zahlreichen (auto-)biographischen Veröffentlichungen ehemals in der Studentenbewegung Aktiver ist das Thema Vergangenheitsbewältigung dagegen sehr präsent, allerdings betonen auch hier die meisten, dass sich ihre Empörung nicht gegen die eigene Familie richtete, da diese sich während des Nationalsozialismus nicht entsprechend exponiert hätten, sondern eher allgemein gegen die mangelhafte Aufarbeitung der Vergangenheit in der Gesellschaft.²²⁰ Axel Schildt kommt deshalb zu dem Ergebnis, dass trotz der relativ großen Bedeutung, die die Beschäftigung mit der NS-Zeit für die Protestbewegung inne hat, die konkrete Auseinandersetzung mit dem Verhalten der eigenen Eltern im Nationalsozialismus nicht ausschlaggebendes Motiv für die Revolte ist:

„Relativ eindeutig ist jedenfalls, dass die konkrete Rekonstruktion der NS-Vergangenheit in der Studenten- und Jugendbewegung kein zentrales Thema darstellte.“²²¹

²¹⁹ Klaus R. Allerbeck, *Soziologie radikaler Studentenbewegungen. Eine vergleichende Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten*, München und Wien 1973, S. 104ff.

²²⁰ Vgl. Inge Viett, *Nie war ich furchtloser. Autobiographie*, Hamburg 1997, Marco Carini, *Fritz Teufel – Wenn’s der Wahrheitsfindung dient*, Hamburg 2003, Ulrich Enzensberger, *Die Jahre der Kommune I. Berlin 1967-1969*, Köln 2004.

²²¹ Axel Schildt, *Die Eltern auf die Anklagebank? Zur Thematisierung der NS-Vergangenheit im Generationenkonflikt der bundesrepublikanischen 1960er Jahre*, in: Christoph Cornelißen, Lutz Klinkhammer und Wolfgang Schwendker (Hrsg.), *Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945*, Frankfurt am Main 2003, S. 325.

3.4 Gibt es eine Kontinuität des Nationalsozialismus in die BRD?

Wie schon in den theoretischen Diskussionen über den Nationalsozialismus und Faschismus deutlich wird, gibt es innerhalb der Studentenbewegung eine breite Diskussion über die Kontinuität der Bundesrepublik zum Nationalsozialismus. Dass es Verbindungen zwischen dem System des Nationalsozialismus und dem der BRD gibt, darüber herrscht innerhalb der Studentenbewegung Einigkeit. Allerdings gibt es Differenzen über die Qualität dieser Kontinuitätslinien.

Eine wichtige Rolle in dieser Diskussion spielt dabei der Begriff der „Formierten Gesellschaft“, wie ihn Bundeskanzler Ludwig Erhard 1965 als Leitbegriff seiner gesellschaftspolitischen Konzeption vorgestellt hat. Erhard geht dabei von einem Gesellschaftssystem aus, in dem nicht mehr einzelne Klassen oder Gruppen einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen, sondern das geprägt ist von einem kooperativen Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen.²²²

„Das Argument“ widmet diesem Konzept zwei Schwerpunktheft. Manfred Hahn analysiert darin die bisher erschienene Literatur zum Thema. Über die scheinbar ideologiefreien Begrifflichkeiten der Gesellschaftskonzeption der „Formierten Gesellschaft“ schreibt er:

„Dieses Vokabular ist nicht so unschuldig, wie es sich gibt, sondern mit Ideologie reich befrachtet. Man wird peinlich erinnert an nationalsozialistische Leitbilder, an Volksgemeinschaft und Arbeitsfront.“²²³

Ebenso wie der Nationalsozialismus leugne die „Formierte Gesellschaft“ die Realität der kapitalistischen Klassengesellschaft und versuche, diese korporatistisch zu verschleiern. Aber Hahn hält fest, dass die „Formierte Gesellschaft“ nicht einfach ein „Faschismus in verändertem Aufzug“ ist, wie der Titel seines Aufsatzes lautet, sondern auch auf andere Ursprünge zurückgreift:

²²² Vgl. Manfred Hahn, Faschismus in verändertem Aufzug? Hinweise auf Literatur über die „Formierte Gesellschaft“, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 48, 10. Jahrgang Oktober 1968 Heft 4/5, Kalter Krieg und Neofaschismus in der Bundesrepublik. Materialien zur „formierten“ Demokratie (II), S. 300-308.

²²³ Ebenda, S. 306.

„Das Formierungsvokabular ist fraglos nazistisch gefärbt, aber nicht nazistischen Ursprungs. Letztlich stammt es aus den Rüstkammern des bürgerlichen Konservatismus deutscher Prägung, der zwischen 1830 und 1840 sich herauszubilden beginnt“²²⁴

Damit argumentiert Michael Hahn unter anderem gegen die Analyse des orthodoxen Marxisten Reinhard Opitz, den Hahn wie folgt zitiert: „Der Weg in die Formierte Gesellschaft ist ein Schleichweg zu einem modernen, den Bedingungen der heutigen Zeit angepassten Faschismus.“²²⁵ Dieser schlichten Übernahme des traditionellen marxistischen Faschismusbegriffes auf die heutige bundesrepublikanische Gesellschaft setzt der „Argument“-Autor eine differenziertere Analyse der Konzeption der „Formierten Gesellschaft“ gegenüber:

„Es soll hier nicht suggeriert werden, die Formierungskonzeption sei schlicht eine Neuauflage bürgerlich-konservativer Theorien des 19. Jahrhunderts. Es war vielmehr anzudeuten, in welcher Tradition diese Konzeption steht: in einer Tradition nämlich, die rundweg faschistisch zu nennen falsch ist. Formierungskonzeption und faschistische Ideologie reagieren auf den gleichen Gegner, zwar nicht vollends gleich, aber in vielem ähnlich.“²²⁶

Der Aufsatz von Hahn steht somit in einer Reihe mit Analysen, die gegen die traditionelle marxistische Faschismustheorie argumentieren, aber trotzdem auf die Marxschen Kategorien der Gesellschaftskritik zurückgreifen. Diese antiautoritäre Analyse sieht zwar Kontinuitäten zwischen der nationalsozialistischen Ideologie und der Konzeption der „Formierten Gesellschaft“, blendet aber die Unterschiede nicht aus. Gemeinsamkeiten werden eher in den gesellschaftlichen Grundlagen der beiden Systeme und in der Tatsache gesehen, dass die Bundesrepublik aus dem Nationalsozialismus hervorgeht. Auf diesen Zusammenhang weist auch der Herausgeber des „Arguments“, Wolfgang Fritz Haug, hin, wenn er der bürgerlichen Geschichtsschreibung vorwirft:

„Verdrängen müssen sie vor allem die Einsicht in die gesellschaftliche Kontinuität zwischen Faschismus und der ‚formierten Gesellschaft‘ (Erhard) der Gegenwart.“²²⁷

²²⁴ Ebenda, S. 306.

²²⁵ Ebenda, S. 302.

²²⁶ Ebenda, S. 307.

²²⁷ Wolfgang Fritz Haug u. a., Ideologische Komponenten in den Theorien über den Faschismus, März 1970, S. 3.

Auch im SDS wird dieser Zusammenhang diskutiert. 1966 leiten Rudi Dutschke und Hans Joachim Hameister einen viel besuchten Arbeitskreis zur „Formierten Gesellschaft“, der zu dem Schluss kommt, dass ein neuer Faschismus in der Bundesrepublik nicht unmittelbar vor der Tür steht.²²⁸ Vielmehr entwickle sich ein autoritärer Staat, der durch politische Interventionen Wirtschaftskrisen zu verhindern trachtet und die Integration der Bevölkerung mittels Manipulation vor allem durch die Massenmedien zu erreichen versucht. Diese Integration der Massen könne aber durch das bewusste Handeln einer kleinen Minderheit durchbrochen werden. Es komme nun auf den subjektiven Faktor an. Mit dieser Schlussfolgerung entfernt sich Dutschke zum Teil von den Diskussionen, die früher im SDS geführt wurden und die eher auf eine demokratische Aufklärungsarbeit gesetzt haben. Denn bisher bestimmte der SDS seine politische Konzeption auf der Grundlage einer Gesellschaftsanalyse, die von einem Zusammenhang zwischen dem Faschismus und dem Kapitalismus ausgeht und die speziell in Deutschland eine Kontinuität des Nationalsozialismus erkennt. Somit besteht auch weiterhin die Gefahr einer erneuten faschistischen Entwicklung, der der SDS entgegenwirken will. In einem programmatischen Aufsatz über *„Soziale Demokratie oder neuer Faschismus? Zur innenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik“* schreibt dazu der SDS-Vorsitzende Helmut Schauer schon 1964 in der „neuen kritik“:

*„Die Verflechtung von Staat und Gesellschaft in der spätkapitalistischen Gesellschaft führt daher zu einer autokratisch neufeudalen Aushöhlung der politischen Demokratie. Demokratie ist daher heute nur zu bewahren und wiederherzustellen, wenn die Gesellschaft selbst demokratisiert würde. Es gibt allein noch die Alternative zwischen einem autoritären, letztendlich neufaschistischen System und der zur sozialen weiterentwickelten Demokratie.“*²²⁹

Im Rahmen dieses demokratischen Kampfes des SDS weist der Studentenverband immer wieder auf die personellen Kontinuitäten zwischen den Eliten des Nationalsozialismus und der Bundesrepublik hin. Auf die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“, die die Verquickung im Bereich der Justiz skandalisierte, wurde bereits hingewiesen. Aber auch die personellen

²²⁸ Vgl. Enzensberger, 2004, S. 66.

²²⁹ Helmut Schauer, Soziale Demokratie oder neuer Faschismus? Zur innenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik, in: neue kritik, Zeitschrift sozialistischer Studenten Nr. 25/26 Oktober 1964, S. 14.

Kontinuitäten in der Politik werden schon früh von den Studierenden thematisiert. So kommt es bereits 1955 zu einem Vorlesungsstreik an der Georg-August-Universität in Göttingen als Protest gegen die Ernennung des rechtsextremistischen Verlegers Leonhard Schlüter zum Kultusminister des Landes Niedersachsen. Rektor und Senat der Universität unterstützen den studentischen Protest, indem sie ihre Ämter niederlegen. Schlüter tritt daraufhin von seinem Amt zurück.²³⁰

Ein weiteres Beispiel für studentische Proteste gegen personelle Kontinuitäten zum NS-Regime ereignet sich am 18. Januar 1960 in Berlin, als Mitglieder des SDS, des LSD und der „Deutsch-Israelischen Studiengemeinschaft“ gemeinsam mit einem Transparent auf einer Kundgebung gegen die Welle antisemitischer Schmierereien seit Dezember 1959 protestieren. Auf dem Transparent steht zu lesen: „Oberländer, Globke, Schröder“.²³¹

Damit werden die antisemitischen Übergriffe in einen Zusammenhang gebracht mit der nationalsozialistischen Biographie bundesdeutscher Spitzenpolitiker. So war zum Beispiel der erwähnte „Minister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“, Theodor Oberländer (CDU) im Nationalsozialismus als SA-Hauptsturmführer an einem Massaker im ukrainischen Lwow beteiligt. Der Staatssekretär im Bundeskanzleramt und rechte Hand von Bundeskanzler Adenauer, Hans Globke, war bis 1945 Herausgeber der Kommentare zu den Nürnberger Rassegesetzen, und Innenminister Gerhard Schröder war Mitglied der NSDAP und der SA, war allerdings, nachdem er in Kontakt mit der Bekennenden Kirche kam, wieder ausgetreten.

Mit dieser Benennung der einst nationalsozialistisch aktiven Personen wird einerseits die mangelnde Entnazifizierung in der Bundesrepublik beklagt, aber auch indirekt auf Kontinuitäten in der deutschen Politik verwiesen. So ist zum Beispiel der Bundesinnenminister Gerhard Schröder als „Law and Order-Mann“ bekannt, der sich durch das Verbot der KPD und den Verbotsversuch gegen die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregime“ (VVN) einen Namen gemacht hat und der als Innenminister auch für die Notstandsgesetzgebung zuständig ist.

²³⁰ Vgl. Anja Corinne Baukloh, „Nie wieder Faschismus!“. Antinationalsozialistische Proteste in der Bundesrepublik der 50er Jahre im Spiegel ausgewählter Tageszeitungen, in: Dieter Rucht (Hrsg.), Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt am Main und New York 2001, S. 81.

²³¹ Vgl. Fichter 1988, S. 314.

Auch an den Universitäten beginnen die Studierenden, die Rolle der Professoren während des Nationalsozialismus zu hinterfragen. In verschiedenen studentischen Publikationen erscheinen Artikel, in denen auf die Aktivitäten und Schriften noch bzw. wieder aktiver Lehrkräfte verwiesen wird. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Ereignisse in Tübingen, wo bereits 1964 ein Artikel in der örtlichen Studentenzeitung „notizen“ mit dem Titel „Die braune Universität. Tübingens unbewältigte Vergangenheit“ für Aufsehen sorgt.²³² Nach anfänglicher Abwehr akzeptiert die Hochschule das Anliegen der Studierenden und organisiert im Wintersemester 1964/65 die Ringvorlesung „Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus“. Diesem Beispiel folgen in den kommenden Jahren zahlreiche weitere Universitäten und beginnen, angestoßen von studentischen Protesten, die Aufarbeitung ihrer Geschichte. Doch nicht an allen Hochschulen ist den Protesten der Studierenden soviel Erfolg beschieden.

Allerdings muss auch gefragt werden, wie schonungslos die offiziellen Untersuchungen ihre eigene dunkle Historie aufzudecken bereit waren. Adorno hat diesbezüglich bereits 1959 in einem Vortrag auf die kritischen Implikationen der bundesdeutschen Aufarbeitung der Vergangenheit verwiesen, die oftmals keine ernsthafte Verarbeitung des Vergangenen beabsichtigt, sondern stattdessen einen Schlussstrich darunter ziehen will.²³³

Die Neue Linke empfindet es als Skandal, dass große Teile des nationalsozialistischen Personals auch in der Bundesrepublik völlig ungestört ihren Tätigkeiten nachgehen können, ohne für ihre Taten in der Zeit von 1933 bis 1945 zur Rechenschaft gezogen zu werden. Und so erscheinen in den studentischen Publikationen auch Artikel wie der des Organisators der SDS-Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“, Reinhard Strecker, in dem dieser unzählige Namen von NS-Aktivisten auflistet, die auch weiterhin hohe Posten in

²³² Vgl. Karl Christian Lammers, Die Auseinandersetzung mit der „braunen“ Universität. Ringvorlesungen zur NS-Vergangenheit an westdeutschen Hochschulen, in: Axel Schildt, Detlef Siegfried und Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburger Beiträge zu Sozial- und Zeitgeschichte, herausgegeben von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Darstellungen, Band 37, Hamburg 2000, S. 148-165.

²³³ Vgl. Theodor W. Adorno, Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: Rolf Tiedemann (Hrsg.), unter Mitwirkung von Gretel Adorno, Susan Buck-Morss und Klaus Schultz, Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften Band 10.2, Kulturkritik und Gesellschaft II. Eingriffe, Stichworte, Anhang, Frankfurt am Main 1977, S. 555-572.

der bundesrepublikanischen Gesellschaft innehaben.²³⁴ Und Gerhard Schönberger führt aus:

„Die große Industrie, die Hitler an die Macht half und an seinem Raubkrieg verdiente, ist zum dritten Mal ins große Rüstungsgeschäft eingestiegen. Prominente Diener des Hitlerreiches empfangen vom demokratischen Staat für ihre Verdienste hohe Pensionen; viele nehmen heute wieder führende Stellungen in Politik, Wirtschaft und Armee ein. Die NS-Richter sprechen wieder Recht, die SS-Ärzte haben ihre Praxis wiedereröffnet und die Lehrer unterrichten eine neue Generation. Die Wiedereinstellung der faschistischen Beamenschaft ist zum Gesetz erhoben, die alten Orden dürfen wieder getragen werden [...] Der mächtigste Beamte in diesem Staate ist der Kommentator der ‚Nürnberger Gesetze‘.“²³⁵

Diese Debatte über die Kontinuitäten zwischen dem Nationalsozialismus und der Bundesrepublik spielen in Berlin eine bedeutende Rolle bei der weiteren Entwicklung der Studentenbewegung. Denn der Rektor der „Freien Universität“, Prof. Dr. Herbert Lüers, zieht seine Raumzusage für eine Podiumsdiskussion des AStA wieder zurück, als er erfährt, dass dort auch der Schriftsteller Erich Kuby sprechen soll. Lüers begründet seine Rücknahme damit, dass Kuby die FU in herabsetzender Weise mit der Humboldt-Universität in Verbindung gebracht habe, als dieser erklärte, der Name „Freie Universität“ bringe ein äußerstes Maß an Unfreiheit zum Ausdruck.²³⁶ Kuby, der auf dem Podium zum Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus zum Thema „Restauration oder Neubeginn – Die Bundesrepublik 20 Jahre danach“ sprechen sollte, ist auch als scharfer Kritiker der deutschen Vergangenheitsbewältigung bekannt. So schreibt er zum Beispiel über das Verhältnis der Deutschen zur Sowjetunion und die Roten Armee:

„Auch wenn sie sich wie die himmlischen Heerscharen benommen hätten, wäre das Ergebnis vermutlich nicht anders gewesen. Sie hatten verspielt, noch ehe sie einen Fuß auf deutsches Gebiet setzten – nicht wegen der Verbrechen, die sie begangen haben sondern wegen der von Deutschen in der Sowjetunion begangenen Verbrechen [...] Nein, die Sowjets haben durch ihre Übergriffe im Frühjahr 1945 Deutschland nicht verspielt; sie haben dadurch nur den

²³⁴ Reinhard Strecker, Die Namen nennen, in: Das Argument. Berliner Hefte für Politik und Kultur, Heft 20 Dezember 1961/ Januar 1962, Argument Reprint 18-21, mit einem Vorwort von Helmut Gollwitzer, Berlin 1975, S. 33-34.

²³⁵ Gerhard Schoenberger, Das Menetekel von Köln. Die unbewältigte Gegenwart, in: Das Argument. Berliner Hefte für Politik und Kultur, Heft 16 Mai/Juni 1960, Die Überwindung des Antisemitismus, Argument-Reprint 1-17, Berlin 1974, S. 197-201.

²³⁶ Vgl. Fichter und Lönnendonker 1998, S. 112f.

*Deutschen die Möglichkeit gegeben, ihnen den Schwarzen Peter zuzuschieben, haben den Deutschen einen moralischen Fluchtweg geöffnet [...]*²³⁷

Die Verweigerung der Räumlichkeiten für die Podiumsdiskussion über die Kontinuitäten der Bundesrepublik zum Nationalsozialismus löst in der Studentenschaft der FU einen Sturm der Entrüstung aus. Es kommt zu Protestversammlungen und dem ersten Vorlesungsstreik in der Geschichte dieser Universität.

Besondere Brisanz gewinnt diese Diskussion über die personellen Kontinuitäten des Nationalsozialismus mit der Bundesrepublik, als 1966 Dokumente aus der DDR bekannt werden, die Bundespräsidenten Lübke vorwerfen, er habe als Architekt den Bau von Konzentrationslager geleitet. In der „konkret“ erscheinen im Folgenden eine ganze Reihe von Artikeln, die sich damit auseinandersetzen und die den Bundespräsidenten auffordern, zu diesen Anschuldigungen Stellung zu beziehen. Auch andere Gruppierungen der Studentenbewegung werden aktiv: Der SDS nimmt diese Enthüllungen zum Anlass, im Februar 1968 eine „Anti-Lübke-Woche“ auszurufen. Für die Akteure ist es allerdings offensichtlich, dass der „Fall Lübke“ nur die Spitze des Eisberges darstellt und kaum eine Hoffnung auf konsequente Aufklärung besteht. Die „konkret“ schreibt dazu:

*„Es gibt tausend Lübkes zuviel in Deutschland – [...] Nun, seien wir Realisten. Dass diese große Nation sich tatsächlich dazu aufschwingen würde, sich jener Tausend zu entledigen – das glaubt von uns keiner mehr; es widerspräche der nationalen Tradition.“*²³⁸

Aber mehr noch als der „Fall Lübke“ wird die Diskussion mit dem Regierungsantritt der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger 1966 angefacht. Stellt schon allein das Faktum der Großen Koalition, die eine effektive parlamentarische Opposition unmöglich macht, für die Studentenbewegung einen weiteren Schritt in eine autoritäre Gesellschaftsordnung dar, so ist die Ernennung des ehemaligen NSDAP-Mitglieds und Rundfunk-Referenten im NS-Außenministeriums Kiesinger, zum Bundeskanzler für die Neue Linke ein Affront. Folgerichtig kommt es dann auch zu studentischen Protesten gegen den neuen Bundeskanzler, die in erster Linie

²³⁷ Erich Kuby zitiert nach Fichter und Lönnendonker 1977, S. 87.

von der gegen den SDS neu gegründeten sozialdemokratischen Studentenorganisation „Sozialdemokratischer Hochschulbund“ (SHB) getragen werden. Die Polizei reagiert auf diese Proteste zum Teil sehr nervös und hart. Im „Kursbuch“ Nr. 12 findet sich ein Bericht über eine der Demonstrationen gegen Kiesinger:

„Mehrere jugendliche Demonstranten hatten sich, mit Schildern ausgerüstet, gegen das Vorhaben von Bundeskanzler Kiesinger gewandt, an dem Denkmal der Opfer des Nationalsozialismus einen Kranz niederzulegen. Mit Rücksicht auf die Tatsache, dass Kiesinger Mitglied der NSDAP gewesen war, hielten sie es für unwürdig und politisch taktlos, dass der Bundeskanzler jetzt die Opfer des Nationalsozialismus ehre. Die Demonstranten waren vereinzelt aufgetreten und hatten keine größeren Gruppen gebildet. Dennoch gingen Polizeibeamte gegen sie vor, beschlagnahmten die Schilder und nahmen fünf Personen in Gewahrsam.“²³⁹

In einer Reihe von Artikeln in verschiedenen Studentenzeitschriften werden die Vorwürfe gegen Kiesinger dargelegt. Im Frankfurter „Diskus“ etwa erscheint eine Satire, in der eine fiktive Rede eines alten Nazis abgedruckt wird, in der die Ernennung Kiesingers zum Bundeskanzler als großer Erfolg für die Sache des Nationalsozialismus erklärt wird. Anhand von in die Rede montierten Zitaten werden außerdem die Vorwürfe gegen Kurt Georg Kiesinger belegt.²⁴⁰

Die spektakulärste Aktion, die auf die Nazivergangenheit des Bundeskanzlers hinweisen will, ist aber die Ohrfeige, die Beate Klarsfeld ihm auf dem CDU-Parteitag im November 1968 in Berlin unter dem Ruf „Nazi, Nazi, Nazi“ verpasst. Bereits ein halbes Jahr vorher hat Klarsfeld auf der Empore des Bundestags während einer Rede Kiesingers „Nazi-Kiesinger abtreten!“ gerufen. Zu ihren Aktionen erklärt sie:

„Ich habe den Bundeskanzler Kiesinger geohrfeigt, um zu beweisen, dass ein Teil des deutschen Volkes, ganz besonders seine Jugend, darüber empört ist, dass ein Nazi, der stellvertretender Abteilungsleiter der Hitlerschen Auslandspropaganda war, heute Bundeskanzler ist [...] Kiesinger ist der repräsentativste und der gefährlichste jener Nazis, die erneut das deutsche Volk verderben. Kiesinger und seine Komplizen sind dabei, aus der

²³⁸ Robert Neumann, Was sagen Sie nun, Herr Lübke? In: konkret, Unabhängige Zeitschrift für Kultur und Politik, Nr. 11, November 1966, S. 30.

²³⁹ Peter Damerow, Peter Furth und Bodo von Greif u. a. , Der nicht erklärte Notstand, in: Kursbuch Nr. 12 1968, Der nicht erklärte Notstand. Dokumentation und Analyse eines Berliner Sommers, S. 26.

²⁴⁰ Vgl. Irmela Nitz-Lindquist, Der Putsch von Rechts, in: Diskus, Frankfurter Studentenzeitung, Nr. 8, Dezember 1966, S. 3.

*Bundesrepublik ein Land der Revanchisten zu machen, das eine Expansionspolitik betreibt und die Folgen des Weltkrieges nicht anerkennt, aber Atomwaffen fordert.*²⁴¹

Doch nicht nur die nationalsozialistische Vergangenheit von führenden Repräsentanten der Regierung beschäftigt die Studentenbewegung. Im Verlauf der Proteste werden die Aktivisten immer wieder mit ehemaligen Nationalsozialisten konfrontiert, die ihre Positionen in der Bundesrepublik ungestört weiterführen können. Dagegen regt sich der Protest der Bewegung, die eine umfassende Entnazifizierung der Gesellschaft einfordert. Beispielhaft dafür steht ein Flugblatt, das während eines Gerichtsverfahrens gegen studentische Demonstranten verteilt wird. In diesem wird die NS-Vergangenheit des vorsitzenden Richters thematisiert und in den Zusammenhang mit der unzureichenden Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik gestellt:

*„Organisieren wir den Ungehorsam gegen die Nazi-Generation. Ehemalige Nazi Richter wollen über uns ‚Recht‘ sprechen. Ausgerechnet der Moabiter Amtsrichter Gente – einst Mitglied der Nazi-Partei – will unsere Kommilitonen ‚verurteilen‘, die gegen den faschistischen Rassenhetzerfilm Africa Addio protestiert haben [...] Holen wir nach, was 1945 versäumt wurde: Treiben wir die Nazi-Pest zur Stadt hinaus. Machen wir endlich eine richtige Ent-Nazifizierung. Heizen wir ihnen so ein, dass ihnen die fetten Gehälter, Dividenden und Pensionen, die sie für ihre Verbrechen von gestern verschlingen, im Halse stecken bleiben!“*²⁴²

Aber nicht nur in den Biographien führender Repräsentanten des Staates und zahlreicher Funktionsträger der Gesellschaft lassen sich für die Studentenbewegung Kontinuitäten zum Nationalsozialismus erkennen, sondern auch in den Reaktionen der Bevölkerung auf die studentischen Proteste. Dies zeigt sich schon in den fünfziger Jahren bei den Protesten gegen den NS-Filmmacher Veit Harlan, als es zu antisemitisch und antikommunistisch motivierten Übergriffen von Seiten der Bevölkerung auf die Studierenden kommt.²⁴³ Als es dann ab Mitte der sechziger Jahre in Berlin zu vermehrten Aktionen der Studentenbewegung kommt, reagiert die Bevölkerung nicht nur

²⁴¹ Beate Klarsfeld, Kiesinger. Die Geschichte des PG 2633930. Dokumentation mit einem Vorwort von Heinrich Böll, Darmstadt 1969, S. 75.

²⁴² Zit. nach: Carini, 2003, S. 90.

²⁴³ Vgl. Fichter 1988, S. 159f.

größtenteils ablehnend auf die Studierenden, sondern es kommt ebenfalls zu Übergriffen.

Auch die Reaktionen der Berliner Bevölkerung auf die Ereignisse des 2. Juni 1967 sprechen eine eindeutige Sprache. In zahllosen Zuschriften an Zeitungen und an den AStA der FU Berlin sprechen sie sich dafür aus, man solle die Studierenden

„ [...] mit Benzin begießen und anzünden ! Tod der roten Studentenpest! Die rote Studentenpest soll doch rübergehen! [...] „Nur ein Student erschossen, das ist viel zu wenig. Durch den Ofen jagen, das ganze Pack!“ [...] „Am besten alle vergasen.“²⁴⁴

Diese eindeutig nationalsozialistischen Gewaltphantasien werden mehrfach durch direkte Gewaltanwendungen gegen Studierende bestätigt. Dazu kommt dann zynischerweise auch noch eine Gleichsetzung der Studentenproteste mit dem Nationalsozialismus in der Boulevardpresse und von führenden Politikern in Berlin, die die Ereignisse auf den Kopf stellen.²⁴⁵

Im Februar 1968, einige Tage nach dem „Internationalen Vietnam-Kongress“ des SDS rufen der Berliner Senat, alle im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien, die Gewerkschaft „Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr“ (ÖTV), die Springer-Presse und zahlreiche Einzelpersonen zu einer Gegendemonstration auf. Alle Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, sowie Arbeiter und Angestellte in zahlreichen Privatbetrieben bekommen sogar frei, um an der Demonstration teilnehmen zu können. Während der Protestveranstaltung, auf der zahlreiche selbst gefertigte Plakate mit Aufschriften wie *„Dutschke Volksfeind Nr. 1“*, *„Bei Adolf wäre das nicht passiert“* und *„politische Feinde ins KZ!“²⁴⁶* gezeigt werden, kommt es dann zu Übergriffen auf vermeintliche Studierende, in deren Verlauf vierzig Personen verletzt werden. Als dann auch noch Demonstrationsteilnehmer irrtümlich annehmen, Rudi Dutschke erkannt zu haben, wird der Mann beinahe gelyncht. Das „Kursbuch“ schreibt nach diesen Vorfällen:

„Die Wut auf die Demonstranten lässt alle Sicherungen der inzwischen gelernten ‚demokratischen Selbstkontrolle‘ durchbrennen. Die Wut schmilzt alle

²⁴⁴ Diverse Zuschriften zitiert nach: Damerow, Furth und von Greif u. a. 1968, S. 136.

²⁴⁵ Vgl. Christel Hopf, Das Faschismusthema in der Studentenbewegung und in der Soziologie, in: Heinz Bude und Martin Kohli (Hrsg.), Radikalisierte Aufklärung. Studentenbewegung und Soziologie in Berlin 1965 bis 1970, Weinheim/München 1989, S. 81.

²⁴⁶ Fichter und Lönnendonker 1998, S. 174.

*Unterschiede weg, auch die zwischen verfemter Vergangenheit und rechtgläubiger Gegenwart. Für den Augenblick der Gewaltandrohung stellt sich die alte Volksgemeinschaft der Verfolgung wieder her, gegen neue Opfer gerichtet erscheint sie als Schutz der Demokratie.*²⁴⁷

Diese Erfahrungen mit der deutschen Bevölkerungen lassen erahnen, warum es in der Bundesrepublik, anders als etwa in Frankreich oder Italien, zu keiner Solidarisierung zwischen Arbeitern und Studierenden gekommen ist und warum die Neue Linke lange Zeit keinerlei Hoffnungen in die deutsche Arbeiterklasse hatte.

3.5 Sind die Notstandsgesetze „NS-Gesetze“?

Im folgenden Kapitel wird der Protest gegen die Notstandsgesetze im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über den Nationalsozialismus im Mittelpunkt stehen. Die Deutung der Notstandsgesetze unter Rückgriff auf die Theorie von Horkheimers „autoritären Staat“, wie sie vom antiautoritären Flügel der Studentenbewegung vertreten wird, wurde dagegen bereits in Kapitel 2.3.1 analysiert.

Die schon seit den fünfziger Jahren in der Öffentlichkeit kontrovers geführte Diskussion über die Einführung einer Notstandsgesetzgebung bekommt im Zusammenhang der studentischen Debatte über die Kontinuität des Faschismus bzw. über eine erneute faschistische Entwicklung in der Bundesrepublik, zusätzliche Brisanz. Johannes Agnoli spricht dies aus, als er im Mai 1968, auf dem Höhepunkt der Bewegung gegen die Notstandsgesetzgebung, in einem Vortrag vor der „Politischen Universität“ in Frankfurt am Main sagt:

*„In der Diskussion über eine mögliche Faschisierung der BRD schreibt man der Verabschiedung der Notstandsgesetze zentrale Bedeutung zu.“*²⁴⁸

In der Bewegung gegen die Gesetze ist der SDS bereits seit 1959 aktiv und neben den Gewerkschaften und der Ostermarschbewegung die bedeutendste

²⁴⁷ Ebenda, S. 136.

²⁴⁸ Johannes Agnoli, „Autoritärer Staat und Faschismus“. Vortrag vor der Politischen Universität in Frankfurt im Mai 1968, in: Ders., 1968 und die Folgen, Gesammelte Schriften Band 5, Freiburg im Breisgau 1998, S. 13-29.

Gruppierung. Dabei zieht der SDS von Anfang an auch Parallelen zum Nationalsozialismus:

„Der Schwerpunkt der Aktivitäten des SDS lag zunächst in der Argumentation über den Inhalt und die politischen Konsequenzen der Gesetze. Notwendig war ein Selbstverständigungsprozess innerhalb der eigenen Organisation; die Wirksamkeit der Argumentation blieb im Wesentlichen auf den Hochschulbereich beschränkt. Artikel in der ‚neuen kritik‘ und Veröffentlichungen wie Seiferts „Gefahr im Verzuge“ sind Beispiele dieser Aufklärungsphase. Kleine öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltungen konnten einige SDS-Gruppen in Erinnerung an die ‚Machtergreifung Hitlers‘ am 30. Januar 1933 zu Beginn des Jahres 1963 organisieren.“²⁴⁹

Allerdings sind solche NS-Vergleiche in der frühen Phase der Proteste gegen die Notstandsgesetze noch die Ausnahme. Eher wird auf die Erfahrungen der Weimarer Republik zurückgegriffen. Die Notstandsgesetze werden als eine Gefahr gesehen, da sie den Weg in eine neue autoritäre Gesellschaftsform ebnen könnten. Dagegen setzt der SDS den Ausbau der Demokratie. Dies soll durch die Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Organisationen, und dabei in erster Linie den Gewerkschaften, erreicht werden. Für diese Strategie steht beispielhaft der Kongress „Demokratie vor dem Notstand“, der im Mai 1965 vom SDS, dem LSD, dem SHB, dem „Bundesverband Deutsch-Israelischer Studiengruppen“ und der „Humanistischen Studentenunion“ gemeinsam veranstaltet wird. Dort sprechen Gewerkschafter, Professoren, Journalisten und Funktionäre von Studentenverbänden. Die auf dem Kongress stattfindende Debatte verläuft sehr sachlich. Alle Teilnehmer befürchten zwar durch die Notstandsgesetze negative Auswirkungen auf die Demokratie, aber bis auf einige Bemerkungen des Rechtsanwaltes Heinrich Hannover vergleicht niemand die Notstandsgesetze mit dem Faschismus oder gar mit dem deutschen Nationalsozialismus. Es werden auch hier eher Parallelen zur Weimarer Republik gezogen.²⁵⁰

Der Kongress steht innerhalb des SDS für eine neue Phase des Kampfes gegen die Notstandsgesetze. Nachdem mehrere Jahre lang die

²⁴⁹ Maren Krohn, Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze, Pahl Rugenstein Hochschulschriften Gesellschafts- und Naturwissenschaften 61, Köln 1981, S. 94.

²⁵⁰ Vgl. Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) (Hrsg.), Demokratie vor dem Notstand. Protokoll des Bonner Kongresses gegen die Notstandsgesetze am 30. Mai 1965, Sonderheft der „neue kritik“, Frankfurt am Main 1965.

Aufklärungsarbeit an den Universitäten im Vordergrund stand, wird dieser Rahmen jetzt überschritten und in öffentlichen Protestveranstaltungen der Schulterschluss mit den Gewerkschaften und anderen außeruniversitären Organisationen gesucht.

„Nach Jahren der Aufklärung über Inhalt und Tendenzen der Notstandsgesetze trat der SDS 1965 in eine neue Phase des Widerstandes gegen die Verfassungsänderung. Hauptform der politischen Auseinandersetzung waren jetzt öffentliche Protestveranstaltungen. Der universitäre Rahmen wurde dabei überschritten und die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und der Arbeiterjugend gesucht.“²⁵¹

Allerdings radikalisiert sich die Position des SDS nun zusehends. Die Antiautoritären gewinnen im Verband immer mehr die Oberhand und besetzen nun auch zunehmend das Thema Notstandsgesetzgebung, das bisher eher eine Domäne der Traditionalisten war. Deutlich abzulesen ist dieser Übergang von einer demokratisch argumentierenden Gegnerschaft zu den Notstandsgesetzen hin zu einer linksradikalen Argumentation in einer Resolution auf der 21. Delegiertenkonferenz des SDS, in der es heißt:

„Der SDS erkennt die Notstandsgesetze als Mittel des Klassenkampfes in der spätkapitalistischen Gesellschaft. Der SDS ist sich darüber klar, dass die endgültige Überwindung der Tendenzen, die sich in den Notstandsgesetzen äußern, die Überwindung der Herrschaft der Bourgeoisie verlangt. Die bloße Forderung nach parlamentarischer Beschränkung der Herrschaft der Bourgeoisie begreift nicht die Ursachen der Tendenzen zur Diktatur. [...] Der SDS begreift sich in diesem Sinne als konsequentesten und zugleich weitertreibenden Teil der breiten oppositionellen Bewegung gegen die Notstandsgesetze.“²⁵²

Diese Entwicklung verschärft die Unterschiede innerhalb des SDS. Während die Traditionalisten der Bewegung große Bedeutung beimessen und vor allem in der Bündnisarbeit mit Gewerkschaftern, Parlamentariern, Pazifisten etc. eine Möglichkeit sehen, die Gesetze zu verhindern, argumentieren die Antiautoritären in der Tradition der linksradikalen Parlamentarismuskritik. Im Gegensatz zu den Traditionalisten sehen sie im Grundgesetz keinen verteidigungswerten Ausgangspunkt für eine sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik. Stattdessen stellen sie fest: „[...] das Grundgesetz diene nur

²⁵¹ Krohn 1981, S. 182.

²⁵² Resolution der 21. Delegiertenkonferenz des SDS zur Notstandsgesetzgebung, in: neue kritik, Zeitschrift Sozialistischer Studenten, Nr. 38/39 Oktober-Dezember 1966, S. 12.

zur Aufrechterhaltung der bestehenden Machtverhältnisse.²⁵³ Die Erfahrungen nach den tödlichen Schüssen auf den Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 in Berlin beschleunigen diese Entwicklung noch. Die Ereignisse während des Schahbesuches werden als „nicht erklärter Notstand“ analysiert.²⁵⁴

Diese direkten Erfahrungen mit der staatlichen Gewalt führen allerdings auch zu einer immer undifferenzierteren Ablehnung der Notstandsgesetzgebung, in der immer willkürlicher mit NS-Vergleichen hantiert wird. Gerade der Erfolg der Antiautoritären zieht diese Entwicklung nach sich, obwohl es doch der antiautoritäre Flügel der Studentenbewegung war, der sich in den sechziger Jahren intensiv mit Faschismustheorien auseinandergesetzt hat und dort eine differenzierte Theoriebildung entwickelte, die sich gerade gegen eine Relativierung des Nationalsozialismus gewendet hatte.

Aber im Rahmen der Antinotstandsproteste wird diese Erkenntnis zum Teil über Bord geworfen:

„Die Notstandsgesetze waren der gelungene Versuch, die legale Voraussetzung für die geplante Militarisierung bzw. Faschisierung der Gesellschaft, wie wir seinerseits sagten, zu schaffen [...] Die Notstandsgesetze wurden als neuer § 48 (Notverordnungsparagraph der Weimarer Republik) und als Ermächtigungsgesetze interpretiert. Deshalb nannten wir sie NS-(nationalsozialistische) Gesetze. Manche sahen in ihnen – zu Unrecht, wie ich meine – den ersten Schritt auf dem Weg zum Faschismus.“²⁵⁵

Den Höhepunkt erreichen die Antinotstandsproteste im Mai 1968 während der zweiten und dritten Lesung der Gesetze im Bundestag. Dabei kommt es zu einem Sternmarsch in Bonn, an dem nach unterschiedlichen Angaben zwischen 30.000 und 70.000 Menschen teilnehmen. Die Aktionseinheit mit den Gewerkschaften ist allerdings nicht zustande gekommen, da diese auf einer eigenen Veranstaltung in Dortmund gegen die Gesetze protestieren. Auch die Streikhoffnungen des SDS erfüllen sich nicht, da es nur in wenigen Betrieben zu kurzen Warnstreiks kommt. Nur an den Universitäten und Schulen wird der Lehrbetrieb massiv verweigert. Die zentrale Parole des SDS in dieser Phase der Proteste zeigt den bereits erwähnten instrumentellen Umgang mit dem

²⁵³ Zitiert nach: Krohn, S. 324.

²⁵⁴ Vgl. Damerow, Furth, von Greif 1968.

²⁵⁵ Karl Müller, Der Freiburger SDS und die Studentenbewegung 1968-72. Ein Bericht, in: Netzwerk Dreyeckland (Hrsg.), Stattbuch. Freiburg Dreyeckland. Politische Bewegungen in Freiburg und im Dreyeckland 1968-1985. 270 Selbstdarstellungen und 1000 Adressen, Freiburg im Breisgau 1985, S. 27.

Begriff des Faschismus: *„Kapitalismus führt zum Faschismus – Kapitalismus muss weg!“*²⁵⁶ Hier wird mit einem automatischen Mechanismus angenommen, dass der Kapitalismus zwangsläufig zum Faschismus führen muss, und im Zusammenhang mit den Notstandsgesetzen wird suggeriert, dass diese Gesetze der Wegbereiter dafür sind. Damit werden die Erkenntnisse der eigenen Beschäftigung mit den Theorien des Faschismus aus instrumentellen Gründen relativiert. Ein Grund für diese Entwicklung dürfte darin zu suchen sein, dass die Außerparlamentarische Opposition erst nach den Ereignissen des 2. Juni 1967 und in noch stärkerem Masse nach dem Mai 1968 zu einer Massenbewegung geworden ist. Den neu zu der Bewegung gestoßenen Aktivisten fehlt daher der Hintergrund der theoretischen Diskussionen innerhalb der Neuen Linken, die diese in ihren Organen Anfang bis Mitte der sechziger Jahre geführt hat. Diese neuen Aktivisten sind dagegen durch ihre Erfahrungen mit der Staatsgewalt politisiert worden und nicht durch theoretische Debatten. Sie forcieren deshalb auch den Aktionismus innerhalb der Studentenbewegung.

*„Keine Frage: der Generationswechsel im SDS, der Übergang also von der theoretischen Reflexion spezifischer studentischer und allgemein gesellschaftlicher Probleme zu unermüdlich inszenierten ‚direkten Aktionen‘ hat derart unvermittelt stattgefunden, dass die einst auf Grund theoretischer Vorerwägungen gewonnene Legitimation im Handeln heute verloren gegangen ist.“*²⁵⁷

Im Verlauf dieser Entwicklung rückt auch die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in den Hintergrund, während nun mit einem nur noch als Ausdruck moralischer Verurteilung gebrauchten Faschismus-Begriff diverse Missstände verurteilt werden.

Diese Entwicklung zeigt sich auch in der Beschäftigung mit dem Vietnam-Krieg, einem der Hauptthemen der Studentenbewegung. Das Entsetzen über die amerikanischen Kriegsverbrechen in Vietnam führt in Teilen der Studentenbewegung zu einem Antiamerikanismus, der mit unreflektierten NS-Vergleichen den Nationalsozialismus relativiert und damit die intensive und ehrliche Beschäftigung mit der deutschen Vergangenheit, wie sie in den Publikationen der antiautoritären Bewegung geführt wurde, ad absurdum führt.

²⁵⁶ Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) – Bundesvorstand, Rundschreiben 12/67-68 vom 12. Mai 1968.

So wird, wie bereits erwähnt, Horkheimer, als er seine Unterstützung für den amerikanischen Krieg in Vietnam erklärt, von Seiten der SDS-Ortsgruppe Frankfurt eine *„Apologie des Faschismus und Imperialismus“*²⁵⁸ vorgeworfen und damit die Kriegsführung der USA in Vietnam als faschistisch bezeichnet. Dieser Vorwurf wird in den Veröffentlichungen der Studentenbewegung immer wieder erhoben, wie hier der Herausgeber der „konkret“, Klaus Rainer Röhl, beispielhaft ausführt:

*„Für jedermann wurde nun sichtbar, was ‚konkret‘ schon seit einem Jahr behauptete: dies war ein Krieg der Amerikaner gegen das Volk von Vietnam, mit Methoden, die an Grausamkeit und massenhaften Menschenmord denen Hitlers kaum nachstanden.“*²⁵⁹

Einen Höhepunkt erreicht diese antiamerikanisch motivierte Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen auf dem Vietnam-Kongress im Februar 1968 in Berlin. Auf der Abschlussdemonstration des Kongresses wird immer wieder die Parole *„USA, SA, SS, USA, SA, SS“* gerufen und Rudi Dutschke erklärt: *„[...] wir wollen nicht vergessen, unsere Demonstration gilt der Vernichtung des Rest-Faschismus in Vietnam.“*²⁶⁰ Dies zeigt, dass selbst der bedeutendste Vertreter der antiautoritären Bewegung diese Analogien zum Nationalsozialismus zieht und damit jegliche Analyse zugunsten moralischer Verdammungen verwirft. Im Rückblick fällen deshalb einige Linke ein vernichtendes Urteil über die Beschäftigung der Studentenbewegung mit der deutschen Vergangenheit:

„Ende der 60er Jahre war es die französische Staatsbürgerin Beate Klarsfeld, die mit ihrer Ohrfeige für Bundeskanzler Kiesinger (NSDAP-Mitglied seit 1933, später Nazi-Propagandist unter dem NS-Außenminister Rippentrop) die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus voranzutreiben suchte,

²⁵⁷ Jens Litten, Eine verpasste Revolution? Nachruf auf den SDS, mit einem Vorwort von Günter Grass, Hamburg 1969, S. 95.

²⁵⁸ Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Gruppe Frankfurt, Offener Brief an Max Horkheimer, in: Diskus – Frankfurter Studentenzeitschrift Nr. 4, 1967, zit. nach Kraushaar 1998, Band 2, S. 231.

²⁵⁹ Klaus Rainer Röhl, Fünf Finger sind keine Faust, mit einem Nachwort von Jochen Steffen, Köln 1974, S. 241.

²⁶⁰ Zitiert nach: Frank Wolff und Eberhard Windaus (Hrsg.), Studentenbewegung 1967-69. Protokolle und Materialien, Frankfurt am Main 1977, S. 87.

*während für die StudentInnenbewegung der Kampf gegen die USA der Entscheidende war.*²⁶¹

Dieses Resümee trifft für die Studentenbewegung seit dem Eintritt in ihre aktionistische Phase seit dem 2. Juni 1967, die auch der Beginn der Studentenbewegung als Massenbewegung ist, eindeutig zu. Die Erkenntnisse, die sie sich während der eher von theoretischen Diskussionen geprägten Zeit erarbeitet hat, und die sich auch gegen die Relativierung der deutschen Verbrechen durch ihren inflationären Vergleich mit anderen Untaten richtete, treten in den Hintergrund. Anstatt auf dem aus der Beschäftigung mit der nichtaufgearbeiteten deutschen Vergangenheit und dem Erkennen der Kontinuitäten des Nationalsozialismus zur Bundesrepublik gewonnenen Begriff des Nationalsozialismus zu beharren, wird auf einen traditionalistisch-marxistischen Begriff des Faschismus zurückgegriffen, der im Faschismus nur eine extreme Ausformung der Klassenherrschaft erkennen kann. Dieser, die nationalsozialistischen, deutschen Besonderheiten, vor allem die Zentralität des eliminatorischen Antisemitismus, vernachlässigende Begriff des Faschismus kann nun universell auf alle Regionen der Welt angewendet werden. Besonders fatale Auswirkungen wird diese Entwicklung auf die Beschäftigung der Studentenbewegung mit Israel, dem Staat der Opfer des nationalsozialistischen Antisemitismus, haben.

3.6 Rudi Dutschke und die deutsche Nation

In den fünfziger und frühen sechziger Jahren tritt der SDS für eine gleichzeitige militärische Abrüstung in der Bundesrepublik und der DDR, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und eine „*stufenweise Zusammenführung der Teilstaaten*“²⁶² ein. Um dies zu erreichen, fordert der westdeutsche Studentenverband Verhandlungen mit der DDR. Diese im antikommunistischen Klima der Adenauer-Zeit unerhörte Forderung löst einen gesellschaftlichen

²⁶¹ Matthias Küntzel, Klaus Thörner u.a., Goldhagen und die deutsche Linke oder die Gegenwart des Holocausts, Berlin 1997, S. 8. Übernahme wie im Original.

²⁶² SDS, zitiert nach Fichter und Lönnendonker 1998, S. 53.

Skandal aus und ist in der Folge einer der Gründe für den Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD gegenüber ihrer Studentenorganisation. In der nach der Trennung von der SPD folgenden Zeit des Seminar marxismus und der Neuorientierung auf die Theorien der internationalen Neuen Linken, verlieren deutschlandpolitische Fragen für den SDS an Relevanz. Erst mit dem im Laufe der sechziger Jahre sich herausbildenden antiimperialistischen Weltbild wird auch die „nationale Frage“ für die studentischen Aktivisten wieder aktuell. Diesmal allerdings in einem weltpolitischen Kontext, denn die rebellierenden Studierenden stellen sich auf die Seite der nationalen Befreiungsbewegungen in der so genannten „Dritten Welt“ und treten für ihre nationale Emanzipation von kolonialer bzw. neokolonialer Unterdrückung ein. Die nationalen Befreiungskriege in Vietnam, Algerien und anderswo werden zu einem der zentralen Themen der Protestbewegung.

Eine besonders herausgehobene Stellung nimmt diese Solidarität mit den unterdrückten Völkern im Denken Rudi Dutschkes ein. Dies führt bereits in der „Subversiven Aktion“ zur Fraktionierung innerhalb der Gruppe. Ein Teil der Organisation orientiert sich mehr an Adornos Kulturkritik, während der andere Flügel sich einem mehr an Leo Trotzki orientierten Aktivismus verschreibt. Die Berliner Gruppe um Dutschke und Rabehl stehen dabei für die zweite Strömung. Diese innere Spaltung der Gruppe führt schließlich auch zu ihrer Auflösung.²⁶³

Im Berliner SDS leitet Dutschke dann die Projektgruppe „Dritte Welt“, in der viele Studierende aus Entwicklungsländern aktiv sind. In diesem Arbeitskreis werden Texte von Theoretikern aus dem globalen Süden, wie Frantz Fanon oder Kwame Nkrumah, gelesen und diskutiert. In seinem Tagebuch hält Dutschke seine Lektüreerfahrungen fest:

„Fanon weitergelesen; Che und er, nicht zu vergessen Mao, begreifen in unserer Zeit am tiefsten die Probleme der Massenpraxis im Kampf um nationale Befreiung in der Dritten Welt.“²⁶⁴

Eine Revolution ist für Dutschke nur denkbar im Zusammenspiel der antiautoritären Bewegungen der Metropolen mit den nationalen

²⁶³ Vgl. Böckelmann und Nagel 1976, S. 289ff.

²⁶⁴ Rudi Dutschke, Jeder hat sein Leben ganz zu leben. Die Tagbücher 1963-1979, herausgegeben von Gretchen Dutschke, Köln 2003, S. 51.

Befreiungsbewegungen der Peripherie. Guerillaorganisationen in Vietnam, Bolivien und anderswo, die für die nationale Unabhängigkeit und gegen neokoloniale Unterdrückung kämpfen, sind für sein Denken deshalb von zentraler Bedeutung. Zustimmung zitiert er in diesem Zusammenhang den russischen Revolutionär Nikolai Bucharin:

„Der wichtigste Faktor des Zerfalls des kapitalistischen Systems ist die Auflösung der Verbindung zwischen den imperialistischen Staaten und ihren zahlreichen Kolonien.“²⁶⁵

Dutschke geht also davon aus, dass für eine Revolution in den Metropolen ein Sieg der nationalen Befreiungskämpfe in der Peripherie notwendig ist, beziehungsweise zumindest ein Zusammenkommen beider Ereignisse. Allerdings schränkt er in diesem Zusammenhang die Rolle des Nationalismus wieder ein, wenn er schreibt: *„Der revol[utionäre] Nationalismus ist kein Dauerzustand, muss in militanten und sozialen Humanismus transformiert werden...“²⁶⁶*

Auch die Ereignisse in der sog. „Zweiten Welt“, dem realsozialistischen Block, sind für den DDR-Flüchtling Dutschke von herausgehobener Bedeutung. So beteiligt er sich 1965 an einer Delegation des SDS, die auf Einladung des sowjetischen Jugendverbandes die UdSSR besucht. Dabei kritisiert er in Gesprächen mit seinen Gastgebern immer wieder die Verhältnisse im Realsozialismus.²⁶⁷ Und so verwundert es auch nicht, dass Dutschke die Ereignisse des „Prager Frühlings“, d. h. den reformkommunistischen Versuch, das poststalinistische Regime in der Tschechoslowakei in einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz zu verändern, begrüßt. Sogleich fährt er nach Prag, um sich selbst ein Bild der Ereignisse machen zu können. Auch die politischen Entwicklungen in seiner früheren Heimat, der DDR, verfolgt er aufmerksam. Während sich im Denken des überwiegenden Teils der protestierenden Studierenden die Frage einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht stellt, formuliert Dutschke, unter einem Pseudonym, im Berliner „Oberbaumblatt“ einen Strategievorschlag, in dem ein zu erkämpfender

²⁶⁵ Nikolai Bucharin, Die Ökonomie der Transformationsperiode, zitiert nach Rudi Dutschke, Über das Verhältnis von Theorie und Praxis, in: Böckelmann und Nagel 1976, S. 259.

²⁶⁶ Dutschke 2003, S. 51. Übernahme wie im Original.

²⁶⁷ Vgl. Gretchen Dutschke, Wir hatten ein barbarisch schönes Leben. Rudi Dutschke. Eine Biographie, München 1998, S. 67ff.

Freistaat Berlin „ein strategischer Transmissionsriemen für eine zukünftige Wiedervereinigung Deutschlands [...]“²⁶⁸ darstellen soll. Für ihn leidet Deutschland unter einer doppelten Besatzung; in der Bundesrepublik durch die westliche Führungsmacht USA und in der DDR durch die östliche Hegemonialmacht UdSSR. Deutschland müsse deshalb, wie die Staaten der Peripherie, zuerst seine Unabhängigkeit erobern, bevor die soziale Befreiung durchgeführt werden könne. Als er mit diesen Gedanken allerdings an seinen, ebenfalls aus der DDR stammenden, Genossen Bernd Rabehl herantritt, reagiert dieser ablehnend.²⁶⁹ Diese Reaktion verdeutlicht exemplarisch, dass innerhalb der Studentenbewegung die nationale Frage in Bezug auf Deutschland keine Rolle spielt. Dutschke wird sich diesem Themenkomplex dann auch erst wieder in den siebziger Jahren widmen, was eine kontroverse Diskussion über den Einfluss nationaler Momente auf sein Denken auslösen wird.²⁷⁰

Dass die nationale Frage in Bezug auf Deutschland innerhalb der antiautoritären Protestbewegung der sechziger Jahre keine große Rolle spielt, liegt vermutlich an der bis dahin intensiv stattfindenden Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit. Diese Beschäftigung erlaubt es den Aktivisten nicht, sich positiv auf die deutsche Nation und eine Vereinigung beider Staaten zu beziehen. Dutschke dagegen will dieses Thema nicht der politischen Rechten überlassen, wie er in seinem Tagebuch ausführt:

„Gelingt der Rechten ein Eingriff in die Jugend, meine im Sinne der 20er Jahre, so verlieren wir ein entscheidendes Kettenglied!! Hier wäre auch eine sozialistisch-antiautoritäre Beleuchtung der Deutschlandfrage von grundlegender Relevanz. Die scheinbar internationale Unvermeidlichkeit eines ‚gemeinsamen Europas‘, auch wenn es ‚rotes Europa‘ heißt, verdrängt die

²⁶⁸ R.S. (d. i. Rudi Dutschke), Zum Verhältnis von Organisation und Emanzipationsbewegung, in: Oberbaumblatt Nr. 5 vom 12. Juni 1967, S. 4, zit. nach Wolfgang Kraushaar, Rudi Dutschke und die Wiedervereinigung, in: Ders., 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000, S. 103f.

²⁶⁹ Gretchen Dutschke 1998, S. 303.

²⁷⁰ Vgl. etwa die in Tilman Fichter, Die SPD und die Nation. Vier sozialdemokratische Generationen zwischen nationaler Selbstbestimmung und Zweistaatlichkeit, Berlin/Frankfurt am Main 1993, S. 283-302, abgedruckten Texte Dutschkes. Allerdings ist Bernd Rabehl zu widersprechen, der aus den antiautoritären Studierenden und vor allem Dutschke eine nationalrevolutionäre Bewegung konstruieren will: Vgl. Bernd Rabehl, Rudi Dutschke, Revolutionär im geteilten Deutschland, Band 6 der Reihe Perspektiven, hrsg. von Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek, Dresden 2002. Diskutiert werden die nationalen Positionen Dutschkes auch in: Kraushaar 2000, Karl 2003 und Peter Brandt und Herbert Ammon (Hrsg.), Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945, Reinbek bei Hamburg 1981.

*historisch gewachsenen und noch lange nicht beseitigten Elemente der nationalen Besonderheiten.*²⁷¹

Bei Rudi Dutschke findet sich, im Gegensatz zu vielen Aktivisten der frühen Studentenbewegung, keine tiefergehende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Er spricht immer nur vom Faschismus und blendet die deutschen Spezifika des NS-Regimes, vor allem die Vernichtung der europäischen Juden aus.²⁷² Wenn sich bei ihm überhaupt eine Definition des Faschismus finden, dann stehen diese in der Tradition der orthodox-marxistischen Analysen. In einem Brief an seinen Attentäter Josef Bachmann spricht er etwa davon, dass der Faschismus „*die höchste Form des Kapitalismus*“²⁷³ sei und erinnert damit an das Faschismus-Verständnis der Dritten Internationalen. In Bezug auf die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit bezieht sich Dutschke, anders als bei vielen anderen Themen, nicht auf die Kritische Theorie. Vielmehr bleibt er in diesem Bereich im traditionalistischen Marxismus befangen.

3.7 Israel und die deutsche Linke bis 1967

Die deutsche Linke ist nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in allen ihren Fraktionen eindeutig pro-israelisch ausgerichtet und unterstützt vorbehaltlos die Gründung und die Existenz des Staates Israels. Die Adenauer-Regierung verweigert dagegen, trotz israelischer Bereitschaft, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum jüdischen Staat. Grund ist die seit 1955 geltende „Hallstein-Doktrin“, die den Alleinvertretungsanspruch der BRD für ganz Deutschland postuliert und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nur zu solchen Staaten zulässt, die die DDR völkerrechtlich nicht anerkennen. Die Bundesregierung fürchtet nun durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel ihr traditionell gutes Verhältnis zu den arabischen Staaten zu gefährden und diese zur Anerkennung der DDR zu bewegen. Als

²⁷¹ Dutschke 2003, S. 139. Übernahme wie im Original.

²⁷² Vgl. Karl 2003, S. 73f.

²⁷³ Rudi Dutschke, zitiert nach Ulrich Chaussy, Die drei Leben des Rudi Dutschke. Eine Biographie, Frankfurt am Main 1985, S. 238.

Kompensation für die Verweigerung einer diplomatischen Anerkennung werden Ende 1957 Geheimverhandlungen mit Israel aufgenommen, die zu einer militärischen Kooperation beider Staaten führen. Diese „Doppelmoral“ der Regierung wird von der außerparlamentarischen Linken scharf kritisiert und stattdessen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Staat der Überlebenden der Shoah gefordert.

Die erste Gruppierung, die diesen linken pro-israelischen Konsens verlässt, ist bereits Anfang der Fünfziger Jahre die KPD. Dieser Schritt erfolgt aufgrund des außenpolitischen Kurswechsels der UdSSR, deren Politik die KPD widerspruchslos folgt. Allerdings stößt diese offenkundig blockabhängige Israelposition der deutschen Parteikommunisten bei den restlichen Fraktionen der deutschen Linken auf keinerlei Verständnis. Im Gegenteil lässt sich weiterhin von einem *„von latenten Schuldgefühlen begleiteten Philosemitismus weiter Teile der bundesdeutschen Linken in der Adenauer Ära“*²⁷⁴ sprechen. Ein Beispiel für diese Argumentation liefert etwa Wilfried Gottschalch in einer Rezension eines Buches über den Zionismus:

*„Inzwischen haben jene Juden, die eine Nation sein wollen, in Israel ihre politische Heimat gefunden und dort ein großartiges Aufbauwerk geleistet. Über die historischen Besitzansprüche der Israeli auf dies Land herrscht Unklarheit. Aber sie haben Recht wenn sie sagen: ‚Wir sind legitim hier, weil wir die ersten sind, die dieses Land durch eigene Arbeit fruchtbar und größer machen.‘“*²⁷⁵

Seit 1951 unterstützt der SDS die vom Hamburger Senatssprecher Erich Lüth und dem linksliberalen Journalisten Rudolf Küstermeier initiierte Aktion „Friedensbitte an Israel“, die von der Bundesregierung eine diplomatische Anerkennung des jüdischen Staates und „Wiedergutmachungszahlungen“ für die an den Juden begangenen Verbrechen fordert. Diese Kampagne steht für den SDS sogar an erster Stelle seiner Verbandsarbeit.

„In Übereinstimmung mit Lüth und Küstermeier forderte der SDS, dass die Bundesrepublik, auch wenn es ‚keine eigentliche Wiedergutmachung‘ für die dem jüdischen Volke zugefügten Grausamkeiten geben könne, von sich aus die

²⁷⁴ Martin W. Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e. V., 2. erweiterte und aktualisierte Auflage, Frankfurt am Main 1994, S. 80.

²⁷⁵ Wilfried Gottschalch, Besprechung zu: Der ungekündigte Bund. Neue Begegnung von Juden und christlicher Gemeinde, herausgegeben von Dietrich Goldschmidt und Hans Joachim Kraus und Kurt Blumfeld, Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert Zionismus, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 26, Juli 1963, Probleme der Ästhetik, 4. Auflage März 1975, S. 62.

*ersten Schritte unternehmen und dem Staate Israel wirksame Hilfsleistungen zukommen lassen müsse.*²⁷⁶

Ein Jahr später startet der SDS sogar eine eigene Aktion und sammelt an den Hochschulen Geld, um damit Not leidenden Studierenden in Israel mit Hilfe der Care-Organisation Pakete schicken zu können. Durch diese Aktivitäten gelingt es dem Studentenverband, gute Kontakte nach Israel herzustellen. Als im Jahr 1957 an der FU in Berlin die erste „Deutsch-Israelische Studiengruppe“ (DIS) gegründet wird, ist der Einfluss des SDS beachtlich. Mit der Etablierung weiterer Ortsgruppen der DIS gelten diese dann sogar als *„israelpolitische Arbeitskreise des SDS“*.²⁷⁷ Schwerpunkte der Arbeit der DIS sind Informationskampagnen zu Israel und die Organisierung inoffizieller deutsch-israelischer Begegnungen. Die inhaltlichen Einstellungen der DIS gegenüber Israel lassen sich allerdings nicht mehr als unkritisch-affirmativ bezeichnen, da sie aus einer Position der kritischen Solidarität auch einzelne Schritte der israelischen Regierung kritisieren, etwa die Atompläne Israels. Schwerpunkt der Aktivitäten bleibt aber die Kampagne für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel. So gründet sich im Frühsommer 1962 in Berlin eine Initiativgruppe „Diplomatische Beziehungen zu Israel“, die sich unter anderem aus der DIS, der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“, der „Aktion Sühnezeichen“ und der „Internationalen Liga für Menschenrechte“ zusammensetzt. Dieses Bündnis organisiert Kundgebungen und Petitionen an den Bundestag, um die Stagnation im deutsch-israelischen Verhältnis zu überwinden. Auch andere gesellschaftliche Kreise unterstützen die Forderung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel. So organisieren etwa die Gewerkschaften eine Unterschriftenkampagne für eine Petition an den Bundestag, Hochschullehrer verfassen einen offenen Brief an die Regierung und die SPD arbeitet im Parlament für die Anerkennung Israels.

Mitte der Sechziger belastet noch ein weiterer Faktor das deutsch-israelische Verhältnis: Die Tätigkeit von etwa 500 deutschen Raketentechnikern in Ägypten. Diese sollen für das ägyptische Regime Trägerwaffen entwickeln, die gegen Israel verwendbar sein sollen. Was dieses Ereignis für die israelische

²⁷⁶ Albrecht 1994, S. 295.

²⁷⁷ Andrea Ludwig, *Neue oder Deutsche Linke? Nation und Nationalismus im Denken von Linken und Grünen*, Opladen 1995, S. 40.

Bevölkerung noch skandalöser macht, ist die Tatsache, dass es sich bei den deutschen Technikern zum Teil um Experten handelt, die schon im Nationalsozialismus aktiv waren und unter anderem an „Hitlers Wunderwaffe“ V2 gearbeitet haben. Dies wird von den Befürwortern von diplomatischen Beziehungen zu Israel zu Recht als untragbar für eine gute Beziehung zwischen den beiden Staaten angesehen. In der Frankfurter Studentenzeitung „Diskus“ wird außerdem auf den Zusammenhang zwischen der deutschen Vergangenheitsbewältigung und dem Verhältnis zu Israel verwiesen:

„Sie werden von den Juden als Test für die Änderung der Verhältnisse in Deutschland selbst betrachtet. Niemand kann an eine Veränderung glauben, wenn die gleichen Deutschen, die gestern Verbrennungsöfen konstruierten, heute für ihre ‚Freunde‘ Raketen konstruieren, mit denen die Überlebenden der Verbrennungsöfen vernichtet werden sollen.“²⁷⁸

Aber nicht die gesellschaftlichen Proteste, die der Bundesregierung gelten, führen im März 1965 zur Aufnahme offizieller Beziehungen zu Israel, sondern das offenkundige Scheitern der „Hallstein-Doktrin“ und der internationale Druck. Die Erfüllung der Forderung der außerparlamentarischen Linken nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel bringt für sie aber auch legitimatorische Probleme mit sich. Konnte der Proisraelismus bisher in die oppositionellen Aktivitäten gegen die Regierung und die restaurativen Tendenzen der bundesrepublikanischen Gesellschaft eingeordnet werden, so ist dies seit der Änderung der Regierungspolitik nicht mehr möglich.

„Die amtliche Kehrtwende bezüglich Israel erlaubte es der studentischen Linken nicht mehr, ein interdependentes Verhältnis zwischen proisraelischem Engagement und kritischer Auseinandersetzung mit der eigenen restaurativen – zum Teil als ‚präfaschistisch‘ denunzierten – Gesellschaftswirklichkeit herzustellen.“²⁷⁹

Diese Tatsache ist als ein Grund anzusehen, warum es im Zuge des Sechstage-Krieges im Juni 1967 zu einer Abkehr von der pro-israelischen Position der antiautoritären Studentenbewegung kommt. Bis zum Jahr 1967 lässt sich ein pro-israelischer Standpunkt des antiautoritären Flügels des SDS festhalten, der auch gegen abstrakt internationalistisch argumentierende Positionen verteidigt wird. Dies geschieht etwa auf einer Delegiertenkonferenz des SDS

²⁷⁸ Bert Welz, Doppelte Unmoral, in: Diskus, Frankfurter Studentenzeitung, Nr. 8 Dezember 1964, S. 1.

²⁷⁹ Kloke 1994, S. 103f.

Mitte der sechziger Jahre, als einige trotzkistische Mitglieder den Antrag stellen, Israel das staatliche Existenzrecht abzuspochen.²⁸⁰ Besonders Rudi Dutschke argumentiert gegen diesen Antrag und droht sogar mit dem Abzug des Berliner Verbandes, wenn dieser Antrag zur Abstimmung gestellt wird. Daraufhin wird der Antrag abgelehnt. Diese Anekdote beweist, dass die unreflektierten antiimperialistischen Positionen innerhalb des SDS noch keine Mehrheiten finden.

3.8 Die antizionistische Wende der deutschen Linken nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967

Zeitpunkt und Auslöser der studentischen Kehrtwendung zu Israel lassen sich genau benennen: Es ist der so genannte Sechs-Tage-Krieg vom Juni 1967, als Israel einem Angriff seiner arabischen Nachbarn mit einem Präventivkrieg zuvorkommt und innerhalb von nur sechs Tagen den Sieg erringen kann.

Die dramatischen Ereignisse im Nahen Osten gehen in der Wahrnehmung der Studentenbewegung zunächst allerdings weitgehend unter, da diese gerade in ihre aktionistische Phase eintritt. Die Proteste gegen den Schah-Besuch und die Erschießung Benno Ohnesorgs bestimmen die Agenda der außerparlamentarischen Opposition. Inhaltlich wird innerhalb der Studentenbewegung vorrangig über den Imperialismus und die so genannte Dritte Welt in erster Linie anhand des Vietnamkrieges und über die Zuspitzung der innenpolitischen Lage diskutiert.

Als Herbert Marcuse auf einer Podiumsdiskussion zum Thema „Vietnam – Die Dritte Welt und die Opposition in den Metropolen“ im Juli 1967 an der FU in Berlin einige Anmerkungen zum Nahostkonflikt macht, geht keiner der anderen Teilnehmer auf dem Podium darauf ein. Marcuse stellt in seinen Ausführungen erstmal das Unrecht fest, dass die Etablierung Israels auf arabischen Boden bedeute; kritisiert die Behandlung der arabischen Bevölkerung durch Israel und

²⁸⁰ Vgl. Tilman Fichter, Der Staat Israel und die Neue Linke in Deutschland, in: Karlheinz Schneider und Nikolaus Simon (Hrsg.), Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik, Dokumentation einer Arbeitstagung in der

die außenpolitische Rolle, die der jüdische Staat spielt. Aber er betont ausdrücklich, dass dieses Unrecht nicht durch ein zweites Unrecht, nämlich die angedrohte Zerstörung Israels durch die arabischen Nachbarn, wieder gutgemacht werden könne. Er verwahrt sich auch gegen die simplifizierende Einordnung Israels auf Seiten des Imperialismus und der arabischen Welt auf Seiten des Antiimperialismus und steht damit im Gegensatz zur der sich bald durchsetzenden Einschätzung des Konflikts durch die Studentenbewegung. Seine Hoffnungen ruhen dagegen auf einer friedlichen Verhandlungslösung zwischen den beiden Konfliktparteien. Marcuse betont in seinem Referat aber auch ausdrücklich seine persönliche Solidarität mit Israel und die besondere Rolle, die dieser Staat als Fluchtort vor dem weltweiten Antisemitismus spielt.

„Sie werden es verstehen, dass ich mich in einer sehr persönlichen und nicht nur persönlichen Weise mit Israel solidarisch und identisch fühle. [...] Ich kann nicht vergessen, dass die Juden jahrhunderte lang zu den Verfolgten und Unterdrückten gehörten, dass sechs Millionen von ihnen vor nicht allzu langer Zeit vernichtet worden sind. Das ist eine Tatsache. Wenn endlich für diese Menschen ein Bereich geschaffen wird, in dem sie vor Verfolgung und Unterdrückung keine Angst mehr zu haben brauchen, so ist das ein Ziel, mit dem ich mich identisch erklären muss.“²⁸¹

Dass die anderen Diskussionsteilnehmer auf diese Bemerkungen Marcuses nicht eingehen zeigt, welche untergeordnete Rolle der Konflikt im Nahen Osten innerhalb der Protestbewegung noch spielt. Aber dies soll sich bald darauf ändern.

Kurz vor dem Krieg, als sich die Lage im Nahen Osten bereits gefährlich zuspitzt, kommt es zu Solidaritätsaktionen mit dem bedrohten Israel von Seiten der etablierten Linken, wie SPD, DGB, Evangelische Studentengemeinden (ESG) und anderen. Auch einzelne SDS-Ortsgruppen beteiligen sich noch an den Aktionen, die unter anderem durch die monströse antiisraelische Rhetorik der arabischen Kriegspropaganda verstärkt werden.²⁸² Allerdings lehnt bereits eine Vollversammlung an der FU in Berlin, die die Ereignisse rund um den Schah-Besuch diskutiert, den Vorschlag von Günther Grass ab, eine Resolution

evangelischen Akademie Arnoldshain, August 1984, Deutsch-Israelischer Arbeitskreiskreis für Frieden in Nahost e. V. Schriften Band 9, Berlin 1984, S. 91.

²⁸¹ Herbert Marcuse, Das Ende der Utopie. Vorträge und Diskussionen in Berlin 1967, Frankfurt am Main 1980, S. 141.

²⁸² Vgl. Kloke 1994, S. 106.

zugunsten des bedrohten Israels zu formulieren. Denn die Studentenbewegung sieht sich durch die pro-israelische Begeisterung, die die deutsche Öffentlichkeit angesichts des israelischen Sieges erfasst, in einem Dilemma. Während sich einerseits die Konfrontation der Studentenbewegung mit dem Establishment aufgrund der Ereignisse rund um den Schah-Besuch zuspitzt und vor allem die gegen die studentischen Aktionen gerichtete Berichterstattung des Axel-Springer Verlags verstärkt von der Außerparlamentarischen Opposition kritisiert wird, soll ausgerechnet die Einstellung dieses antikommunistischen Verlagshauses und der Protestbewegung zu Israel übereinstimmen? Diesen scheinbaren Widerspruch erkennt auch Reimut Reiche, als er im Auftrag des Bundesvorstandes des SDS schreibt:

„Wir können nicht zu einer Zeit emphatisch für den Staat Israel eintreten, wo die gesamte Presse dessen Kriegsführung mit dem selben Begriff ‚Blitzkrieg‘ feiert, mit dem die Nazis in drei Tagen Polen ausradiert und seine jüdische und nichtjüdische Bevölkerung massakriert haben.“²⁸³

Mit dieser Aussage deutet sich schon die Abkehr von der israelsolidarischen Position des SDS an, auch wenn der Standpunkt innerhalb des Verbandes noch nicht geklärt ist. Detlev Claussen zeigt dies anhand eines Vorfalles auf einer Anti-Schah-Demonstration in Frankfurt, als er den stellvertretenden Vorsitzenden des Bundesverbandes, Peter Gäng, fragt, ob man nicht aufgrund der Bedrohung Israels durch seine arabischen Nachbarn in dieser Woche noch einmal demonstrieren müsse. Gäng begründet seine Ablehnung mit der Aussage: *„Weißt Du, Genosse, Israel ist halt ein imperialistisches Land.“²⁸⁴*

Die Antwort des SDS-Vorstandmitgliedes verweist schon auf das manichäische antiimperialistische Weltbild, das die folgenden Jahre und Jahrzehnte die Politik der Linken bestimmen soll und das sich spätestens mit der Abkehr von der pro-israelischen Position der Studentenbewegung durchsetzt.²⁸⁵ Auf der anderen Seite zeigt die Anfrage Detlev Claussens, dass sich im SDS eine Einstellung, die den Nahost-Konflikt aus einer abstrakt imperialismustheoretischen

²⁸³ Reimut Reiche, zitiert nach Kloke 1994, S. 115.

²⁸⁴ Detlev Claussen, Im Hause des Henkers, in: Dietrich Wetzel (Hrsg.), Die Verlängerung von Geschichte. Deutsche, Juden und der Palästina-Konflikt, Frankfurt am Main 1983, S. 115.

²⁸⁵ Dass das antiimperialistische Weltbild, welches sich in der radikalen Linken seit der leninschen Imperialismustheorie durchgesetzt hat, im Widerspruch zur marxistischen Kritik der politischen Ökonomie steht lässt sich beispielhaft ablesen in: Thomas Haury, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002, S. 228ff.

Sichtweise analysiert, noch nicht vollständig durchgesetzt hat. Die öffentlichen Positionierungen des SDS zu Kriegsbeginn versuchen deshalb neben der Sympathieerklärung für die arabische Seite auch die Bedenken in den eigenen Reihen zu berücksichtigen. Denn die Parteinahme für die arabischen Staaten bedeutet für den SDS die Aufgabe langjähriger Positionen.

„Erstens ist es moralisch problematisch für eine Bewegung, deren Bestrebungen dahin gehen, einen tatsächlichen Bruch mit der gesamtgesellschaftlichen Bewusstlosigkeit, wie sie in Auschwitz kulminierte, herbeizuführen, d. h. in der – auf abstrakter Ebene – ein Bewusstsein für die Bedeutung der Shoah existiert, sich auf die Seite der Gegner eines Landes zu stellen, dessen Gründungsmodalitäten eng mit der Shoah zusammenhängen und dessen Bevölkerung zum Teil aus Opfern des nationalsozialistischen Antisemitismus besteht. Andererseits steht der Umstand, dass sich Israel als kapitalistischer und mit den USA verbündeter Staat auf der falschen Seite des globalen Konfliktsystems befindet, einer Solidarisierung entgegen.“²⁸⁶

Diese innere Zerrissenheit der Linken beschreibt die konkret-Kolumnistin Ulrike Meinhof in ihrem Kommentar zum Sechs-Tage-Krieg. Einerseits beharrt sie für die europäische Linke auf der Solidarität mit Israel, die sich aus dem Nationalsozialismus und dessen fortwirkender Kontinuität in der Bundesrepublik ergibt. Andererseits beschreibt sie die US-amerikanischen Öinteressen in Nahost, die die arabische Seite berechtigterweise bekämpfe. Und drittens analysiert sie den antikommunistischen Philosemitismus der deutschen Rechten, vor allem des Springer Verlages. Diesen bezeichnet sie als neuen Faschismus, der diesmal mit den Juden gegen den Kommunismus vorgehen will:

„BILD gewinnt in Sinai endlich, nach 25 Jahren, doch noch die Schlacht von Stalingrad. Antikommunistisches Ressentiment ging nahtlos auf in der Zerstörung sowjetischer Mig-Jäger; die Nichteinmischung der Sowjets wurde als Ermutigung erlebt, es in der deutschen Frage den Israelis gleichzutun; der Einmarsch in Jerusalem wurde als Vorwegnahme einer Parade durchs Brandenburger Tor begrüßt.“²⁸⁷

Demgegenüber fordert sie:

„Die Solidarität der Linken mit Israel kann sich nicht von den Sympathien der USA und der BILD-Zeitung vereinnahmen lassen, die nicht Israel gilt, sondern eigenen, der Linken gegenüber feindlichen Interessen.“²⁸⁸

²⁸⁶ Ludwig, 1995, S. 44.

²⁸⁷ Ulrike Marie Meinhof, Drei Freunde Israels, in: Dies, 1994, S. 101f.

²⁸⁸ Ebenda, S. 102.

Außerdem warnt Ulrike Meinhof die Linke vor dem pro- und antiisraelischen Freund-Feind-Denken, das jede vernünftige politische Lösung erdrückt. Israel müsse als Subjekt seiner eigenen Geschichte sein Schicksal selbst bestimmen. Doch die Warnungen Ulrike Meinhofs verhallen ungehört. Im Prozess der stattfindenden Positionierung wird zwar stellenweise noch Rücksicht genommen auf die eigene verbandspolitische Vergangenheit, in der man maßgeblicher Teil der Israelsolidarität war, aber der Trend zur eindeutigen Stellungnahme gegen Israel schreitet doch voran.

Dieses Taktieren zwischen den beiden inhaltlichen Polen zeigt sich auch noch in der Erklärung des dem traditionalistischen Flügel des SDS nahe stehenden Politikwissenschaftlers Wolfgang Abendroth, die in Absprache mit dem antiautoritären Bundesvorstand verfasst wird. Zwar bezieht Abendroth darin schon eindeutig Position für die arabische Seite, unterscheidet aber zwischen der israelischen Regierung und der Bevölkerung und erwähnt auch die nationalistische Hysterie in den arabischen Staaten und die undemokratischen und reaktionären Strukturen der meisten arabischen Regierungen. Trotzdem stellt dieser offene Brief einen weiteren Schritt hin zu einem antiimperialistisch argumentierenden Antizionismus dar, wenn es heißt:

„Im Weltmaßstab gesehen ist leider eine Situation entstanden, in der die Gesamtinteressen der kolonialen Revolution, der sozialistischen Länder und auch des revolutionären Flügels der internationalen Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern stärker mit denen der arabischen Staaten (nämlich Ägyptens, Syriens und Algeriens, nicht den Fürstenstaaten) als mit den Interessen Israels übereinstimmen.“²⁸⁹

In dieser abstrakt argumentierenden Imperialismustheorie gibt es nur noch zwei Seiten, in die die Studentenbewegung jeweils die beteiligten Konfliktparteien einsortieren muss, um ihre Position zu klären. Hier zeigt sich einmal mehr, dass diese generalisierende Weltsicht im Widerspruch zur marxschen Kritik der politischen Ökonomie steht. Während bei Marx der Kapitalismus als soziales Verhältnis begriffen wird, personalisiert die Imperialismustheorie die Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen. Einige wenige Herrschende stehen dann dem „werkttätige Volk“ entgegen. So entwickelt sich ein strikter Manichäismus: *„Die gesamte Welt zerfällt in zwei Lager: ‚wir‘, die Werkttätigen,*

²⁸⁹ Wolfgang Abendroth, zitiert nach Kloke 1994, S. 116.

„sie‘, die Ausbeuter.“²⁹⁰ Eine adäquate Analyse der konkreten gesellschaftlichen Situation ist so nicht mehr nötig.

Welche Bedeutung der Nahost-Konflikt für die Protestbewegung bekommt und wie er sich mit den innenpolitischen Konflikten verbindet, zeigt ein interner SDS-Rundbrief zu den Ereignissen am 2. Juni in Berlin:

„Viele Professoren und vor allem ‚die‘ Gewerkschaften fanden in den 3 Tagen nach der Erschießung von Berlin ausbrechenden Krieg im Nahen Osten und der Distanzierung des SDS von der Israel-Unterstützungs-Welle den Anlass zur Distanzierung vom SDS, den sie offenbar schon lange gesucht hatten. Bisher, so stellt es sich uns nachträglich dar, hatten sie sich mit unseren Notstandskampagnen mit mehr ungutem Gefühl solidarisiert. Jetzt konnten sie sagen (so wörtlich ein Professor vom ‚linken Flügel‘): So lange der SDS sich nicht für Israel engagiert, werde ich keine Unterschrift mehr geben für irgendeine studentische Aktion, an der der SDS beteiligt ist. Der Nahost-Konflikt hatte innenpolitisch u. a. die Funktion einer Spaltung der Linken. Es kann nachhaltige Veränderungen unserer Politik außerhalb der Hochschulen mit sich führen, wenn heute auf ‚Hilfe-für-Israel‘-Erklärungen, zu einer Zeit da Israel offen eine annexionistisch-imperialistische Politik betreibt, Lemmer und Fabian, Benda und Borm vereinigt sind.“²⁹¹

Im September 1967, auf der 22. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS zementiert der Studentenbund seinen antizionistischen Kurs mit einer Resolution, die auf Initiative der Frankfurter- und der Heidelberger-Ortsgruppen zustande kommt. Während die Heidelberger schon seit Beginn der Auseinandersetzungen um den Nahost-Konflikt eine eindeutige Positionierung des SDS zugunsten der arabischen Seite fordern, versuchen die Frankfurter eine etwas moderater formulierte Resolution auszuarbeiten. Allerdings lässt die letztendlich verabschiedete Resolution keinen Zweifel an der antizionistischen Stoßrichtung des SDS. Der Konflikt wird nun endgültig nur noch auf dem Hintergrund einer universalisierten Imperialismustheorie analysiert und die Entstehungsgeschichte und die Funktion, die der jüdische Staat als Schutz vor dem Antisemitismus bieten soll, werden vernachlässigt. Israel wird sogar das Existenzrecht abgesprochen und als *„zionistisches Staatengebilde“* diffamiert. Damit zeigt sich aber, dass die Bewertung des Nahostkonfliktes mit den

²⁹⁰ Wladimir Iljitsch Lenin, Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.), W. I. Lenin Werke Band 26, September 1917-Februar 1918, Berlin 1961, S. 104.

²⁹¹ Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) Bundesvorstand, Rundbrief an alle SDS-Mitglieder, Niederlage oder Erfolg der Protestaktion? Eine vorläufige Auswertung (2. Juli 1967).

Schemata einer universal einsetzbaren Imperialismustheorie über die scheinbar nur politischen und ökonomischen Beweggründe hinausgeht und eine tiefere psychologische Bedeutung hat: *„Der Antiimperialismus wirkte befreiend von der Präsenz der deutschen Geschichte.“*²⁹² Nur auf diesem Hintergrund lassen sich Erklärungen, wie die Folgende lesen und verstehen.

*„Der Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn kann nur auf dem Hintergrund des antiimperialistischen Kampfes der arabischen Völker gegen die Unterdrückung durch den angloamerikanischen Imperialismus analysiert werden [...] Der SDS verurteilt die israelische Aggression gegen die antiimperialistischen Kräfte im Nahen Osten[...] Die Anerkennung des Existenzrechts der in Palästina lebenden Juden durch die sozialrevolutionäre Bewegung darf nicht identisch sein mit der Anerkennung Israels als Brückenkopf des Imperialismus und als zionistisches Staatengebilde.“*²⁹³

Neben dem SDS haben sich inzwischen auch andere Teile der studentischen Linken vorbehaltlos auf die Seite der arabischen Konfliktpartei gestellt.²⁹⁴

Gegen diese antizionistische Wende der Studentenbewegung regt sich allerdings Widerstand innerhalb der etablierten Linken aus dem universitären und publizistischen Bereich. Und so veröffentlichen zum Teil namhafte Sympathisanten und theoretische Vorbilder der Studentenrevolte eine „Gemeinsame Erklärung von 20 Vertretern der deutschen Linken zum Nahostkonflikt“,²⁹⁵ in der sie zur Solidarität mit Israel auffordern. Unterzeichner des Aufrufs sind u. a. Ludwig von Friedeburg, Alexander Mitscherlich und Ernst Bloch.

Allerdings argumentieren auch diese Kritiker des studentischen Antizionismus in erster Linie mit der Bedrohung Israels und der reaktionären Politik, die von den arabischen Regimes vertreten wird, und sie gehen kaum auf die Konsequenzen ein, die sich aus der deutschen Geschichte für die Beurteilung des jüdischen Staates ergeben. Sie verfehlen daher die entscheidende Wende

²⁹² Gerhard Hanloser, Bundesrepublikanischer Linksradikalismus und Israel – Antifaschismus und Revolutionismus als Tragödie und als Farce, in: Ders. (Hrsg.), „Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken“. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik, Münster 2004, S. 196.

²⁹³ SDS-BV, zitiert nach Kloke 1994, S. 125.

²⁹⁴ Exemplarisch sei hier auf die Hamburger Monatszeitschrift „konkret“ verwiesen. Vgl. Claude Richmond, Angeklagt: Israels Napalm Krieg, in: konkret. Unabhängige Zeitschrift für Kultur und Politik, Nr. 8/August 1967, S. 14-16 und Alfred Jacob, Marschieren für Israel? Eine Analyse des arabisch-israelischen Konflikts, in: konkret. Unabhängige Zeitschrift für Kultur und Politik, Nr. 8/August 1967, S. 17-19.

²⁹⁵ Gemeinsame Erklärung von 20 Vertretern der deutschen Linken zum Nahostkonflikt, in: Neue Deutsche Hefte, Sonderdruck, O.O.A., O.J..

der Studentenbewegung. Während bis zur Mitte der sechziger Jahre die Erfahrungen des Nationalsozialismus und der Kampf gegen eine restaurative Politik Theorie und Praxis der studentischen Linken bestimmen, findet nun im Rahmen des zunehmenden Aktionismus eine Umorientierung statt. Die Beurteilung des Konflikts im Nahen Osten anhand einer generalisierenden Imperialismustheorie und die Verdammung des jüdischen Staates bedeuten das Ende dieser Phase.

4 Die Veränderung der Rezeption der Kritischen Theorie während des Höhepunkt und des Zerfalls der Studentenbewegung

Im Folgenden sollen die weitere Entwicklung der studentischen Protestbewegung und deren Rezeption der Kritischen Theorie von ihrem Höhepunkt in der Mitte des Jahres 1968 über ihren Zerfallsprozess bis hin zur Entstehung der K-Gruppen dargestellt werden. Dabei kann nicht immer streng chronologisch vorgegangen werden, da die Gründung der verschiedenen K-Gruppen nicht zum selben Zeitpunkt geschieht. Während sich etwa die KPD/ML bereits Ende 1968 gründet, dauert es bis zur Gründung des KBW und des AB bis zum Jahr 1973. Im folgenden Kapitel werden deshalb die Veröffentlichungen der K-Gruppen, auch wenn sie in den Untersuchungszeitraum fallen, nicht berücksichtigt, da diese erst in Kapitel 6 dargestellt werden.

4.1 1968 - Auf dem Höhepunkt der Bewegung

Zwei Ereignisse des Jahres 1968 verändern die Studentenbewegung nachhaltig: Erstens der Mordanschlag des durch die Springer Presse aufgeputschten Rechtsradikalen Josef Bachmann auf den medialen Repräsentanten der Bewegung, Rudi Dutschke, und zweitens die „Bewegung der Besetzungen“ im Pariser Mai desselben Jahres.²⁹⁶ Diese situativen Faktoren haben Auswirkungen sowohl auf die Theoriebildung der Bewegung, als auch auf die Trägergruppen der Proteste.

Die im Anschluss an das Dutschke-Attentat ausbrechenden so genannten „Osterunruhen“, die sich zu den schwersten Ausschreitungen in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik entwickeln, führen dazu, dass sich die Protestbewegung endgültig von Berlin über das gesamte Bundesgebiet ausbreitet. Sie wird nun in Verbindung mit der Kampagne gegen die Notstandsgesetzgebung zu einer Massenbewegung. Auch die soziale

²⁹⁶ Zu den Ereignissen in Frankreich vgl. Gilcher-Holtey 1995.

Zusammensetzungen der Akteure wandelt sich während dieser Ereignisse: Die Bewegung wird aus einer rein studentischen Bewegung zu einer Revolte der Jugend, nachdem sich bei den Osteraktionen massenhaft Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter den Studierenden anschließen. Zur Außerparlamentarischen Opposition wird die Bewegung schließlich durch das breite gesellschaftliche Bündnis, das die Proteste gegen die Notstandsgesetze trägt. In diesen Protesten haben die Studierenden jedoch keine uneingeschränkte Führungsrolle inne, wie etwa bei dem Widerstand gegen den Vietnam-Krieg, sondern sie agieren gemeinsam mit Ostermarschierern, Gewerkschaftern und Intellektuellen. Der durch die Ereignisse seit dem Juni 1967 anhaltende Zustrom von Jugendlichen in den SDS und die antiautoritären Clubs und Zirkel stellt diese vor organisatorische Probleme. Einerseits fehlen den neu zu der Bewegung Gestoßenen die Erfahrungen der frühen Studentenbewegung, andererseits wird es mit zunehmender Gruppengröße auch immer schwieriger, die antiautoritären Ansprüche aufrechtzuerhalten. Ein Text der SDS-Ortsgruppe Tübingen konstatiert das Scheitern an den eigenen Ambitionen anhand der Erfahrungen mit ihren konkreten politischen Tätigkeiten:

„In bloßer Reproduktion des universitären Leistungssystems schwankte die Gruppe zwischen völliger Unorganisiertheit und sektenhafter Planung durch einzelne Kader.“²⁹⁷

Solch eine schonungslose Selbstkritik, die aber nicht zur Aufgabe antiautoritärer Positionen führt, sollte in der weiteren Entwicklung der Studentenbewegung eine Ausnahme bleiben.

Das zweite die Studentenbewegung verändernde Ereignis des Jahres 1968 sind die fast zeitgleich zu den Osterunruhen stattfindenden Ereignisse in Paris, wo Arbeiter und Studierende gemeinsam auf den Barrikaden stehen und Universitäten und Fabriken besetzt werden. Dadurch beginnt sich die Einstellung der studentischen Aktivisten gegenüber der Rolle der Arbeiterklasse zu wandeln. So schreibt zum Beispiel Rainer Delp im „SDS-Info“:

„Die Oster-, später NS-Aktionen konfrontierten die überraschten Randgruppentheoretiker mit dem empirischen Umstand, dass über die Studentenschaft hinaus Teile der Arbeiterschaft, insbesondere Jungarbeiter mobilisiert wurden. Der unvermittelte Einbruch des eigentlichen revolutionären

²⁹⁷ H. D. Bahr, SDS-Tübingen, Organisation und Anarchie. Eine Kritik autoritärer Mechanismen in der anti-autoritären Bewegung, Broschüre, Tübingen 1968, S. 5.

Subjekts in die marcesche Idylle hatte die Konstitution der ‚Betriebsprojektgruppe‘ – die mit dem Anspruch auftrat, eine organisatorische Koordinierung und Stabilisierung der mobilisierten Gruppen herzustellen u. zudem antiautoritäre Politik in die Betriebe hineinzuverlängern – zur Konsequenz.²⁹⁸

Obwohl sich in diesem Text bereits eine polemische Abrechnung mit der „Randgruppentheorie“ von Marcuse findet, ist es doch bemerkenswert, dass der Autor, Rainer Delp, sich weiterhin explizit auf antiautoritäre Politik bezieht. Die Erwähnung der Jungarbeiter, die an den Aktionen der APO teilgenommen haben, zielt vor allem auf die Teilnahme jugendlicher Rocker an den militanten Demonstrationen nach dem Dutschke-Attentat. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Verschiebung der Wahrnehmung dieser Gruppe durch die Studierenden, die die Rocker inzwischen als Jungarbeiter identifizieren und nicht mehr wie bisher als eine Randgruppe. Dies zeigt die kommende Paradigmenwechsel der Protestbewegung an.

Was Delp hier mit der Gründung der Betriebsprojektgruppe beschreibt, hat sich inzwischen zu einer allgemeinen Tendenz innerhalb der Studentenbewegung entwickelt, die nun zahlreiche Basisgruppen gründet. Deren erklärtes Ziel ist es, Bündnispolitik mit den Arbeitern zu betreiben. Deutlich wird diese Entwicklung auch auf der letzten SDS-Delegiertenkonferenz in Hannover im November 1968. Auf dieser wird, ausgehend von einer Diskussion über die Einschätzung der Teilnahme der Rocker an den Protesten, über einen Vorschlag des Berliner-SDS debattiert, eine Kampagne unter dem Motto „Arbeiterkontrolle statt Mitbestimmung“ zu initiieren. Die Basisgruppen sollen in dieser Kampagne die zentrale Rolle spielen.²⁹⁹

Diese ganze Entwicklungsrichtung beschreibt eine deutliche Abwendung von den Überlegungen der Kritischen Theorie, da diese in der aktuellen Arbeiterklasse kein revolutionäres Subjekt zu erkennen vermag. Obwohl die Mehrzahl der Aktivitäten immer noch vom SDS ausgeht, beginnen nun die immer schon heterogenen Kräfte der studentischen Protestbewegung sich

²⁹⁸ Rainer Delp, Anmerkungen zur Frankfurter Basisarbeit und Jungarbeiter – Agitation. „Strategiepapier“ zur Fortführung der Betriebs-, Stadtteil- und Basisgruppenarbeit, in: SDS-Info vom 02.05.1969, Nr. 11/12, zit. nach Kraushaar 1998, Band 2, S. 618. Übernahme wie im Original.

²⁹⁹ Vgl. Frank Wolff und Eberhard Windaus (Hrsg.), Studentenbewegung 1967-69. Protokolle und Materialien, Frankfurt am Main 1977, S.173ff.

verstärkt fraktionsmäßig zu verfestigen und sich immer weiter auszudifferenzieren.³⁰⁰ Dabei gewinnen auch Theorieansätze an Bedeutung, die bisher eher marginal im SDS vertreten waren, wie z. B. der Maoismus. Die spätere Entwicklung hin zu den K-Gruppen nimmt hier ihren Ausgang.

4.2 Faszination Kulturrevolution

Die Proteste um das Jahr 1968 werden oft mit dem Begriff Kulturrevolution bezeichnet. Diese Benennung wird dabei nicht nur von den Protagonisten der Revolte selbst vorgenommen, sondern auch in der Literatur über sie benutzt.³⁰¹ Der positive Bezug auf die Kulturrevolution in China durch Teile der Studentenbewegung hat dabei in erster Linie projektiven Charakter, das heißt die westlichen Rezipienten lesen aus den Ereignissen in Fernost das heraus, was sie für ihre Ideologiebildung gebrauchen können. Der Maoismus und die Kulturrevolution werden zu Images, die mehr über die Protestbewegung selber aussagen als über den historischen chinesischen Kommunismus.³⁰²

Die positive Berufung auf den Maoismus ist, wenn auch nur in bescheidenem Umfang und zum Teil auch in eher spielerischer Form bereits in der antiautoritären Phase der Bewegung zu finden gewesen. Vor allem die Mitglieder der explizit antiautoritären „Kommune 1“ (K1) propagieren den chinesischen Kommunismus und verbreiten große Mengen an maoistischem Propagandamaterial, das sie aus der chinesischen Botschaft in Ost-Berlin erhalten. Allerdings ist ihr Bezug auf den Maoismus nicht durch eine theoretische Analyse begründet, sondern dient eher der Abgrenzung einerseits gegenüber dem sowjetischen Staatssozialismus und andererseits gegenüber dem politischen Establishment der Bundesrepublik. Die provokative Verwendung von Mao-Bildern durch die K1 etabliert den chinesischen Staatschef als „Ikone antibürgerlichen Protests“³⁰³ und führt dazu, dass dieser

³⁰⁰ Vgl. Bock 1976, S. 213.

³⁰¹ So lautet etwa der Untertitel von Gerd Koenens Werk *Das rote Jahrzehnt: Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977*, vgl. Koenen 2001.

³⁰² Vgl. dazu Laura K. Diehl, *Die Konjunktur von Mao-Images in der bundesdeutschen „68er“-Bewegung*, in: Gehrig, Mittler und Wemheuer 2008, S. 179-201.

³⁰³ Ebenda, S. 182.

innerhalb der Protestbewegung als die *„radikalste und plakativste Antithese zur „alten“ bürgerlichen Welt ebenso wie zur „alten“ reformistischen Linken“*³⁰⁴ avanciert. Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Rezeption der Kulturrevolution als Revolution der Jugend gegen die alte Herrschaft. Auch die Protagonisten der Revolte in der Bundesrepublik sind in erster Linie Studierende, Schüler und Lehrlinge, also Vertreter der Jugend, die gegen die Autorität der Älteren anrennen. Exemplarisch verdeutlicht wird diese Sichtweise bei einer Demonstration am 18. Januar 1969 zum 50. Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, zu der die „Basis und Ad-hoc-Gruppen im SDS“ und die „Rote Garde Berlin“ aufgerufen haben und auf der die Parole *„Sie sind alt, wir sind jung – Mao Tse-tung“* skandiert wird.³⁰⁵

Eine zweite Lesart des Maoismus in der bundesrepublikanischen Protestbewegung sieht in der chinesischen Revolution eine Befreiung vom entfremdeten Dasein in den westlichen Konsumgesellschaften und die Verwirklichung der Utopie des einfachen und unbeschwerten Lebens. Diese Bewegung werde durch einen genialen Theoretiker und Philosophen angeführt; Mao Tse-tung. Beispielhaft für diese Rezeption steht das von Hans-Magnus Enzensberger herausgegebene „Kursbuch“, das in seiner neunten Ausgabe vom Juni 1967 ein neunzig Seiten umfassendes Dossier des Sinologen Joachim Schickel enthält, das unter dem Titel „Dialektik in China. Mao Tse-tung und die Große Kulturrevolution“ ein schwärmerisches Gegenbild zum kapitalistischen Westen zeichnet.³⁰⁶ Auch Rudi Dutschke bezieht sich in diesem Sinne positiv auf die Ereignisse in China, wenn er schreibt:

*„In den vierziger Jahren glückte allein den chinesischen Massen der Sprung vom Reich der imperialistischen Exploitation ins Reich der sozialistischen Armut, die der Ausgangspunkt einer wirklichen Bedürfnisbefriedigung der Massen in China wurde.“*³⁰⁷

Auch der SDS als Gesamtverband bezieht bereits 1966 Stellung für die Volkrepublik China, denn in einem Beschluss der 21. Ordentlichen Delegiertenkonferenz wird die chinesische Kulturrevolution mit der Begründung gutgeheißen, dass dadurch der Restauration einer vorsozialistischen

³⁰⁴ Koenen 2001, S. 146.

³⁰⁵ Vgl. ebenda, S. 148.

³⁰⁶ Joachim Schickel, Dialektik in China. Mao Tse-tung und die Große Kulturrevolution, in: Kursbuch 9 vom Juni 1967, S. 45-129. Großschreibung im Original.

Gesellschaft vorzubeugen wäre.³⁰⁸ Und im SDS-eigenen Verlag „neue kritik“ wird 1970 eine Verteidigungsschrift für die Kulturrevolution vorgelegt.³⁰⁹

Das von Dutschke und dem „Kursbuch“ gepriesene Ideal des einfachen Lebens und die Idealisierung der chinesischen Kommunismus durch Teile des antiautoritären Flügels des SDS stehen jedoch im schroffen Widerspruch zu den Analysen ihrer historischen Vorbilder, die im Maoismus nur die spezifisch chinesische Form einer nachholenden Entwicklung erkennen können.³¹⁰ Max Horkheimer etwa bestreitet in einem Fernsehinterview den Roten Garden in China, sich auf die Ideen Karl Marx' beziehen zu können.³¹¹ Auch kommen die unzähligen Opfer der Kulturrevolution in dieser idealisierten Rezeption der studentischen Opposition nicht vor.

Die positive Bezugnahme auf die chinesische Kulturrevolution durch Teile der Antiautoritären wird zum Ausgangspunkt der verschiedenen maoistischen Gruppen werden. Im Zerfallsprozess der Studentenbewegung werden sich sowohl ein Partei- als auch ein Bewegungsmaoismus herausbilden, der von marxistisch-leninistischen Kaderparteien bis zu undogmatischen Stadtguerillagruppen reicht.³¹² Es lässt sich somit feststellen, dass sich die K-Gruppen explizit aus dem antiautoritären Flügel der Studentenbewegung heraus entwickeln. Eine Ursache für das Umschlagen der antiautoritären

³⁰⁷ Dutschke, 1968, S. 60.

³⁰⁸ Vgl. Kraushaar 1998, Band 1, S. 235.

³⁰⁹ Vgl. Enrica Colloti Pischel, Die chinesische Kulturrevolution, Probleme sozialistischer Politik 18, Frankfurt am Main 1970.

³¹⁰ Vgl. etwa das bereits 1957 erschienene Hauptwerk des Kritischen Theoretikers Karl August Wittfogel, Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht, Köln/Berlin 1962, oder die beiden erstmals 1967 erschienenen Kritiken der Kulturrevolution von rätekommunistischer bzw. situationistischer Warte: Cajo Brendel, Thesen über die chinesische Revolution, übersetzt anhand der Originalausgabe von Hans-Jörg Viesel und dem Autor, Edition Nautilus Flugschrift No. 19, Hamburg 1977 und Situationistische Internationale, Der Explosionspunkt der Ideologie in China, in: Dies., Situationistische Internationale 1958-1969, Gesammelte Ausgaben des Organs der Situationistischen Internationale, Band 2, übersetzt aus dem französischen Original von Pierre Galbissaires, deutsche Bearbeitung für die vorliegende Ausgabe von Hanna Mittelstädt, Hamburg 1977, S. 247-257.

³¹¹ Vgl. Max Horkheimer, Die Rote Garde in China [Gespräch mit Dagobert Lindlau] (1967), in: Gunzelin Schmid Noerr (Hrsg.) Max Horkheimer. Gesammelte Schriften Band 13, Nachgelassene Schriften 1949-1972. 1. Vorträge und Ansprachen, 2. Gespräche, 3. Würdigungen, 4. Vorlesungsnachschriften, Frankfurt am Main 1989, S. 167-173.

³¹² Vgl. Dario Azzellini, Die ausländischen Genossen können unschätzbare Dienste leisten. Mit dem Internationalismus rund um den Globus, in: Rotaprint (Hrsg.), Agit 883. Bewegung Revolte Underground in Westberlin 1969-1972, Hamburg/Berlin 2007, S. 197ff.

Revolte in autoritäre Politikformen ist somit in der positiven Rezeption der chinesischen Kulturrevolution zu finden. Die Identifikation mit einer scheinbaren Revolution der Jugend gegen die alte Welt, die sich sowohl gegen das Establishment der Bundesrepublik, als auch gegen die „alte Linke“ des Ostblocks verwenden lässt, bedeutet für viele Protagonisten der Jugendrevolte in Westdeutschland und Berlin die Abkehr von den Positionen der Kritischen Theorie und den Einstieg in den neoleninistischen Parteaufbau.

4.3 Die Gründung der ersten Parteien

Die Fraktionierung der Außerparlamentarischen Opposition verstärkt sich noch, als am 26. September 1968 das Zentralkomitee der verbotenen KPD auf einer Pressekonferenz in Frankfurt die Neukonstituierung einer kommunistischen Partei bekannt gibt. Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) wird nach Absprachen mit Bundesjustizminister Heinemann explizit als Neukonstituierung, das heißt weder als Neugründung, noch als Weiterführung der verbotenen KPD, gegründet.³¹³ Bereits vorher, am 4. und 5. Mai 1968, wird die der DKP nahe stehende Jugendorganisation „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) gegründet. Dies führt innerhalb der antiautoritären Bewegung zu einigem Unmut, da die SDAJ beginnt, dem SDS-nahen „Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler“ (AUSS) Konkurrenz zu machen.

Als Ganze gesehen reagiert der antiautoritäre Flügel der Protestbewegung ablehnend auf die Gründung einer an der Sowjetunion und der DDR orientierten kommunistischen Partei. Folgerichtig steigen auch die Spannungen zwischen den Traditionalisten und den Antiautoritären innerhalb des SDS, die bereits mit dem Ausschluss von fünf Traditionalisten im August 1968 einen neuen Höhepunkt erreicht haben. Inhaltlich erarbeiten eine „Projektgruppe DKP an der Freien Universität in Berlin“ und Bernd Rabehl eine scharfe Abrechnung, die

³¹³ Vgl. Siegfried Heimann, Die Deutsche Kommunistische Partei, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien – Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band I, AUD bis EFP, Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Band 38, Opladen 1983, S. 906.

unter dem Titel „DKP – eine neue sozialdemokratische Partei“³¹⁴ erscheint. Darin wird der DKP, durchaus analog zur maoistischen Kritik an der Politik der Sowjetunion, eine Revision des revolutionären Sozialismus vorgeworfen und ihre Politik als klassisch sozialdemokratisch analysiert. Doch trotz dieser scharfen Kritik entwickelt die DKP eine gewisse Anziehungskraft auf studentische Aktivisten, da der Höhepunkt der rein studentisch geprägten Protestbewegung bereits überschritten ist und viele Protagonisten der Revolte eine kontinuierliche Organisation suchen, die die vermeintlichen Fehler der antiautoritären Phase vermeiden soll. Und so gründen Anfang 1969 eine Reihe von traditionalistischen SDS-Ortsgruppen und Minderheitsfraktionen aus antiautoritär-dominierten Ortsgruppen die „Assoziation Marxistischer Studenten – Spartakus“ als Fraktion innerhalb des SDS, aus dem dann im Mai 1971 der DKP-nahe Studentenverband „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB Spartakus) entsteht. Dieser Schritt bedeutet die organisatorische Trennung der lange Jahre bestehenden, fragilen Einheit aus Traditionalisten und Antiautoritären im SDS. Der traditionalistische Flügel der Studentenbewegung konstituiert sich nun als DKP-Studentenorganisation.

Obwohl die DKP in der Tradition der an Moskau orientierten „Alten Linken“ steht und auch große Teile der zu ihr stoßenden Studierenden zum traditionalistischen Flügel der Protestbewegung gehörten und sich damit nicht erst jetzt von den antiautoritären Theorien distanzieren mussten, findet doch in der Partei eine breite Auseinandersetzung mit den Ideen der Kritischen Theorie statt. So veranstaltet das der DKP nahe stehende „Institut für marxistische Studien und Forschungen“ (IMSF) am 21. und 22. Februar 1970 eine Konferenz zum Thema „Die Frankfurter Schule im Lichte des Marxismus“.³¹⁵ Im parteieigenen Verlag „Marxistische Blätter“ erscheinen in der Reihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“ eine ganze Reihe von Titeln mit Kritiken an der

³¹⁴ Vgl. FU – Projektgruppe DKP und Bernd Rabehl, DKP – eine neue sozialdemokratische Partei, Berlin 1969.

³¹⁵ Vgl. hierzu die Materialiensammlung, die die DKP anlässlich der Konferenz veröffentlicht: Johannes Henrich von Heiseler, Robert Steigerwald und Josef Schleifstein (Hrsg.), Die „Frankfurter Schule“ im Lichte des Marxismus. Zur Kritik der Philosophie und Soziologie von Horkheimer, Adorno, Marcuse, Habermas. Materialien einer wissenschaftlichen Tagung aus Anlass des 100. Geburtstages von W.I. Lenin, veranstaltet vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) am 21. und 22. Februar 1970 in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1970.

Kritischen Theorie.³¹⁶ Überdies veröffentlichen verschiedene der DKP nahe stehenden Personen eine Reihe von Büchern, die sich ebenfalls mit den Positionen der Frankfurter Schule auseinandersetzen.³¹⁷ Die Rezeption der Kritischen Theorie durch die DKP ist dabei geprägt durch eine tiefe Ablehnung, die sich, wie diese Arbeit später zeigen wird, kaum von den Positionen der K-Gruppen unterscheidet.³¹⁸

Zwischenzeitlich hat sich am 31. Dezember 1968, also genau 50 Jahre nach der Gründung der historischen KPD durch Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und andere, die „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML) aus diversen Abspaltungen der illegalen KPD heraus gegründet. Dass diese erste K-Gruppe, trotz ihrer streng proletarischen Ausrichtung, auch versucht die Studentenbewegung zu agitieren, zeigt sich daran, dass sie auf der SDS-Delegiertenkonferenz Flugblätter zu ihrer Gründung verteilt. Und obwohl die Protestbewegung auch der KPD/ML anfangs distanziert gegenübersteht, verwenden doch verschiedene Basisgruppen das Schulungsmaterial der Partei zu eigenen Schulungen. Und im Laufe des Jahres 1969 kommt es sogar zu einer Besprechung zwischen Mitgliedern des ZKs der KPD/ML und führenden Vertretern der Berliner Studentenbewegung, unter anderem Christian Semler und Bernd Rabehl. Diese versuchen auszuloten, ob die KPD/ML ein Betätigungsfeld für die marxistisch-leninistisch orientierten Teile der Berliner Studentenbewegung sein kann. Doch das Treffen scheint die studentischen Aktivisten enttäuscht zu haben, denn die maßgeblichen Teile der universitären Berliner Marxisten-Leninisten konzentrieren sich danach auf den Aufbau eigener Organisationen. Daraus wird deutlich, dass die Distanz der studentischen Aktivisten zur KPD/ML keine grundsätzliche Kritik, weder der inhaltlichen Ausrichtung noch der Organisationsform als Partei beinhaltet. Denn

³¹⁶ Vgl. exemplarisch Rolf Bauermann und Hans-Jochen Röttscher, *Dialektik der Anpassung. Die Aussöhnung der „Kritischen Theorie“ mit den imperialistischen Herrschaftsverhältnissen. Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie* Band 17, Frankfurt am Main 1972 und Igor S. Narski, *Die Anmaßung der negativen Philosophie Theodor W. Adornos. Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie* Band 65, Frankfurt am Main 1975.

³¹⁷ Vgl. Robert Steigerwald, Herbert Marcuses dritter Weg, Köln 1969 oder das Kapitel „Die Metapher „heile Welt“. Zu Adornos Antiutopismus, in: Jost Hermand, *Orte. Irgendwo. Formen utopischen Denkens*, Königstein/Ts. 1981, S. 104-117.

³¹⁸ Eine kurze Kritik an der Rezeption der Kritischen Theorie durch die DKP findet sich in: Initiative Sozialistisches Forum, *Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie*, zweite, erweiterte Auflage, Freiburg im Breisgau 2002, S. 32ff.

ganz im Gegenteil beginnen nun größere Teile der Bewegung selbst sich in konkurrierenden Parteaufbauorganisationen zu organisieren.

4.4 Der Zerfall der Studentenbewegung und das „Gründungsieber“

Nach dem Scheitern der Kampagne gegen die Notstandsgesetze konzentriert sich der SDS wieder auf die Hochschulen und organisiert den bereits erwähnten aktiven Streik im Wintersemester 1968/69. Doch innerhalb der Bewegung werden nun die Zerfalls- und Fraktionierungstendenzen immer deutlicher. Dies äußert sich auch zunehmend auf den Delegiertenkonferenzen des SDS und des VDS, auf denen keine verbindlichen Beschlüsse mehr getroffen werden können. Der SDS-Bundesvorstand ist sichtbar nicht mehr in der Lage, die divergierenden Positionen der einzelnen Ortsgruppen in eine Gesamtorganisation zu integrieren.³¹⁹ Doch die Fraktionierung macht sich nicht nur an den von den einzelnen Ortsgruppen vertretenen Inhalten fest. Auch durch die Gesamtorganisation verlaufen Spaltungslinien. So kommt es im Verlauf der 23. Delegiertenkonferenz im September 1968 in Frankfurt zu dem legendär gewordenen Tomatenwurf von Sigrid Rüger auf Hans-Jürgen Krahl, als Protest gegen die männliche Dominanz und Ignoranz gegenüber den Interessen und Bedürfnissen der weiblichen SDS-Mitglieder. Diese Aktion wird zur Initialzündung einer neuen Frauenbewegung in der Bundesrepublik, die sich autonom von den Männern organisieren wird.³²⁰

Ein weiterer Beleg für den Verlust der zentralen organisierenden Funktion des SDS sind auch die vermehrten Gründungen von Basisgruppen, die außerhalb der Universitäten aktiv sind. Diese Entwicklung ist Ausdruck der objektiven Grenze, die die Studentenbewegung erreicht hat. Denn weder ist es ihr gelungen, zentrale, von ihr bekämpfte Projekte wie die Notstandsgesetze zu verhindern, noch eine Ausweitung über die Jugend hinaus zu erreichen, etwa auf die Arbeiterklasse. Auch den Vertretern des antiautoritären Flügels ist klar

³¹⁹ Vgl. Langguth, 1983, S. 29.

³²⁰ Vgl. Ute Gerhard, Frauenbewegung, in: Roth und Rucht 2008, 201ff.

geworden, dass eine langfristig angelegte Organisierung, die über die aktionistische Dauermobilisierung seit dem Juni 1967 hinausgeht, vonnöten ist. Krahl formuliert dies 1969, wenn er schreibt:

„Erst wenn ein historisches Selbstbewusstsein organisatorische Gestalt angenommen hat, das die falsche Identitätsangst, die Bewegung sei zersetzt, wenn sie nicht alle vierzehn Tage mit einer spektakulären Aktionsfolge aufwarte, beseitigt, bieten sich die geschichtlichen Bedingungen der Möglichkeit, einen Begriff revolutionärer Strategie zu entwickeln.“³²¹

Doch die Interventionen der Antiautoritären haben auf die Entwicklung immer weniger Einfluss. Denn im theoretischen Bereich wenden sich die Basisgruppen von den antiautoritären Vorstellungen immer weiter ab und lesen nun verstärkt die sozialistischen Klassiker. So empfiehlt zum Beispiel der Basisgruppenrat in Frankfurt Texte von Lenin und Mao zur Schulung. Begründet wird diese Auswahl mit dem Erfolg, den diese Revolutionäre hatten:

„Wir wollen nicht lesen, was gerade aktuell erscheint. Das sind meist Schreibtischprodukte ‚linker‘ Professoren. Wir wollen wissen, was richtig und falsch ist. Das lesen wir, wenn wir die Genossen studieren, die in den letzten 150 Jahren die proletarische Revolution erfolgreich geführt haben: MARX, ENGELS, LENIN, STALIN, MAO TSE-TUNG. Dann kann uns auch kein ‚linker‘ Akademiker mehr etwas vormachen. Ohne revolutionäres Studium ist langfristig eine revolutionäre Praxis der Lehrlinge in den Stadtteilbasisgruppen und der Aufbau einer schlagkräftigen Organisation nicht möglich.“³²²

In diesem Text werden mehrere bedeutende Entwicklungen innerhalb der Protestbewegung angesprochen. Neben der schon erwähnten Ablehnung der ehemaligen theoretischen Vorbilder, mit denen in Frankfurt natürlich die Vertreter der Kritischen Theorie gemeint sind (die in diesem Text polemisch nur noch in Anführungszeichen als „links“ bezeichnet werden), und der Hinwendung zu den sozialistischen Klassikern soll nun eine schlagkräftige Organisation aufgebaut werden. Darin zeichnet sich schon die kommende Entwicklung ab, in der verschiedene studentische Gruppierungen die ihrer Meinung nach einzig legitime KPD aufbauen wollen. Allerdings befindet sich die Bewegung gegenwärtig noch in der Phase der Zersplitterung und Fraktionierung, in der sich die einzelnen Gruppen zum Teil heftig gegenseitig bekämpfen. Ironisch

³²¹ Krahl 1971, S. 279.

³²² Ohne Autorenangabe, Alle reden von Schulung, Flugblatt zu einer Sitzung des Basisgruppenrates vom 22.05.1969, zit. nach Kraushaar 1998, Band 2, S. 634. Übernahme wie im Original.

wird in dieser Zeit auch vom „Gründungsfieber“ gesprochen,³²³ da sich nun aus der niedergehenden Studentenbewegung heraus in der ganzen Bundesrepublik unzählige linke Gruppen und Grüppchen meist marxistisch-leninistischer Ausrichtung gründen. Diese begreifen sich meist in Analogie zur Situation in Russland zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts und in der Begrifflichkeit Lenins als „Zirkel“, das heißt als Keimform der aufzubauenden kommunistischen Partei.

„Aus der ‚Überwindung des Zirkelwesens‘ sollte – so die innerhalb der ML-Bewegung allgemein akzeptierte Perspektive – eine bundesweit relevante revolutionäre KP in der Tradition der Komintern der 20er Jahre entstehen.“³²⁴

Besonders deutlich wird die Entwicklung in Berlin, das immer noch das Zentrum der Bewegung ist. Dort gründen sich seit Juli 1969 so genannte Rote Zellen, die als studentische Massenorganisationen die Studentenbewegung in eine sozialistische Bewegung transformieren und zusammen mit den Basisgruppen dann zu einer „Sozialistischen Massenorganisation“ (SOMAO) zusammengeführt werden sollen.³²⁵ Bei diesen Plänen spielen führende Exponenten der antiautoritären Strömung in Berlin wie Bernd Rabehl und Christian Semmler eine bedeutende Rolle. Bis 1970 entstehen in der Bundesrepublik mindestens 61 Rote Zellen.³²⁶

Ein konkurrierender Ansatz zur SOMAO entsteht aus der Berliner „Projektgruppe Elektroindustrie“ (PEI), die sich nach der so genannten Harzer Konferenz im Herbst 1969 gründet. Im Rahmen dieser Konferenz bereiteten sich Studierende auf ihre zukünftigen Tätigkeiten im Betrieb vor. Nach einer kurzen Phase unter dem Namen „Harzer Gruppe (PEI)“ entwickelt sie ein eigenständiges Konzept zum Parteaufbau und benennt sich in „Proletarische Linke/Parteiinitiative“ (PL/PI) um. Allerdings scheitert diese zeitweilig sehr einflussreiche Fraktion der Berliner Linken sehr schnell.³²⁷

Insgesamt ist in dieser Phase die Zersplitterung der Linken nicht nur organisatorisch zu beobachten, sondern auch ideologisch. Während einige Gruppen bereits ein geschlossenes marxistisch-leninistisches Bewusstsein

³²³ Vgl. beispielsweise: Redaktion, Wider das Gründungsfieber, in Rotes Forum, Organ des SDS-Heidelberg 2/70 vom 15.04.1970, S. 2-5.

³²⁴ Vgl. Steffen 2002, S. 24.

³²⁵ Vgl. Langguth 1983, S. 47ff.

³²⁶ Ebenda, S. 47.

entwickelt haben, verstehen sich andere Gruppen noch als Teil der studentischen Protestbewegung. Wieder andere stehen zwischen diesen beiden Positionen und entwickeln sich gerade von einem Standpunkt weg und zum anderen hin. Aber auch konkurrierende linke Strömungen wie der Trotzismus, der Anarchismus oder der spontaneistische Operaismus bilden sich jetzt heraus. Diese Richtungen der radikalen Linken beziehen sich zwar meist positiv auf die antiautoritäre Phase der Studentenbewegung und zum Teil auch positiv auf Teile der Kritische Theorie, aber sie orientieren sich nun strenger an ihren jeweiligen historischen oder internationalen Vorbildern. Die einzige bedeutendere Organisation, die die Tradition der antiautoritären Revolte inklusive ihres Bezugs zur Kritischen Theorie weiterzutragen versucht, ist das, bezeichnenderweise in der Nähe von Frankfurt ansässige, „Sozialistische Büro“ (SB). In dieser Sammlungsbewegung finden sich unter anderem Oskar Negt und nach seiner Genesung auch Rudi Dutschke wieder.

Die politische Theorie, die in der Phase des Zerfalls der Studierendenbewegung am meisten Anziehungskraft entfaltet ist der Maoismus.³²⁸ Selbst antiautoritäre Gruppen beziehen sich in dieser Zeit positiv auf diese autoritäre Herrschaftsideologie der chinesischen KP. Möglich wird dies durch die selektive und interessengeleitete Rezeption der chinesischen Verhältnisse, wie sie in Kapitel 4.2 bereits beschrieben wurde.

4.5 Die Septemberstreiks 1969 und die „proletarische Wende“ der Protestbewegung

Eine entscheidende Rolle für die weitere Entwicklung der Protestbewegung bekommt die im September 1969 ausbrechende Welle von „wildem“³²⁹ Streiks in Westdeutschland.³³⁰ Ausgehend von Arbeitsniederlegungen in den Werken der

³²⁷ Ebenda, S. 49f.

³²⁸ Vgl. Gehrig, Mittler und Wemheuer 2008.

³²⁹ Bei „wildem“ Streiks handelt es sich um Streiks die gegen den Willen und ohne Unterstützung der Gewerkschaften geführt werden.

³³⁰ Zu den Septemberstreiks 1969 vgl. Peter Birke, Der Eigen-Sinn der Arbeitskämpfe. Wilde Streiks und Gewerkschaften in der Bundesrepublik vor und nach 1969, in: Bernd Gehrke und Gerd-Rainer Horn (Hrsg.), 1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen Mai“ in Europa, Hamburg 2007, S. 64ff.

Hoesch-AG in Dortmund seit dem 2. September verbreitet sich die Streikbewegung auf etliche Betriebe in erster Linie der Montanindustrie in Nordrhein-Westfalen, dem Saarland, der Pfalz und Bremen. Bis zum 19. September legen mehr als 140.000 Menschen ihre Arbeit nieder. Die Streikbewegung lässt sich ursprünglich als „zweite Lohnrunde“ begreifen, da die Streikenden eine Anhebung der bereits im Sommer abgeschlossenen Tariferhöhungen fordern. In einzelnen Betrieben werden aber auch darüber hinausgehende Forderungen erhoben, etwa nach der Abschaffung der unteren Lohngruppen.

Diese spontan ausgebrochenen Streiks bestärken viele linke Gruppen in ihrer Hinwendung zur Industriearbeiterklasse als dem vermeintlich einzig revolutionären Subjekt und in der Abwendung von den Strategien der antiautoritären Studentenbewegung. Denn schließlich scheinen die spontanen Streiks der deutschen Arbeiter die Theorie von der Integration der Arbeiterklasse in das System zu widerlegen. Folgerichtig werden auch die bestehenden ideologischen Differenzen innerhalb der Protestbewegung immer größer. So werden z.B. im SDS-Organ „neue kritik“ die Streiks darauf hin untersucht, ob sie etwas zur revolutionären Bewegung beitragen können,³³¹ während andere Gruppen bereits die leninistische Theorie übernommen haben. Diese geht davon aus, dass die Arbeiter nur ein Bewusstsein von der Notwendigkeit des ökonomischen Kampfes entwickeln können und dieses damit doppeldeutig bleibt. Denn dieses spontane Bewusstsein bleibt offen für bürgerliche Ideologisierungen, wenn es nicht die sozialistische Theorie der Befreiung der Arbeiterklasse vermittelt bekommt.³³² Die marxistisch-leninistischen Gruppen versuchen deshalb in der Streikbewegung in erster Linie eine Agitation gegen die Gewerkschaften, die DKP und die Studentenbewegung zu entfalten, da diese als opportunistisch, revisionistisch und kleinbürgerlich eingeschätzt werden und das sozialistische Bewusstsein der Arbeiter gefährden.

³³¹ Vgl. Wolfgang Lefèvre, Einige Konsequenzen aus der Streikbewegung im September 1969 für unsere Arbeit, in: neue kritik. Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik, Nr. 54, vom Juni 1969, S. 41-48.

³³² Vgl. Günther Mangold, Kommentar zu einigen Interpretationen der Septemberstreiks, in: Rotes Forum, vormals forum academicum. Heidelberger Studentenzeitschrift 6/69 vom 15.12.1969, S. 12-14.

Andere Gruppen sind in ihrer marxistisch-leninistischen Entwicklung noch nicht so weit fortgeschritten und verstehen sich noch als Teil der Studentenbewegung. Allerdings bedeuten auch für sie die Septemberstreiks einen Einschnitt. So wird zum Beispiel im Informationsorgan der Berliner ad-hoc-, Betriebs- und Basisgruppen, der „Roten Presse Korrespondenz“, das Scheitern der studentischen Taktik konstatiert:

„Seit Ostern 1968 war die Hauptparole, an der der Kampf der Studentenbewegung sich orientierte, die Forderung, man müsse die antiautoritäre Studentenbewegung in eine sozialistische transformieren. Spätestens mit den Septemberstreiks mussten aber die Studenten erkennen, dass diese Parole als isolierte Parole opportunistisch und falsch ist, dass durch geduldiges Transformieren niemals Hochschulkampf zu Klassenkampf wird, dass das isolierte Vorantreiben der Studentenbewegung – immer radikalere Parolen, immer radikalere Uni-Aktionen, immer mehr Studenten in die Basisgruppen – nicht nur keinen Erfolg in der Basisgruppenarbeit zeigt, sondern auch den Uni-Kampf in die Sackgasse führte.“³³³

Aus diesem Scheitern zieht nun ein bedeutender Teil der Protestbewegung den Schluss, die antiautoritäre Phase endgültig zu überwinden und mit dem langfristigen Aufbau der kommunistischen Partei zu beginnen. Die Heidelberger SDS-Ortsgruppe prägt für diese Entwicklung den Begriff der „Liquidierung der antiautoritären Phase“.³³⁴ Schon in der inhumanen Wortwahl lässt sich die weitere Entwicklung dieses Teils der Protestbewegung erahnen, nämlich die Gründung von dogmatisch leninistischen, stalinistischen und maoistischen Kaderparteien.

Diese Parteien können aber, so die Theorie der marxistisch-leninistischen Studierenden, erst durch langandauernde Arbeit im Proletariat und klärenden Diskussionen innerhalb der kommunistischen Bewegung geschaffen werden. Aus diesem Grund wird die Gründung der KPD/ML als verfrüht und voluntaristisch abgelehnt.³³⁵

In diesem Zusammenhang kommt nun die sich bereits länger andeutende Hinwendung zur Arbeiterklasse endgültig zum Durchbruch. Viele Organisationen propagieren nun die Arbeit in den Betrieben. Damit sollen mehrere Funktionen erfüllt werden: Erstens sollen Untersuchungen über die

³³³ Beirat der Roten Pressekorrespondenz, Den Kampf gegen die schwarze Linie führen!, in: Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 42 vom 05.12.1969, S. 2.

³³⁴ Vgl. Krahl 1971, S. 283ff.

konkreten Verhältnisse in den Betrieben angestellt werden,³³⁶ zweitens die Arbeiter für die eigenen Organisationen gewonnen werden, und drittens sollen die Studierenden von den Arbeitermassen in den Betrieben zum konsequenten Klassenstandpunkt umerzogen werden.³³⁷ Allerdings gehen noch nicht alle Organisationen in ihrer Analyse so weit. Einige gestehen der Studentenbewegung immer noch eine bedeutende Rolle zu, gerade auch im Bezug auf die Kooperation mit den Arbeitern. So betont die Betriebsprojektgruppe Heidelberg die Vorbildfunktion der Studentenbewegung für die Arbeiter. Denn diese Erfahrung konnte sie während den Streiks im Saarland machen, als sie die Reaktionen der Arbeiter miterlebt hat.

„Während einige auf dem parlamentarischen Weg zur Veränderung der politischen Situation hinwiesen, war vielen klar, dass dieser zum Scheitern verurteilt sei, und dass nur eine Möglichkeit blieb, nämlich ‚wie die Studenten‘ vorzugehen. Die kämpferische Tradition der Arbeiterklasse ist bei dieser selbst vergessen und nur durch die Transmission der Studentenbewegung bekannt. Aber daraus ergibt sich schon die Möglichkeit ihrer Rekonstruktion.“³³⁸

Einher mit der Einsicht des Aufbaus der revolutionären Partei geht bei den meisten Gruppierungen, ebenfalls in scharfen Widerspruch zu den früher vertretenen Positionen, die Forderung nach revolutionärer Disziplin, die sich sowohl in der widerspruchslosen Unterordnung unter die jeweilige Führung als auch in der Übernahme eines rigiden Arbeitspensums ausdrückt. Eine Orientierung der politischen Aktivitäten an den eigenen Bedürfnissen, wie in der antiautoritären Phase, wird jetzt als kleinbürgerlich abgelehnt. Die neoleninistischen Gruppen propagieren nun diametral entgegengesetzte Positionen zu denen, die sie vor wenigen Jahren in der Studentenbewegung noch selbst vertreten haben. Rudi Dutschke, der sich nach dem Mordanschlag

³³⁵ Vgl. Langguth, 1976, S. 82.

³³⁶ Dieser Ansatz der sog. Arbeiteruntersuchung stammt aus Italien, wo er als Kritik an der traditionellen Arbeiterbewegung entwickelt wurde. In Deutschland werden die Arbeiteruntersuchungen später vor allem von den spontaneistischen Gruppen angewandt. Vgl. zur Entstehung des Konzepts: Claudio Pozzoli (Hrsg.), Spätkapitalismus und Klassenkampf. Eine Auswahl aus den Quaderni Rossi, Frankfurt am Main 1972.

³³⁷ Vgl. Langguth, 1976, S. 79.

³³⁸ Betriebsprojektgruppe Heidelberg, Zu den Streiks an der Saar, in: Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 35 vom 17.10.1970, S. 7.

auf sich aus Deutschland zurückgezogen hat, schreibt über diese Entwicklung Anfang 1970 an Herbert Marcuse:

„Die Zerschlagung der Substanz, des subversiven Denkens, wie es leider gerade in der ‚Anti-Marcuse-Welle‘ noch immer läuft, zeigt sich katastrophal im Verlust revolutionärer antiimperialistischer ‚Sensibilität‘, wie sie durch die [...] widersprüchliche Dialektik von Aufklärung und Aktionen zwischen 1964 und 1968 entwickelt hatten [...] Ich spreche nicht gegen radikale Repräsentanten des linken Lagers, spreche vielmehr gegen die, die meinen, die ‚neue Erscheinung der illegalen Streiks der Arbeiter‘ erfordere den unmittelbaren Aufbau einer typischen ! bolschewistischen Kaderpartei, um den immer stärker werdenden Repressionsapparat des kapitalistischen Staates entgegenzutreten zu können. Die weiterhin subversive Seite universitären Lebens, Denkens und Handelns wird von den meisten dieser Freunde immer mehr abgetan als ‚kleinbürgerlicher‘ Rest. Ihre Unfähigkeit der subversiven Vermassung des universitär-gesellschaftlichen Widerspruchs ersetzen sie durch ‚bolschewistische Kaderpartei‘.“³³⁹

Doch diese hellsichtige Kritik, die Dutschke hier an der „proletarischen Wende“ der Protestbewegung formuliert, ist inzwischen in eine Defensivposition geraten und wird in den folgenden Jahren innerhalb der radikalen Linken immer mehr zu einer Minderheitenposition werden. Dutschke und sein langjähriger Genosse Bernd Rabehl reagieren auf diese Entwicklung jeweils mit der Veröffentlichung ihrer Doktorarbeiten, in denen sie den Leninismus kritisieren.³⁴⁰ Für sie sind die negativen Entwicklungen in der Sowjetunion durch die rückständigen gesellschaftlichen Bedingungen, die die Bolschewiki dort vorfanden, erklärbar. Keinesfalls lassen sich deshalb die Theorie und Praxis des Leninismus auf Westeuropa anwenden, wie es die KPdSU behauptet. Diese historischen Analysen von Dutschke und Rabehl sind gleichzeitig als Kritik an den aus der Studentenbewegung entstehenden marxistisch-leninistischen Gruppen zu verstehen.

4.6 Die Rolle der Intelligenz

³³⁹ Rudi Dutschke, Brief an Herbert Marcuse vom 01.01.1970, Archivarisches Sammlungs Rudi Dutschke im Hamburger Institut für Sozialforschung, Korrespondenz mit Herbert Marcuse, zit. nach Kraushaar 1998, Band 2, S. 699f.

³⁴⁰ Vgl. Rudi Dutschke, Versuch Lenin auf die Füße zu stellen. Über den halbasiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus. Lenin, Lukács und die Dritte Internationale,

Die Frage nach der Rolle der Arbeiterklasse bei einer revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft hängt eng zusammen mit der Frage nach der Funktion, die die Intellektuellen in dieser Bewegung spielen sollen. Während in der antiautoritären Phase der Studentenbewegung, angelehnt an die Theorien von Marcuse und Mallet, ein Bedeutungsverlust der traditionellen Industriearbeiterschaft festgestellt wird und damit zusammenhängend ein Bedeutungsgewinn der wissenschaftlichen Berufe, entdecken große Teile der Bewegung nach den Septemberstreiks 1969 die Industriearbeiterschaft wieder. Dies muss auch Auswirkungen auf das Verhältnis zur Funktion der Intelligenz haben. Anders als von Marcuse bestimmt, wird den Intellektuellen nun, im Rückgriff auf Lenin, keine Katalysatorfunktion für die Entfaltung der Revolution mehr zugeschrieben, sondern diese werden als Bündnispartner des Proletariats bestimmt, die sich diesem unterzuordnen haben. Diese Position teilen alle marxistisch-leninistischen Gruppen. So schreibt zum Beispiel die der PL/PI nahe stehende „Rote Zelle Ökonomie“ in Berlin:

„Geht man davon aus, dass systemtranszendierende Kämpfe nur vom Proletariat durchgeführt werden können und dass – bei aller Unsicherheit in der Bestimmung der Klasse des Proletariats im Monopolkapitalismus – das Industrieproletariat als revolutionärer Kern anzusehen ist, so hat die Intelligenz als Bündnispartner des Proletariats in der gegenwärtigen historischen Situation ihre Arbeit vorrangig in den Dienst dieses Kerns des Proletariats zu stellen.“³⁴¹

Um diese Aufgabe zu erfüllen, empfiehlt die „Rote Zelle Ökonomie“ den Studierenden, in die Betriebe zu gehen, um dort Massenkämpfe zu entfalten. Ziel der sozialistischen Intellektuellen muss es sein, den Sozialismus in die Arbeiterklasse zu tragen, um sich dann mit den klassenbewusstesten Arbeitern in der revolutionären Partei zu vereinigen und so den Weg frei zu machen für die proletarische Partei.

„Die Aufgabe sozialistischer Intellektueller ist es, sich dem Industrieproletariat langfristig selbst überflüssig zu machen, die Einsicht und Handlungsfähigkeit

Berlin 1974 und Bernd Rabehl, Marx und Lenin. Widersprüche einer ideologischen Konstruktion des „Marxismus-Leninismus“, Berlin 1973.

³⁴¹ Rote Zelle Ökonomie, Der Beitrag der Intelligenz zur Rekonstruktion der Arbeiterbewegung und die Folgerungen für die studentische Massenorganisation, in: Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 76/77 vom 07.08.1970, S. 6. Hervorhebung im Original.

*des Proletariats so zu fördern, dass die Partei des Proletariats eine Partei unter der Führung von Proletariern sein wird.*³⁴²

Begründet wird diese Vorstellung mit den Leninschen Frühschriften, in denen er sich intensiv mit diesen Problemen auseinandersetzt. Die wichtigste Schrift in diesem Zusammenhang ist dabei die Broschüre „Was tun?“,³⁴³ die Hans Gerhart (genannt Joscha) Schmierer in einem Artikel im Organ des Heidelberger SDS, dem „Roten Forum“, rezipiert. Er stellt dabei fest, dass die kommunistischen Gruppen heute vor den gleichen Problemen stehen wie Lenin Ende des neunzehnten Jahrhunderts in Russland. Die Arbeiterklasse hat kaum Klassenbewusstsein und die sozialistischen Intellektuellen können nur auf wenige revolutionäre Erfahrungen zurückblicken. In dieser Situation ist es die Aufgabe der Intellektuellen, das Klassenbewusstsein in die Arbeiterklasse zu tragen,³⁴⁴ denn die Arbeiter können von sich aus nur ein sog. „trade-unionistisches“ Bewusstsein entwickeln, das heißt nur für wirtschaftliche Verbesserungen kämpfen ohne dabei die politische Dimension zu erkennen. Wenn dieses Hineintragen des Klassenbewusstseins ins Proletariat gelingt, sollen sich die sozialistischen Intellektuellen dann mit den klassenbewusstesten Arbeitern in der revolutionären Partei vereinigen. Allerdings ist es nun wichtig, die klassenbedingte Inkonsistenz der Intellektuellen zu kontrollieren.

*„Die Partei, die gerade durch die Verschmelzung von marxistischer Theorie und Arbeiterbewegung, von sozialistischer Intelligenz und Arbeiterintelligenz geschaffen wurde, musste vor den Fehlern der Intelligenz bewahrt werden, die, als besondere Schicht der modernen kapitalistischen Gesellschaft im großen und ganzen gerade durch den Individualismus und die Unfähigkeit zur Disziplin und Organisation gekennzeichnet ist.’ In der Partei musste deshalb ein Übergewicht der Intellektuellen verhindert werden. Die Intellektuellen und Arbeiter wurden in einheitlichen Komitees organisiert, die Arbeiter aber mussten zunehmend zu Führungsaufgaben herangezogen werden.“*³⁴⁵

Im weiteren Verlauf der Parteientwicklung, wenn proletarische Massenkämpfe entfaltet werden, können dann die Positionen der Arbeiter ausgeweitet werden,

³⁴² Ebenda, S. 11.

³⁴³ Wladimir Iljitsch Lenin, Was tun? In: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.), W. I. Lenin Werke Band 5, Mai 1901-Februar 1902, Berlin 1955, S. 355-551.

³⁴⁴ Lenin übernimmt diese Auffassung vom Hineintragen des sozialistischen Bewusstseins in die Arbeiterklasse von der Marx-Rezeption Karl Kautskys, einem der wichtigsten sozialdemokratischen Theoretiker. Vgl. Ebenda, S. 394ff.

³⁴⁵ Joscha Schmierer, Revolutionäre Intelligenz und Arbeiterbewegung in der Frühphase der Parteibildung. Ein Grundproblem des Marxismus-Leninismus, in Rotes Forum, Organ des SDS-Heidelberg 2/70 vom 14.04.1970, S. 25.

bis die Organisation zur proletarischen Partei transformiert ist. Bis dahin ist es wichtig, abweichende Theorien, die die Intellektuellen aufgrund ihrer Klassenlage entwickeln, zu bekämpfen. Die Klassenlage der Intellektuellen wird generell als schwankend interpretiert, da sie durch die Revolution sowohl einiges zu verlieren wie auch einiges zu gewinnen haben. Zu gewinnen haben sie das Ende der Ausbeutung, aber zu verlieren haben sie ihre Privilegien insbesondere das Privileg der Kopfarbeit. Dieses Konzept Lenins übernehmen die marxistisch-leninistischen Gruppen und versuchen, es in die Praxis umzusetzen - wobei der ideologische Kampf gegen die nun als opportunistisch bezeichneten Theorien der antiautoritären Studentenbewegung einen großen Stellenwert erhält. So stellt ein Artikel im „Roten Pfeil“, dem Organ der marxistisch-leninistischen Gruppen an der Universität in Tübingen, fest:

*„In diesem ideologischen Kampf ist in der gegenwärtigen Phase folgendes bemerkenswert: mit offensichtlich bürgerlichen Ideologien wie Marcuse, Gorz etc. kann man heute die Thesen, die man sich beweisen will, nicht mehr untermauern; wenn man noch als ‚Sozialist‘ gelten will.“*³⁴⁶

Dieselben Theorien, die ein Teil der Mitglieder der marxistisch-leninistischen Gruppierungen vor einiger Zeit, als sie noch in der Studentenbewegung aktiv waren, vertreten haben, werden nun auf das schärfste bekämpft. Die Studentenbewegung wird nun sogar als hinderlich für eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft angesehen. So schreiben zum Beispiel der „Kommunistische Arbeiterbund“ (KAB) und das „Sozialistische Arbeiter- und Lehrlingszentrum“ (SALZ) aus Hamburg in einer gemeinsamen Erklärung:

*„Erziehung, akademische Ausbildung und Berufsperspektive bestimmen den Charakter der Studentenrevolte als kleinbürgerlich. Deshalb richtete sich die Ideologie der Studentenbewegung auch gegen die Arbeiterklasse, die als passiver Haufen abgetan wurde. Die Studentenbewegung musste versagen bzw. sogar zum objektiven Störfaktor werden, wo sich der Kampf des Proletariats entfaltete und kommunistische Organisationen des Proletariats sich zu entwickeln begannen.“*³⁴⁷

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Theorien von der „Neuen Arbeiterklasse“ und von der Katalysatorfunktion der Intellektuellen von den

³⁴⁶ Marxistisch-leninistischen Gruppen an der Universität Tübingen, Wem nützt die Theorie von der „revolutionären technischen Intelligenz“?, in: Roter Pfeil, Organ der marxistisch-leninistischen Gruppen an der Universität Tübingen Nr. 4 vom Februar 1970, S. 10.

marxistisch-leninistischen Gruppen als kleinbürgerliche Ideologie zurückgewiesen werden und stattdessen auf das leninistische Modell der proletarischen Kaderpartei zurückgegriffen wird.³⁴⁸ Doch trotz dieser propagierten Ablehnung der Intellektuellen gelingt es den marxistisch-leninistischen Gruppen, die Führungsrolle ihrer Organisationen, die in erster Linie aus Studierenden, also Intellektuellen bestehen, über das Proletariat zu legitimieren. Wie schon dargestellt, wird dazu auf die leninistische Vorstellung von einem Proletariat, das nur ein begrenztes, „trade-unionistisches“ Bewusstsein entwickeln kann, zurückgegriffen. Dieses Proletariat brauche deshalb die Führung einer kommunistischen Kaderpartei, die sich überwiegend aus Intellektuellen zusammensetzt, die ihre Klasse individuell, das heißt durch das Studium des Marxismus-Leninismus, verraten haben:

„Auf diese Weise gelingt den ML-Organisationen das Kunststück, trotz der geradezu mit Masochismus verfochtenen These von der notwendigen Unterwerfung der Kleinbürger unter die Organisationen klassenbewussten Proletariats sich als vornehmlich aus Studenten bestehende Organisationen an die Spitze der proletarischen Klassenkämpfe (bzw. ihrer Keimformen) glauben setzen zu können.“³⁴⁹

Somit bleibt der Leninismus eine Legitimationsideologie für die Führungsrolle der Intellektuellen über die Arbeiterklasse. Diese These hatte der holländische Rätekommunist Anton Pannekoek bereits 1938 in seinem Aufsatz „Lenin als Philosoph“ aufgestellt.³⁵⁰ Er schreibt darin über die Funktion des Leninismus in der russischen Revolution:

„Diese materialistische Philosophie war gerade die richtige Lehre für die Masse der neuen russischen Intelligenz, die voll Begeisterung in Naturwissenschaft und Technik die Basis einer von ihnen geleiteten Produktion erkannte [...] und

³⁴⁷ Gemeinsame Stellungnahme von SALZ und KAB Hamburg, Für das Bündnis von Intelligenz und Arbeiterklasse, in: Arbeiterzeitung des Kommunistischen Arbeiterbundes 11/12 1971, S. 35. Hervorhebung im Original.

³⁴⁸ Auf die damit einhergehende Ablehnung der Intellektuellen, die sich zum Teil bis zu einer mit antisemitischen Untertönen versehenen Intellektuellenfeindschaft steigert, wird in Kapitel 6.5 noch näher eingegangen.

³⁴⁹ Margareth Kukuck, Student und Klassenkampf. Studentenbewegung in der BRD seit 1967, Hamburg 1974, S. 161.

³⁵⁰ Vgl. Anton Pannekoek, Lenin als Philosoph, mit einer Rezension von Karl Korsch und einem Vorwort von Paul Mattick, herausgegeben von Alfred Schmidt und Claudio Pozzoli, Frankfurt am Main 1969.

*die als neue herrschende Klasse eines Riesenreichs die Zukunft vor sich offen sah.*³⁵¹

Dieser Text erscheint 1969 erstmals auf Deutsch in der renommierten „Europäischen Verlagsanstalt“ und hätte der zerfallenden Studentenbewegung eine Warnung sein können. Doch die in den neoleninistischen Aufbauorganisationen Aktiven wehren diese Gedankengänge ab und verfolgen konsequent das Ziel eine bolschewistische Partei in der Bundesrepublik aufzubauen. Die Frage, warum die Partei für die marxistisch-leninistische Strömung eine so zentrale Funktion einnimmt, wurde auch schon früh von linken Kritikern der Sowjetunion gestellt:

*„Der absolute Führungsanspruch der revolutionären, kleinbürgerlichen, jakobinischen Intelligenz verbirgt sich hinter der bolschewistischen Auffassung von der Rolle der Partei in der Arbeiterklasse. [...] Die Unterordnung der kämpfenden Arbeiterklasse unter die kleinbürgerliche Führung begründet der Bolschewismus mit der Theorie von der ‚Avantgarde‘ des Proletariats, die er in seiner Praxis bis zu dem Grundsatz ausbaute: Die Partei verkörpert die Klasse. Sie ist also nicht Werkzeug der Arbeiterschaft, sondern die Arbeiterschaft ist ihr Werkzeug.“*³⁵²

Der Aufbau der Partei dient also der Aufrechterhaltung der Vormachtsstellung der Intellektuellen über die Arbeiterklasse, und das im Namen der Arbeiterklasse. Diesem historischen Vorbild aus der russischen Revolution folgen größere Teile der Protestbewegung nach, indem sie die Mitgliederorganisation des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ liquidieren und nun mit dem Aufbau einer leninistischen Kaderpartei beginnen.

4.7 Die Abwendung von der Randgruppentheorie

In Folge der studentischen Rezeption der Randgruppenstrategie von Marcuse entwickelt sich innerhalb der Bewegung eine zunehmend praktische Beschäftigung mit Kindern und Jugendlichen aus Heimen, mit Strafgefangenen, Obdachlosen und anderen Randgruppen der Gesellschaft. Dabei entstehen

³⁵¹ Ebenda, S. 116.

³⁵² Gruppe Internationale Kommunisten Hollands, Thesen über den Bolschewismus, in: Anton Pannekoek, Paul Mattick u.a., Marxistischer Anti-Leninismus. Eingeleitet von Diethard Behrens, Freiburg im Breisgau 1991, S. 30.

allerdings viele Probleme, da die Objekte des studentischen Interesses meist nicht die Erwartungen erfüllen, die die Studierenden in sie hineinprojizieren. Denn anstatt sich aufgrund ihrer am eigenen Leib erfahrenen Unterdrückung als besonders konsequente Kämpfer gegen das System zu beweisen, wollen zum Beispiel die meisten Heimflüchtlinge nur ihre neugewonnene Freiheit genießen. Die Politisierung scheitert in den meisten Fällen, und die Kapazitäten der Bewegung stoßen bei der Unterstützung der Fürsorgezöglinge an ihre Grenzen. Peter Brosch beschreibt dies am Beispiel der nach Frankfurt entflohenen Jugendlichen aus dem Staffelberger-Heim:

„Die Situation in Frankfurt wird immer kritischer, Wohnungen sind überbelegt, die Jugendlichen wissen nichts Rechtes mit sich anzufangen, sie hängen im Leeren, einige kriminalisieren sich, andere entfliehen in die Subkultur.“³⁵³

Aus dieser Problemlage heraus wird am 7. und 8. Februar 1970 in Berlin eine so genannte „Randgruppenkonferenz“ veranstaltet, in deren Rahmen die Teilnehmer ihre Erfahrungen austauschen und die theoretischen Grundlagen für die Arbeit mit gesellschaftlichen Außenseitern bestimmen wollen. Daran nehmen etwa 230 Personen teil, die vierzig verschiedene Gruppen repräsentieren und aus etwa zwanzig Städten der Bundesrepublik und aus Westberlin kommen.

Allerdings wird schon bei der Vorbereitung der Konferenz deutlich, dass sich die theoretischen Grundlagen seit dem Beginn der praktischen Arbeit mit den Randgruppen geändert haben. Große Teile der ehemaligen antiautoritären Bewegung haben in ihrer Einschätzung vom revolutionären Subjekt inzwischen den Schritt von den Randgruppen zum Industrieproletariat vollzogen. Damit hat sich auch die Einschätzung der Rolle, die Randgruppen für eine sozialistische Bewegung spielen können, deutlich verändert. In einem Text zur Vorbereitung der Konferenz werden nun die gesellschaftlichen Außenseiter in der heutigen Gesellschaft explizit mit dem Lumpenproletariat im 19. Jahrhundert verglichen. Der Vorbereitungstext führt dazu aus, dass das Lumpenproletariat damals der Spaltung der Arbeiterklasse diene, da dessen Bewusstsein zwiespältig sei. Belegt wird diese Annahme durch ein Zitat von Marx und Engels aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei“, in dem es heißt:

³⁵³ Brosch 1971, S. 128.

„Das Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebensweise nach wird es bereitwilliger sein, sich reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen.“³⁵⁴

Die Vorstellungen von den Randgruppen haben sich also inzwischen von ihrer positiven Bewertung als potenziell revolutionäre Subjekte, zu einer Ablehnung aufgrund deren vermeintlich zwiespältigen Bewusstseins gewandelt. Damit hat sich auch die Einstellung gegenüber einer politischen Arbeit mit diesen Personengruppen geändert:

„Manche Genossen rechtfertigen ihre Arbeit etwa mit folgenden Argumenten: Die unterdrücktesten Schichten der Gesellschaft (die Randgruppen) haben das größte Interesse an der Veränderung der Machtverhältnisse und sind am ehesten bereit und in der Lage dafür zu kämpfen (Theorie von Marcuse). Diese Genossen nehmen in der Tat an, dass die Entstehung von Klassenbewusstsein ein mechanistischer Akt sei [...]. Dies ist eine typische kleinbürgerliche Einschätzung, die nicht von einer Bedingungsanalyse der Befreiung des deklassierten Proletariats ausgeht, sondern – wie sollte es auch anders sein – von unseren Wünschen.“³⁵⁵

Aus diesem Abrücken von der Randgruppenstrategie ziehen große Teile der Bewegung den Schluss, sich nun vorrangig um die Ausbildung proletarischer Kader aus der Industriearbeiterklasse zu bemühen. Dies wird auch deutlich im Fazit, das aus der Berliner Randgruppenkonferenz gezogen wird.

„Trotzdem ist als Ergebnis des Seminars festzuhalten, dass der überwiegende Teil aller anwesenden Gruppen darin übereinstimmte, dass die strategischen Schwerpunkte der Bewegung in der Stadtteilarbeit (insbesondere proletarischer Erziehungsarbeit), der Betriebsarbeit und den Anstrengungen zum Aufbau einer proletarischen Organisation liegen müssen und nicht in der Weiterführung oder dem Neubeginn punktueller Arbeit mit deklassierten Proletariern.“³⁵⁶

Einzig die Frankfurter Gruppe, die auch die einzig teilnehmende Gruppe ist, die sich aus ehemaligen Fürsorgezöglingen zusammensetzt, hält zumindest in Teilen an der Einschätzung der Randgruppen durch Marcuse fest. Aber selbst jene Gruppen, die sich in Kinderläden und ähnlichen Einrichtungen an einer

³⁵⁴ Karl Marx und Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung Berlin (Hrsg.), Karl Marx Friedrich Engels Werke, Band 4, Berlin 1990, S. 472.

³⁵⁵ Helmut Kapczynski, Zur Frage einer sozialistischen Randgruppenstrategie, in: Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 41 vom 28.11.1969, S. 6.

³⁵⁶ Vorbereitungs Komitee Berlin, Randgruppenkonferenz Berlin. Bericht und Materialien, in: Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 54 vom 27.02.1970, S. 2.

antiautoritären Erziehung versuchen, die sich bei ihrer Gründung also explizit auf die Überlegungen der Kritischen Theorie zur autoritären Charakterstruktur gestützt haben, verwerfen die Randgruppentheorie inzwischen als auf „*idealistischen und falschen Vorstellungen*“³⁵⁷ beruhend. Der Bruch mit der antiautoritären Bewegung und der Kritischen Theorie wird in diesen Gruppierungen verdeutlicht im Paradigmenwechsel von der antiautoritären zur als sozialistisch bezeichneten Erziehung.

Diese Entwicklung zeigt anschaulich, wie sich die Bedeutung der Theorie der antiautoritären Bewegung geändert hat. Nur noch eine Minderheit hält an den antiautoritären Theorien und damit auch an der Rezeption der Kritischen Theorie fest. Die große Mehrheit dagegen verwirft inzwischen diese Ansätze:

*„Jede Gesamtstrategie für die Bundesrepublik und Westberlin, die in der derzeitigen historischen Situation nicht unter dem Primat der Reorganisation der Arbeiterklasse steht, fällt hinter unseren bisherigen Erfahrungen zurück, endet entweder als kritische Theorie, Seminar marxismus, verläuft zwangsläufig putschistisch oder wird sozialreformerisch.“*³⁵⁸

Insgesamt lässt sich festhalten, dass spätestens mit der Randgruppenkonferenz in Berlin die große Mehrheit der aus der antiautoritären Bewegung hervorgegangenen sozialistischen Gruppen die Randgruppenstrategie verwirft und sich auf die Industriearbeiterschaft, als einzig revolutionäres Subjekt, konzentriert. Die bereits beschriebene „proletarische Wende“ der Bewegung setzt sich also auch in diesem Bereich fort.

4.8 „Die Reste bürgerlicher Ideologie entschieden bekämpfen“

Die bisher beschriebene Abwendung von den Überlegungen der Kritischen Theorie geschieht meist indirekt über die Abkehr von der antiautoritären Bewegung und deren Rezeption der Kritischen Theorie. Dagegen wendet sich

³⁵⁷ Berliner Kinderläden 1970, S. 36.

³⁵⁸ Vorbereitungsgruppe der Randgruppenkonferenz (Berlin), Zur sozialistischen Randgruppenstrategie, in: Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 54 vom 27.02.1970, S. 3.

das Heidelberger SDS-Bundesvorstandsmitglied Joscha Schmierer, der in seiner programmatischen Schrift „Die theoretische Auseinandersetzung vorantreiben und die Reste bürgerlicher Ideologie entschieden bekämpfen – Die Kritische Theorie und die Studentenbewegung“³⁵⁹ sowohl die studentische Rezeption der Kritischen Theorie als auch die Kritische Theorie selber verwirft. Schmierer beschäftigt sich in diesem Text in erster Linie mit der Theorie des autoritären Staates von Horkheimer und dessen Rezeption durch Krahl. Insbesondere Horkheimers Kritik an der Organisationsform der Partei und dessen Analyse von der veränderten Rolle der Arbeiter im autoritären Staat weist Schmierer zurück und stellt dem die leninistische Kaderpartei als einzig mögliche Organisationsform des Proletariats entgegen. Dass die Kritische Theorie in der Studentenbewegung eine so große Relevanz erreichen konnte, erklärt er sich einerseits mit der durch den Nationalsozialismus und der Adenauerzeit unterbrochenen Kontinuität der deutschen Arbeiterbewegung und andererseits aus der spezifischen Klassenlage der Studierenden. Zur Attraktivität der Kritischen Theorie für die Studierenden schreibt er:

„Sie zog die linken Studenten an, die Vereinzelte waren, ohne sie zum Bruch mit den bürgerlichen Wertmaßstäben zu zwingen und ihnen die Einsicht in den Zusammenhang zwischen Praxis und Organisation aufzudrängen. Sie war die spezifische Ideologie von Intellektuellen, die die bürgerliche Gesellschaft satt hatten und die Fähigkeiten des Proletariats bezweifelten, die bürgerliche Gesellschaft umzustürzen, und konnte so bruchlos zur Ideologie einer Studentenbewegung werden, die antibourgeois motiviert sich auf keine Praxis der Arbeiterbewegung beziehen konnte. Außerdem schien die kritische Theorie zu erklären, warum die Arbeiterklasse integriert war, und zu versprechen, dass die kapitalistische Gesellschaft dennoch erfolgreich bekämpft werden könne: Integration der Arbeiterklasse und möglicher Aufstand der Vereinzelten leitet sie ab aus dem Begriff des autoritären Staates. Die kritische Theorie ist die geschwätzig gewordene Resignation über den Faschismus, der mit der Sphäre der Zirkulation und damit der Krise auch die Arbeiterklasse unter Kontrolle gebracht haben soll. Der Kapitalismus endet nicht mit seinem Zusammenbruch, sondern vegetiert im ‚autoritären Staat‘ dahin.“³⁶⁰

Gegen die hier denunzierte Theorie des autoritären Staates stellt Schmierer die Imperialismustheorie Lenins³⁶¹ und dessen Optimismus auf einen baldigen Sturz

³⁵⁹ Joscha Schmierer, Die theoretische Auseinandersetzung vorantreiben und die Reste bürgerlicher Ideologie entschieden bekämpfen – Die Kritische Theorie und die Studentenbewegung, in: Rotes Forum, vormals forum academicum. Heidelberger Studentenzeitschrift 1/70 vom 02.02.1970, S. 29-36.

³⁶⁰ Ebenda, S. 30. Hervorhebung im Original.

³⁶¹ Vgl. Lenin, 1960, S. 189-309.

des kapitalistischen Systems. Damit thematisiert er einen Punkt, der in der Kritik an der Frankfurter Schule immer wieder aufgenommen wird, nämlich ihre Negativität bzw. ihre pessimistische Geschichtsauffassung. Erklären lässt sich die Kritische Theorie für Schmierer nur aus einer Schwächeperiode der Arbeiterbewegung.

„Die kritische Theorie ist eine Intellektuellenideologie in einer Phase der Ohnmacht des Proletariats. Ihre Praxisferne mochte deshalb als Ausdruck der historischen Situation verstanden werden, nicht als Implikat der Theorie selbst.“³⁶²

Folgerichtig zu dieser Ablehnung der Kritischen Theorie ist die Ablehnung der studentischen Rezeption derselben. Schmierer weist Krahl's Überlegungen über die Rolle der Intelligenz als *„kollektiven Theoretiker des Proletariats“*³⁶³ und dessen Überlegungen über die Neue Arbeiterklasse, zu der auch die wissenschaftliche Intelligenz gehöre, zurück. Denn nach der Ansicht Schmierers hält sich das Monopolkapital *„einen ganzen Heerhaufen von Handlangern zur Fesselung der Produktivkräfte, die es aus dem Mehrwert und den imperialistischen Extraprofiten aushält.“*³⁶⁴ Diese Handlanger, mit denen Schmierer die Intellektuellen meint, seien zwar vom Kapital und dessen Staat abhängig, aber da das Kapital nicht von deren produktiver Arbeit abhängig ist, seien sie folglich auch keine Proletarier.

Generell teilt Schmierer die Kritische Theorie in zwei Strömungen ein. Seine Einteilung wird in vielen marxistisch-leninistischen Kritiken nach ihm übernommen: eine kulturpessimistisch-anarchistische, die vor allem von Horkheimer vertreten wird, und eine reformistische, die durch Habermas repräsentiert wird. Diese Strömungen spiegeln sich nach der Meinung Joscha Schmierers auch in den der Studentenbewegung nachfolgenden Gruppen wider. Neben einer Fraktion, die dem individuellen Terror und der Subkultur anhängt und damit für ihn in der Tradition der Theorie Horkheimers steht, vertrete die andere Fraktion reformistische Überzeugungen, die der Habermaschen Strömung der Kritischen Theorie entsprechen. Seine Hoffnungen setzt Schmierer dagegen auf eine dritte Fraktion die aus der Studentenbewegung hervorgegangen ist, die *„die Rekonstruktion der*

³⁶² Ebenda, S. 33f.

³⁶³ Krahl 1971, S. 345.

*marxistisch-leninistische Theorie und Praxis*³⁶⁵ in Angriff nehme und damit die Voraussetzungen zum Aufbau der proletarischen Kaderpartei schaffe.

Schmierers Aufsatz ist die erste ausführliche und grundsätzliche Auseinandersetzung der aus der Studentenbewegung hervorgegangenen marxistisch-leninistischen Bewegung nicht nur mit der antiautoritären Rezeption der Kritischen Theorie, sondern mit Teilen der Kritischen Theorie selbst. In ihm lassen sich die Tendenzen in der Theoriebildung der aus der Studentenbewegung kommenden marxistisch-leninistischen Bewegung nachvollziehen. Sie sind der theoretische Ausdruck der praktischen Veränderungen, die die aus der Studentenbewegung hervorgegangenen Gruppen durchmachen.

Diese bisher beschriebenen Veränderungen von der antiautoritären Protestbewegung hin zu den neoleninistischen Gruppen fasst Fritz Kramer, ein ebenfalls ehemals führendes Mitglied des SDS in Heidelberg, scharf zusammen:

*„Das ideologische Freibeutertum der antiautoritären Studentenschaft schlägt tendenziell um in Dogmatismus und Pietät, der Antikommunismus in Stalinismus, die Organisationsanarchie in angebliche ‚proletarische Disziplinierung‘, auf die Verachtung des Arbeiters folgt die Apotheose des Proletariats.“*³⁶⁶

Im Zuge dieser Entwicklungen löst sich der bereits seit längerem nicht mehr handlungsfähige SDS im März 1970 als Bundesverband auf. Einige Ortsgruppen bestehen allerdings noch einige Zeit lang weiter, etwa die Ortsgruppe Heidelberg, die aber im Juni 1970 von der baden-württembergischen Landesregierung verboten wird. Bereits vorher im Februar 1970 stirbt der theoretische Kopf der antiautoritären Bewegung, Hans-Jürgen Krahl, bei einem Autounfall. Mit diesen Ereignissen ist die Aufspaltung und Fraktionierung der Protestbewegung besiegelt. Eine kollektive Identität, die konstitutiv ist für eine soziale Bewegung, existiert nun nicht mehr.

³⁶⁴ Schmierer 1970, S. 36.

³⁶⁵ Ebenda, S. 34.

³⁶⁶ Fritz Kramer, Über Sozialismus in China und Russland und die Marxsche Theorie der Geschichte, in: Rotes Forum, Organ des SDS-Heidelberg 3/70 vom 03.06.1970, S. 5.

Inzwischen haben sich folgende Strömungen aus der Konkursmasse der Studentenrevolte herausgebildet:

- die an der Moskauer Politik orientierte orthodox-kommunistischen DKP,
- die aktionistische Sponti-Bewegung, die innerhalb des subkulturellen Milieus agiert,
- Anhänger klassischer Strömungen der radikalen Linken, die in der Bundesrepublik bisher eher marginalisiert waren, wie der Trotzismus oder der klassische Anarchismus,
- diejenigen, die unter dem Slogan des „Marsches durch die Institutionen“ wieder im System angekommen sind,
- eine große Anzahl von Anhängern östlicher Religionen, Psychosekten und esoterischer Vereinigungen,
- die neue Frauenbewegung, sowie
- die marxistisch-leninistischen Gruppierungen, aus denen im Folgenden die K-Gruppen entstehen.

Anfang der siebziger Jahre werden die K-Gruppen, hinter der DKP, sogar die einflussreichste Strömung der radikalen Linken in der Bundesrepublik repräsentieren.

4.9 Die Spaltung der Heidelberger Linken und die Abrechnung mit der Studentenbewegung

In diesem Kapitel soll die Spaltung der universitären Linken in Heidelberg beschrieben werden. Dies ist aus drei Gründen für den Untersuchungsgang dieser Arbeit von Bedeutung. Erstens steht die Spaltung der aus dem SDS hervorgegangenen Gruppen in Heidelberg beispielhaft für die Entwicklung in der ganzen Bundesrepublik, zweitens führt der Streit zu einer Auseinandersetzung über die Kritische Theorie, und drittens entsteht aus dieser Spaltung später die bedeutendste K-Gruppe, der „Kommunistische Bund Westdeutschlands“ (KBW). Zusätzlich zu diesen inhaltlichen Argumenten ist die Generalversammlung, auf der die Spaltung der Heidelberger Linken sich

manifestierte auf Tonband aufgenommen worden und anschließend transkribiert worden.³⁶⁷ Es liegt hier also der seltene Fall vor, dass solch ein für die weitere Entwicklung der bundesdeutschen Linken bedeutendes Ereignis schriftlich fixiert vorhanden ist und somit ausgewertet werden kann.

Im Juni 1970 verbietet die baden-württembergische Landesregierung den Heidelberger SDS und dessen Organ, das „Rote Forum“, mit der Begründung, Aktivisten des SDS seien führend an gewalttätigen Demonstrationen beteiligt gewesen. Anschließend kommt es in der Heidelberger Linken zu einem Konflikt um das Nachfolgeorgan des „Roten Forums“, das „Neue Rote Forum“. Vertreter des „Allgemeinen-Studierendenausschusses“ (AStA) der Heidelberger Universität verlangen, dass die Generalversammlung der Heidelberger Linken das Recht bekommt, die Redaktion des „Neuen Roten Forums“ zu wählen. Doch dieser scheinbar nur um eine Formalie geführte Streit liefert den Anlass für die verschiedenen Fraktionen sich über Grundsatzfragen auseinanderzusetzen. Auf einer Generalversammlung kommt es zum Zusammentreffen der Kontrahenten. Dabei richtet sich die Kritik der „Gruppe Neues Rotes Forum“ in erster Linie gegen einen Vertreter der AStA-Linie, Fritz Kramer, dem eine linkskommunistische, an der Kritischen Theorie orientierte Einstellung vorgeworfen wird:

„Ich gehe davon aus, dass der allgemeine Rahmen, in denen sich die Kramerschen Beiträge einordnen lassen, tatsächlich von den Anfängen der Kritischen Theorie vorgesteckt sind, also Theoremen, wie sie von Adorno und Horkheimer vor dem Krieg formuliert wurden. [...] so stellt Kramer [...] den Einzelnen einer Totalität gesellschaftlicher Beziehungen gegenüber, in die er nur schwer einzudringen vermag. [...] Das Gesellschaftliche erst einmal als Totalität, in die sich nicht eindringen lässt, als Prämisse vorweggenommen, denunziert politische Praxis als ohnmächtige Sektiererei, als puren Aktionismus, transformiert die Arbeiterklasse in ein ideales Substrat, an das man glauben muss, um nicht an der Unmöglichkeit historischen Fortschritts zu verzweifeln. Entsprechend ist Praxis nur noch als negativ bestimmte möglich, der theoretische Ausgangspunkt verweist stets nur auf einen neugefassten theoretischen Standpunkt. [...] Das Ganze erst einmal als übermächtig eingeführt und dann noch der historischen Kraft einer Arbeiterbewegung beraubt, lässt allerdings kaum noch eine andere Praxis zu, als Reflexion aufs eigene Selbst im stillen Kämmerlein. Dieser Konsequenz konnten sich auch die

³⁶⁷ Vgl. Julian von Eckhard, Irmi Lehmann und Sarma Marla (Hrsg.), Generalspaltung. Von der Studentenbewegung zu den Sekten und Zirkeln. Das vollständige Protokoll einer Debatte, exemplarisch geführt nach dem Ende des Heidelberger SDS. 21./22. November 1970, Heidelberg 1972, (Archiv für soziale Bewegungen Freiburg, Systematikpunkt Format A4 5.212.5.6.1).

*Exponenten der kritischen Theorie wie Adorno oder Horkheimer nicht entziehen.*³⁶⁸

Die Kritik, die Claus Koch hier formuliert und die vorgeblich den Konkurrenten Kramer treffen soll, ist eine radikale Generalabrechnung mit der Kritischen Theorie und damit auch mit dem antiautoritären Flügel der Studentenbewegung. Adorno und Horkheimer wird hier die Kapitulation vor den gesellschaftlichen Verhältnissen vorgeworfen. Diese müsse mit logischer Konsequenz zu einer individuellen intellektuellen Selbstbeschäftigung führen, die jegliche Praxis verwirft. Die Kritische Theorie sei deshalb rein negativ. Über dieses Ressentiment gegen die Kritik und den Kritiker, das jetzt ihn selber trifft, hatte Adorno bereits in einem Radiovortrag im Mai 1969 gesprochen:

*„Wesentlich deutsch, obwohl wiederum nicht so durchaus, wie leicht der annimmt, der nicht Analoges in anderen Ländern zu beobachten Gelegenheit hatte, ist ein antikritisches Schema, das aus der Philosophie, eben jener, die den Raisonneur anschwärzte, ins Gewäsch herabsank: die Anrufung des Positiven. Stets wieder findet man dem Wort Kritik, wenn es denn durchaus toleriert werden soll, oder wenn man gar selber kritisch agiert, das Wort konstruktiv beige stellt. Unterstellt wird, dass nur der Kritik üben könne, der etwas Besseres anstelle des Kritisierten vorzuschlagen habe;“*³⁶⁹

Diese hier von Adorno erwähnte Kritikfeindschaft und die damit zusammenhängende Intellektuellenfeindschaft, wird in einem späteren Kapitel noch ausführlicher behandelt werden. Aber Horkheimer und Adorno wird in dem erwähnten Beitrag nicht nur der Verzicht auf Praxis und eine rein negative Kritik vorgeworfen, sondern auch, dass sie den Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft zwischen Lohnarbeit und Kapital negieren würden. Dies träfe zwar auch auf Habermas zu, aber er würde immerhin wieder zur Praxis finden; allerdings zu einer reformistischen. Über diese Differenz innerhalb der Kritischen Theorie wird im Beitrag weiter ausgeführt:

„Wir haben einige Aspekte der kritischen Theorie dargestellt. Wir haben ihren zwiespältigen Charakter aufgezeigt, der es möglich macht, einmal aus der These Einzelner – Allgemeines eine antiautoritäre, gegen das Allgemeine und eine sozialpsychologische, für den Einzelnen, Praxis herzuleiten; zum anderen wurde am Beispiel Habermas gezeigt, wie – unter Negation des

³⁶⁸ Claus Koch, Zum Stellenwert der Beiträge Kramers auf der Generalversammlung in den Fraktionsauseinandersetzungen, in: Neues Rotes Forum 3/70 vom 16.12.1970, S. 52.

³⁶⁹ Theodor W. Adorno, Kritik, in: Rolf Tiedemann (Hrsg.), unter Mitwirkung von Gretel Adorno, Susan Buck-Morss und Klaus Schultz, Theodor W. Adorno, Gesammelte Schriften Band 10.2., Kulturkritik und Gesellschaft II. Eingriffe, Stichwort, Anhang, Frankfurt am Main 1977, S. 787ff.

*Grundwiderspruchs und der Einführung einer omnipotenten Technologie – reformistische Praxis sich aus Prämissen ableiten lässt. Stützte man sich auf die erste These vor allen Dingen in der anti-autoritären Phase der Studentenbewegung, so stützte sich ihre Fraktion der Reformisten nach Beendigung dieser Phase auf Habermas.*³⁷⁰

Mit dieser Zweiteilung der Kritischen Theorie in eine praxisfeindliche Variante (vertreten durch Adorno und Horkheimer), und eine reformistische Variante (vertreten durch Habermas), lasse sich, so Koch, auch die Entwicklung der Studentenbewegung erklären. Koch argumentiert in diesem Artikel exakt nach den theoretischen Vorgaben, die Schmierer in seiner Kritik an der Frankfurter Schule formuliert hat.

In der folgenden Ausgabe des „Neuen Roten Forum“ veröffentlicht die Gruppe „Neues Rotes Forum“, anschließend an die Auseinandersetzungen innerhalb der Heidelberger Linken, eine Abrechnung mit der Studentenbewegung. Darin heißt es: *„Der Widerspruch, den die Studentenbewegung spontan artikulierte, ist der Widerspruch zwischen bürgerlicher Ideologie und bürgerlicher Gesellschaft.*³⁷¹ Das bedeutet, dass die bürgerliche Ideologie von Freiheit und Gleichheit, die nur der *„historisch-systematische Ausdruck des Marktes*³⁷² ist, im Zeitalter des staatmonopolistischen Kapitalismus aufgehoben wird und damit der Widerspruch zwischen Ideologie und Wirklichkeit eklatant wird. Da der Monopolkapitalismus auch die Autonomie der Hochschulen aufhebt und die Wissenschaften seinem Verwertungsinteresse unterwirft, revoltieren die Studierenden dagegen. Aber sie tun dies mehrheitlich aus einem bürgerlich-demokratischen Bewusstsein heraus, nicht aus einem sozialistischen. Dagegen fordert die Gruppe „Neues Rotes Forum“ die Unterordnung der Studierenden unter die Arbeiterklasse, um somit ein sozialistisches Bewusstsein erlangen zu können:

*„Sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen hieß, die einzige Perspektive einnehmen, von der aus die bürgerliche Gesellschaft und ihre Ideologie nicht nur wissenschaftlich-systematisch erfasst werden kann, sondern praktische revolutionäre Arbeit überhaupt erst möglich wird.*³⁷³

³⁷⁰ Koch 1970, S. 55.

³⁷¹ Gruppe Neues Rotes Forum, Zur Analyse der Studentenbewegung, in: Neues Rotes Forum 1/71 vom 08.02.1971, S. 52.

³⁷² Ebenda, S. 52.

³⁷³ Ebenda, S. 55.

Des Weiteren richtet sich der Artikel gegen die vom antiautoritären Flügel der Studentenbewegung vertretene Theorie von der „neuen Arbeiterklasse“ und deren Annahme von der Integration der Arbeiter in die kapitalistische Gesellschaft, das heißt gegen die Kritische Theorie, wie sie von Marcuse vertreten wird. Joscha Schmierer fasst diese Punkte in einem weiteren Artikel zum Thema zusammen:

„Der Artikel ‚Zur Analyse der Studentenbewegung‘ war ein erster Versuch, den Klassencharakter der Studentenbewegung zu analysieren und historisch-materialistisch zu erklären. Der Artikel hatte zwei Stoßrichtungen: einerseits wandte er sich gegen jene Theoreme, die die Studenten als Kern einer ‚neuen Arbeiterklasse‘ verstanden und folgerichtig die Studentenbewegung zur Avantgarde der Arbeiterklasse erklärten; andererseits wandte er sich gegen Positionen, die ausgehend von der angeblichen Integration der Arbeiterklasse in die ‚spätkapitalistische Gesellschaft‘, den Gegensatz zwischen den emanzipatorischen Bedürfnissen des ‚Menschen‘ und den unterdrückerischen Interessen des autoritären Staates von der Peripherie der spätkapitalistischen Gesellschaft ausgehend zur Explosion bringen sollten. Beide Theoreme hatten der Studentenbewegung und ihren Sprechern dazu gedient, die partikularen Ziele der Studentenbewegung zu überhöhen und unmittelbar mit den Interessen der Gesellschaft in eins zu setzen.“³⁷⁴

Schmierer greift in diesem Artikel seine Kritik an der Theorie der Frankfurter Schule wieder auf und versucht erneut zu erklären, wieso diese Überlegungen auf soviel Zustimmung innerhalb der Studentenbewegung stoßen konnten. Seiner Meinung nach liege dies daran, dass die Hypothese von einer „Neuen Arbeiterklasse“ die Studierenden zu Vorkämpfern des klassischen Proletariats machen würde und somit die Intellektuellen zu den Führern der Klasse. Dem hält er das Konzept der leninistischen Kaderpartei entgegen, ohne zu analysieren, dass gerade diese Organisationsform die Vorherrschaft der Kopfarbeiter über die Handarbeiter zementiert. Der Versuch der Studentenbewegung eine der Zeit angemessene Klassenanalyse durchzuführen wird von Schmierer zugunsten des Rückgriffs auf die leninistische Orthodoxie abgewehrt.

Die hier beschriebene Abwendung von zwei zentralen Theorien des antiautoritären Flügels der Studentenbewegung, der Randgruppentheorie und

³⁷⁴ Joscha Schmierer, Die neuen Mittelklassen und das Proletariat – Bürgerliche und proletarische Linie in der Klassenanalyse, in: Neues Rotes Forum 4/71 vom Oktober 1971, S. 44.

den Gedanken zur „Neuen Arbeiterklasse“, machen nun auch für ehemals Antiautoritäre den Weg frei für die Gründung der K-Gruppen.

5 Die Auseinandersetzungen über den Nationalsozialismus in der Übergangsphase zu den K-Gruppen

Im Folgenden soll die weitere Auseinandersetzung der Protestbewegung mit dem Nationalsozialismus beschrieben werden. Dabei stehen diejenigen Gruppen im Mittelpunkt des Interesses, aus denen sich später die K-Gruppen entwickeln.

Als erstes wird der weitere Verlauf der Diskussion über eine Theorie des Faschismus dargestellt. Es folgen Kapitel über die weitere Beschäftigung mit den Kontinuitäten des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik und zu innenpolitischen Entwicklungen, die im Kontext der Faschismuskritik debattiert werden. Die anschließende Darstellung des Verhältnisses der Protestbewegung zu Israel und die damit zusammenhängenden Bezüge zur deutschen Geschichte werden sich auf einige wenige Beispiele beschränken, da es zu diesem Thema einerseits bereits eine relativ ausführliche Literaturlage gibt und andererseits sich die Positionen der verschiedenen Fraktionen zum jüdischen Staat nicht allzu sehr unterscheiden. Somit sollen in diesem Zusammenhang nur die groben Entwicklungslinien nachgezeichnet und einige wichtige Beispiele exemplarisch herausgegriffen und analysiert werden.

5.1 Die weiteren Diskussionen über eine Theorie des Faschismus

Auch nachdem die Studentenbewegung ihren Höhepunkt überschritten hat und der Zerfall in die einzelne Fraktionen voranschreitet, wird der Diskussion über die nationalsozialistische Vergangenheit und einer daraus zu entwickelnden Theorie des Faschismus ein hoher Stellenwert beigemessen. Die schon seit Beginn der aktionistischen Phase der Studentenbewegung erkennbare Tendenz, von der konkreten deutschen Vergangenheit zu abstrahieren und eine generalisierende Theorie des Faschismus zu entwickeln, setzt sich nun verstärkt fort.

Die Zeitschrift „Das Argument“, die von Beginn bis Mitte der sechziger Jahre die Faschismuskonversation innerhalb der Neuen Linken mit ihren Schwerpunktheften maßgeblich beeinflusst hat, verliert trotz weiterer Beschäftigung mit diesem Thema aufgrund der fortgeschrittenen Fraktionierung, die einen einheitlichen Bezug auf Debattenbeiträge verunmöglicht, an Bedeutung. Außerdem nähert sich „Das Argument“ inhaltlich sukzessive den Positionen der DKP an und steht damit für die maoistisch-orientierten Gruppierungen außerhalb jeglicher Diskussion, obwohl es doch gerade die traditionsmarxistische Analyse des Faschismus ist, die diese beiden Strömungen der Linken vereint.

Eine weitere Tendenz innerhalb der Faschismuskonversation ist die Bezugnahme auf historische Debatten und Analysen. Da sich die marxistisch-leninistischen Parteaufbauzirkel in der Tradition der KPD der Weimarer Republik und der „Kommunistischen Internationale“ (Kominintern) sehen, wird in der Debatte meist auf die Autorität des historischen Vorbildes verwiesen. Trotzdem führt dies nicht zu einer einheitlichen Theorie des Faschismus innerhalb der entstehenden K-Gruppen, da es in der kommunistischen Theorie eine Vielzahl von Faschismustheorien gibt, die für die einzelnen Strömungen zu verschiedenen Zeiten ihre Gültigkeit hatten.

Welche Bedeutung die Faschismuskonversation für die marxistisch-leninistische Bewegung hat, zeigt das Vorwort eines Buches aus dem „Verlag Neues Rotes Forum“, in dem Dokumente der KPD und der Kommunistischen Internationale veröffentlicht werden. Dort heißt es:

„Diese Broschüre ist umso notwendiger geworden, als der Kampf zweier Linien, der Kampf zwischen dialektischem Materialismus und bürgerlichem Idealismus sich gegenwärtig in der ‚Faschismusfrage‘ und der Frage des antifaschistischen Kampfes zuspitzt. Dahinter steht die Frage der richtigen Einschätzung der gegenwärtigen Klassenkampfsituation. Sie ist entscheidend.“³⁷⁵

Das Zitat zeigt, dass es nicht in erster Linie die Analyse des Faschismus ist, die die Kontroversen zwischen den verschiedenen Fraktionen bestimmt, sondern vor allem die Konsequenzen die daraus für die politische Alltagsarbeit gezogen werden. Denn in der Bestimmung des Faschismus wird von allen ML-Gruppen

³⁷⁵ N.N., Faschismusanalyse und antifaschistischer Kampf der Kommunistischen Internationale und der KPD 1923-1945, zweite, unveränderte Auflage der 1973 im Verlag „Neues Rotes Forum“ erschienenen Ausgabe, Heidelberg 1974, S. 5.

auf die Definition der „Kommunistischen Internationale“ von 1935 zurückgegriffen, die den Faschismus als *„die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“*³⁷⁶ zu definieren versucht. Die Funktion des Faschismus wird dabei in erster Linie in der terroristischen Unterdrückung der Arbeiterbewegung gesehen.

Die Differenzen zwischen den einzelnen Gruppierungen betreffen dagegen mehrheitlich die Frage nach der Aktualität des Faschismus und nach der Form des Kampfes dagegen. Dabei werden sämtliche sich zum Teil einander widersprechende Strategien der KPD und der Komintern von den einzelnen Gruppen in Betracht gezogen. Das geht von der Sozialfaschismustheorie, die den Hauptfeind in der SPD verkörpert sieht, über die so genannte „Einheitsfront von unten“, die einen gemeinsamen antifaschistischen Kampf mit der Basis der SPD vorsieht, über die Einheitsfront aus „Kommunistischer Partei“ und SPD bis hin zur Volksfront, in der alle nichtfaschistischen Teile der Bevölkerung zusammenkämpfen sollen.³⁷⁷ In dieser unterschiedlichen Einschätzung der gesellschaftlichen Realität der Bundesrepublik zeigen sich einige der wenigen theoretischen Differenzen zwischen den marxistisch-leninistischen Aufbaugruppen.

Während die bereits existierende KPD/ML von der Sozialfaschismustheorie ausgeht und sich damit inhaltlich von den anderen ML-Organisationen isoliert, (was in einem späteren Kapitel ausführlich dargestellt werden wird), vertreten die meisten übrigen aus der Studentenbewegung hervorgegangenen marxistisch-leninistischen Gruppen, die sich noch nicht zu den späteren K-Gruppen konstituiert haben, in jeweils unterschiedlichem Maß Strategien der Bündnispolitik. Dabei grenzen sie sich aber scharf gegenüber der sehr weitgehenden Bündnispolitik der DKP ab, die als Aufgabe marxistischer Positionen angesehen wird. Allerdings wird auch die Gefahr gesehen, aus dieser Abgrenzungsstrategie heraus in die radikalste Gegenposition, die

³⁷⁶ Dimitroff 1958, S. 525.

³⁷⁷ Zu den verschiedenen Taktiken des kommunistischer Antifaschismus siehe: Gruppe MAGMA, „...denn Angriff ist die beste Verteidigung“. Die KPD zwischen Revolution und Faschismus, Bonn 2001.

Sozialfaschismustheorie, überzugehen. Aus diesem Grund schreibt die Berliner „Rote Zelle Germanistik“ in ihrer Kritik an der Sozialfaschismustheorie:

„Es kann nicht darauf ankommen, gegenüber den Positionen von SED und DKP als Ausdruck einer ‚antirevisionistischen‘ Haltung am Begriff Sozialfaschismus zur Charakterisierung festzuhalten. Denn die Gefahr, dass dadurch die wichtige Differenz zwischen momentaner Gewaltanwendung auf bürgerlich-rechtstaatlicher Grundlage und offener terroristischer Zerschlagung des kämpfenden Proletariats verloren geht, ist sehr groß.“³⁷⁸

Kritik an der unreflektierten Übernahme der historischen Analysen übt auch die „Kommunistische Gruppe (Neues Rotes Forum)“ aus Heidelberg, die sich in ihrer Zeitschrift intensiv mit der Faschismuskritik beschäftigt. Sie bestimmt darin den Faschismus folgendermaßen:

„Der Faschismus ist die Waffe der Bourgeoisie gegen einen zweifachen Feind: die Zerstörung ihrer sozialen Herrschaft durch die Verschärfung der ökonomischen Widersprüche und die Bedrohung ihrer politischen Herrschaft durch den revolutionären Ansturm des Proletariats.“³⁷⁹

Da die „Kommunistische Gruppe (Neues Rotes Forum)“ eine der beiden Bedingungen für den Faschismus, nämlich den revolutionären Ansturm des Proletariats, in der Bundesrepublik nicht gegeben sieht, kann sie in der momentanen Situation keine unmittelbare faschistische Gefahr erkennen. Sie kritisiert daher auch scharf Gruppen, die etwa diese Gefahr für akut halten und daraus ihre politische Taktik entwickeln, wie den KAB Hamburg und den aus ihm entstehenden KB. Diesen Gruppierungen wird nicht nur eine falsche Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse vorgeworfen, sondern auch eine Sabotage des Klassenkampfes, da sie die Arbeiterklasse zu falschen politischen Handeln anleiten würden:

„Die opportunistischen Liquidatoren des KB/Hamburg, die die Gefahr des Faschismus an die Wand malen, und die in einer Situation, in der die Bourgeoisie mit den Mitteln des bürgerlichen Rechtsstaates herrscht, in der sie die Mittel dieses Rechtsstaates mit Hilfe der bürgerlichen Parteien und ihres Einflusses in den Massen ständig ausbaut, die Arbeiterklasse auf eine dieser Parteien – die SPD – und die Erhaltung des Rechtsstaates orientieren, leisten der Bourgeoisie die besten Dienste. Sie sabotieren den Klassenkampf und

³⁷⁸ Rote Zelle Germanistik (Rotzeg), Die Rolle der SPD im Faschisierungsprozeß der Weimarer Republik und die Sozialfaschismustheorie der KPD, in: Rote Pressekorrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 87 vom 23.10.1970, S. 10.

³⁷⁹ Peter Lagarde, Bemerkungen zur Faschismus-Diskussion, in: Neues Rotes Forum 6/71 vom Dezember 1971, S. 39.

*verhindern damit, dass sich die Arbeiterklasse in den sich verschärfenden Krisen des Kapitalismus politisch formiert.*³⁸⁰

Obwohl sich die Mitglieder der „Kommunistischen Gruppe (Neues Rotes Forum)“ intensiv mit den verschiedenen linken Faschismustheorien beschäftigen und Unstimmigkeiten und Fehler in den Faschismusanalysen der konkurrierenden linken Gruppierungen scharf angreifen, bestimmen doch auch sie den Faschismus als bloßes Instrument der Bourgeoisie. Dies vereint ihre Analyse wieder mit den anderen marxistisch-leninistischen Zirkeln.

So charakterisieren sie die Strukturen des Faschismus wie folgt:

*„Das Lager der Monopolbourgeoisie war so geordnet, dass sie selber auf dem Feldherrenhügel saß, Hitler der Offizier war und als Truppen die faschistischen Banden eingesetzt wurden.“*³⁸¹

Bei dieser instrumentellen Faschismustheorie verwundert es nicht, dass der Antisemitismus sowohl derjenige der NS-Spitze als auch derjenige der deutschen Bevölkerung, keine Erwähnung findet. Dies stellt eine weitere Gemeinsamkeit in der Beschäftigung aller marxistisch-leninistischen Zirkel mit dem Faschismus dar und unterscheidet sie von der Studentenbewegung der frühen sechziger Jahre, in welcher der Kampf gegen den Antisemitismus eine hohe Priorität besaß.

Dies bedeutet folgerichtig auch, dass die Rolle der deutschen Bevölkerung und vor allem der deutschen Arbeiterklasse während des Nationalsozialismus von den marxistisch-leninistischen Aufbauorganisationen einheitlich interpretiert wird. Da sie die Funktion des Faschismus in erster Linie in der Unterdrückung der Arbeiterklasse sehen, können sie in den deutschen Arbeitern auch nur Opfer des Systems erkennen. Den Beitrag, den die deutsche Bevölkerung und darunter auch die deutsche Arbeiterklasse zum Funktionieren des Nationalsozialismus beigetragen haben, müssen sie daher verleugnen. Für die ML-Zirkel ist der Nazifaschismus die terroristische Herrschaft einer kleinen Minderheit der Monopolbourgeoisie über die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Von einer Mitverantwortung der Deutschen an den

³⁸⁰ Christine Bucher, Vom Standpunkt der großen Kleinmütigkeit zum Standpunkt des kleineren Übels (Zur Faschismustheorie des KB-Nord), in: Neues Rotes Forum 6/72 vom Dezember 1972, S. 26.

³⁸¹ B.F., Die deutsche Monopolbourgeoisie und ihr faschistischer Ausweg aus der Krise der Weimarer Republik, in: Neues Rotes Forum 3/72 vom August 1972, S. 26.

nationalsozialistischen Verbrechen wird daher geschwiegen. Die Anhänger der NSDAP werden deshalb nur als verführte und betrogene Menschen angesehen, die man nur über die wahren Ziele der Nazis aufklären müsse, um sie für die richtige Seite zu gewinnen. Diese Sichtweise der marxistisch-leninistischen Studentengruppen auf den deutschen Faschismus steht in der Tradition ihres großen Vorbildes, der KPD der Weimarer Republik, die ebenfalls die Beteiligung der Mehrheit der Deutschen am nationalsozialistischen Regime verleugnete:

„In dem Maße, wie die KPD von einem belogenen, betrogenen und verratenen Volk ausging, blendete sie die Massenbasis des deutschen Faschismus aus. Indem die Partei nicht müde wurde, das Bild von den irreführten und fehlgeleiteten Volksmassen zu zeichnen, übersah sie gleichsam, dass viele Deutsche aus allen Klassen die Inhalte der faschistischen Ideologie teilten. Jeder Form von Herrschaft liegt ein Wechselverhältnis von Repression und gesellschaftlicher Akzeptanz zugrunde; und in der Weimarer Republik waren reaktionäre Wertvorstellungen bei weiten Teilen der Bevölkerung tief verankert. Insofern war der Faschismus kein bloßes Werkzeug in der Hand der Großbourgeoisie. Vielmehr fiel die faschistische Ideologie gerade in Deutschland auf einen fruchtbaren Boden.“³⁸²

Aus dieser historischen Tradition der Faschismusanalyse heraus verwahren sich die marxistisch-leninistischen Gruppen natürlich auf das Schärfste gegen eine vermeintliche „Kollektivschuld-These“. Diese Abwehr wendet sich vor allem gegen die USA, denen damit der Anspruch auf die Befreiung vom Nationalsozialismus aberkannt wird und deren aktuelle Position als „Hauptfeind Nummer eins“ gerechtfertigt werden soll. So schreibt zum Beispiel die „Rote Zelle Germanistik“ in ihrem Seminarprogramm für das Wintersemester 1970/71:

„Dagegen ging der US-Imperialismus mit einer konterevolutionären Strategie vor, die die Hauptträger des deutschen Imperialismus und Hauptschuldigen des Weltkrieges zunächst durch die Kollektivschuldtheorie entlastete, um sich später mit ihnen zu verbünden.“³⁸³

Dieses Zitat belegt noch einmal anschaulich den Begriff, den sich die marxistisch-leninistischen Gruppen vom Faschismus machen: Einerseits zeigt er den bereits beschriebenen verkürzten Blick des Faschismus als die terroristische Herrschaft einer kleiner Gruppe Monopolkapitalisten und ihrer

³⁸² Gruppe Magma 2001, S. 184.

³⁸³ Rote Zelle Germanistik, Die Seminare des Sozialistischen Studiums der Roten Zelle Germanistik WS 1970/71, in: Rote Pressekorrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 88 vom 30.10.1970, S. 13.

Verbündeten. Und daraus folgend entlastet diese Theorie die restliche Bevölkerung von jeder Schuld an der nationalsozialistischen Herrschaft. Folglich wird eine Kollektivschuld-These energisch abgewehrt, obwohl diese doch nur von denen verwendet wird, die sie anschließend empört zurückweisen wollen. Sie dient einzig und allein der Schuldabwehr und zur Anklage derjenigen die sie angeblich gegen die Deutschen richten, nämlich gegen die Opfer des Nationalsozialismus und die alliierten Siegermächte. Günther Anders hat die Konstruiertheit der Kollektivschuldtheorie und deren Verbindung mit dem Antisemitismus prägnant beschrieben:

„Gäbe es dieses Wort nicht, Ihr würdet es erfinden, um es zu bekämpfen. So wie Ihr, wenn es uns Juden nicht gegeben hätte, Juden erfunden und sogar hergestellt hättet, um uns zu verfolgen und liquidieren zu können. Der Vergleich ist deshalb mehr als eine Parallele, weil es sich in beiden Fällen um die typische Taktik des Antisemitismus handelt, der deshalb auf Juden angewiesen ist, weil diese das unverzichtbare Futter für die Hasslust ist. Kurz: Ihre Leute hier, die Eichmannsöhne von heute, leben geradezu im Glauben daran, dass die sie verunrechtende Anklage von uns dauernd vertreten werde. Sie benötigen den Vorwurf, um durch Nachweis seiner Falschheit ihre Schuldlosigkeit beweisen zu können.“³⁸⁴

Die marxistisch-leninistischen Gruppierungen übernehmen hier die Schuldabwehrmechanismen der deutschen Nachkriegsgesellschaft und entfernen sich damit eindeutig von der Studentenbewegung der fünfziger und sechziger Jahre, in denen der SDS eine schonungslose Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit begonnen hat.

Den Vorwurf, die Kollektivschuld-These zu verwenden, wird in erster Linie den USA gemacht, die von den marxistisch-leninistischen Gruppen zum Hauptfeind erkoren werden. Die Leistung der US-Armee bei der Befreiung vom NS-Faschismus soll damit einerseits vermindert werden, andererseits wird den USA vorgeworfen, nach dem Krieg gemeinsam mit den am Faschismus verantwortlichen Kreisen des Monopolkapitals die kapitalistische Herrschaft aufrechterhalten zu haben.

Die Angriffe gegen die USA sind wegen des Vietnamkrieges schon auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung massiv und führen zum Teil schon damals zu Vergleichen mit dem Nationalsozialismus. Diese Praxis wird nun in den

³⁸⁴ Günther Anders, *Wir Eichmannsöhne*. Offener Brief an Klaus Eichmann, zweite, durch einen weiteren Brief ergänzte Auflage, München 1988, S. 82. Hervorhebung im Original.

verschiedenen Fraktionen, die aus der Studentenbewegung entstanden sind, weitergeführt. So schreibt zum Beispiel die marxistisch-leninistische „Rote Presse Korrespondenz“: *„Die ersten Anzeichen des Faschismus in Amerika sind schon aufgetreten“*³⁸⁵. Der „Kommunistische Arbeiterbund (Marxisten-Leninisten)“ bezeichnet den US-Vizepräsidenten Agnew als Faschisten³⁸⁶ und selbst das eher undogmatische „Kursbuch“ bringt im Dezember 1970 ein Dossier des Autors Reinhard Lettau heraus, in dem dieser Artikel aus amerikanischen Zeitungen unter der Überschrift „Täglicher Faschismus“ montiert.³⁸⁷ Am weitesten geht aber das „Zentralorgan der Revolutionären Jugend“, der „Rebell“, der die USA als *„Yankee-Nazi-Imperialismus“*³⁸⁸ bezeichnet.

Aber nicht nur in den USA wird der Faschismus entdeckt. Es lassen sich zahlreiche Beispiele in den Publikationen der Protestbewegung finden, in denen Ländern, in denen eine autoritäre Regierung herrscht, der Vorwurf des Faschismus gemacht wird. Aber der Faschismusvorwurf beschränkt sich nicht nur auf die Regierungssysteme einzelner Staaten, auch einzelne als besonders brutal empfundene staatliche Maßnahmen, wie etwa Polizeigewalt gegen Demonstranten werden als faschistisch denunziert.³⁸⁹

Diese Beispiele zeigen, dass der Faschismus-Begriff innerhalb der Protestbewegung, trotz des heftigen internen Streits um die exakte Auslegung der historischen Analysen, inflationär und ohne inhaltliche Bestimmung gebraucht wird. Er wird zur moralischen Diskreditierung des politischen Gegners benutzt und relativiert dadurch die historischen Besonderheiten der faschistischen und insbesondere der nationalsozialistischen Verbrechen. Der

³⁸⁵ Redaktion Rote Pressekorrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung, Rebellion in der US-Armee Westberlin, in: Rote Presse Korrespondenz Nr. 80/81 vom 11.09.1970, S. 23.

³⁸⁶ Vgl. Kommunistischer Arbeiterbund (Marxisten-Leninisten), US-Vize besucht seine Schäfchen, in: Kommunistische Pressekorrespondenz. Herausgegeben vom Kommunistischen Arbeiterbund (Marxisten-Leninisten), Nr. 1 vom 09.09.1970, S. 6.

³⁸⁷ Vgl. Reinhard Lettau, Täglicher Faschismus. Evidenz aus fünf Monaten, in: Kursbuch 22 vom Dezember 1970, S. 1-44.

³⁸⁸ Revolutionäre Jugend (ML), Häuptling des US-Imperialismus auf „Staatsbesuch“ bei seinen europäischen Vassalen, in: Rebell – Zentralorgan der Revolutionären Jugend (ML), NR. 7 vom März 1969, S. 10.

³⁸⁹ Vgl. hierzu etwa: Kommunistischer Arbeiterbund (Marxisten-Leninisten), USA: Demonstration gegen faschistischen Polizeiterror, in: Kommunistische Pressekorrespondenz. Herausgegeben vom Kommunistischen Arbeiterbund (Marxisten-Leninisten), Nr. 39 vom 28.09.1971, S. 7.

Faschismus-Begriff, so wie ihn die marxistisch-leninistischen Gruppen verwenden, dient so zur Verdrängung der Erfahrungen des Nationalsozialismus.

5.2 Die fortgesetzte Beschäftigung mit den Kontinuitäten des Nationalsozialismus in der BRD

Durch ihre Analyse des Faschismus und des Nationalsozialismus als offene diktatorische Herrschaftsform des Monopolkapitals betonen die marxistisch-leninistischen Gruppen verstärkt die Kontinuitäten zwischen dem NS-Staat und der BRD. Sie führen auf, dass die meisten Verantwortlichen etwa in den Bereichen Wirtschaft, Justiz und Verwaltung nicht von der Entnazifizierung erfasst wurden und somit ihre Tätigkeit ungehindert fortsetzen konnten. Dabei wird allerdings meist sehr abstrakt vom Weiterbestehen der Herrschaft des Monopolkapitals gesprochen und nur selten konkret die Kontinuität von einzelnen Vertretern des NS-Regimes in ihren Tätigkeitsgebieten in der Bundesrepublik entlarvt, was früher in der Studentenbewegung noch einen höheren Stellenwert hatte. Artikel, in denen zum Beispiel der Verlauf des Prozesses gegen Beate Klarsfeld beschrieben wird, haben daher in den marxistisch-leninistischen Zeitschriften Seltenheitswert. Diese Entwicklung ist allerdings nicht auf die ML-Linke beschränkt, sondern auch die anderen Fraktionen entwickeln sich in diese Richtung. Wie bereits gezeigt, beginnt bereits mit dem Ausbruch der aktionistischen Phase der Protestbewegung eine Abwendung von der konkreten Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit. Ein generalisierender Faschismusbegriff nimmt ihre Stelle ein. Beispielhaft dafür soll hier ein Zitat von Hans-Magnus Enzensberger aus dem Jahr 1968 wiedergegeben werden:

„Der neue Faschismus kommt ohne Führer aus. Die Figuren an der Spitze sind vollkommen fungibel und austauschbar. Rücktrittsforderungen sind sinnlos geworden. Wo keine Personen mehr zu erblicken sind, verdienen

*Auseinandersetzungen über diesen oder jenen PG, diesen oder jenen KZ-Baumeister nur noch folkloristisches Interesse.*³⁹⁰

Aus der prinzipiell richtigen Erkenntnis, dass der Kapitalismus ein System versachlichter Herrschaft und nicht mehr wie seine Vorgängergesellschaften auf dem Prinzip der Macht einzelner Persönlichkeiten basiert, wird hier eine Abwehr der konkreten Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit. Die Tendenz, den Nationalsozialismus unter eine allgemeine Herrschaftstypologie kapitalistischer Ausbeutung zu subsumieren, ist bereits in Teilen der frühen Studentenbewegung angelegt gewesen, kommt aber jetzt in der Phase der Fraktionierung vollends zum Durchbruch.

Auch an den Universitäten wird die Auseinandersetzung über die NS-Vergangenheit nicht in dem Maße weitergeführt, wie das zuvor noch der Fall war. Nur bei Professoren, die die Studentenproteste scharf kritisieren, wird ihr Verhalten im Nationalsozialismus auch weiterhin in eine Kontinuitätslinie zu ihrem aktuellen Vorgehen gegen die Studierenden gesetzt. So erscheinen etwa in den Heidelberger Studentenzeitschriften „Forum Academicum“ bzw. „Rotes Forum“ eine Reihe von Artikel und Dokumentationen, die sich mit der NS-Vergangenheit von Professoren der Heidelberger Universität auseinandersetzen. Aus dieser Beschäftigung wird der Schluss gezogen:

*„Daraus ist zu entnehmen, dass die Repräsentanten des Professorenstandes in der Phase der Bedrohung ihrer Privilegien durch die kapitalistische Universitätsreform einerseits und die Kritik der linken Studenten andererseits ein faschistisches Potenzial enthüllen.“*³⁹¹

Die Entlarvung der NS-Vergangenheit von Personen, mit denen die Protestbewegung in Konflikt gerät, dient nicht mehr zur Reflexion der spezifischen deutschen Geschichte, sondern wird in konkreten Konflikten instrumentalisiert. Auch in der 1969 gegründeten Berliner Untergrund-Zeitschrift „Agit 883“, die in der Zerfallsphase der Studentenbewegung auch von marxistisch-leninistischen Gruppen für Veröffentlichungen genutzt wird, ist dieses Phänomen anzutreffen:

³⁹⁰ Hans Magnus Enzensberger, Berliner Gemeinplätze II, in: Kursbuch Nr. 13, 1968, S. 191f. Die Abkürzung PG meint Parteigenosse der NSDAP.

³⁹¹ Redaktion Rotes Forum, Dokumente zur Kontinuität des Faschismus im deutschen Gelehrtenstand: 2. Karriere eines Rechtswahres, in: Rotes Forum, vormals: forum academicum, Heidelberger Studentenzeitschrift 6/69 vom 15.12.1969, S. 39.

„In den alltäglichen Auseinandersetzungen in Schulen und Universitäten, bei Aktionen gegen die NPD sowie im Zusammenhang mit der Verfolgung der AktivistInnen durch Polizei und Justiz stellte die Agit 833 die NS-Vergangenheit der Gegenseite heraus und verwies damit auf ungebrochene Kontinuitätslinien.“³⁹²

Hartmut Rübner beschreibt in seiner Untersuchung, wie sich in der Fraktionierungsphase der Bewegung diese Thematisierung der Kontinuitätslinien immer weiter vom konkreten Nationalsozialismus entfernt, bis sich in der Endphase der Zeitschrift ein Faschismusbegriff etabliert, der in der spätkapitalistischen Gesellschaftsformation selbst bereits den Faschismus erkennt. Zwischen 1933 und 1970 besteht dann kein Unterschied mehr.

5.3 Diskussionen über eine drohende Faschisierung der Gesellschaft

Ein wichtiges Thema in den Publikationen der aus der Studentenbewegung entstandenen Zirkel ist die Verschärfung von Gesetzen im Bereich der „Inneren Sicherheit“. Hier setzt sich einerseits die Beschäftigung der Studentenbewegung mit den Notstandsgesetzen fort, andererseits reagiert die Regierung auch mit einer Reihe von Gesetzesverschärfungen auf die Herausforderungen der studentischen Proteste. Diese Entwicklung wird von den aus der Studentenbewegung hervorgegangenen Gruppierungen zusammen etwa mit den Erfahrungen der wilden Streiks vom September 1969 als eine Verschärfung des Klassenkampfes analysiert. Sie fühlen sich deshalb vom Vorgehen der Regierung noch zusätzlich in ihren Analysen bestätigt. Und so finden sich in den verschiedenen Zeitschriften der Bewegung eine Vielzahl von Artikeln, in denen die Repression gegen die Proteste, die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft und vor allem die Verfolgung der eigenen Gruppe herausgestrichen werden.

Über die exakte Einschätzung der staatlichen Maßnahmen herrscht allerdings keine einheitliche Position innerhalb der Protestbewegung vor. So sieht etwa

³⁹² Hartmut Rübner, Geister der Vergangenheit. Vom Nationalsozialismus zum Faschismus, in: Rotaprint 2007, S. 217. Übernahme wie im Original.

das Westberliner „Sozialistische Anwaltskollektiv“ in dem Vorgehen der Bundesregierung Anzeichen für eine *„sich zunehmend faschistoid-autoritär entwickelnde Bundesrepublik“* und konstatiert: *„Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat in den letzten Monaten deutlich eine Beschleunigung der Faschisierungstendenzen gezeigt.“*³⁹³ Und der „Kommunistische Arbeiterbund (Marxisten-Leninisten)“ kann sogar schon die Protagonisten der faschistischen Entwicklung in der Bundesrepublik benennen:

*„Der reaktionäre Teil der westdeutschen Monopolbourgeoisie, gestützt auf die CSU, die Aktion Widerstand, die NLA, die Vertriebenenverbände und den rechten Flügel der CDU u. a. steuert auf die faschistische Diktatur hin.“*³⁹⁴

Andere Teile der Protestbewegung lehnen dagegen diese Analyse, die aus dem repressiven Vorgehen der Bundesregierung eine Faschisierung der Gesellschaft ableitet, ab. Vor allem die kommunistischen Zirkel, aus denen der KBW hervorgehen wird, kritisieren die so genannte „Faschisierungstheorie“:

*„Die Vorstellung einer schrittweisen Entwicklung zum Faschismus, der so genannten ‚Faschisierung‘ der Gesellschaft, die nichts anderes darstellt als eine Anhäufung reaktionärer Maßnahmen durch die Bourgeoisie, entspringt einer mechanischen Vorstellung von der Entwicklung der Dinge, die nicht befähigt, die Entwicklung der Dinge zu erkennen und zu analysieren. Die Anhäufung reaktionärer Maßnahmen bringt die Geschichte nicht in Bewegung, erklärt nicht das Umschlagen einer Qualität in eine andere, den Umschlag von der Republik in den Faschismus.“*³⁹⁵

Auch die Analyse der Notstandsgesetze als Wegbereiter für einen neuen Faschismus, wie sie zum Teil auch schon während des Höhepunkts der Studentenbewegung gesehen wurden, wird im „Neuen Roten Forum“ verworfen.

³⁹³ Sozialistisches Anwaltskollektiv, Verschleppung der Deserteure, in: Rote Pressekorrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 25/26 vom 05.08.1969, S. 6.

³⁹⁴ Kommunistischer Arbeiterbund (Marxisten – Leninisten), Aktion Widerstand, in: Kommunistische Pressekorrespondenz. Herausgegeben vom Kommunistischen Arbeiterbund (Marxisten – Leninisten), Nr. 1 vom 09.09.1970, S. 1. - Die „Aktion Widerstand“ war eine 1970 von NPD-Funktionären gegründete außerparlamentarische Organisation, die gegen die Ostpolitik der Sozialliberalen Bundesregierung gerichtet war. Die ebenfalls 1970 gegründete „Nationalliberale Aktion“ (NLA) sammelte nationalliberale Mitglieder der FDP, die die Koalition ihrer Partei mit der SPD ablehnten.

³⁹⁵ Bucher, 1972, S. 15.

„Die Notstandsgesetze mit der Vorbereitung des Faschismus gleichzusetzen, passt zwar in das Konzept des vorbeugenden Faschismus, lenkt aber von der eigentlichen Bedeutung dieser Gesetze ab.“³⁹⁶

Vielmehr wird darauf verwiesen, dass die Notstandsgesetze mithilfe der SPD und der Gewerkschaftsführung eingeführt wurden und es sich deshalb nicht um die Einführung des Faschismus, sondern um ein weiteres bürgerliches Element der staatlichen Repression handelt. Aber mit dieser etwas differenzierteren Auffassung stehen die Autoren des „Neuen Roten Forums“ ziemlich alleine da, denn selbst einige Zirkel aus dem gleichen Diskussionszusammenhang erkennen in den Gesetzesverschärfungen Maßnahmen, die den Weg in den Faschismus zwar nicht zwangsläufig erfordern, aber ihn doch erleichtern. So schreibt zum Beispiel der „Bund Kommunistischer Arbeiter“ (BKA) aus Freiburg:

„[...] die Erfahrungen lehren uns, dass vor Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen eine Reihe von reaktionären Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus fördern und vorbereiten. [...] Wer in diesen Vorbereitungsstapen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der bürgerlichen Regierungen und den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht im Stande den Sieg des Faschismus zu verhindern.“³⁹⁷

Noch weiter gehen etwa die „Kommunistischen Studentengruppen (Marxisten/Leninisten)“ aus Tübingen, die den bundesdeutschen Verfassungsschutz pauschal als „Bonner Gestapo“³⁹⁸ bezeichnen und damit die Unterschiede zwischen dem Nationalsozialismus und der parlamentarischen Regierungsform der Bundesrepublik einebnen.

Von besonderer Bedeutung wird die so genannte „Faschisierungstheorie“ für die kommunistischen Zirkel, aus denen 1971 der KB hervorgehen wird. So entwickelt zum Beispiel das „Sozialistische Arbeiter- und Lehrlingszentrum“ (SALZ) aus Hamburg in der ersten Ausgabe ihrer „Kommunistischen Arbeiter Zeitung“ eine Theorie, nach der aus den geschichtlichen Erfahrungen der Bundesrepublik eine erneute Tendenz zum Faschismus sichtbar wird. Sie führen darin aus:

³⁹⁶ Ebenda, S. 25.

³⁹⁷ Kommunistischer Jugendbund, Faschisten planen Großaktion in Freiburg, in: KJZ – Kommunistische Jugendzeitung des Kommunistischen Jugendbundes. Jugendorganisation des Bundes Kommunistischer Arbeiter, Extrablatt vom 18.10.1971, S. 5.

³⁹⁸ Kommunistische Studentengruppen (Marxisten-Leninisten), Bonns neue Notstandsgesetze, in: Roter Pfeil. Zentralorgan der Kommunistischen Studentengruppen (Marxisten-Leninisten) Nr. 5 vom Juli 1972, S. 8.

„Das Kapital hat ein Interesse daran, dass die Faschisten die Macht im Staat übernehmen. Dies war bisher nicht so, denn die Nachkriegsjahre bescherten den Monopolherren in Westdeutschland ein ‚Wirtschaftswunder‘.“³⁹⁹

Doch seit der wirtschaftlichen Krise in der Mitte der sechziger Jahre und der Zunahme der Arbeiterkämpfe - hier werden wieder besonders die Septemberstreiks 1969 erwähnt - orientiere sich das Kapital wieder in Richtung einer faschistischen Lösung. Das SALZ weiß auch schon, welche Person diesen Weg repräsentieren soll: *„Strauß ist der kommende starke Mann. Über ihn scheint den Faschisten der Weg zur Macht sicher.“⁴⁰⁰*

Doch diese pauschale Diffamierung staatlichen Handelns als faschistisch ist nicht auf die marxistisch-leninistischen Gruppen beschränkt. Auch andere Fraktionen der Linken, die aus der Studentenbewegung hervorgegangen sind, verwenden bei der Beschreibung der gesellschaftlichen Entwicklungen im Bereich der Inneren Sicherheit Vergleiche mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. So schreibt zum Beispiel die eher undogmatisch orientierte Frankfurter Studentenzeitung „Diskus“ unter der Überschrift „Die Bundesrepublik auf dem Weg in den Rechts-Staat“: *„Inzwischen ist der Notstand, der im Sommer 1967 in Berlin, Ostern 1968 in der ganzen Bundesrepublik herrschte, permanent geworden.“⁴⁰¹* Daraus zieht der Autor den Schluss: *„Faschisierung vollzieht sich hinter demokratischen Verfahrensnormen.“⁴⁰²* Und legt damit die Vermutung nahe, dass die Bundesrepublik sich auf dem Weg in eine faschistische Gesellschaftsordnung befindet.

Diese Beispiele zeigen, dass viele der aus der Studentenbewegung entstandenen Gruppierungen in der Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik oft undifferenzierte Vergleiche mit dem Nationalsozialismus heranziehen oder diese gar pauschal als faschistisch bezeichnen, um dadurch die politischen Entwicklungen zu diskreditieren. Dabei werden Erkenntnisse über die historischen Besonderheiten des Nationalsozialismus und der

³⁹⁹ Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum, Hundert Jahre „Deutsches Reich“?, in: Kommunistische Arbeiter Zeitung des Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum, Nr. 1 vom Februar 1971, S. 8.

⁴⁰⁰ Ebenda, S. 7.

⁴⁰¹ Andreas Klein, Die Bundesrepublik auf dem Weg in den Rechts – Staat, in: Diskus. Frankfurter Studentenzeitung Heft 1 vom 3. Februar 1972, S. 8.

⁴⁰² Ebenda, S. 10.

faschistischen Regime nicht berücksichtigt und damit relativiert. Daneben zeigt sich, wie weit sich die Analysen vieler linker Splittergruppen von den gesellschaftlichen Realitäten entfernt haben. Denn trotz einiger bedenklicher Verschärfungen im Bereich der inneren Sicherheit, etwa im Rahmen der Bekämpfung des Terrorismus oder durch den so genannten „Radikalenerlass“, sind vor allem die ersten Jahre der sozialliberalen Koalition seit 1969 durch deutliche Liberalisierungstendenzen gekennzeichnet. So kommt es etwa im Frühjahr 1970 zu einer begrenzten Amnestie für Straftaten, die bei Demonstrationen verübt wurden, die fast 6.000 Personen erfasst.⁴⁰³ Die Regierung Brandt versucht also anfangs in erster Linie die protestierenden Studierenden wieder in die Gesellschaft zu integrieren, anstatt sie repressiv zu verfolgen.

5.4 Der Nahostkonflikt und die deutsche Vergangenheit

Nachdem sich in den Diskussionen nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 innerhalb der Neuen Linken eine pro-arabische und damit antiisraelische Position durchgesetzt hatte, verliert nun auch das Bewusstsein von einer besonderen deutschen Verantwortung für den Staat Israel, das bis dahin in der Studentenbewegung vorhanden war, an Bedeutung. Dies ist für das gesamte Spektrum der aus der Studentenrevolte hervorgegangenen Fraktionen der Linken festzustellen. Einzig das SB stellt aufgrund seiner engen Zusammenarbeit mit linken jüdischen Studierenden eine Ausnahme dar.

Eine der ersten Manifestationen des studentenbewegten Antizionismus findet, wie bereits in einem vorhergehenden Kapitel erwähnt, am 9. Juni 1969 statt, als SDS-Aktivisten in Frankfurt einen Vortrag des israelischen Botschafters in Deutschland, Asher Ben Nathan, mit Zwischenrufen und Sprechchören sprengen.⁴⁰⁴ Mit Parolen wie „Nazi-Kiesinger und Ben Nathan eine Clique mit Dajan“ wird zwar immer noch auf die deutsche NS-Vergangenheit rekurriert, aber die an Bundeskanzler Kiesinger hergestellte Kontinuität zum

⁴⁰³ Vgl. Peter Mosler, Was wir wollten, was wir wurden. Studentenrevolte – zehn Jahre danach. Mit einer Chronologie von Wolfgang Kraushaar, Reinbek bei Hamburg 1977, S. 295.

⁴⁰⁴ Vgl. Kloke 1994, S. 127f.

Nationalsozialismus wird nun in Person des israelischen Verteidigungsministers Moshe Dajan in Verbindung gebracht mit der Regierung Israels. Daran zeigt sich schon die, in Zukunft von der Linken häufiger praktizierten, Verlagerung der deutschen Geschichte nach Israel zum Zwecke der eigenen Entlastung. In der Öffentlichkeit wird die Aktion des SDS übereinstimmend verurteilt; auch einige der Studentenbewegung wohlgesinnte Persönlichkeiten distanzieren sich von diesem Vorgehen. So ist zum Beispiel Adorno entsetzt über dieses Ereignis und befürchtet einen grundlegenden Wandel innerhalb der studentischen Protestbewegung. Er schreibt deshalb an Marcuse:

„Die Gefahr des Umschlags der Studentenbewegung in Faschismus nehme ich viel schwerer als Du. Nachdem man in Frankfurt den israelischen Botschafter niedergebrüllt hat, hilft auch die Versicherung, das sei nicht aus Antisemitismus geschehen, und das Aufgebot irgendeines israelischen ApO-Mannes nicht das mindeste [...] Du müsstest nur einmal in die manisch erstarrten Augen derer sehen, die, womöglich unter Berufung auf uns selbst, ihre Wut gegen uns kehren.“⁴⁰⁵

Dass die Befürchtungen Adornos nicht unberechtigt sind, zeigt auch eine weitere Begebenheit, die sich nur etwa einen Monat nach der Veranstaltungssprengung in Frankfurt zuträgt. Zu diesem Zeitpunkt nämlich reist eine etwa zwanzigköpfige Delegation des SDS auf Einladung der palästinensischen Organisationen „El Fatah“ und „Demokratische Front für die Befreiung Palästinas“ (DFLP) in zwei Ausbildungslager nach Jordanien und bekommt dort unter anderem paramilitärische Schulungen angeboten. Als nach der Rückkehr der Delegation in Deutschland Kritik an dieser Reise laut wird und gefragt wird, ob es nicht ein Gebot der Ausgewogenheit wäre, auch nach Israel zu fahren und damit die andere Seite des Konfliktes zu sehen, antwortet der Adorno-Schüler Krahl ablehnend: *„Was sollen wir in Israel? Dort gehen wir hin, wenn´s sozialistisch geworden ist.“⁴⁰⁶* Dies zeigt, dass selbst der sich immer noch explizit als antiautoritär verstehende Flügel der Studentenbewegung in der Frage des Nahostkonfliktes eine Position gegen ihre theoretischen Vorbilder der Kritischen Theorie bezieht. Selbstverständlich stimmen in dieser Frage die

⁴⁰⁵ Theodor W. Adorno, Brief an Herbert Marcuse vom 19.06.1969, zit. nach Kraushaar 1998, Band 2, S. 652.

⁴⁰⁶ Hans-Jürgen Krahl, zit. nach Hans Joachim Noack, Ferienlager bei El Fatah – Der Sozialistische Deutsche Studentenbund auf Erkundungsfahrt bei den arabischen Guerillas, in: Die Zeit vom 15.08.1969, 24. Jahrgang, Nr. 33, S. 7, zit. nach Kraushaar 1998, Band 1, S. 447.

anderen Strömungen der Bewegung, die ansonsten mit den antiautoritären Positionen radikal brechen, mit den Antiautoritären überein.

Innerhalb des SDS spielt die Heidelberger Ortsgruppe die Rolle des maßgeblichen Katalysators des Antizionismus. Bereits vor dem Sechs-Tage-Krieg hatte sie gegen den damaligen Willen des Bundesvorstandes Position für die arabische Seite bezogen.⁴⁰⁷ Und im Gegensatz zum Gesamtverband gilt die Sympathie der Heidelberger nicht so sehr der Al Fatah von Jassir Arafat, sondern sie unterstützen explizit die marxistisch-leninistisch ausgerichtete DFLP. Diese agiert noch radikaler gegen den Staat Israel. Rückblickend verurteilt die Ortsgruppe die schwankende Position des SDS während des Sechs-Tage-Krieges:

„Noch während des Junikrieges 1967 verschleierte die philosemitische Ideologie selbst einigen Gruppen des SDS den Charakter der israelischen Aggression, während die Mehrheit des Verbandes (u. a. der antiimperialistische Reiche-Gänge-BV) wider besseres Wissen ‚neutrale‘ opportunistische Positionen bezog, aus Furcht sich gegen die faschistoide antiarabische Hetze in der BRD zu stellen.“⁴⁰⁸

Sowohl in der verwendeten Sprache („opportunistische Positionen“, „faschistoide antiarabische Hetze“), als auch in der expliziten Unterstützung einer marxistisch-leninistisch ausgerichteten palästinensischen Splittergruppe kündigt sich schon Übergang der Heidelberger SDS-Ortsgruppe zu den Positionen der K-Gruppen an. Aber auch im Gesamtverband des SDS hat sich inzwischen ein Antizionismus durchgesetzt, dessen antisemitische Grundlage kaum mehr verborgen werden kann. So ruft unter anderem die Frankfurter Ortsgruppe im Februar 1970 zu einem „Teach in“ gegen den Besuch des israelischen Außenministers Abba Eban. In dem Aufruf dazu heißt es:

„Der Besuch Abba Ebans, der als Vertreter eines rassistischen Staates in die Bundesrepublik reist, muss zu einer Demonstration und zum Protest gegen den zionistischen, ökonomisch und politisch parasitären Staat Israel und seine imperialistische Funktion im Nahen Osten werden [...]. Der palästinensische Kampf ist Bestandteil des Kampfes aller unterdrückter Völker der Dritten Welt gegen den Imperialismus [...] Nieder mit dem chauvinistischen und rassistischen Staatsgebilde Israel.“⁴⁰⁹

⁴⁰⁷ Vgl. Kloke 1994, S. 126.

⁴⁰⁸ SDS Heidelberg und FPDLP, zitiert nach Kloke 1994, S. 126.

⁴⁰⁹ SDS Frankfurt u. a. zitiert nach Kloke 1994, S. 130.

In diesem Aufruf finden sich fast alle Stereotype, die zeigen, dass der Antizionismus meist nur ein verschämter, aber doch erneut artikulierbarer Antisemitismus ist; ein „*ehrbarer Antisemitismus*“⁴¹⁰, wie ihn Jean Amery bezeichnet. Israel wird darin in völkischer Manier⁴¹¹ als „*Staatengebilde*“ bezeichnet, womit implizit unterstellt wird, es gäbe auch Staaten, die kein künstliches Gebilde seien, sondern natürlich gewachsene organische Einheiten. Dass offenste antisemitische Stereotyp findet sich aber in der Unterstellung, Israel sei ein „*ökonomisch und politisch parasitärer Staat*“. Denn damit übernimmt Israel in der internationalen Politik die Rolle, die die Antisemiten den Juden in der modernen Gesellschaft zuschreiben, nämlich als zersetzende Schmarotzer im ansonsten gesunden Wirtsvolk. Diese biologistische Vorstellung ist historisch eines der wirkmächtigsten Ressentiments des modernen Antisemitismus.⁴¹² Dies müsste auch den Frankfurter SDS'ern bekannt sein, denn schließlich war die Bekämpfung des Antisemitismus bis in die Mitte der sechziger Jahre ein Schwerpunkt der politischen Aktivitäten des Studentenbundes. Doch nichtsdestotrotz übertragen sie nun diese antisemitische Zuschreibung auf den Staat Israel.

Die in dem Frankfurter Aufruf geradezu noch fehlende Verlagerung der deutschen Geschichte in den Nahen Osten wird von einem Demonstrationsaufruf der Heidelberger SDS-Ortsgruppe gegen den Besuch des Außenministers nachgeholt. Dort heißt es:

*„In diesen Tagen besucht der israelische Außenminister Aba Eban die Bundesrepublik. Er wird dort Geld erbitten, damit seine Regierung mit den arabischen Völkern ebenso verfahren kann wie die Nazis mit den Völkern Polens oder der UdSSR. Die Alten Nazis und ihre ehemaligen Opfer reichen sich heute die Hände, weil sie gemeinsam ein neues Opfer gefunden haben.“*⁴¹³

In diesem Text werden die Israelis zu den neuen Nazis und damit die Opfer von gestern zu den Tätern von heute gemacht. Das Ergebnis ist die Relativierung

⁴¹⁰ Vgl. Jean Améry, Der ehrbare Antisemitismus, in: Hermann L. Gremliza (Hrsg.), Hat Israel noch eine Chance? Palästina in der neuen Weltordnung, Hamburg 2001, S. 7-12.

⁴¹¹ Zur Bedeutung des Antizionismus für die Ideologiebildung des Nationalsozialismus, vgl. die 1938 erschienene Aufsatzsammlung des Vordenkers der NSDAP: Alfred Rosenberg, Der staatsfeindliche Zionismus, München 1938.

⁴¹² Vgl. zur Schmarotzermetaphorik im modernen Antisemitismus: Wolfgang Benz, Geschichte des Dritten Reiches, München 2000, S. 130.

⁴¹³ SDS Heidelberg, Aufruf zur Palästina-Demonstration am Montag, in: Rote Kommentare vom 20.02.1970, Flugblatt/Schrift, S. 1. Schreibweise wie im Original.

der deutschen Verbrechen. Vergleiche dieser Art lassen sich in der Palästina-Solidarität der deutschen Linken in großer Anzahl finden.

„Die penetrante Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Zionismus zeugen davon, dass auch in der deutschen Linken das Bedürfnis nach deutscher Normalität, nach einem Schlussstrich, nach Entlastung von der deutschen Vergangenheit virulent war.“⁴¹⁴

Aus der zerfallenden Studentenbewegung heraus entstehen ab 1969 in verschiedenen Städten der Bundesrepublik unabhängige Palästinakomitees, die die Solidarität mit dem Kampf der Palästinenser zu ihrem einzigen politischen Inhalt erheben.⁴¹⁵ Eine der bedeutendsten dieser Gruppierungen entsteht mit dem „Sozialistischen Palästina-Komitee Heidelberg“ (SPK), das von 1969 bis 1972 die Zeitschrift „Al Djabha – Die Front“ herausgibt. Im Jahr 1972 ändert sich der Titel in „Die Front“, und mit der Gründung des KBW 1973 gerät das SPK zu einer Art „Palästina AG“ dieser K-Gruppe. Neben dem marxistisch-leninistischen SPK entsteht mit dem „Palästinakomitee Bonn“ eine gegenüber den einzelnen palästinensischen Fraktionen neutrale Solidaritätsgruppe, die versucht, auf dieser strömungsübergreifenden Basis die deutsche Palästinasolidarität zusammenzuschließen.

Besonders wichtig wird der Antizionismus für die Fraktion der Protestbewegung, die den bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik aufnimmt. Der Beginn der Guerilla in Deutschland ist, nach Bommi Baumann, der Bombenanschlag der Gruppe „Schwarze Ratten/Tupamaros Westberlin“, der ausgerechnet am Jahrestag der Reichspogromnacht am 09. November 1969 auf das jüdische Gemeindezentrum in Westberlin verübt wird.⁴¹⁶ Im Bekenner schreiben der Attentäter, das in der undogmatischen Linken zuzurechnenden Untergrundzeitschrift „Agit 883“ veröffentlichten wird, rechnen die Verfasser mit der israelsolidarischen Position ab, die die deutsche Linke bis 1967 vertritt, und stellen sie in einen Zusammenhang mit der Auseinandersetzung der deutschen Linken mit der nationalsozialistischen Vergangenheit.

⁴¹⁴ Thomas Haury, Die Ideologie, die nicht vergehen will. 35 Jahre antisemitischer Antizionismus in der Neuen deutschen Linken, in: AG Antifa/Antira im StuRa der Uni Halle (Hrsg.), Trotz und wegen Auschwitz. Antisemitismus und nationale Identität nach 1945, Münster 2004, S. 114.

⁴¹⁵ Zu den Palästinakomitees im Einzelnen vgl. Kloke 1994, S. 133ff.

⁴¹⁶ Vgl. hierzu ausführlich: Wolfgang Kraushaar, Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005.

„Am 31. Jahrestag der faschistischen Kristallnacht wurden in Westberlin mehrere jüdische Mahnmale mit ‚Schalom und Napalm‘ und ‚El Fatah‘ beschmiert. Im jüdischen Gemeindehaus wurde eine Brandbombe deponiert. Beide Aktionen sind nicht mehr als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren, sondern sie sind ein entscheidendes Bindeglied internationaler Solidarität. Das bisherige Verharren der Linken in theoretischer Lähmung bei der Bearbeitung des Nahostkonflikts ist Produkt des deutschen Schuldbewusstseins: wir haben Juden vergast und müssen die Juden vor einem neuen Völkermord bewahren. Die neurotisch-historizistische Aufarbeitung der geschichtlichen Nichtberechtigung eines israelischen Staates überwindet nicht diesen hilflosen Antifaschismus. Der wahre Antifaschismus ist die klare und einfache Solidarisierung mit den kämpfenden Feddayin. Unsere Solidarität wird sich nicht mehr mit verbal-abstrakten Aufklärungsmethoden à la Vietnam zufrieden geben, sondern die enge Verflechtung des zionistischen Israels mit der faschistischen BRD durch konkrete Aktionen schonungslos bekämpfen. Jede Feierstunde in Westberlin und in der BRD unterschlägt, dass die Kristallnacht von 1938 heute tagtäglich von den Zionisten in den besetzten Gebieten, in den Flüchtlingslagern und in den israelischen Gefängnissen wiederholt wird. Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen. Zerschlagen wir die direkte Unterstützung Israels durch die deutsche Industrie und die Bundesregierung, so bereiten wir den Sieg der palästinensischen Revolution vor und forcieren die erneute Niederlage des Weltimperialismus. Gleichzeitig erweitern wir unseren Kampf gegen die Faschisten im demokratischen Mantel und beginnen eine revolutionäre Befreiungsfront in den Metropolen aufzubauen. Tragt den Kampf aus den Dörfern in die Städte! Alle politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.“⁴¹⁷

Das Bekennerschreiben zu den antisemitischen Anschlägen wurde hier so ausführlich zitiert, da in ihm die antizionistische Ideologie eines großen Teils der deutschen Linken geradezu exemplarisch ausgebreitet wird. Aus ihm spricht die Entlastung von der eigenen deutschen Geschichte, indem aus den Opfern von gestern die Täter von heute gemacht werden und damit der wahre Antifaschismus folgerichtig im Kampf gegen Israel bestehe. Die Kinder der einstigen Täter können nun also den Kampf gegen den Faschismus im Kampf gegen den jüdischen Staat nachholen und damit das wiedergutmachen, was sie ihren Eltern vorgeworfen haben, nämlich keinen Widerstand geleistet zu haben. Neben diesen spezifisch deutschen Ursachen begründet sich der Antizionismus aber auch aufgrund der Einordnung des Nahostkonfliktes in die manichäische Imperialismustheorie. Und so werden die antiisraelischen Aktionen der deutschen Linken zu einer Voraussetzung einer weiteren Niederlage des

⁴¹⁷ Schwarze Ratten TW, Schalom + Napalm, in: Agit 883, Nr. 40 vom 13.11.1969, zit. nach Kloke 1994, S. 164f.

Weltimperialismus halluziniert. Geschlossen wird das Schreiben dann mit einigen Mao-Zitaten, die zeigen, welche Bedeutung der Maoismus nicht nur für die entstehenden K-Gruppen, sondern auch für die undogmatische Linke in dieser Zeit hat.

Die antisemitischen Anschläge der „Schwarzen Ratten/Tupamaros Westberlin“ stoßen in der Linken zwar größtenteils auf Ablehnung, aber diese Ablehnung bezieht sich bei vielen Kritikern nur auf die Aktionsform, nicht auf die theoretische Begründung der Anschläge. Einer der wenigen, die inhaltlich auf die Aktionen und den Text der Tupamaros eingehen, ist das SDS-Mitglied Tilman Fichter, der in der folgenden Ausgabe von „Agit 883“ einen längeren Artikel mit dem Titel „Was ist Antisemitismus?“ veröffentlicht. Mit seinem aufklärerisch gehaltenen Artikel erreicht er allerdings bei den undogmatischen Militanten nichts. Denn als Antwort erscheint ein Brief des Ex-Kommunarden Dieter Kunzelmann, der sich angeblich in einem palästinensischen Ausbildungslager in Jordanien aufhält; in Wirklichkeit versteckt sich Kunzelmann allerdings in Westberlin. In seiner Antwort schreibt der Ex-Kommunarde:

„Palästina ist für die BRD und Europa das, was für die Amis Vietnam ist. Die Linken haben das noch nicht begriffen. Warum? Der Judenknax. ‚Wir haben 6 Millionen Juden vergast. Die Juden heißen heute Israelis. Wer den Faschismus bekämpft ist für Israel‘. So einfach ist das, und doch stimmt es hinten und vorne nicht. Wenn wir endlich gelernt haben, die faschistische Ideologie ‚Zionismus‘ zu begreifen, werden wir nicht mehr zögern, unseren simplen Philosemitismus zu ersetzen durch eindeutige Solidarität mit AL FATAH, die im Nahen Osten den Kampf gegen das Dritte Reich aufgenommen hat. [...] Das die Politmasken vom Palästinakomitee die Bombenchance nicht genutzt haben, um eine Kampagne zu starten zeigt nur [...] die Vorherrschaft des Judenkomplexes.“⁴¹⁸

Kunzelmann argumentiert hier wie die extreme Rechte, wenn er die angebliche Vorherrschaft eines „Judenkomplexes“ oder „Judenknackses“ feststellt, der die Deutschen daran hindere, sich so zu verhalten, wie es moralisch eigentlich angebracht wäre. Außerdem vergleicht er hier Israel explizit mit dem nationalsozialistischen Deutschland und beteiligt sich somit ebenfalls an der Entlastung von der deutschen Vergangenheit.

⁴¹⁸ Dieter Kunzelmann, Brief aus Amman, in: Agit 883 Nr. 42 vom 27.11.1969, zit. nach Kloke 1994, S. 166. Hervorhebung im Original.

Die hier aufgeführten Beispiele machen deutlich, dass der linke Antizionismus in Deutschland über die simple Einordnung des Nahostkonflikts in eine imperialismustheoretische Matrix hinausgeht. Er hat immer auch die Aufgabe, die Protagonisten von den Konsequenzen der deutschen Geschichte zu entlasten. Dies scheint auch der Grund dafür zu sein, dass sich die notorisch gespaltene Linke nur in diesem einen Politikfeld absolut einig ist.

„Es passiert so gut wie nie, dass alle linken Gruppen, die am liebsten gegeneinander statt gegen den gemeinsamen Feind Imperialismus kämpfen, die sich normalerweise nicht mal auf eine gemeinsame Uhrzeit einigen können, es passiert so gut wie nie, dass alle linken Gruppen sich dermaßen einig sind. [...] Das allen gemeinsame antijüdische Ressentiment hatte sich wieder als die amalgamierende Masse erwiesen, der gemeinsame Nenner, auf dem diese Solidaritätsübung präsentiert werden konnte.“⁴¹⁹

Der Antizionismus der deutschen Linken, der sich nach dem Zerfall der Studentenbewegung und der Aufgabe ihrer in den sechziger Jahren erarbeiteten theoretischen Grundlagen durchsetzt, erweist sich als der ehrbare Antisemitismus, als der er von den theoretischen Vorbildern der studentischen Aktivisten kritisiert worden ist.

⁴¹⁹ Henryk M. Broder, Linker Antisemitismus?, in: Karlheinz Schneider und Nikolaus Simon (Hrsg.), Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik, Dokumentation einer Arbeitstagung in der Evangelischen Akademie Arnoldshain, August 1984, Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e. V. Schriften Band 9, Berlin 1984, S. 25. Hervorhebung im Original.

6 Die Rezeption der Kritischen Theorie in den K-Gruppen

Im Folgenden wird zuerst auf die weltpolitischen Gründe der Entstehung der maoistischen Gruppen eingegangen und deren gemeinsame theoretische Grundlage dargelegt. Anschließend wird kurz die Entstehungsgeschichte der einzelnen K-Gruppen in der Bundesrepublik dargestellt, bevor dann deren Rezeption der Kritischen Theorie analysiert wird. Vorher wird aber noch die Frage zu klären sein, ob es sich bei der „Roten Armee Fraktion“ um eine bewaffnete K-Gruppe handelt, ob somit deren Schriften ebenfalls in den Untersuchungsbereich fallen.

6.1 Die K-Gruppen

Die Entstehung der K-Gruppen lässt sich nur verstehen vor dem Hintergrund des Bruchs innerhalb der sich als kommunistisch verstehenden Staaten. Diese hatten seit der Machtübernahme der „Kommunistischen Partei Chinas“ (KPCh) im Jahr 1949 mit der Volksrepublik China ein zweites Zentrum neben der Sowjetunion. Allerdings ist das Verhältnis zwischen den beiden Staaten von Anfang an gespannt und es dauert nicht lange, bis ein offener Konflikt ausbricht.

Zum Bruch zwischen den beiden Staaten kommt es nach dem XX. Parteitag der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (KPdSU) 1956. Auf diesem hält der sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow seine berühmt gewordene Geheimrede, in der er eine Abkehr vom Stalinismus formuliert.⁴²⁰ Er erklärt, dass aufgrund der Stärke des sozialistischen Lagers und der Schwäche des Imperialismus in Zukunft der friedliche Übergang zum Sozialismus der

⁴²⁰ Vgl. Nikita Chruschtschow, Die Geheimrede Chruschtschows. Über den Personenkult und seine Folgen. Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Gen. N. S. Chruschtschow, auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, 25. Februar 1956. Beschluss des Zentralkomitees der KPdSU über die Überwindung des Personkults und seine Folgen, 30. Juni 1956, Berlin 1990.

Hauptweg für die Kommunisten sein muss.⁴²¹ Konkret bedeuten diese Vorgaben, dass die Sowjetunion in der internationalen Politik gegenüber dem westlichen Lager eine Strategie der friedlichen Koexistenz betreibt. An die Stelle militärischer Auseinandersetzungen trete der wirtschaftliche Wettbewerb. Nur noch in diesem soll sich die Überlegenheit des sozialistischen Gesellschaftssystems beweisen. Für die kommunistischen Parteien innerhalb der kapitalistischen Welt heißt dies, dass sie nur noch über Wahlen versuchen sollen, an die Macht zu gelangen. Ein gewaltsamer Umsturz, der nach der bisher vertretenen Theorie der einzige Weg war, den Kapitalismus zu überwinden, soll dagegen von den westlichen kommunistischen Parteien, die seit der Etablierung der dritten „Kommunistischen Internationalen“ (Komintern) nur noch „außenpolitische Anhängsel der Sowjetunion“⁴²² sind und ihre Strategie vollkommen der sowjetischen Führung untergeordnet haben, nicht mehr angestrebt werden.

Diese Positionen führen schließlich zum Bruch zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China, deren Beziehungen sich schon seit einigen Jahren deutlich verschlechtert hatten. In ihrem „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“ formuliert die „Kommunistische Partei Chinas“ am 14. Juni 1963 als Erwiderung auf die sowjetische Position 25 Punkte. Darin heißt es unter anderem:

„Diese allgemeine Linie der internationalen kommunistischen Bewegung auf eine ‚friedliche Koexistenz‘, einen ‚friedlichen Wettkampf‘ oder einen ‚friedlichen Übergang‘ einzuschränken heißt, [...] auf die historische Sendung der proletarischen Weltrevolution verzichten und die revolutionäre Doktrin des Marxismus-Leninismus verraten.“⁴²³

Der KPdSU wird weiter vorgeworfen, die Lehren Lenins und Stalins revidiert und eine Restauration des Kapitalismus in der UdSSR eingeleitet zu haben.⁴²⁴

⁴²¹ Vgl. Fritz Schatten, *Der Konflikt Moskau – Peking. Dokumente und Analysen des roten Schismas*, München 1963, S. 27.

⁴²² Eisenberg und Thiel, 1973, S. 89.

⁴²³ Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, *Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung*, zit. nach: Philippe Devillers, *Was Mao wirklich sagte*, Wien 1967, S. 174.

⁴²⁴ Ironischerweise sprechen sowohl Lenin als auch Stalin, nachdem sie erkennen mussten, dass die Oktoberrevolution nicht zum Auftakt der Weltrevolution wurde und sie nun um die Existenz der UdSSR kämpfen mussten, von der friedlichen Koexistenz zwischen den verschiedenen Gesellschaftssystemen. Lenin tat dies bereits 1919 in einer Botschaft an die amerikanischen Arbeiter. Vgl. Wladimir Iljitsch Lenin, *An die amerikanischen Arbeiter*, in:

Dieser Bruch zwischen der Volksrepublik China und der UdSSR hat auch Folgen für die kommunistischen Parteien in Westeuropa. Denn in fast allen westlichen Ländern kommt es zu kleineren Abspaltungen von den an Moskau orientierten Kommunistischen Parteien.⁴²⁵ Auch in Westdeutschland entstehen so verschiedene kleinere Zirkel, aus denen mit der „Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML) am 31. Dezember 1968 die erste relevante K-Gruppe entsteht. Dass diese maoistische Parteigründung in der Bundesrepublik so spät geschieht und selbst im Vergleich mit den anderen westeuropäischen Abspaltungen zahlenmäßig sehr klein ausfällt, ist auf die westdeutsche Besonderheit des Verbotes der Kommunistischen Partei zurückzuführen.

Die KPD/ML stellt unter den in der Folge gegründeten K-Gruppen eine Ausnahme dar, da sie die einzige ist, die nicht direkt aus der Studentenrevolte hervorgeht. Trotzdem ist auch die Geschichte der KPD/ML eng mit der Studentenbewegung verknüpft, da auch sie erst durch den Zustrom von Studierenden aus der zerfallenden Bewegung eine gewisse gesellschaftliche Relevanz erreicht. Alle anderen K-Gruppen dagegen sind originäre Produkte der zerfallenden Außerparlamentarischen Opposition. Zu den K-Gruppen, die eine gewisse gesellschaftliche Bedeutung erreicht haben und die in dieser Arbeit berücksichtigt werden, zählen:

- die „Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation“ (KPD/AO),
- der „Kommunistische Bund Westdeutschlands“ (KBW),
- der „Kommunistische Bund“ (KB),
- Die „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML),
- der auf Süddeutschland beschränkte „Arbeiterbund zum Wiederaufbau der KPD“ (AB),
- der „Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD), aus dem 1982 die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) hervorgeht

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.), W. I. Lenin. Werke Band 30, September 1919-April 1920, Berlin 1964, S. 21-22.

⁴²⁵ Vgl. Friedrich Wilhelm Schломann und Paulette Friedlingsstein, Die Maoisten, Pekings Filialen in Westeuropa, Frankfurt am Main 1970.

- und als Sonderfall die „Rote Armee Fraktion“ (RAF).

Daneben existieren noch einige weitere, kleinere marxistisch-leninistische Gruppierungen, die durchaus auch als K-Gruppen definiert werden können, die aber aufgrund ihrer mangelnden gesellschaftlichen Relevanz in dieser Arbeit nicht berücksichtigt werden.

In programmatischer Hinsicht kennzeichnend sind für die K-Gruppen die Ablehnung der ihrer Meinung nach „revisionistisch entarteten“ Sowjetunion⁴²⁶ und ihrer westdeutschen „Filiale“, der DKP, sowie die vorgeblich konsequente Umsetzung der Ideen Lenins, Stalins, Mao Tse-tungs und Enver Hodschas. Anfänglich orientieren sich alle K-Gruppen an der Volksrepublik China als ideologischem Vorbild. Dies ändert sich aber zum Teil nach dem Tode Maos 1976. Intern sind alle K-Gruppen streng hierarchisch und autoritär organisiert. Vorbild für sie ist die bolschewistische Kaderpartei in Russland vor der Oktoberrevolution, wie sie von W. I. Lenin entwickelt wurde. Deshalb ist es auch berechtigt, die K-Gruppen als neoleninistische Organisationen zu bezeichnen. Neben der eigentlichen Kaderpartei besitzen die K-Gruppen auch verschiedene Vorfeld- und sog. Massenorganisationen, in denen zukünftige Kader herangebildet werden sollen.

Das Ziel der K-Gruppen ist der gewaltsame Sturz des Kapitalismus unter der Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse und die Errichtung der Diktatur des Proletariats als Übergangsphase zum Kommunismus. Während sich die K-Gruppen in ihren ideologischen Grundlagen kaum unterscheiden, zeigen ihre realpolitischen Aktivitäten dagegen vereinzelt Differenzen. Michael Steffen unterteilt die marxistisch-leninistischen Organisationen deshalb in drei Gruppen:⁴²⁷

- Erstens in „ultralinke“ Parteien, wie die KPD/ML und die KPD/AO, die verbalradikal alle Bemühungen um Reformen als „reformistisch“ bzw. „ökonomistisch“ zurückweisen und die im Rahmen der sog. „Drei-Welten Theorie“ der KPCh einen nationalistischen Kurs verfolgen;

⁴²⁶ Vgl. hierzu beispielhaft die Studie des ideologischen Kopfes des KABD/MLPD: Willi Dickhut, Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, überarbeitete und erweiterte Neuauflage, Düsseldorf 1988.

⁴²⁷ Vgl. Steffen, 2002, S. 33f.

- Zweitens in „zentristische“ Bünde, wie den KBW und den KB, die realpolitisch pragmatischer orientiert sind und zum Teil radikaldemokratische Forderungen aufstellen.
- Und drittens in „rechte“ Bünde, wie den KABD und den AB, die ihren Schwerpunkt auf Betriebspolitik legen und kaum außerbetriebliche Aktivitäten entwickeln.

In dieser Unterteilung der K-Gruppen wird das stalinistische Vokabular auf sie selbst angewendet. Zur Unterscheidung der einzelnen Fraktionen wird diese Einteilung in dieser Arbeit übernommen.

Gemeinsam ist allen K-Gruppen, mit Ausnahme der KPD/ML, ihre Herkunft aus der niedergehenden Studentenbewegung. Es gibt aber bisher keine empirischen Untersuchungen, wie viele Mitglieder der K-Gruppen früher in der Studentenbewegung aktiv waren. Gerd Koenen, ein ehemaliger KBW-Kader, schreibt über die Zusammensetzung der 2. Delegiertenkonferenz (DK) des KBW 1975:

Von den 96 Delegierten der 2. DK Anfang 1975 waren 30 (ich zum Beispiel) vor oder seit 1968 aktiv gewesen, 20 davon im SDS. Das hieß, dass auch im engeren Kaderkreis zwei Drittel erst am Ausgang der APO-Zeit ‚politisiert‘ worden waren.⁴²⁸

Allerdings muss dabei auch die hohe Fluktuation innerhalb der Mitgliedschaft der K-Gruppen berücksichtigt werden. Es ist davon auszugehen, dass Anfang der siebziger Jahre der Anteil der in der Studentenbewegung politisierten Personen innerhalb der K-Gruppen deutlich höher gewesen sein muss. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass in den siebziger Jahren zwischen 100.000 und 150.000 Personen den K-Gruppen angehört haben.⁴²⁹

Ein Ausnahmefall unter den marxistisch-leninistischen Gruppierungen stellt die RAF dar, die in der bisherigen wissenschaftlichen Literatur nicht als K-Gruppe angesehen, sondern meist als terroristische oder anarchistische Gruppierung geführt wird. Diese Schematisierungen stehen aber im Widerspruch zur eigenen Verortung der „Roten Armee Fraktion“, die sich zumindest in ihrer Entstehungsphase selbst als marxistisch-leninistische Gruppe begreift.

⁴²⁸ Koenen, 2001, S. 423.

⁴²⁹ Vgl. Kühn, 2005, S. 287f.

Diese kurze Definition der K-Gruppen sollte die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der einzelnen Gruppen erläutern. Im Folgenden sollen dann die Entstehung und die Geschichte der einzelnen K-Gruppen kurz nachgezeichnet werden. Dabei soll auch aufgezeigt werden, welche Nachfolgekreise der Studentenbewegung, von denen viele bereits in den vorhergehenden Kapiteln erwähnt wurden, sich zu welcher K-Gruppe zusammengeschlossen haben. Außerdem werden aus der Entstehungsgeschichte der einzelnen ML-Organisationen eventuelle inhaltliche Differenzen nachvollziehbar. Für ausführlichere Informationen über die einzelnen Organisationen sei auf die Fußnoten verwiesen.

6.2 Die Entwicklung der K-Gruppen

Die erste maoistische Organisation Westdeutschlands gründet sich am 5. März 1965, hochsymbolisch am Jahrestag des Todes von Jossif W. Stalin. Die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD), nicht zu verwechseln mit der 1982 gegründeten MLPD, entfaltet aber bis auf die Herausgabe ihrer Zeitschrift „Sozialistisches Deutschland“ keine nennenswerten öffentlichen Aktivitäten.

Die zweite Gruppierung, die am 22. April 1967 gegründete „Freie Sozialistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (FSP/ML) ist einer der Vorgänger der ersten relevanten K-Gruppe, der KPD/ML.⁴³⁰ Diese gründet sich, wie bereits erwähnt, am 31. Dezember 1968, dem 50. Jahrestag der Gründung der KPD. Ihr Vorsitzender Ernst Aust veröffentlicht seit Juni 1967 noch als Mitglied der illegalen KPD die Zeitschrift „Roter Morgen“ als Organ der maoistischen Opposition innerhalb der verbotenen KPD. Im September/Oktober 1967 gibt er allerdings seine Hoffnungen auf eine Änderung der Politik der KPD auf und tritt aus der Partei aus. Aus den Lesekreistreffen des „Roten Morgen“ heraus wird seit April 1968 an der Gründung einer neuen kommunistischen Partei

⁴³⁰ Vgl. Bacia, Jürgen: Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, in: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien – Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band II, FDP bis WAV, Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Band 39, Opladen 1984, S. 1831-1851.

gearbeitet, der KPD/ML. Sie besteht anfangs vor allem aus ehemaligen KPD-Mitgliedern. Eine bedeutende Rolle dabei spielt der auch schon in der Weimarer Republik als Kommunist aktive Willi Dickhut, der 1966 wegen der Verteidigung der Politik der KP Chinas aus der KPD ausgeschlossen wird und der innerhalb der KPD/ML das Theorieorgan „Revolutionärer Weg“ herausgibt.

Ab 1969 strömen dann verstärkt Schüler und Studierende aus der niedergehenden antiautoritären Bewegung in die Partei, was zu internen Spannungen führt. Eine Gruppe um Willi Dickhut fordert einen Aufnahmestopp für Intellektuelle, da diese *„kleinbürgerliche Auffassungen, [...] die sich später zu liquidatorischem Auftreten entwickelten“*⁴³¹ mitgebracht hätten. Als sie sich mit dieser Forderung nicht durchsetzen können, spaltet sich die Partei im April 1970 in die KPD/ML (Zentralkomitee) bzw. KPD/ML [Roter Morgen] um Ernst Aust und in die KPD/ML (Zentralbüro [ZB] bzw. [Rote Fahne]), der anfangs ein Grossteil der Mitglieder folgen. Doch diese Spaltung ist erst der Auftakt für weitere Teilungen. So trennt sich der Dickhut-Flügel als KPD/ML (Revolutionärer Weg) schon sehr bald wieder von der KPD/ML-ZB. Diese Spaltungen bleiben auch in der Folgezeit nicht die einzigen, und es dauert bis 1973, bis sich die meisten der verschiedenen Splittergruppen wieder auflösen und Ernst Aust mit seiner KPD/ML wieder die führende Partei dieses Namens ist. Mitte der siebziger Jahre bringt es die Partei auf etwa 800 Mitglieder und mehrere hundert Sympathisanten.⁴³² Die KPD/ML ist dabei die einzige K-Gruppe, die eine eigene Sektion in der DDR unterhält, die aber nach wenigen Jahren vom „Ministerium für Staatssicherheit“ der DDR zerschlagen wird.⁴³³

Eng verbunden mit der Geschichte der KPD/ML sind die Entwicklung des „Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands“ (KABD) und der 1982 aus ihm hervorgehenden „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD).⁴³⁴ Dies liegt daran, dass der KABD im August 1972 aus einer

⁴³¹ Zentralkomitee der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) (Hrsg.), Geschichte der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands, Band 1, Entstehung, Entwicklung und Ende der „marxistisch-leninistischen Bewegung“, Stuttgart 1985, S. 74.

⁴³² Vgl. Langguth 1983, S. 66.

⁴³³ Vgl. Tobias Wunschik, Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer „Sektion DDR“ durch das MfS, BF informiert Nr. 18, Berlin 1997.

⁴³⁴ Pedantisch genau wird die Entwicklung des KABD und der MLPD in der vom Zentralkomitee der MLPD herausgegebenen dreibändigen Geschichte der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands beschrieben. Vgl. Zentralkomitee der Marxistisch-Leninistischen Partei

Vereinigung der KPD/ML-Abspaltung KPD/ML (Revolutionärer Weg) und des „Kommunistischen Arbeiterbundes/Marxisten-Leninisten“ (KAB/ML) entsteht. Der KAB/ML wiederum entsteht aus bedeutenden Teilen der Tübinger Studentenbewegung, vor allem aus den lokalen Basisgruppen, die die Zeitschrift „Roter Pfeil“ herausgeben.

Aus dem KABD, der anfangs nur in Südwestdeutschland Verbreitung findet, geht im Juni 1982 die heute noch existierende MLPD hervor. Mit diesem Schritt können die für den KABD in den siebziger Jahren typischen Spaltungen und internen Parteisäuberungen zunächst überwunden werden und die Mitgliedschaft von einigen hundert in den siebziger Jahren auf über zweitausend Personen in den neunziger Jahren gesteigert werden.⁴³⁵ Anders als der KABD beteiligt sich die MLPD mehrfach an Wahlen. Bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 gelingt es ihr sogar, mit 45.238 Stimmen (0,1%) den Höchstwert der KPD/AO aus dem Jahr 1976 zu übertreffen. Außerdem erringt sie bei der Kommunalwahl 2004 in Sachsen-Anhalt ein Mandat für den Stadtrat in Wolfen. Zusätzlich gelangen über diverse Tarnlisten, die auf den ersten Blick als MLPD-unabhängige Bürgerinitiativen erscheinen, eine Reihe von Mitgliedern der MLPD in kommunale Vertretungen. Damit ist sie die zweite K-Gruppe die, nach dem KBW 1975, Mandate gewinnen kann.

Die „Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation“ (KPD/AO), die sich im März 1970 gründet, ist ein genuines Produkt der Berliner Studentenbewegung.⁴³⁶ Sie gründet sich aus den aus der zerfallenden Studentenbewegung entstandenen Roten Zellen und der Basisgruppenbewegung. Eine wichtige Rolle bei der Herausbildung der Partei spielt die „Rote Pressekorrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung“, in der die marxistisch-leninistische Bewegung in Berlin über die weitere Strategie diskutiert. Einigkeit herrscht in den Diskussionen darüber,

Deutschlands (MLPD) (Hrsg.), Geschichte der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands, 3 Bände, Stuttgart, 1985.

⁴³⁵ Vgl. Patrick Moreau und Jürgen Lang, Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, teilweise aus dem Französischen übersetzt von Roxanna Sajuk, Schriftenreihe Extremismus und Demokratie Band 8, Bonn 1996, S. 294.

⁴³⁶ Vgl. Jürgen Bacia: Die Kommunistische Partei Deutschlands [Maoisten], in: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien – Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980.

dass die „kleinbürgerliche“ Theorie der Studentenbewegung überwunden und die Kommunistische Partei nach dem Vorbild der KPD in der Weimarer Republik wieder aufgebaut werden müsse. Dass eine Kritik der Studentenbewegung schon aus persönlichen Gründen notwendig ist, lässt sich unter anderem daran festmachen, dass die Parteiführung aus ehemaligen SDS-Funktionären wie Christian Semmler oder Jürgen Horlemann besteht. Folgerichtig wird in der „Vorläufigen Plattform der Aufbauorganisation für die Kommunistische Partei Deutschlands“ auch festgestellt:

„Ohne gründliche Kritik der Studentenbewegung und ohne Selbstkritik derjenigen Genossen, die jetzt den Aufbau einer politischen Plattform in Angriff nehmen, ist es unmöglich, über das Programm, die nächsten Aufgaben und die organisatorischen Prinzipien in der Phase des Aufbaus der KPD-Aufbauorganisation Einheit herzustellen.“⁴³⁷

Und obwohl in derselben Plattform formuliert wird, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Organisation den Anspruch erheben könne, sich KPD zu nennen, da das Prinzip der organisierten Klassenanalyse und die Verankerung der künftigen Partei in den Massen erst am Anfang stehe,⁴³⁸ legt die KPD/AO im Juli 1971 die Bezeichnung Aufbauorganisation ab und nennt sich fortan nur noch KPD. Inhaltlich unterscheidet die KPD/AO dabei wenig von den anderen K-Gruppen. Auffällig ist ihre starke Orientierung an der KPD der Weimarer Republik unter dem Vorsitz Ernst Thälmanns und ihre bis 1979 bedingungslose Gefolgschaft gegenüber der Politik der KPCh. Die KPD/AO verfügt zwar nur über einige hundert Mitglieder, aber da sie das Kaderprinzip besonders strikt auslegt, ist es für die mehreren tausend Sympathisanten, die in verschiedenen Vorfeldorganisationen organisiert sind, sehr schwer, in die Partei aufgenommen zu werden. Entgegen ihrer verbal bekundeten Orientierung an der Arbeiterklasse ist es vor allem ihre Studentenorganisation, der „Kommunistische Studentenverband“ (KSV), der der KPD/AO Mitglieder zuführt.

Band II, FDP bis WAV, Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Band 39, Opladen 1984, S. 1810-1830.

⁴³⁷ Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation, Vorläufige Plattform der Aufbauorganisation für die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 56/57 vom 13.03.1970, S. 1.

⁴³⁸ Ebenda, S. 2.

Die KPD/AO erreicht mit 22.714 Stimmen (0,1 Prozent) 1976 das beste Ergebnis, das eine K-Gruppe bei einer Bundestagswahl bis 2005 erzielen kann. Bei Landtagswahlen schafft sie den Höchstwert der K-Gruppen mit 0,7 Prozent der Stimmen 1975 in Westberlin.

Der „Kommunistische Bund Westdeutschlands“ (KBW) ist ebenso wie die KPD/AO ein genuines Produkt der Studentenbewegung.⁴³⁹ Er wird vom 8. bis zum 12. Juni 1973 auf einer Gründungskonferenz in Bremen ins Leben gerufen. Vorangegangen ist diesem Gründungsakt eine mehrjährige Diskussionsphase zwischen verschiedenen kommunistischen Zirkeln, bis sich schließlich sechs von ihnen zum KBW zusammenschließen und einige weitere diesem Vorbild im Laufe der Zeit folgen. Die führende Rolle bei diesem Prozess spielen die aus dem Heidelberger SDS entstandene „Kommunistische Gruppe“ (Neues Rotes Forum) Mannheim/Heidelberg und der „Kommunistische Bund Bremen“ (KBB). Die Konstitution des KBW unterscheidet sich von der Entstehung der anderen K-Gruppen durch die lange, relativ offene und kontroverse Diskussionsphase, die vor allem in dem Organ der „Kommunistischen Gruppe“ aus Mannheim/Heidelberg, dem „Neuen Roten Forum“, geführt wird. Darin wird sich auch ausführlich mit den Theorien der Studentenbewegung auseinandergesetzt; schließlich kommen die verschiedenen Gruppen alle aus der antiautoritären Bewegung. Dies lässt sich beispielhaft an der Person des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees (ZK) des KBW, dem ehemaligen SDS-Bundesvorstandsmitglieds Joscha Schmierer, festmachen. Nach der relativ offenen Anfangsphase setzt allerdings auch im KBW eine politische Dogmatisierung ein.

Der KBW versteht sich trotz mehrfacher Wahlteilnahmen, bei dem er als bestes Ergebnis 0,6 Prozent bei der Landtagswahl 1975 in Bremen erreicht, nicht als Partei, sondern macht zur Voraussetzung des Parteaufbaus die Vereinigung aller wesentlichen kommunistischen Kräfte in der Bundesrepublik. Diese Arbeit will der KBW leisten. Tatsächlich ist der KBW, dem Mitte der siebziger Jahre an die 3.000 Mitglieder angehören, die mitgliederstärkste K-Gruppe.⁴⁴⁰ Dennoch

⁴³⁹ Vgl. Jürgen Bacia: Der Kommunistische Bund Westdeutschlands, in: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien – Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band II, FDP bis WAV, Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Band 39, Opladen 1984, S. 1648-1662.

⁴⁴⁰ Vgl. Langguth 1983, S. 91.

muss die Organisation das Scheitern des Versuchs der Proletarisierung ihrer Mitgliedschaft eingestehen, denn die meisten Anhänger sind auch weiterhin Studierende und Schüler. Allerdings gelingt es dem KBW als erste K-Gruppe für lange Zeit, ein politisches Mandat zu erringen. 1975 zieht das ZK-Mitglied der Organisation, Helga Rosenbaum, in den Stadtrat von Heidelberg ein, aus dem sie allerdings schon ein Jahr später wieder ausgeschlossen wird.

Der „Kommunistische Bund“ (KB) entsteht im November 1971 aus dem Zusammenschluss zweier Hamburger Gruppen, nämlich dem „Kommunistischen Arbeiterbund“ (KAB) und dem „Sozialistische Arbeiter- und Lehrlingszentrum“ (SALZ).⁴⁴¹ Dieser Fusion schließen sich schnell weitere Kommunistische Bünde, vor allem aus Norddeutschland, an. Hamburg bleibt auch nach der Gründung das Zentrum des KB. Der KB sieht sich ähnlich wie der KBW als eine Vorform zum notwendigen Wiederaufbau der Kommunistischen Partei. Den höchsten Mitgliederstand erreicht die Organisation 1977 mit etwa 1.700 Aktiven, davon allein 900 in Hamburg.⁴⁴² Von den anderen K-Gruppen unterscheidet sich der KB vor allem dadurch, dass er den Marxismus-Leninismus nicht ganz so dogmatisch vertritt.

„Der KB vertrat maoistische Positionen, kritisierte gleichwohl aber auch des öfteren die chinesische Außenpolitik und warf der chinesischen Führung nach Mao Tse-tung ‚Revisionismus‘ vor. Der KB war trotz seines Bekenntnisses zum Marxismus-Leninismus nicht so dogmatisch wie z.B. die KPD/ML oder die KPD und verstand es besser, flexibel auf aktuelle politische Fragen und Ereignisse zu reagieren. Er war auch frühzeitig der Ökologie-Bewegung aufgeschlossen und versuchte vor allem im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen in Brokdorf Einfluss zu gewinnen.“⁴⁴³

Diese relative Offenheit gegenüber den Neuen Sozialen Bewegungen führt den KB allerdings auch in interne Auseinandersetzungen. Denn als aus diesen Bewegungen heraus die Partei der „Grünen“ gegründet wird, spaltet sich an der Frage des Verhältnisses zu dieser neuen Partei die so genannte „Zentrumsfraktion“ oder „Gruppe Z“ vom KB ab. Nach einer kurzen Übergangszeit treten die meisten Mitglieder der „Gruppe Z“ den Grünen bei und steigen dort zum Teil bis in die höchsten Parteiämter auf, wie die Beispiele Thomas Ebermann oder Rainer Trampert beweisen. Zu dieser Zeit, in der auch

⁴⁴¹ Vgl. Steffen 2002.

⁴⁴² Langguth 1983, S. 118.

⁴⁴³ Ebenda, S. 114.

innerhalb des KB die Themen der Neuen Sozialen Bewegungen dominieren, setzt im Bund ein langsamer Niedergang ein, der Ende der achtziger Jahre zu einer erneuten Spaltung in KB-Mehrheit und KB-Minderheit führt.

Der „Arbeiterbund zum Wiederaufbau der KPD“ (AB) ist eine auf Süddeutschland begrenzte K-Gruppe, die sich im Mai 1973 aus den „Arbeiter-Basis-Gruppen“ (ABG) konstituiert.⁴⁴⁴ Die ABG wiederum entstehen aus der antiautoritären Münchner Rote-Zellen-Bewegung, denen sich dann weitere lokale kommunistische Zirkel anschließen. Der heute noch existente AB stützt sich anfangs fast vollständig auf die Betriebsarbeit und gebärdet sich, selbst im Verhältnis zu anderen K-Gruppen, besonders „proletarisch“. Nachdem sich aber kein größerer Erfolg in der Betriebsarbeit einstellen will, verändert der AB seine Taktik und versucht über scheinbar von ihm unabhängige Gruppierungen neue Mitglieder zu gewinnen. Dabei konzentriert er sich vornehmlich auf Proteste gegen den bayrischen Ministerpräsidenten und Unions-Kanzlerkandidaten Franz-Josef Strauß und gründet zahlreiche „Anti-Strauß-Komitees“. Auch mit dem Agit-Prop-Spektakel „Anachronistischer Zug“ gelingt es dem AB Aufmerksamkeit zu erzielen und einige Prominente wie die Tochter von Berthold Brecht, Hanne Hiob, oder den Schriftsteller Günther Wallraff zur Mitarbeit zu gewinnen. 1997 spaltet sich der AB in zwei Flügel, wobei die Fraktion um das ehemalige Zentralorgan, die „Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung“, sich in der Form von Doppelmitgliedschaften der DKP anschließt. Zusammenfassend betrachtet entwickelt der AB im Vergleich zu den anderen K-Gruppen am wenigsten Relevanz, seine Mitgliedschaft übersteigt kaum mehr als 300 Personen. Auch beteiligt sich der AB nicht an Wahlen.

Nach der kurzen Darstellung der „klassischen“ K-Gruppen soll nun ein Sonderfall untersucht werden, nämlich die Frage, ob es sich bei der „Roten Armee Fraktion“ ebenfalls um eine K-Gruppe handelt und ob sie deshalb in dieser Untersuchung berücksichtigt werden muss.⁴⁴⁵

⁴⁴⁴ Vgl. Langguth 1983, S. 108ff.

⁴⁴⁵ Zur Roten Armee Fraktion gibt es eine umfassende Literaturlage. Der folgende Überblick bezieht sich weitgehend auf den Band: ID Archiv (Hrsg.), Rote Armee Fraktion, Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, in dem die Texte der RAF und zusätzliche Materialien abgedruckt sind.

6.3 War die Rote Armee Fraktion eine bewaffnete K-Gruppe?

Seitdem die Protestbewegung ab Mitte der sechziger Jahre begonnen hat, ihre Kritik praktisch auf der Straße zu artikulieren und es dabei immer wieder zu Konflikten mit der Ordnungsmacht kommt, ist die Frage der politischen Gewalt ein Thema der Protestierenden. Auch in diesen Debatten spielt ein Vertreter der Kritischen Theorie eine bedeutende Rolle. Herbert Marcuse argumentiert in seinem in der Protestbewegung stark rezipierten Essay „Repressive Toleranz“ folgendermaßen:

„Aber ich glaube, dass es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein ‚Naturrecht‘ auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben. Gesetz und Ordnung sind überall und immer Gesetz und Ordnung derjenigen, welche die etablierte Hierarchie schützen; es ist unsinnig, an die absolute Autorität dieses Gesetzes und dieser Ordnung denen gegenüber zu appellieren, die unter ihr leiden und gegen sie kämpfen. [...] Wenn sie Gewalt anwenden, beginnen sie keine neue Kette von Gewalttaten, sondern zerbrechen die etablierte.“⁴⁴⁶

Aber Marcuse warnt, Gewalt dürfe nur ein Mittel sein, um die herrschende Gewalt zu überwinden, und sich nicht als eigener Zweck setzen. Keinesfalls dürfe sich die Protestbewegung auf das Terrain militarisierter Auseinandersetzungen mit dem Staat begeben. Nicht nur weil sie dieser Konfrontation nicht gewachsen sei, sondern auch weil sich darin der emanzipatorische Gehalt verliere.

Mit der Erschießung Benno Ohnesorgs durch den Polizisten Karl-Heinz Kurras am 2. Juni 1967 bekommt die Gewaltfrage innerhalb der Bewegung eine brisante Aktualität, auch wenn die Proteste zu diesem Zeitpunkt noch weitgehend gewaltfrei verlaufen. Aber nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 kommt es in vielen Städten der Bundesrepublik zu Straßenschlachten mit der Polizei, in deren Verlauf zwei Menschen getötet werden. Damit wird die bis dahin größtenteils abstrakt geführte Gewalt-Diskussion massenhaft konkret umgesetzt.

⁴⁴⁶ Herbert Marcuse, Repressive Toleranz, in: Ders., Aufsätze und Vorlesungen 1948-1969 Versuch über die Befreiung, Herbert Marcuse Schriften Band 8, Frankfurt am Main 1984, S. 161.

Doch aus den Diskussionen der Protestbewegung über die Frage der Gewalt haben sich inzwischen eine Reihe militanter Gruppen gebildet, die zahlreiche Anschläge verüben. Dazu gehören unter anderem die „Haschrebellen“, „der Blues“ und in verschiedenen Städten die „Tupamaros“. Diese eher anarchistisch orientierten Gruppierungen, deren Mitglieder sich zum Teil aus dem subproletarischen Milieu rekrutieren, entstehen größtenteils nicht aus dem politisch-aktiven Kern der Studentenbewegung, sondern aus der inzwischen um die Studentenbewegung herum entstanden Subkultur.

Am 2. April 1968, legen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Thorwald Proll und Horst Söhnlein aus Protest gegen *„die Gleichgültigkeit der Gesellschaft gegenüber den Morden in Vietnam“*⁴⁴⁷ Brandsätze in zwei Frankfurter Kaufhäuser. Die Täter werden bereits drei Tage später festgenommen und im Oktober zu je drei Jahren Haft verurteilt.

Im Juni 1969 werden die Brandstifter bis zur Entscheidung über eine Revision des Verfahrens auf freien Fuß gesetzt. Als diese abgelehnt wird, kommen Gudrun Ensslin und Andreas Baader der Aufforderung, ihre Strafe anzutreten, nicht nach und gehen in den Untergrund, um eine militante Gruppe aufzubauen. Andreas Baader wird schließlich am 4. April 1970 bei einer Verkehrskontrolle verhaftet, doch bereits am 14. Mai wieder gewaltsam befreit. Anschließend erscheint in der Zeitschrift „agit 883“ eine Erklärung zur Befreiung Andreas Baaders, die mit der Parole *„die Rote Armee aufbauen!“*⁴⁴⁸ endet. Die damit erfolgte offizielle Gründung der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) bedeutet für ihre Mitglieder nunmehr den endgültigen Schritt in die Illegalität. Im Juni und Juli 1970 halten sich ihre Mitglieder in einem Ausbildungslager der „People´s Front for the Liberation of Palestine“ (PFLP) in Jordanien auf, in dem sie eine militärische Schulung bekommen. Nach ihrer Rückkehr in die Bundesrepublik verübt die RAF eine Reihe von Banküberfällen zur Stabilisierung ihrer illegalen Struktur. Doch bereits im Oktober 1970 werden Horst Mahler, Brigitte Asdonk, Monika Berberich, Ingrid Schubert und Irene Goergens wegen Mitgliedschaft in der RAF verhaftet. Ab dem April 1971 erscheinen mit dem „Konzept Stadtguerilla“, „Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa“ und „Dem Volk

⁴⁴⁷ Zitiert nach: ID Archiv 1997, S. 17.

⁴⁴⁸ Rote Armee Fraktion, Die Rote Armee aufbauen. Erklärung zur Befreiung Andreas Baaders vom 5. Juni 1970, in: ID Archiv 1997, S. 26.

dienen. Stadtguerilla und Klassenkampf“ die ersten ausführlichen Positionspapiere der Gruppe.

Der Staat reagiert auf diese Herausforderung der bewaffneten Gruppen mit einem in der Bundesrepublik bis dato nicht gekanntem Fahndungsaufwand. In deren Verlauf gibt es am 15. Juli 1971 mit dem RAF-Mitglied Petra Schelm das erste Todesopfer, dem in der Folgezeit auf beiden Seiten zahlreiche weitere folgen. Im Mai 1972 beginnt die RAF ihre so genannte „Mai-Offensive“, in deren Verlauf sie Anschläge auf das Hauptquartier der US-Armee in Frankfurt am Main, auf das Polizeipräsidium in Augsburg, gegen den Richter des Bundesgerichtshof Buddenberg, auf das Hamburger Springer-Hochhaus und auf das Heidelberger Hauptquartier der US-Armee verübt. Dabei werden vier Menschen getötet und mehrere Dutzend verletzt.

Im Juni und Juli desselben Jahres wird die gesamte erste Generation der RAF festgenommen. In der Folgezeit treten die Gefangenen der RAF und Mitglieder anderer bewaffneter Gruppen mehrfach in den Hungerstreik, um gegen die verschärften Haftbedingungen zu protestieren, die gegen sie angewandt werden. Beim dritten Hungerstreik stirbt am 9. November 1974 in der Vollzugsanstalt Wittlich in Rheinland Pfalz das RAF-Mitglied Holger Meins an den Folgen der Zwangsernährung.

Bereits zwei Monate vorher wird Horst Mahler aus der RAF ausgeschlossen, da er sich von ihrer Politik distanziert und sich den Positionen der KPD/AO angenähert hat.

Die Befreiung der inhaftierten RAF-Gründer wird für die Mitglieder der zweiten Generation zur zentralen Zielsetzung ihrer Aktionen. Mit Felix Klopotek lässt sich von ihr sogar als *„Meta RAF, als „Holt die Gefangenen raus“ RAF⁴⁴⁹* sprechen.

Den ersten Versuch startet ein „Kommando Holger Meins“ mit der Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm im April 1975, bei der zwölf Geiseln genommen werden. Die Aktion scheitert, es sterben zwei Geiseln und zwei Geiselnnehmer. Die restlichen Mitglieder des Kommandos werden festgenommen.

⁴⁴⁹ Felix Klopotek, Der Gegen-Staat. Zur politischen Romantik der RAF, in: Joachim Bruhn und Jan Gerber (Hrsg.), Rote Armee Fiktion, Freiburg im Breisgau 2007, S. 106.

Am 21. Mai 1975 beginnt in Stuttgart-Stammheim der Prozess gegen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Ulrike Meinhof. Nach zwei Jahren Verhandlung werden Baader, Ensslin und Raspe zu lebenslanger Haft verurteilt. Ulrike Meinhof erlebt die Urteilsverkündung nicht mehr mit, da sie am 9. Mai 1976 erhängt in ihrer Zelle gefunden wird. Kurz vor der Urteilverkündung werden in Karlsruhe der Generalbundesanwalt Buback und seine zwei Begleiter von einem „Kommando Ulrike Meinhof“ ermordet. Am 30. Juli 1977 wird der Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, bei dem Versuch, ihn zu entführen, getötet. Ponto sollte, so der Plan der Entführer, gegen die RAF-Gefangenen ausgetauscht werden. Zwei Monate später entführt ein „Kommando Siegfried Hausner“ den Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer und tötet dessen drei Begleiter. Die Bundesregierung geht auf die Forderungen der Entführer nach Freilassung der RAF-Gefangenen nicht ein. Um die Forderungen der RAF zu unterstützen, kapert am 17. Oktober das Kommando „Martyr Halimeh“ der palästinensischen PFLP eine Lufthansa Maschine. Die Bundesregierung geht auf diese Erpressung aber ebenfalls nicht ein, sondern lässt die Maschine im somalischen Mogadischu von der Spezialeinheit GSG 9 stürmen. Drei Entführer werden dabei getötet, eine Entführerin überlebt schwer verletzt. Ein Tag später werden Baader, Ensslin und Raspe tot in ihren Zellen in Stuttgart-Stammheim gefunden, die ebenfalls in Stammheim inhaftierte Irmgard Möller überlebt schwer verletzt. Sie bestreitet bis heute die offizielle Version eines Selbstmordes der Gefangenen.⁴⁵⁰ Am 19. Oktober wird Hanns-Martin Schleyer tot im Kofferraum eines Autos im elsässischen Mulhouse gefunden. Diese dramatischen Ereignisse sind in die deutsche Geschichte als der „Deutsche Herbst“ eingegangen.

Doch trotz des Todes ihrer Führungskader, weiteren Festnahmen und dem Scheitern der Politik der Gefangenenbefreiung existiert die RAF weiter. 1980 schließt sich sogar ein großer Teil der „Bewegung 2. Juni“ der Gruppe an, und der inhaltliche Schwerpunkt wird wieder stärker auf den antiimperialistischen Kampf gelegt. Zeugnis dafür sind das 1982 erscheinende Papier „Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front“ und zahlreiche Anschläge vor allem

⁴⁵⁰ Vgl. Oliver Tolmein, „RAF – Das war für uns Befreiung“. Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf, Knast und die Linke, aktualisierte und erweiterte Auflage, Hamburg 2005, S. 113ff. und S. 122ff.

gegen US-Militäreinrichtungen. 1985 erklärt die RAF in einem gemeinsamen Papier ihre Zusammenarbeit mit der französischen Gruppe „Action Directe“. Diese Kooperation soll der Auftakt sein zum Aufbau einer westeuropäischen Guerilla.

Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre konzentrieren sich die Aktionen der RAF auf Repräsentanten der bundesrepublikanischen Politik, wie die Anschläge auf den Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Hans Tietmeyer und auf den Vorstandsvorsitzenden der Treuhandanstalt, Detlev Karsten Rohwedder zeigen. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks werden in der DDR zehn ehemalige Mitglieder der RAF verhaftet, die dort seit Anfang der achtziger Jahre mit Duldung des Staates leben.

1992 formuliert die RAF eine grundsätzliche Revision ihrer Politik und verkündet die Beendigung ihrer Aktionen gegen einzelne Repräsentanten von Staat und Wirtschaft. Um aber ihre weiter bestehende Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, sprengt sie im März 1993 das im Bau befindliche Hochsicherheitsgefängnis im hessischen Weiterstadt. Im März 1998 folgt dann die endgültige Auflösungserklärung der RAF.⁴⁵¹

Nach dieser kurzen Darstellung der Geschichte der RAF soll nun im Folgenden die Frage beantwortet werden, ob es sich bei der RAF um eine „bewaffnete K-Gruppe“ handelt und ob es sich somit rechtfertigen lässt, sie in diesem Untersuchungszusammenhang aufzuführen. Zunächst lässt sich feststellen:

Genau wie die anderen K-Gruppen entsteht die RAF aus den Zerfallsprodukten der Studentenbewegung. Die Protagonisten der ersten Generation der Gruppe sind alle in der antiautoritären Protestbewegung aktiv. So sind zum Beispiel mit der Journalistin Ulrike Meinhof und dem Anwalt Horst Mahler⁴⁵² sogar zwei der bekanntesten Köpfe der APO an der Gründung der RAF beteiligt. Der besondere Schwerpunkt, in dem sich viele der späteren RAF-Gründer politisch engagieren, ist bereits erwähnte Randgruppenstrategie der

⁴⁵¹ Die Auflösungserklärung der RAF ist abgedruckt in: Oliver Tolmein, Vom Deutschen Herbst zum 11. September. Die RAF, der Terrorismus und der Staat, Hamburg 2002, S. 212-229.

⁴⁵² Zur schillernden Biographie Horst Mahlers, der als Sohn überzeugter Nationalsozialisten, erst Angehöriger einer, an der FU verbotenen, schlagenden Verbindung ist, bevor er die verschiedenen Fraktionen der Linken durchläuft um schließlich seit Ende der neunziger Jahre im neonazistischen Spektrum aktiv zu sein, vgl. Martin Jander, Horst Mahler, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Band 1, Hamburg 2006, S. 372-397.

Studentenbewegung. Ulrike Meinhof schreibt in der „Konkret“ kontinuierlich Artikel und produziert mit „Bambule“ sogar einen Fernsehfilm zum Thema. Andreas Baader und Gudrun Ensslin sind an den Aktionen der APO im Fürsorgeheim Staffelberg beteiligt und engagieren sich nach ihrer zeitweiligen Haftentlassung 1969 so stark an der Organisierung der nun in Frankfurt lebenden ehemaligen Bewohnern des Heims, dass sie sogar zu den offiziellen Ansprechpartnern der Behörden avancieren.⁴⁵³ Und auch in der ersten gemeinsamen Erklärung der Gruppe nach der Befreiung Andreas Baaders beziehen sie sich ausdrücklich auf die gesellschaftlichen Randgruppen, die diese Aktion als Teil ihres eigenen Kampfes um Befreiung begreifen sollen.⁴⁵⁴ Allerdings vollziehen auch die RAF-Mitglieder die allgemeine Wende der Protestbewegung weg von ihren antiautoritären Ursprüngen hin zum Marxismus-Leninismus. Baader und Ensslin schulen die ehemaligen Staffelberger mit Schriften von Lenin und Mao. Die erste theoretische Schrift der RAF, „Das Konzept Stadtguerilla“, ist gespickt mit Zitaten von Mao Tse-Tung.⁴⁵⁵ Besondere Bedeutung hat für die RAF dabei der Ausspruch Maos, dass der bewaffnete Kampf die höchste Form des Marxismus-Leninismus sei.⁴⁵⁶ Für sich nimmt die Gruppe daher in Anspruch, mit dem bewaffneten Kampf in den Metropolen zu beginnen und darin liegt der Hauptunterschied zu den anderen K-Gruppen, die den Zeitpunkt zum Beginn des bewaffneten Umsturzes als verfrüht ansehen und stattdessen erst die kommunistische Partei aufbauen wollen, die dann die Revolution führen soll. Die RAF schreibt deshalb zur Legitimierung ihres Schrittes an die Adresse der anderen marxistisch-leninistischen Gruppierungen:

„Wir bezweifeln, ob es unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Bundesrepublik und Westberlin überhaupt schon möglich ist, eine die Arbeiterklasse vereinigende Strategie zu entwickeln, eine Organisation zu

⁴⁵³ Vgl. Gerd Koenen, Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, 2. Auflage, Köln 2003, S. 233ff.

⁴⁵⁴ Vgl. Rote Armee Fraktion, Die Rote Armee aufbauen. Erklärung zur Befreiung Andreas Baaders vom 5. Juni 1970, in: ID Archiv 1997, S. 24-26.

⁴⁵⁵ Eine ausführliche Analyse der maoistischen Ideologie der RAF findet sich in: Sebastian Gehrig, „Zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich ziehen.“ Linksterroristische Gruppen und maoistische Ideologie in der Bundesrepublik der 1960er und 1970er Jahre, in: Ders., Mittler und Wemheuer 2008, S. 153-177.

⁴⁵⁶ Vgl. Rote Armee Fraktion, Das Konzept Stadtguerilla. April 1971, in: ID Archiv 1997, S. 27-48.

*schaffen, die gleichzeitig Ausdruck und Initiator des notwendigen Vereinheitlichungsprozess sein kann.*⁴⁵⁷

Dieser Vereinheitlichungsprozess kann nach Ansicht der RAF in der aktuellen gesellschaftlichen Situation der Bundesrepublik nur durch die praktische revolutionäre Intervention einer Avantgarde angeschoben werden und nicht durch die Strategie der marxistisch-leninistischen Aufbauprojekte, die die RAF als gewerkschaftlichen Ökonomismus ablehnt.

*„Die Rote Armee Fraktion redet vom Primat der Praxis. Ob es richtig ist, den bewaffneten Widerstand jetzt zu organisieren, hängt davon ab, ob es möglich ist; ob es möglich ist, ist nur praktisch zu ermitteln.“*⁴⁵⁸

In diesem existenzialistischen Willen zur praktischen Tat zeigt sich der entscheidende Unterschied zu den anderen K-Gruppen, die ihre Strategie scheinbar auf die objektiven historischen Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft abstimmen und den bewaffneten Umsturz erst dann für aktuell erachten, wenn sie dies aus der Entwicklung der Klassenkämpfe ablesen können. Für die RAF dagegen ist, obwohl sie das Proletariat als das revolutionäre Subjekt bestimmt, doch nicht die Organisation der deutschen Arbeiterklasse vorrangig wie für die übrigen K-Gruppen. Denn diese ist nach der Einschätzung der RAF durch die Manipulation der Herrschenden und ihrer Medien in das System integriert und kann erst durch beispielhafte und bewusstseinschaffende Aktionen einer Avantgarde wieder seine Rolle als revolutionäres Subjekt zurückgewinnen. Sie schreibt deshalb auch: *„Die Bomben gegen den Unterdrückungsapparat schmeißen wir auch in das Bewusstsein der Massen.“*⁴⁵⁹ In dieser Klassenanalyse steht die RAF also durchaus noch in der Tradition der antiautoritären Studentenbewegung. Eben dies wird auch von den auf Parteaufbau orientierten marxistisch-leninistischen Gruppen kritisiert. So schreibt zum Beispiel der „Kommunistische Bund Bremen“:

„An der wirklichen Aufgabe der revolutionären Intelligenz gehen aber die Genossen vorbei. Diese besteht in der Mitarbeit an der systematischen, notfalls auch illegal betriebenen Agitation und Propaganda sowie an der Organisation des Industrieproletariats und seiner Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand.“

⁴⁵⁷ Ebenda, S. 37.

⁴⁵⁸ Ebenda, S. 40.

⁴⁵⁹ Rote Armee Fraktion, Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa, Mai 1971, in: ID Archiv 1997, S. 100.

*Soweit unsere Differenzen mit den Genossen von der RAF! Allem opportunistischen Gekeife aber stellen wir entgegen: Die in der Roten-Armee-Fraktion kämpfenden und die niedergeschossenen Genossen, sie standen und sie stehen auf unserer Seite der Barrikade.*⁴⁶⁰

Auch wenn sie die Praxis der RAF für verfehlt bzw. verfrüht erachten, so erkennen die marxistisch-leninistischen Parteaufbauinitiativen in ihr doch Geistesverwandte, die es vor der staatlichen Reaktion zu schützen gilt.⁴⁶¹

Durchgängig von zentraler Bedeutung für die Theoriebildung der RAF ist der Bezug auf die nationalen Befreiungsbewegungen der so genannten „Dritten Welt“. Darin sehen sie die Avantgarde der Weltrevolution.⁴⁶² Während die Arbeiterklasse in den Metropolen noch in das herrschende System eingebunden sei, kämpfe die Bevölkerung in der Peripherie bereits gegen den Imperialismus und für eine sozialistische Zukunft.

*„Daraus folgt aber, dass das revolutionäre Subjekt jeder ist, der sich aus diesen Zwängen befreit und seine Teilnahme an den Verbrechen des Systems verweigert. Dass jeder, der im Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt seine politische Identität findet, jeder, der nicht mehr mitmacht: revolutionäres Subjekt ist – Genosse.“*⁴⁶³

Trotz der vergleichbaren Bedeutung, die die nationalen Befreiungsbewegungen für die übrigen K-Gruppen spielen, lehnen sie eine solchermaßen voluntaristisch begründete Theorie des revolutionären Subjektes ab. Dieser revolutionäre Voluntarismus, den die RAF von der antiautoritären Bewegung beibehält und mit dem sie auch die Aufnahme des bewaffneten Kampfes in der

⁴⁶⁰ Kommunistischer Bund Bremen, Bewaffneter Kampf in Westeuropa heute. Eine Kritik an der „Roten Armee Fraktion“, in: Wahrheit. Kommunistische Arbeiter Korrespondenz, Organ des Kommunistischen Bundes Bremen, Nr. 1 Februar 1972, S. 12.

⁴⁶¹ Zum Verhältnis der K-Gruppen zur RAF, vgl. Jens Benicke, „Von Heidelberg nach Mogadischu, ein Weg von der revolutionären bis zur konterrevolutionären Aktion“. Das Verhältnis der bundesdeutschen K-Gruppen zur RAF, am Beispiel der KPD/ML, in: Gehrig, Mittler, Wemheuer 2008, S. 133-152.

⁴⁶² Für den französischen Situationisten Emile Marensin ist die „Dritte-Welt-Ideologie“ der Marxisten-Leninisten nur eine Rationalisierung der Tatsache, dass es ihnen in einigen Entwicklungsländern nach einer erfolgreichen Revolution gelungen ist die Aufgabe der zu schwachen einheimischen Bourgeoisie zu übernehmen und eine nachholende kapitalistische Entwicklung in Gang zu setzen. Für Marensin zeigt sich hier, dass der Sozialismus des ML nichts anderes ist, als ein staatlicher organisierter Kapitalismus. Fälschlicherweise hält er der RAF zugute, diese „Dritte-Welt-Ideologie“ überwunden zu haben, vgl. Emile Marensin, Stadtguerilla und soziale Revolution. Über den bewaffneten Kampf und die Rote Armee Fraktion, mit einem Vorwort von Joachim Bruhn, Freiburg im Breisgau 1998.

⁴⁶³ Rote Armee Fraktion, Die Aktion des „Schwarzen September“ in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes. November 1972, in: ID Archiv 1997, S. 166.

Bundesrepublik rechtfertigt, unterscheidet sie von den übrigen marxistisch-leninistischen Gruppierungen.

Abgesehen von dieser bedeutenden taktischen Differenz überwiegen aber die theoretischen Gemeinsamkeiten der frühen RAF mit den sich etablierenden K-Gruppen. Beide entstehen als Zerfallsprodukte der antiautoritären Studentenbewegung und berufen sich auf den Marxismus-Leninismus und dessen Weiterentwicklung durch Mao Tse-tung. Genau wie die anderen K-Gruppen wirft die RAF dem antiautoritären Flügel der Protestbewegung vor, eine „*studentischkleinbürgerliche Organisationsform*“⁴⁶⁴ darzustellen, die ungeeignet sei, die Revolte auszuweiten. Denn dies könne nur der Marxismus-Leninismus, der aber, das hebt die RAF lobend hervor, erst durch die Studentenbewegung als Waffe im Klassenkampf rekonstruiert wurde. K-Gruppen und RAF sehen sich im Gegensatz zu den Antiautoritären als Avantgardeorganisationen der revolutionären Massen. Dabei beziehen sich beide auf die leninistische Parteikonzeption. Iring Fetscher fasst dies für die RAF wie folgt zusammen:

*„Dem Elite-Vorwurf sucht man sich im Übrigen durch eine [...] Berufung auf die Leninische Kaderpartei zu entziehen, die ja stellvertretend für die unterdrückten Massen handelt, solange diese außerstande sind, selbst zu agieren. Die ‚RAF‘ gilt dann gleichsam als der Kern einer künftigen Kaderpartei, die als ‚Avantgarde‘ der (potenziell) revolutionären Massen handelt, auch wenn diese selbst einstweilen noch völlig passiv bleiben.“*⁴⁶⁵

Gudrun Ensslin bestätigt diese Aussage, wenn sie ausführt:

*„Was zu Lenins Zeiten Partei hieß und zu Lenins Zeiten die Partei war, heißt heute Guerilla, Guerilla, Massenlinie, Avantgarde und Partei sind die vier Namen der einen Sache: Guerilla.“*⁴⁶⁶

Die RAF sieht ihr Konzept Stadtguerilla also als die zeitgemäße Umsetzung der Leninsche „Partei neuen Typus“.⁴⁶⁷ Aufgrund dieser theoretischen Gemeinsamkeiten wendet sich die RAF in ihren frühen Schriften, wenn sie Stellung zur radikalen Linken nimmt, explizit an die ML-Gruppen. Beispielhaft

⁴⁶⁴ Rote Armee Fraktion, Das Konzept Stadtguerilla. April 1971, in: ID Archiv 1997, S. 36. Übernahme wie im Original.

⁴⁶⁵ Iring Fetscher und Günter Rohrmoser, Ideologien und Strategien. Analysen zum Terrorismus Band 1, unter Mitarbeit von Jörg Fröhlich et. al., herausgegeben vom Bundesministerium des Innern, Opladen 1981, S. 28. Hervorhebung im Original.

⁴⁶⁶ Gudrun Ensslin, zitiert nach: Fetscher und Rohrmoser 1981, S. 332.

⁴⁶⁷ Eine Zusammenstellung der Leninischen Schriften zu Frage der Partei findet sich in: Wladimir Iljitsch Lenin, Über die proletarische Partei neuen Typus, Moskau 1973.

dafür steht eine Tonbandbotschaft der RAF an ein Teach-in der maoistischen „Roten Hilfe“ in Frankfurt, in dem sie die Distanzierung des KB und des KSV von der terroristischen Praxis der RAF nach der Mai-Offensive 1972 verurteilt.⁴⁶⁸ Bezeichnend ist ebenfalls, dass Horst Mahler als der Vertreter der RAF, dessen Text „Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa“⁴⁶⁹ einen geradezu dogmatischen marxistisch-leninistischen Maoismus vertritt, sich während seiner Haftzeit von der RAF abwendet und den Positionen der KPD/AO anschließt. Die inhaltlichen Gemeinsamkeiten der RAF mit den anderen ML-Gruppen werden auch von anderen Fraktionen der Protestbewegung wahrgenommen. So veröffentlicht zum Beispiel das militant-spontaneistische Untergrundblatt „agit 883“ 1971 eine Kritik an der RAF unter dem Titel „Rote Armee Fraktion. Leninisten mit Knarren“⁴⁷⁰, in der es eine linksradikale Kritik am Leninismus formuliert und diese an der RAF konkretisiert.

Spätestens mit der Schrift „Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front“⁴⁷¹ vom Mai 1982 zeigt sich aber ein deutlicher Wandel in der theoretischen Ausrichtung der RAF, der auch das Verhältnis zu den noch existierenden K-Gruppen verändert. Nach Jahren, in denen die Politik der Gruppe auf die Befreiung der gefangenen Mitglieder gerichtet war, wird nun wieder der antiimperialistische Kampf in den Mittelpunkt gerückt. Dabei bleiben die USA für die RAF der zu bekämpfende Hauptfeind, anders als für eine Reihe der anderen K-Gruppen, die, darin der Politik der Volksrepublik Chinas folgend, in der UdSSR den strategischen Hauptgegner sehen. Die RAF dagegen verteidigt nunmehr die Existenz der sozialistischen Staaten, denen sie früher Revisionismus vorgeworfen hat. Auch gibt es eine punktuelle Zusammenarbeit mit den Regierungen des Ostblocks, etwa bei der Unterbringung aussteigewilliger Mitglieder.⁴⁷²

⁴⁶⁸ Vgl. Rote Armee Fraktion, Tonbandprotokoll von dem Teach-in der Roten Hilfe, Frankfurt. Erklärung vom 31. Mai 1972, in: ID Archiv 1997, S. 148-150.

⁴⁶⁹ Vgl. Rote Armee Fraktion, Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa, Mai 1971, in ID Archiv 1997, S. 49-111.

⁴⁷⁰ Redaktion Agit 883, Rote Armee Fraktion. Leninisten mit Knarren, in: Agit 883, Revolutionäre Aktion, Nr. 86 vom 6.12.1971, S. 8-9.

⁴⁷¹ Vgl. Rote Armee Fraktion, Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front, Mai 1982, in: ID Archiv 1997, S. 291-306.

⁴⁷² Vgl. etwa die Autobiographie von Inge Viett, die 1982 unter aktiver Beteiligung der staatlichen Behörden in die DDR übersiedelt. Vgl. Inge Viett, 1997.

Die RAF wendet sich inzwischen auch nicht mehr an die übrigen marxistisch-leninistischen Parteien, wenn sie strategische Diskussionen innerhalb der radikalen Linken lancieren will, sondern an die so genannten antiimperialistischen Gruppen, die sich seit den siebziger Jahren zu einer mit der Politik der bewaffneten Gruppen sympathisierenden Strömung entwickelt haben und an andere bewaffnete Gruppierung im europäischen Ausland. Bis zu ihrer Auflösung im März 1998 nähert sich die RAF dann immer deutlicher den sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik als Bezugspunkt an.

Die theoretische Einordnung der RAF lässt sich also als Entwicklung von der zerfallenden antiautoritären Protestbewegung der sechziger Jahre über den Marxismus-Leninismus, der sich aber in der Einschätzung der aktuellen gesellschaftlichen Situation in der Bundesrepublik und damit verbunden der Frage nach dem Zeitpunkt der Aufnahme des bewaffneten Kampfes von den K-Gruppen unterscheidet, hin zu einer eigenständigen internationalistischen Position beschreiben. Es handelt sich bei der ersten Generation der RAF also um eine marxistisch-leninistische Gruppe, die zwar einige gewichtige Unterschiede zu den am Parteaufbau orientierten Marxisten-Leninisten aufweist, aber doch genug Übereinstimmungen zeigt, so dass ihre Behandlung in der Arbeit gerechtfertigt erscheint. Nach dieser kurzen Darstellung der einzelnen K-Gruppen wird nun im Folgenden auf die Rezeption der Kritischen Theorie durch die K-Gruppen eingegangen.

6.4 Zwischen Anarchismus und Werkzeug der Bourgeoisie

Die so genannten Septemberstreiks 1969, die innerhalb der Studentenbewegung der bereits beschriebenen „proletarischen Wende“ zum Durchbruch verholfen haben, werden auch von der einzigen zu dieser Zeit schon bestehenden K-Gruppe, der KPD/ML, genutzt, um gegen die antiautoritären Theorien der Studentenbewegung zu polemisieren. So schreibt dessen Zentralorgan, der „Rote Morgen“, unter der Überschrift: *„Jetzt spricht die Arbeiterklasse!“*:

„Ein weiterer bürgerlicher Mythos ist zusammengebrochen, dass die westdeutsche Arbeiterklasse angeblich völlig „integriert“ sei, kein

*Klassenbewusstsein mehr habe und nicht mehr kämpfen könne. Die umfassendste Streikbewegung seit 1963 hat diesen bürgerlichen Mythos, der auch in der kleinbürgerlichrevolutionären APO weit verbreitet ist, innerhalb einer Woche völlig zerfetzt und vom Tisch gefegt. [...] Man kann sagen, dass die streikenden Kumpels Marcuse, Habermas, usw. ideologisch getötet haben.*⁴⁷³

Die Streiks werden als die Bestätigung der eigenen politischen Linie interpretiert und als Falsifizierung der Theorien der antiautoritären Studentenbewegung, namentlich der Kritischen Theorie, verstanden. Dabei wird aber nicht im Geringsten auf die Inhalte der Kritischen Theorie eingegangen, sondern nur das herausgegriffene Schlagwort der Integration der Arbeiterklasse erwähnt. Diese Integration sei nun durch die Aktionen der streikenden Arbeiter widerlegt und damit folglich auch die Theorien von Marcuse und Habermas. Sehr bezeichnend ist auch die verwendete Sprache, aus der offen der Vernichtungswunsch gegenüber den Vertretern der Kritischen Theorie spricht. Auf diesem Niveau bewegt sich die gesamte Kritik an den Theorien der Frankfurter Schule, die von den verschiedenen Abspaltungen der KPD/ML, die sich selbst auf eine proletarische Herkunft beruft und so in einen Gegensatz setzt zu den anderen vorgeblich studentischen ML-Gruppen, formuliert wird. Dies zeigt sich auch an einem Artikel im „Revolutionären Weg“, dem von Willi Dickhut herausgegebenen theoretischen Organ der KPD/ML. Nach der Spaltung der Partei und der Vereinigung des Dickhut-Flügels mit dem KAB (ML) zum KABD wird der „Revolutionäre Weg“ dann zum theoretischen Organ des KABD. Er erscheint jeweils mit einem Schwerpunktthema, dessen Behandlung das Redaktionskollektiv besondere Bedeutung für die marxistisch-leninistische Theorie beimisst. Die dritte Ausgabe von 1970 erscheint mit dem Titel „Antiautoritarismus und Arbeiterbewegung“ und ist damit die einzige größere Auseinandersetzung dieser Strömung der K-Gruppen mit der Kritischen Theorie. Diese Auseinandersetzung wird, wie viele Rezeptionen der Kritischen Theorie durch die K-Gruppen, indirekt, d.h. über die antiautoritäre Studentenbewegung, geführt. Der „kleinbürgerliche Antiautoritarismus“ der Studentenbewegung wird dabei als eine moderne Form des historischen

⁴⁷³ Redaktion Roter Morgen, Jetzt spricht die Arbeiterklasse, in: Roter Morgen. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschland/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) vom September 1969, S. 2 zit. nach: Dietmar Kesten, Zur Geschichte der KPD/ML – Zentralbüro, <http://userpage.fu-berlin.de/~archapo/ONLINE/MAO/BRD/ZB-GESCHICHT.html>, (Stand 24.10.2008).

Anarchismus angesehen. Dass sich diese anarchistischen Gedanken wieder verbreiten konnten, erklärt sich das Redaktionskollektiv aufgrund zweier Ursachen; nämlich erstens:

„Die antiautoritären Vorstellungen entwickelten sich unseres Erachtens spontan aufgrund der kleinbürgerlichen Herkunft dieser Genossen.“⁴⁷⁴

Und zweitens:

„[...] dass die objektive Ursache für das Wiedererstarken des Antiautoritarismus in den 60er Jahren die revisionistische Entartung vieler ehemals marxistisch-leninistischer Parteien ist.“⁴⁷⁵

Das bedeutet, dass sich die KPD/ML das Aufkommen der antiautoritären Studentenbewegung einerseits mit der Klassenlage der Studierenden als Kleinbürger erklärt und andererseits das Fehlen einer konsequenten marxistisch-leninistischen Partei als Ursache dafür ansieht, dass die antiautoritären Theorien derart Zulauf bekamen. Diese Entwicklung soll nun mit dem Aufbau einer neuen marxistisch-leninistischen Partei bekämpft werden. Denn:

„Der Marxismus-Leninismus wird auch heute über den modernen Revisionismus und den Neo-Bakunismus siegen, denn das ist die Voraussetzung einer siegreichen proletarischen Revolution.“⁴⁷⁶

Inhaltlich entwirft das Redaktionskollektiv des „Revolutionären Wegs“ aus so unterschiedlichen Theoretikerinnen und Theoretikern wie Michael Bakunin, Emma Goldman, Pierre Joseph Proudhon, Herbert Marcuse, Jürgen Habermas, Daniel Cohn-Bendit und Rudi Dutschke eine einheitliche Theorie des Antiautoritarismus, die so niemals bestanden hat.⁴⁷⁷ Die KPD/ML stimmt damit trotz aller Polemik gegen die so genannten „Revisionisten“ im Ostblock und in der DKP mit einem Großteil deren Analyse der Studentenbewegung überein. Beispielhaft dafür steht das 1971 erschienene Buch „Zur Kritik der revolutionären Ungeduld. Eine Abrechnung mit dem alten und neuen

⁴⁷⁴ Redaktionskollektiv, Antiautoritarismus und Arbeiterbewegung, in: Revolutionärer Weg. Probleme des Marxismus-Leninismus 3/70, Theoretisches Organ des KABD, 2. unwesentlich veränderte Auflage 1973, S. 69.

⁴⁷⁵ Ebenda, S. 49.

⁴⁷⁶ Ebenda, S. 73.

⁴⁷⁷ Ironischerweise wird der MLPD, die aus dieser Strömung der KPD/ML hervorgeht, von Seiten des trotzkistischen „Bundes Sozialistischer Arbeiter“ ebenfalls „kleinbürgerlicher Anarchismus“ vorgeworfen, da sie in ihrer Politik ebenso wie die Studentenbewegung die

Anarchismus⁴⁷⁸ des DDR-Literaturwissenschaftlers Wolfgang Harich, in dem dieselbe These vertreten wird.

Die Verfasser des „Revolutionären Wegs“ polemisieren in ihrer Abrechnung mit dem Antiautoritarismus natürlich auch gegen die Vertreter der Kritischen Theorie, die ebenfalls unter diesem Begriff subsumiert werden. Allerdings können sie nur wenig inhaltliche Kritik anbringen:

„Habermas und seine Mitläufer verwenden zum Ausdruck ihrer Ideen einen absichtlich unverständlichen Jargon, um durch die vielen komplizierten Ausdrücke und die langen Sätze den Leser einzuschüchtern. Sie sind zu dieser Maskerade auch gezwungen, da sie sonst mit ihren banal reformistischen Geschwätz niemanden interessieren würden.“⁴⁷⁹

Inhaltlich sagen diese Sätze nur aus, dass Habermas ein Reformist ist, doch diese Kritik wurde selbst während der antiautoritären Phase der Studentenbewegung an Habermas geäußert. Dort wurde sie allerdings auch theoretisch begründet. Die KPD/ML dagegen wirft Habermas nur vor, dass er die Studierenden auf die kulturelle Sphäre der Gesellschaft, also den Überbau, orientiert und damit die vermeintlich entscheidende ökonomische Basis ausklammert.

„Habermas´ neo-antiautoritäre Ideologie sollte der Bourgeoisie dienen, um die revolutionären Antriebe der Studenten auf die für die Bourgeoisie reformierbaren Bereiche des Überbaus zu fixieren.“⁴⁸⁰

Habermas wird hier als willfähiges Werkzeug des Bürgertums dargestellt. Dieser Gedanke des planmäßigen Einsatzes der Kritischen Theorie durch die herrschende Klasse, um die revoltierenden Studierenden wieder in die kapitalistische Gesellschaft zu integrieren, wird von der aus der KABD hervorgegangenen MLPD wieder aufgegriffen.

„Viele Studenten, die sich gegen die zunehmende Reglementierung des Studiums und die immer autoritärer verlaufende Anpassung an die Profitinteressen der Industrie wehrten und gleichzeitig durch den Angriff der US-Imperialisten auf das vietnamesische Volk politisiert wurden, suchten nach einem Ausweg. Um ihnen den revolutionären Ausweg des Marxismus-

Arbeiterklasse als revolutionäre Kraft abschreiben würde. Vgl. Peter Schwarz, *Marxismus gegen Maoismus. Die Politik der MLPD*, Reihe Neue Arbeiterpresse 7, Essen 1998, S. 20.

⁴⁷⁸ Vgl. Wolfgang Harich, *Zur Kritik der revolutionären Ungeduld. Eine Abrechnung mit dem alten und neuen Anarchismus*, Berlin 1998.

⁴⁷⁹ Redaktionskollektiv, *Antiautoritarismus und Arbeiterbewegung 1973*, S. 56.

⁴⁸⁰ Ebenda, S. 57.

Leninismus zu verbauen, bombardierten die bürgerlichen Verlage diese aufmüpfigen Studenten mit pseudorevolutionären Schriften von Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Herbert Marcuse und vielen anderen. Die Studenten, denen die ‚kritische‘ Theorie dieser Philosophen nicht mehr zusagte, wandten sich teilweise über „Basisgruppen“ dem Marxismus-Leninismus zu und wurden dort in einem Sammelsurium ‚linker‘ Gruppen – revisionistischen, ‚undogmatischen‘, antiautoritären, anarchistischen, trotzkistischen – verdorben.“⁴⁸¹

Die MLPD kann die Verbreitung der Kritischen Theorie unter den Studierenden nur als konterrevolutionäres, gegen den Marxismus-Leninismus gerichtetes Manöver der herrschenden Klasse verstehen. Das bedeutet, dass sie sich die bürgerliche Gesellschaft als eine von einer kleinen Gruppe Kapitalisten beherrschte Gesellschaft vorstellt, die einheitlich und planvoll gegen Gefahren, die ihre Macht bedroht, vorgeht. Und die größte Gefahr für das System ist in den Augen der MLPD der Marxismus-Leninismus, wie ihn die MLPD interpretiert. Für die Totalität kapitalistischer Vergesellschaftung und die Widersprüche, die innerhalb dieser entstehen, wie sie beispielhaft von Karl Marx analysiert wurden, ist in dem manichäischen Weltbild der MLPD dagegen kein Platz.

Dass diese Vorstellung in der marxistisch-leninistischen Gedankenwelt weit verbreitet ist, zeigt auch eine spätere Beschäftigung der KPD/ML mit diesem Thema, nachdem sich die KPD/ML (Revolutionärer Weg) schon lange abgespalten hat und ihr Theorieorgan mit in den KABD genommen hat. In ihrem neuen Theorieorgan „Der Weg der Partei“ schreibt sie über Marcuse:

„Von der Bourgeoisie wurde der Konterrevolutionär Marcuse groß als ‚Revolutionär‘ herausgestellt und seine antimarxistischen Theorien verbreitet, um die revolutionären Studenten- und Jugendbewegung niederzuhalten bzw. sie in ungefährliche Bahnen zu lenken.“⁴⁸²

Dieses besonders stark ausgebildete manichäische Weltbild der KPD/ML, des KABD und der MLPD ermöglicht folgerichtig auch nur eine extrem grobschlächtige Auseinandersetzung mit den Theorien der antiautoritären Studentenbewegung und der Kritischen Theorie. Diese selbst für die K-Gruppen

⁴⁸¹ Zentralkomitee der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) Band 1, 1985, S. 274.

⁴⁸² ZK der KPD (ML), Linie und Entwicklung der Gruppe „Rote Fahne“ (KPD) 1970-1975. Die Einheit der Marxisten-Leninisten im Kampf gegen revisionistische und trotzkistische Einflüsse herstellen! In: Der Weg der Partei, Theoretische Organ der KPD/Marxisten-Leninisten Nr. 3, 1975, S. 33.

ungewöhnliche Schlichtheit der Argumentation lässt sich meines Erachtens aus der politischen Herkunft dieser Strömung der K-Gruppen erklären. Da diese am wenigsten von der Studentenbewegung beeinflusst wurde, ist auch der Druck, sich von dieser zu distanzieren, nicht so groß wie bei anderen K-Gruppen, die direkt aus der Studentenbewegung hervorgegangen sind.

6.5 Die Intellektuellenfeindschaft der K-Gruppen

Mit der „proletarischen Wende“ der Protestbewegung ändert sich, wie bereits beschrieben, die Auffassung von der Rolle der Intellektuellen. Die Vorstellungen, die die Studentenbewegung von Marcuse und Mallet übernommen hatten die den Intellektuellen eine Katalysatorfunktion zuschreiben bzw. in ihnen sogar Teile einer „Neue Arbeiterklasse“ erkennen, werden nun entschieden zurückgewiesen. Die industrielle Arbeiterklasse wird wieder zum einzigen revolutionären Subjekt erklärt. Die Intellektuellen können nach diesen Überlegungen höchstens Bündnispartner des Proletariats sein. Da die K-Gruppen aber entgegen ihrem Anspruch im Wesentlichen eine vom akademischen Mittelstand geprägte Jugendbewegung sind, steigern sich die Projektionen in die Arbeiterklasse zu einem regelrechten „Proletkult“. Dieser wird so exzessiv betrieben, dass sich dahinter andere, verdrängte Motive vermuten lassen. Stephan Marks schreibt in seiner Analyse zum Zerfall der Studentenbewegung dazu:

„Der Proletkult ist Rationalisierung der Perspektivlosigkeit des bürgerlichen Prinzips und Charakters und insbesondere der drohenden Aussicht des Studenten, selbst bald zum ‚akademischen Proletariat‘ zählen zu müssen.“⁴⁸³

Spiegelbildlich zu diesem Proletkult gesellt sich bei ML-Organisationen ein ausgeprägtes Ressentiment gegen Intellektuelle. Der Zugang von Studierenden und Akademikern zu den K-Gruppen wird deshalb meist auch äußerst restriktiv gehandhabt. Am extremsten ist dies beim AB ausgeprägt, wo ein Intellektueller zwei Bürgen aus der Arbeiterklasse vorweisen muss, um in die Organisation

⁴⁸³ Stephan Marks, Studentenseele. Erfahrung im Zerfall der Studentenbewegung, Hamburg 1977, S. 69.

aufgenommen zu werden.⁴⁸⁴ Aber auch die anderen K-Gruppen versuchen den Zustrom von Studierenden und Akademikern zu reglementieren. Die KPD/ML spaltet sich sogar an der Forderung des „proletarischen“ Flügels um Willi Dickhut, eine Kandidatensperre für Studierende, Schüler und Lehrkräfte zu verhängen. Außerdem wird ganz in der zynisch-bürokratischen Sprache des Stalinismus verlangt, einen *„Klärungs- und Säuberungsprozess gegen kleinbürgerliche Elemente“* durchzuführen und in der Zukunft Intellektuelle nur aufzunehmen, *„sofern sie bereit sind, sich der proletarischen Linie zu unterwerfen und sich umerziehen zu lassen.“*⁴⁸⁵

Stolz berichtet die Dickhutsche Abspaltung der KPD/ML nach ihrer Vereinigung zum KABD in ihrem Zentralorgan „Rote Fahne“ über die Arbeit ihrer Jugendorganisation: *„Da gab es kein abstraktes Geschwätz und keine hochgestochene Theoretisiererei.“*⁴⁸⁶

Die K-Gruppen stehen auch in ihrer verbalen Ablehnung der Intellektuellen in der Tradition des historischen Leninismus, der seine Gegner ebenfalls als Intellektuelle bekämpfte und den Begriff des Intellektuellen meist als Schimpfwort verwendete.⁴⁸⁷ Einigen Protagonisten der K-Gruppen wird dieses Verhalten nach dem Niedergang ihrer Organisationen bewusst und sie thematisieren den Sachverhalt, dass eine Bewegung, die sich selbst größtenteils aus kleinbürgerlichen Intellektuellen zusammensetzt, ein solches Ressentiment gegen die Intellektuellen entwickeln konnte. So schreibt zum Beispiel Karl Schlögel, ein ehemaliger Funktionär der KPD/AO, in einem Buch, das sich kritisch mit dem Scheitern der KPD/AO auseinandersetzt:

„Die Distanzierung der Intellektuellen von sich selbst – in der Form einer abstrakten Negation der Studentenbewegung und ihrer ideologischen Leitbilder, aber auch in der Form der Selbstillusionierung als ‚Avantgarde des Proletariats‘ – hat in der kommunistischen Arbeiterbewegung eine lange Geschichte; und es scheint paradox, dass die Leistungen von Korsch, Lukács, Bloch, Adorno und Horkheimer, der wir soviel für die Analyse der spätbürgerlichen Gesellschaft verdanken, zwar schöpferisch, aber immer am Rande der Arbeiterbewegung,

⁴⁸⁴ Vgl. Langguth 1983, S. 109.

⁴⁸⁵ Zentralorgan der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) (Hrsg.) 1985, Band 1, S. 76.

⁴⁸⁶ Redaktion Rote Fahne, Revolutionärer Jugendverband Deutschland (RJVD) gegründet, in: Rote Fahne. Zentralorgan des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands, Nr. 7 vom Juli 1973, S. 7.

⁴⁸⁷ Vgl. Dietz Bering, Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes, Stuttgart 1978, S. 148ff.

*marginal geblieben ist, dass ‚schöpferische Kritik‘ sich immerzu im Bereich der ‚Abweichung‘ entwickeln musste.*⁴⁸⁸

Eine ähnliche Kritik formuliert rückblickend auch der ehemalige Funktionär des KB, Thomas Ebermann, über die Gepflogenheiten innerhalb des Bundes:

*„[...] schwer hatte es auch jede/r, der/die als intellektuell feinziseliert oder vergrübelt galt. Der Bruch der ‚proletarischen Ordnung‘ mit Adorno und Marcuse, mit einer die Unterschichten nicht freisprechende Betrachtung des Nationalsozialismus oder einer Erforschung der Arbeiter ins Akkumulationsregime, die über den Vorwurf des Verrats an der Sozialdemokratie hinausweicht, war total. Der Kult um die ‚Macher‘, die Verachtung machtloser Intellektueller, trieb manch hässliche Blüte.*⁴⁸⁹

Karl Schlögel und Thomas Ebermann beschreiben hier eine Praxis der K-Gruppen, für die sich viele Belege finden lassen, die zum Teil auch schon für die Vorgängerorganisationen der ML-Organisationen in den Kapiteln über die Übergangsphase dargestellt wurden. Denn die Ablehnung der Intellektuellen ist eines der verbindenden Elemente aller marxistisch-leninistischen Organisationen. Gängige Vorwürfe gegen die Intelligenz sind ihre mangelnde Praxis und damit zusammenhängend ihr Beharren auf der Theorie. Die marxistisch-leninistische Bewegung in Westdeutschland dagegen zeichnet sich durch ihren Praktizismus aus. Die Abkehr von der Studentenbewegung bedeutet gleichzeitig eine Abkehr von der Theorie.⁴⁹⁰ Das dogmatische Rezitieren der Klassiker ersetzt die theoretische Anstrengung. Damit vollziehen die K-Gruppen eine Gegenüberstellung des positiv bewerteten Konkreten gegen das abgelehnte Abstrakte. Diese Vorstellungen knüpfen an weit verbreitete Ressentiments gegen die Intellektuellen an, wie sie von der extremen Rechten seit der Dreyfus-Affäre in Frankreich verwendet werden. *„Das Denken der ‚Intellektuellen‘ ist abstrakt. Es bewegt sich außerhalb der Realität. Brutstätte dieses Denkens ist die Universität [...]“*⁴⁹¹ So beschreibt Dietz Bering diese Vorwürfe gegen die Intellektuellen. Die Gegenüberstellung von Abstraktem und Konkretem ist nach Moïse Postone auch ein Kennzeichen

⁴⁸⁸ Karl Schlögel, Was ich einem Linken über die Auflösung der KPD sagen würde, in: Karl Schlögel, Willi Jasper und Bernd Ziesemer, Partei kaputt. Das Scheitern der KPD und die Krise der Linken, Berlin 1981, S. 22.

⁴⁸⁹ Thomas Ebermann, Damals, in: konkret: Politik und Kultur Heft 2, Februar 2003, S. 23.

⁴⁹⁰ Eine Kritik an der fehlenden Theorieproduktion der K-Gruppen aus marxistisch-leninistischer Sicht findet sich in: Heiner Karuscheit, Zur Geschichte der westdeutschen ml Bewegung, Gelsenkirchen 1978.

⁴⁹¹ Bering, 1978, S. 45.

des modernen Antisemitismus, bei dem alles Abstrakte mit den Juden assoziiert wird.

„Dieses Denken begreift nicht, dass das Abstrakte und das Konkrete gemeinsam einen Widerspruch konstituieren, wobei die wirkliche Überwindung des Abstrakten [...] die historische Überwindung des Widerspruchs selbst sowie jedes seiner Seiten einschließt. Anstatt dessen gibt es nur einen einseitigen Angriff auf die abstrakte Vernunft, das abstrakte Recht oder, auf anderer Ebene auf das Geld- und Finanzkapital.“⁴⁹²

Diese Gegenüberstellung von konkretem, als positiv wahrgenommenem Handeln gegen abstraktem, negativ konnotiertem Denken findet sich im Marxismus-Leninismus personalisiert in der Gegenüberstellung von Stalin und Trotzki. Beispielhaft lässt sich hierfür ein Artikel aus dem theoretischen Organ des KB, „Unser Weg“, anführen:

„Unter der Führung Stalins stand die KPdSU vor einer Aufgabe, die vielleicht noch schwerer war als die Revolution von 1917 und der folgende Bürgerkrieg. Unter schwersten Bedingungen wurde die sozialistische Industrialisierung durchgeführt, stand die Sowjetunion im siegreichen Kampf gegen den faschistischen Überfall. Es ist doch gar keine Frage, dass diese Aufgabe nicht mit Klugscheißereien zu lösen waren, die der Renegat Trotzki in seiner mexikanischen Villa von sich gab, sondern dass diese Aufgaben tatsächlich gelöst wurden durch die sowjetische Arbeiterklasse und die KPdSU mit Stalin an der Spitze.“⁴⁹³

Die Ablehnung des abstrakten, untätigen Kritikers Trotzki wird noch verstärkt durch die Erwähnung, dass er seine Kritik aus einer mexikanischen Villa formuliert. Denn damit wird zusätzlich noch das in den K-Gruppen weit verbreitete Ressentiment gegen das „Bonzentum“ aktiviert.

Diese Intellektuellenfeindschaft findet sich immer wieder, wenn die verschiedenen K-Gruppen gegen den Trotzkiismus polemisieren, der neben dem „Revisionismus“ zu den Hauptangriffszielen der Marxisten-Leninisten zählt. Ein weiteres Beispiel, in dem die konkrete (Partei-) Arbeit Stalins der abstrakten Intellektualität Trotzkis gegenübergestellt wird, findet sich in einem Buch aus dem Verlag der KPD/AO. Dort heißt es:

„Sinowjew, Kamenew und Trotzki vertraten nach Lenins Tod das intellektuelle Moment in der Führung der Partei – der ‚kleinliche‘ Tageskampf, die Formen

⁴⁹² Moische Postone, Antisemitismus und Nationalsozialismus, in: Redaktion diskus (Hrsg.), Küss den Boden der Freiheit. Texte der Neuen Linken, Zusammengestellt und mit Einleitungen versehen von: Thomas Atzert et. al., Berlin 1992, S. 434.

⁴⁹³ Redaktion und Leitung des KB, Stellungnahme der Redaktion und der Leitung des KB, in: Unser Weg Nr. 16/17 1972, S. 25.

*der illegalen Arbeit waren in ihren Biographien nicht so bedeutend wie bei Stalin.*⁴⁹⁴

Adorno hat in einem Radiobeitrag, den er nach verschiedenen Vorfällen in der niedergehenden Studentenbewegung gehalten hat, auf die Verbindung zwischen Kritikfeindschaft und Intellektuellenfeindschaft hingewiesen:

*„Aber man hat Grund bei Kritikfeindschaft zumal im politischen Bereich auch an spezifisch Deutsches zu denken. [...] Der Kritiker wird zum Spalter und, mit einer totalitären Phrase, zum Diversionisten. Die Denunziation des angeblichen Parteiengezänks, war als nationalsozialistisches Propagandamittel unentbehrlich [...]. Dass Goebbels den Begriff des Kritikers zu dem des Kritikasten erniedrigen und mit dem des Meckerers hämisch zusammenbringen konnte, und dass er die Kritik jeglicher Kunst verbieten wollte, sollte nicht nur freie geistige Regungen gängeln. Der Propagandist kalkulierte sozialpsychologisch. Er konnte anknüpfen an das deutsche Vorurteil gegen Kritik im Allgemeinen, wie es aus dem Absolutismus stammte. Er sprach den Gegängelten aus der Seele. Wollte man eine Anatomie der deutschen Kritikfeindschaft entwerfen, so fände man sie fraglos mit der Rancune gegen den Intellektuellen verbunden. [...] Die Herkunft des Anti-Intellektualismus vom obrigkeitsstaatlichen Denken leuchtet ein. [...] Nach wie vor waltet in Deutschland Identifikation mit der Macht. [...]*⁴⁹⁵

Diese dem obrigkeitsstaatlichen Denken entlehnte Kritikfeindschaft der K-Gruppen zeigt zum Teil sogar Parallelen zur antisemitischen Ideologie, wenn zum Beispiel Joscha Schmierer von der „*freischwebenden Intelligenz*“⁴⁹⁶ spricht und damit die völkische Denkform par excellence, nämlich den Gegensatz des Freischwebenden zum Bodenständigen, beschwört. In den Theoretikern der Kritischen Theorie findet diese Denkform ein beliebtes Ziel, wenn, wie bereits gezeigt, Horkheimer und Adorno immer wieder „*eine Intellektuellenideologie*“⁴⁹⁷ vorgeworfen wird, die zu keiner anderen Praxis mehr fähig sei als zu „*Reflexionen aufs eigene Selbst im stillen Kämmerlein*“⁴⁹⁸. Auch das RAF-Mitglied Ulrike Meinhof argumentiert in dieser Tradition, wenn sie feststellt, bei Adorno werde „*[...] alles nur mit ´ner gewissen intellektuellen Präzision verhackstückt. Dreck. Mit so was den Kampf ums Bewusstsein führen ist*

⁴⁹⁴ Alexander von Plato, Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik: KPD und Komintern, Sozialdemokratie und Trotzismus, Materialistische Wissenschaft Band 8, Berlin 1973, S. 58.

⁴⁹⁵ Adorno, Kritik 1977, S. 787ff.

⁴⁹⁶ Joscha Schmierer, Zur Analyse der Studentenbewegung, in: Rotes Forum, vormals: forum academicum. Heidelberger Studentenzeitung 5/69 vom 30.10.1969, S. 6.

⁴⁹⁷ Schmierer, Die theoretische Auseinandersetzung vorantreiben, 1970, S. 34.

⁴⁹⁸ Koch, Zum Stellenwert 1970, S. 52.

*Selbsterstörung.*⁴⁹⁹ Die „Initiative Sozialistisches Forum“ folgert aus dieser Argumentationsweise der K-Gruppen: *„Der Affekt gegen die ‚abgehobene‘ Kritische Theorie ist Indiz des diskreten Antisemitismus, der unter Linken wohl gelitten ist.*⁶⁰⁰

6.6 Die Auseinandersetzung des KBW mit der Kritischen Theorie

Der KBW ist die K-Gruppe, die sich am intensivsten mit der Kritischen Theorie auseinandersetzt. Im Rahmen ihres „Revolutionären Volksbildungsprogramms“ gibt es im Winterhalbjahr 1978/79 sogar ein eigenes Seminar zur Kritik der Kritischen Theorie, das den Ortsgruppen angeboten wird. Zu dem Seminar erscheint ein „Quellenheft“, in dem Texte von Vertretern der Kritischen Theorie und Dokumente, die deren Positionen gegenüberstehen, versammelt werden. Das Seminar selbst staffelt sich in fünf Themenblöcke:

- „a) Arbeit macht eindimensional – Die Theorie Herbert Marcuses.*
- b) Dialektik der Aufklärung – oder warum die Entwicklung der Produktivkräfte angeblich in den Abgrund führt.*
- c) Die Entstehung des Faschismus aus der Familie – Was die kritische Theorie kritisiert und was nicht.*
- d) Vom Zins leben ist besser als vom Verkauf der Kunst – Adorno und der Warenfetisch.*
- e) Existenzialismus und christliche Reaktion – die Theorie Heideggers.*⁶⁰¹

Was auf den ersten Blick befremdlich erscheint ist die Tatsache, dass der Philosoph Martin Heidegger, gegen den die Kritische Theorie, und dabei in erster Linie Adorno, fortwährend argumentiert hat, in dieser Aufzählung als Teilbereich der Kritischen Theorie Erwähnung findet. Dies wird erst dadurch verständlich, dass sich in dem Quellenheft ein Text von Alfred Schmidt findet, in dem Herbert Marcuse, der bei Heidegger in Freiburg studiert hat, als „Heideggermarxist“ bezeichnet wird. Allerdings rechtfertigt dieser Einfluss, den

⁴⁹⁹ Ulrike Meinhof, Das Problem bei mir ist...., in: Info, hektograph. Broschüre ohne Pag., zitiert nach: Fetscher und Rohmoser, 1981, S. 60.

⁵⁰⁰ Initiative Sozialistisches Forum 2002, S. 33.

⁵⁰¹ Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (Hrsg.), Einführung in die Kritische Theorie, in: Kommunistische Volkszeitung. Zentralorgan des Kommunistischen Bundes

Heideggers Philosophie auf einen Vertreter der Kritischen Theorie hatte, nicht die Subsumtion Heideggers unter die Kritische Theorie.

Aus der Struktur des Quellenheftes lässt sich erahnen, wie die Seminare des KBW verlaufen sein werden. Zuerst werden zu den einzelnen Themenblöcken Texte von Vertretern der Kritischen Theorie präsentiert, denen dann entweder Texte des KBW selber oder der sozialistischen Klassiker gegenübergestellt werden. So soll wahrscheinlich der Kritischen Theorie der Anspruch auf den Marxismus streitig gemacht werden. Bezeichnend für die Theorie des KBW ist, welche Texte dabei verwendet werden. So werden zum Beispiel in dem Themenblock, in dem es um die Faschismustheorie der Kritischen Theorie geht, Auszüge aus Georgi Dimitroffs Referat vor dem 7. Weltkongress der „Kommunistischen Internationalen“ abgedruckt. Damit wird verdeutlicht, dass der KBW an der orthodox-marxistischen Faschismusauffassung festhält. Bezeichnend ist ebenfalls, was im Quellentext als Gegenüberstellung zu Adornos Theorie der Ästhetik präsentiert wird: Neben einem Text von Mao zur sozialistischen Kunstauffassung finden sich dort Auszüge aus den „Ausgewählten Reden zur Kunst, Wissenschaft und Politik“ des sowjetischen Politbüromitglieds und obersten Kulturfunktionär der UdSSR, Andrej Alexandrowitsch Shdanows, in denen es heißt:

„Und tatsächlich haben wir einen sehr scharfen, wenn auch nach außen hin maskierten Kampf zweier Richtungen in der sowjetischen Musik zu verzeichnen. Die eine Richtung stellt das gesunde, fortschrittliche Prinzip in der Sowjetmusik dar, das auf der Anerkennung der gewaltigen Rolle des klassischen Erbes, insbesondere der Traditionen der russischen musikalischen Schule, auf der Verbindung des hohen Ideengehalts und Inhaltsreichtums der Musik, ihrer Wahrhaftigkeit und Realistik, ihrer tiefen organischen Verbundenheit mit dem Volke, seinem musikalischen, seinem Liedschaffen einerseits, mit hohem, professionellem Können andererseits basiert. Die andere Richtung ist der Ausdruck eines Formalismus, der der Sowjetkunst fremd ist; sie bedeutet unter dem Banner eines angeblichen Neuerertums die Abkehr vom klassischen Erbe, die Abkehr von der Volkstümlichkeit der Musik und vom Dienst am Volke zugunsten des Dienstes an den rein individualistischen Empfindungen einer kleinen Gruppe auserwählter Ästheteten.“⁶⁰²

Westdeutschlands (KBW) – Ausgabe Süd, Reihe Quellenhefte zum Studienprogramm des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands Winterhalbjahr 1978/79, S. 1.

⁵⁰² Andrej Alexandrowitsch Shdanow, Ausgewählte Reden zur Kunst, Wissenschaft und Politik, zitiert nach: Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (Hrsg.) 1978/79, S. 18.

Dieses stalinistische Kunstverständnis, das der KBW zur Kritik der Adornoschen Ästhetik verwendet, reproduziert mit seinem Insistieren auf der angeblich „organischen Verbundenheit“ der Kunst mit dem Volk, durch die Verwendung der biologistischen Formel von den „gesunden“ Prinzipien der Sowjetmusik und der Gegenüberstellung dieser Prinzipien gegen den „individualistischen Formalismus einer kleinen Gruppe auserwählter Ästhetiker“, völkische Denkprinzipien. Da verwundert es nicht, dass es gerade der hier zitierte Chefideologe Stalins ist, der bereits 1946 eine nationalistisch-antisemitisch aufgeladene Kampagne gegen den „wurzellosten Kosmopolitismus“ forciert.⁵⁰³

In dem Quellenheft finden sich auch Textauszüge aus einem Artikel Joscha Schmierers, der Texten Herbert Marcuses gegenübergestellt ist. Diese Textauszüge stammen aus einer Grundsatzkritik, die Schmierer acht Jahre nach seiner ersten Abrechnung mit der Kritischen Theorie im „Roten Forum“⁵⁰⁴ 1978 in „Kommunismus und Klassenkampf“, dem Theorieorgan des Bundes, veröffentlicht. Joscha Schmierers Ausführungen haben dabei für die Mitglieder des KBW ein besonderes Gewicht, da er inzwischen zum Ersten Sekretär des ZK des KBW aufgestiegen ist.

In „Kritische Theorie und was bei näherem Zusehen übrig bleibt“⁵⁰⁵ verschärft er seine Angriffe gegen die Frankfurter Schule sogar noch. Den antiautoritären Flügel der Studentenbewegung, die sich auf die Kritische Theorie positiv bezogen hat, bezeichnet er nur noch als opportunistisch. Und Hans-Jürgen Krahl⁵⁰⁶ als Vertreter dieses Flügels bezichtigt er, ebenso wie Adorno und Horkheimer die Kritik der politischen Ökonomie aufgegeben zu haben und sich damit der Beschönigung des Kapitalismus und Imperialismus schuldig gemacht zu haben. Als Beweis dafür, dass die Kritik der politischen Ökonomie immer noch das einzig wissenschaftliche Werkzeug sei, um die Arbeitermassen zum

⁵⁰³ Vgl. Haury, 2002, S. 337.

⁵⁰⁴ Vgl. hierzu Kapitel 4.7 dieser Arbeit.

⁵⁰⁵ G.S. (i.e. Gerhard Schmierer), Kritische Theorie und was davon bei näherem Zusehen übrig bleibt, in: Kommunismus und Klassenkampf, Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW) 3/1978, S. 135-139.

⁵⁰⁶ Genau wie Hans-Jürgen Krahl wird auch der zweite Kopf des antiautoritären Flügels der Studentenbewegung, Rudi Dutschke unter die Kritische Theorie subsumiert und wird somit ebenso in die Kritik einbezogen. Vgl. z.gör., Kritische Theorie, Glaube an eine „vernünftige“ bürgerliche Gesellschaft, in: Kommunistische Volkszeitung. Zentralorgan des Kommunistischen Bundes (KBW), Ausgabe Süd, Nr. 1 vom 31. Dezember 1979, S. 20.

Sieg zu führen, referiert Schmierer ausgerechnet Lenins Imperialismustheorie als Gegenkonzept zu Horkheimers Text „Autoritärer Staat“. Damit entfernt er sich, wie Lenin und seine Nachfolger, von der marxschen Analyse des Kapitalismus als sozialem Verhältnis. Denn Lenin personalisiert die strukturell bedingten Ausbeutungsverhältnisse in seiner Imperialismustheorie und gerät dabei in die Nähe verschwörungstheoretischer Vorstellungen, etwa wenn er die fehlende revolutionäre Ausrichtung der Gewerkschaften nur mit der vermeintlichen Bestechung ihrer Führungen („Arbeiteraristokratie“) durch das Kapitals erklären kann.⁵⁰⁷

In dieser Tradition argumentiert Schmierer, wenn er der Kritischen Theorie vorwirft, auf die Kritik der politischen Ökonomie zu verzichten und damit dem Revisionismus und Reformismus die Bahn zu ebnen.

„Kritische Theorie bemächtigt sich jeder Frage, und da sie mit ihrer Absage an die Kritik der Politischen Ökonomie jedes wissenschaftliche Instrument aus der Hand gibt, kann sie sich in der geschwätzigsten und in der hinter Wortbarock verborgenen, größten Leichtigkeit in allen Fragen breit machen. [...] Der ‚Vereinzelte‘ hält sich viel auf sein unabhängiges Denken zugute, und was muss ihn, der zu keiner Praxis in der Lage ist, den Klassenkampf fürchtet, mit dem Produktionskampf als Professor nichts zu tun hat und sich als Kritischer Theoretiker über alles wissenschaftliche Experimentieren weit erhaben fühlt, mehr erbittern als ein Denken, das in der Praxis entsteht und seinen Zweck in der Anwendung in der Praxis sieht, durch die es kontrolliert wird?“⁵⁰⁸

Auffällig an diesem Zitat ist, dass Schmierer hier die wissenschaftliche Methode der Kritischen Theorie angreift. Er bemängelt die fehlende Empirie („wissenschaftliches Experimentieren“) und die Konzentration auf das Denken. Im Sinne Horkheimers entpuppt sich hier der Vorsitzende des KBW als Anhänger der „traditionellen Theorie“.

Schmierer ruft in diesem kurzen Abschnitt außerdem eine ganze Reihe von Ressentiments gegen den Intellekt und die Intellektuellen ab, wie sie im vorhergehenden Kapitel schon beschrieben wurden. Er unterstellt der Kritischen Theorie Geschwätzigkeit und „Wortbarock“, das heißt, hinter der Verwendung hochtrabender Fremdwörter sei kein Inhalt zu finden. Und er verhöhnt Horkheimer und Adorno als Professoren, die von der Realität der Klassenkämpfe keine Ahnung hätten, ihn sogar fürchteten und Theorie nur um

⁵⁰⁷ Vgl. dazu das Kapitel „Anti-antisemitischer Lenin – „strukturell antisemitischer“ Leninismus?“, in: Haury, 2002, S. 210ff.

der Theorie willen betreiben würden. Er baut hier den schon beschriebenen Gegensatz zwischen der konkreten Arbeit der Marxisten-Leninisten und der abstrakten Kritik der Frankfurter Schule auf, dessen strukturelle Gemeinsamkeiten mit dem modernen Antisemitismus bereits beschrieben wurden. Der für dieses Denken typische Hass auf das Abstrakte verbindet sich im modernen Antisemitismus meist mit dem Ressentiment gegen die Nicht-Arbeit, bzw. das mühelose, parasitäre Einkommen, wie das beispielhaft Leo Löwenthal analysiert:

*„Geld wird als das spezifisch, ja, als das einzige Sozialprodukt gesehen, zu dem Juden eine wirkliche Beziehung haben. Sie wollen etwas umsonst, sie wollen Geld ohne Arbeit. Zwischen Gelderwerb und dem sich drücken vermittelt der Intellekt.“*⁵⁰⁹

Und selbst diese Argumentationsweise des modernen Antisemitismus vollzieht Schmierer in seiner Abrechnung mit der Kritischen Theorie, wenn er schreibt:

*„Die Kritische Theorie ist auf Entwaffnung der Arbeiter aus. Ihr Hass gilt der Arbeit, von der sie lebt und die sie scheut. Daher verkehrt sie die Kritik am Privateigentum an den Produktionsmitteln in Kritik an den Produktionsmitteln.“*⁵¹⁰

Schmierer unterstellt also den Vertretern der Kritischen Theorie, dass sie von der Arbeit anderer leben ohne selbst zu arbeiten, und dass sie die Arbeit hassen würden.⁵¹¹ Er greift damit unbewusst die antisemitischen Vorstellungen der angeblichen „jüdischen Nicht-Arbeit“ auf.

*„Eines der vielleicht folgenreichsten Elemente des Antisemitismus ist die Vorstellung, Juden seien arbeitsscheu und lebten von der Arbeit anderer – eine Vorstellung, die sich auf die lange Tradition des antijudaistischen Bildes vom angeblich parasitären, wuchernden Juden stützt.“*⁵¹²

⁵⁰⁸ Ebenda, S. 138.

⁵⁰⁹ Leo Löwenthal, Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus, in: Helmut Dubiel (Hrsg.), Leo Löwenthal Schriften Bd. 3, Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus, Frankfurt am Main 1982, S. 178.

⁵¹⁰ Schmierer 1978, S. 139.

⁵¹¹ Dass Schmierer hier die gängige Position des KBW wiedergibt, zeigt ein weiterer Artikel in dessen Theorieorgan, der aus Anlass des Todes von Herbert Marcuse exakt gleich argumentiert. Vgl. Nor. und Gör., Befreiung von der Arbeit als Programm. Herbert Marcuse, Ziehvater des politischen Opportunismus in der demokratischen Bewegung, in: Kommunismus und Klassenkampf. Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW), Jahrgang 9, Nr. 9, August 1979, S. 18-20.

⁵¹² Holger Schatz und Andrea Woeldike, Freiheit und Wahn deutscher Arbeit. Zur historischen Aktualität einer folgenreichen antisemitischen Projektion, Reihe antifaschistischer Texte Band 9, Münster 2001, S. 8.

Die Ablehnung der „jüdischen Nicht-Arbeit“ verbindet sich notwendigerweise mit einer Überhöhung der konkreten Arbeit. Mit ihrem „Proletkult“ und der Verherrlichung der Arbeiterklasse besteht bei den K-Gruppen ständig die Gefahr, strukturell antisemitische Projektionen aufzunehmen. Für Robert Bösch besteht gar in der „*Ontologisierung der Arbeit*“⁵¹³ durch den Marxismus-Leninismus ein Hauptgrund für dessen strukturell bedingtes „*Umkippen in den Antisemitismus*“.⁵¹⁴

Auf dieser eben beschriebenen Argumentationsebene begründet auch ein Artikel im Zentralorgan des KBW, der „Kommunistischen Volkszeitung“, seine Ablehnung der Kritischen Theorie.

*„Der Zweck dieser praxisfreien Philosophieübungen ist ein höchst praktischer. Es ist die Einübung in das idealistische Weltbild der Bourgeoisie, die von fremder Arbeit lebt und über diesem Parasitendasein die höchst greifbare Grundlage ihrer eigenen Existenz, die fremde Arbeit, vergisst, in schöne philosophische Gedanken verpackt. Dass der Inhalt dieser idealistischen Philosophie Parasitendasein ist, hat Adorno [...] kurz vor seinem Abgang zusammengefasst [...] ‚Sein, sonst nichts‘ – gemeint ist hier die Vermehrung des Bankkontos von fremder Arbeit, wenngleich das philosophische verschlüsselt ausgedrückt ist.“*⁵¹⁵

Der wohl extremste Ausdruck dieses Arbeitsfetischismus der K-Gruppen findet sich in einem Artikel des Theorieorgans des KBW, in dem unter dem Titel „Cohn-Bendits Lob der Fäulnis“ das Buch „Der Große Basar“ von Daniel Cohn-Bendit besprochen wird. In dieser Rezension wird Daniel Cohn-Bendit, der jüdischer Herkunft ist, ganz offen als Parasit bezeichnet.

„Daniel Cohn-Bendit hat Ähnlichkeit mit einem Bandwurm. Er wird in den letzten Jahren immer dicker, und zwar auf Kosten anderer. Er lebt auf Kosten der Entwicklung einer radikalisierten Bewegung [...]. Die Angst des Cohn-Bendit ist die Angst vor der Arbeiterklasse, vor derjenigen Klasse, die einzig und allein in der Lage ist, die Zukunft der Menschheit zu sichern, weil sie als produzierende Klasse, die keine andere Klasse ausbeutet und unterdrückt, mit sich selbst die

⁵¹³ Robert Bösch, Unheimliche Verwandtschaft. Anmerkungen zum Verhältnis von Marxismus-Leninismus und Antisemitismus, in: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft 16/17 1995, S. 171.

⁵¹⁴ Ebenda, S. 162.

⁵¹⁵ Franz Dick und Norbert Roske Göttingen, Die Kritische Theorie: auf hohem Ross in reaktionärem Sumpf. Eine Polemik gegen Basam Tibi, Prof., Dr., Beamter, in: Kommunistische Volkszeitung. Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW) Ausgabe Süd Nr. 46 vom 14 November 1977, S. 16.

*ganze Menschheit befreien kann. Diese Angst des Cohn-Bendit ist die Angst, dass sein Parasitendasein der Garaus gemacht würde.*⁵¹⁶

Diese antisemitisch codierten Hasstiraden des Autors enden folgerichtig in einer Morddrohung gegen Daniel Cohn-Bendit, die der Autor in der Zeit nach der Revolution umgesetzt sehen will, falls Cohn-Bendit sich nicht durch eine „nützliche Arbeit“ sein Leben verdient.

*„Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder er wird von der Arbeiterklasse eine nützliche Arbeit zugewiesen bekommen, etwa in einer Fischmehlfabrik in Cuxhaven, oder er wird durch die Massen an den nächsten Baum befördert.*⁵¹⁷

Auch in diesem Beispiel wird eine Unterscheidung zwischen der konkreten Arbeit der Arbeiterklasse auf der einen Seite und der angeblichen parasitären Nicht-Arbeit von Daniel Cohn-Bendit konstruiert. Doch diesmal wird diese Unterscheidung bis zur letzten Konsequenz durchgespielt, was bedeutet, dass wer nicht arbeitet, auch kein Recht auf Leben haben soll. Damit steht der KBW auch hier in der Tradition des Stalinismus, denn bereits Stalin forderte: *„Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen.*⁵¹⁸

Dass die K-Gruppen generell diese strukturelle Wesensverwandtschaft von Teilen ihrer Argumentation mit dem Antisemitismus nicht erkennen können, liegt daran, dass sie einen nur verkürzten Begriff vom Antisemitismus verwenden. Denn nach der marxistisch-leninistischen Interpretation ist der Antisemitismus nur ein Ablenkungsmanöver der herrschenden Klasse, um die Arbeiterklasse zu spalten. Beispielhaft formuliert dies J. W. Stalin:

*„Der Antisemitismus dient den Ausbeutern als Blitzableiter, der die Schläge der Werktätigen vom Kapitalismus ablenken soll. Der Antisemitismus ist eine Gefahr für die Werktätigen, denn er ist ein Irrweg, der sie vom rechten Weg abbringt und sie in den Dschungel führt. Darum sind die Kommunisten als konsequente Internationalisten unversöhnliche und geschworene Feinde des Antisemitismus.*⁵¹⁹

⁵¹⁶ J.K., Cohn-Bendits Lob der Fäulnis. Besprechung des Buches „Der große Basar“, in: Kommunismus und Klassenkampf. Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), Jahrgang 4, Nr. 6, September 1976, S. 286ff.

⁵¹⁷ Ebenda, S. 288.

⁵¹⁸ Jossif Wissarionowitsch Stalin, Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, in: Marx-Engels-Lenin Institut beim ZK der KPdSU (B) (Hrsg.), J. W. Stalin Werke, Band 15, Moskau 1938, S. 159.

⁵¹⁹ Jossif Wissarionowitsch Stalin, Über den Antisemitismus. Antwort auf eine Anfrage der Jüdischen Telegrafagentur aus Amerika, in: Marx-Engels-Lenin-Stalin Institut beim ZK der KPdSU (Hrsg.), J.W. Stalin Werke, Band 13, Juli 1930-Januar 1934, Hamburg 1971, S. 26.

In dieser Aussage verkürzt Stalin zwar einerseits den Antisemitismus zu einer rein instrumentellen Ideologie der Bourgeoisie, die diese zur Schwächung des Proletariats anwendet, andererseits grenzt er sich aber auch deutlich gegen den Antisemitismus ab. In der Praxis dagegen kommt es in der Sowjetunion und in den von ihr abhängigen Staaten des Ostblocks während der stalinistischen Herrschaft zu einer Reihe von antisemitischen Kampagnen, etwa im Rahmen des Slánský-Prozesses 1952 in Prag und der Aufdeckung einer angeblichen „Ärzteverschwörung“ 1953 in Moskau.⁵²⁰

Gegenüber den marxistisch-leninistischen Verkürzungen des Antisemitismus haben Forschungen über den modernen Antisemitismus gezeigt, dass er nicht nur ein Instrument zur Spaltung der Arbeiterklasse ist, das planmäßig von der herrschenden Klasse eingesetzt wird, sondern auch eine umfassende Weltklärung für die moderne kapitalistische Gesellschaft anbietet. Moishe Postone versucht den Antisemitismus mit Hilfe des Marxschen Begriffs des Fetischs zu analysieren:

„Der moderne Antisemitismus ist also eine besonders gefährliche Form des Fetischs. Seine Macht und Gefahr liegt darin, dass er eine umfassende Weltanschauung liefert, die verschiedene Arten antikapitalistischer Unzufriedenheit in einer Weise scheinbar erklärt und ihnen politischen Ausdruck verleiht. Er lässt den Kapitalismus aber dahingehend bestehen, als er nur die Personifizierung jener gesellschaftlichen Form angreift. Ein sich so darstellender Antisemitismus ist ein wesentliches Moment des Nazismus als verkürzte antikapitalistische Bewegung. Für ihn ist der Hass auf das Abstrakte charakteristisch. Seine Hypostasierung des existierenden Konkreten mündet in einer einmündigen, grausamen – aber nicht notwendig hasserfüllten Mission: Die Erlösung der Welt von der Quelle allen Übels in Gestalt der Juden.“⁵²¹

Insgesamt gesehen lässt sich festhalten, dass die Ablehnung der Kritischen Theorie durch die K-Gruppen in den hier analysierten Beispielen Analogien zu den Denkformen des modernen Antisemitismus aufweist. Durch ihre Intellektuellenfeindlichkeit und ihre ungebrochene Affirmation der scheinbar konkreten Arbeit reproduzieren sie Denkformen, die man sonst eher bei der extremen Rechten erwarten würde.

⁵²⁰ Vgl. zum Antisemitismus der Stalin-Ära: Arno Lustiger, Rotbuch: Stalin und die Juden, Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden, Berlin 1998.

⁵²¹ Postone 1992, S. 435f.

6.7 Die Kritische Theorie als bürgerliche Sozialwissenschaft

Für viele Mitglieder der K-Gruppen ergibt sich schon allein aus biographischen Gründen eine Notwendigkeit, sich mit der Kritischen Theorie auseinanderzusetzen. Denn viele Angehörige der marxistischen-leninistischen Organisationen waren früher in der von der Kritischen Theorie geprägten antiautoritären Studentenbewegung aktiv. Um ihr jetziges Engagement zu legitimieren, ist es also notwendig, sich von der antiautoritären Phase der Protestbewegung zu distanzieren. Dies gilt nicht nur für einzelne Parteimitglieder, sondern auch für die K-Gruppen generell.

Die KPD/AO etwa gründete sich explizit in Abgrenzung gegen die durch die Kritische Theorie geprägte antiautoritäre Studentenbewegung. Ein ehemaliger Führungskader der Partei beschreibt dies rückblickend so:

„Die Erfahrungen mit einer spontanen und wenig organisierten Studentenbewegung und ihrer gesellschaftlich begrenzten Möglichkeiten zugleich mit den Erfahrungen der 1966/67 Krise und der Septemberstreiks 1969 drängten zur Arbeiterbewegung, weg von den ‚Randgruppentheorien‘, weg von der Negation der Bedeutung der Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt durch die kritische Theorie der Frankfurter Schule, weg von den beliebigen und subjektivistischen Antiautoritären hin zu einer organisierten Kraft der Arbeiterklasse [...] Man hatte es satt, sich in Philosophie-Arbeitskreisen mit der Beschränkung der Dialektik auf die Subjekt-Objekt-Problematik durch die Frankfurter Schule herumschlagen, wo doch die objektiven Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Widersprüche in den neuen Arbeitskämpfen vor unseren Augen wirkten [...] Theorie-Entwicklung wurde der Praxis überantwortet.“⁵²²

Und so verwundert es auch nicht, dass in der „Roten Pressekorrespondenz“, die bis zum Juni 1971 das Organ der nichtrevisionistischen Linken in Berlin ist und seitdem als das Zentralorgan der KPD/AO-Studentenorganisation „Kommunistischer Studentenverband“ (KSV) geführt wird, eine rege Beschäftigung mit den Theorien der antiautoritären Studentenbewegung

⁵²² Alexander von Plato, Einige Thesen zur Vergangenheit, Gegenwart und Perspektive unserer Organisation, in: Zentralkomitee der KPD (Hrsg.): Zur Bilanz und Perspektive der KPD. Beiträge zur Diskussion „Über die Kommunistische Partei“, 2 Bände, Köln 1980, Band 1, S. 101ff. zit. nach: Jürgen Bacia, Die Kommunistische Partei Deutschlands [Maoisten] 1984, S. 1810.

stattfindet. Eine der zentralen Auseinandersetzungen in der Roten Pressekorrespondenz mit der Kritischen Theorie wird im August 1972 unter dem Titel „Kampf den kapitalistischen Sozialwissenschaften“⁵²³ geführt. Dort wird festgestellt, dass der Hauptangriff der Apologeten der bürgerlichen Gesellschaft, womit in diesem Fall die kritischen Theoretiker gemeint sind, immer gegen die Arbeiterklasse und ihre Avantgarde, die kommunistische Partei, gerichtet ist.

„Dieser Grundzug bürgerlicher Theorien über die Gesellschaft – wie fortschrittlich und kritisch sie sich auch immer geben mögen – ist der Schlüssel auch zur Bestimmung von Aufgabe und Funktion der ‚Kritischen Theorie‘. Die ‚Kritische Theorie‘ bereicherte die Vielzahl der bürgerlichen Gesellschaftstheorien um eine neue Variante. Dass die angesichts des ideologischen Bankrotts der Bourgeoisie mit dem Marxismus kokettierenden kritischen Theoretiker nach der zeitweiligen Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung, über deren Spaltung sie vorher geistvoll rasoniert hatten, blind bleiben mussten gegenüber den veränderten Bedingungen des Klassenkampfes und nur noch die Allmacht des autoritären, bürokratischen Staatsapparates und der von ihm gelenkten dunklen Mächte des Kollektivismus und die Manipulation auf den Begriff zu bringen bestrebt waren, ist nur zu natürlich für die Selbsterlösungsversuche der aufgeklärten bürgerlichen Intelligenz.“⁵²⁴

Genau wie in den vorherigen Kapiteln beschrieben, verbinden sich hier die Abrechnung mit der Kritischen Theorie und das Ressentiment gegenüber den Intellektuellen. Diese würden, anstatt unter den „veränderten Bedingungen des Klassenkampfes“ an der Seite der Arbeiterklasse zu kämpfen, nur über die Spaltung derselben „geistvoll [...] rasonieren“, also eine rein negative, theoretische Kritik vorbringen, ohne in der Praxis etwas verändern zu wollen. Und dieses Verhalten gründet sich auch noch auf egoistischer Grundlage „bürgerlicher [...] Selbsterlösungsversuche.“ Dass solch eine Theorie in der Studentenbewegung Anklang gefunden hat, zeigt nach Ansicht der Autoren nur ihre Unzulänglichkeiten:

„Das Aufgreifen dieser Perspektive durch die Studentenbewegung beweist noch einmal von dieser Seite her die kleinbürgerliche Beschränktheit dieser demokratischen und antiimperialistischen Bewegung, die teilweise

⁵²³ Vgl. KSV, Kampf den kapitalistischen Sozialwissenschaften, in: Rote Pressekorrespondenz. Zentralorgan des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV) Nr. 181 vom 26.08.1972, S. 1-15.

⁵²⁴ Ebenda, S. 2.

*stehengeblieben ist beim Kampf um die eigene Befreiung zur Erreichung des individuellen, privaten Glücks.*⁵²⁵

Die hier formulierte Denunziation „des individuellen, privaten Glücks“ als typisch kleinbürgerlich ist symptomatisch für die kollektivistisch ausgerichteten K-Gruppen. Während andere Nachfolgeerscheinungen der Studentenbewegung wie zum Beispiel die Spontis einen hedonistischen Voluntarismus propagieren und stark subkulturell geprägt sind, versuchen die K-Gruppen auch kulturell an die Arbeiterbewegung der Weimarer Republik anzuschließen. Der Konsum illegaler Drogen und moderner Popmusik werden folgerichtig als Spaltungsinstrumente der herrschenden Klasse abgelehnt.⁵²⁶ Diese Entwicklung zeigt einmal mehr die unüberbrückbaren Unterschiede zwischen den K-Gruppen und der Kritischen Theorie, die diesen repressiven Kollektivismus entschieden ablehnt. So schreibt zum Beispiel Adorno:

*„Erleichtert wird das dem Einzelnen durch seine Kapitulation vorm Kollektiv, mit dem er sich identifiziert. Ihm wird erspart, seine Ohnmacht zu erkennen; die Wenigen werden zu Vielen. [...] Keine durchsichtige Beziehung waltet zwischen den Interessen des Ichs und dem Kollektiv, dem es sich überantwortet. Das Ich muss sich durchstreichen, damit es der Gnadenwahl des Kollektivs teilhaftig werde. Unausdrücklich hat sich ein wenig Kantischer kategorischer Imperativ aufgerichtet: du musst unterschreiben. Das Gefühl neuer Geborgenheit wird bezahlt mit dem Opfer autonomen Denkens.“*⁵²⁷

Diese Beschreibung, die Adorno aufgrund der Kritik von Teilen der Studentenbewegung an der Kritischen Theorie verfasst hat, trifft auf die innere Verfasstheit der K-Gruppen in noch gesteigertem Maße zu. Dies zeigt, dass er sehr scharfsinnig die weitere Entwicklung eines Teils der Protestbewegung vorhergesehen hat.

Insgesamt betrachtet nimmt die Beschäftigung mit der Kritischen Theorie nach der endgültigen Konstituierung der K-Gruppen deutlich ab. In den aktuellen Diskussionen wird überwiegend mit den marxistischen Klassikern argumentiert, in erster Linie mit Lenin und Mao Tse-tung.

⁵²⁵ Ebenda, S. 3. Schreibweise wie im Original.

⁵²⁶ Vgl. hierzu: RJVD, Neuseeland: Marihuana soll legal werden, in: Rebell 7/8 vom Juli/August 1973, S. 6, RJVD, Der Weg zum Sozialismus. Scheidelinie zwischen Kommunisten und Revisionisten, in: Rebell-extra, Organ des Revolutionären Jugendverbandes Deutschlands (RJVD), ohne Jahresangabe, S. 3. und N.N., Wir warn die stärkste der Parteien. Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, Berlin 1977, S.15ff.

⁵²⁷ Adorno, 1977, S. 797f.

Bezeichnenderweise wird in einem Artikel in der „Roten Presse Korrespondenz“ unter der Überschrift: „Das Schicksal der „Kritischen“ Theorie: „Kritischer“ Opportunismus“⁵²⁸, der sich gegen die Zeitschrift „Sozialistische Politik“ richtet, den Angegriffenen vorgeworfen, sie würden die Positionen der Frankfurter Schule vertreten. Somit würden sie die bürgerliche Trennung der Theorie von den Bewegungen der Arbeiterklasse reproduzieren. Dem werden die Positionen Lenins und Maos gegenüber gestellt, deren Theorie die unmittelbare Verbindung der Partei zum Proletariat und den übrigen werktätigen Massen herstelle. Die Schriften von Lenin und Mao werden hier also explizit gegen die Kritische Theorie verwendet.

In den theoretischen Argumentationen der K-Gruppen überwiegt die Ignoranz gegenüber den Positionen der Kritischen Theorie. Deutlich zeigt sich das zum Beispiel an der Kritik des KBW an den bürgerlichen Sozialwissenschaften, die für den Bund eine große Bedeutung haben, da ein großer Teil der Anhängerschaft sich weiterhin überwiegend aus Studierenden rekrutiert, und wie schon während der Studentenbewegung stellen die Geistes- und Sozialwissenschaftler den politisch aktivsten Teil der Studentenschaft.

Der KBW veröffentlicht in seinem organisationseigenen „Jürgen-Sendler-Verlag“ eine Reihe von Auseinandersetzungen mit den Sozialwissenschaften, die sich aber kaum noch mit der Kritischen Theorie auseinandersetzen.⁵²⁹ Selbst im Rahmen der Kritik der Psychoanalyse, die für die Frankfurter Schule ein wichtiges Element ihrer Theorie darstellt, wird nur noch mit einem Satz und ohne direkte Erwähnung auf die Kritische Theorie gezielt.

„Indem Intellektuelle ihre Psychoanalyse mit einigen ökonomischen Kategorien des Marxismus verbinden, erreichen sie, dass sie als linke Intellektuelle lange Zeit unangefochten theoretisieren können. Indem sie ihren ‚Marxismus‘ mit Psychoanalyse verbinden, versuchen sie glauben zu machen, dass politische Praxis nicht ohne ihre esoterische, d.h. massenfeindliche Wissenschaft und

⁵²⁸ Vgl. KPD-Aufbauorganisation, Das Schicksal der „Kritischen“ Theorie: „Kritischer“ Opportunismus, in: Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 108 vom 26.3.1971, S. 1-5.

⁵²⁹ Vgl. z.B. die umfangreiche Studie von Franz Dick, Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften. Theorie und Empirie, Theorie und Praxis, Forschungsprozess und Wissenschaftstheorie, Plankstadt 1974.

*damit nicht ohne sie als Intellektuelle auskommt. Letztlich versuchen sie nur ihren eigenen Tauschwert zu erhöhen.*⁵³⁰

Inhaltlich spricht aus diesem Absatz die gleiche Intellektuellenablehnung wie aus dem Text der „Roten Pressekorrespondenz“, doch mit dieser kurzen Bemerkung ist der Bezug auf die Kritische Theorie dann auch schon wieder beendet. Denn nach der Etablierung der unterschiedlichen Organisationen finden die wichtigen theoretischen Diskussionen nun mit den konkurrierenden K-Gruppen, der DKP, den Trotzlisten oder anderen Strömungen der radikalen Linken statt. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Theorien des antiautoritären Flügels der Studentenbewegung und insbesondere der Kritischen Theorie beschränkt sich überwiegend auf die Übergangsphase von der zerfallenden studentischen Protestbewegung bis zur Konstitution der K-Gruppen. Sind die verschiedenen K-Gruppen dann etabliert, finden sich nur sporadisch Texte, die sich mit dieser Tradition auseinandersetzen. Die Abkapselung von der eigenen Vergangenheit ist endgültig vollzogen und der Bruch mit den Theorien der antiautoritären Studentenbewegung unumkehrbar.

⁵³⁰ N.N., Psychologie eine Form bürgerlicher Ideologie. Aufsätze zur Kritik psychologischer Theorie und Praxis, 2. durchgesehene und verbesserte Auflage, Plankstadt 1975, S. 141. Hervorhebung im Original.

7 Das Verhältnis der K-Gruppen zum Nationalsozialismus

In diesem Kapitel soll die Auseinandersetzung der K-Gruppen mit dem Nationalsozialismus und dem Faschismus analysiert werden. Dazu wird zunächst deren grundlegende Faschismusanalyse dargestellt. Anschließend soll der Nationalismus der K-Gruppen und die dazu notwendige Abwehr der deutschen Vergangenheit untersucht werden, bevor dann deren Verhältnis zur Sozialfaschismustheorie beleuchtet wird. Es folgen die oft mit NS-Analogien argumentierenden Sichtweisen der K-Gruppen auf die bundesrepublikanische Gesellschaft und die antizionistische Bewertung des Nahost-Konflikts durch die Marxisten-Leninisten. Insgesamt werden die einzelnen Unterkapitel anhand der inhaltlichen Themen untersucht, nur der letzte Punkt, der Niedergang der K-Gruppen, ist chronologisch in den Gesamtverlauf der Untersuchung eingeordnet.

7.1 Die Faschismusanalyse der K-Gruppen

Wie sich bereits in der Übergangsphase von der Studentenbewegung zu den K-Gruppen angedeutet hat, setzt sich die traditionelle marxistisch-leninistische Analyse zur Erklärung des Faschismus durch. Dies belegt einmal mehr den Befund, dass sich hier ein Traditionalisierungsprozess vollzieht. Allen K-Gruppen gemeinsam ist dabei der Bezug auf die orthodox-marxistische Faschismusanalyse, wie sie 1935 auf dem VII. Weltkongress der „Kommunistischen Internationalen“ erarbeitet wurde. Paradigmatisch lässt sich dies daran ablesen, dass fast alle K-Gruppen den dafür grundlegenden Aufsatz von Georgi Dimitroff über „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“ nachdrucken.⁵³¹

⁵³¹ Vgl. Verlag Rote Fahne (KPD/AO): Georgi Dimitroff, Ausgewählte Schriften 1933-1945, Köln 1976, Sandler Verlag (KBW): Georgi Dimitroff, Arbeiterklasse gegen Faschismus. Bericht erstattet am 2. August 1935 zum 2. Punkt der Tagesordnung des Kongresses „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die

Dimitroff bezeichnet darin den Faschismus als *„die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“*⁵³² Der Faschismus sei dabei die Macht des Finanzkapitals selbst, das in der Phase der zugespitzten kapitalistischen Krise und der Revolutionierung der werktätigen Massen seine Rettung im Faschismus sucht. Mittels sozialer und chauvinistischer Demagogie gelingt es dem Finanzkapital, Teile der von den bürgerlichen Parteien enttäuschten Massen einzufangen. Die Etablierung der faschistischen Diktatur geschehe indes aber nicht in einem einzigen Schritt, sondern bereite sich durch verschiedene reaktionäre Maßnahmen der bürgerlichen Regierungen vor. Trotzdem ist der Faschismus nach Dimitroff nicht einfach nur die bruchlose Fortsetzung der bürgerlichen Herrschaftsform, sondern die Ersetzung der einen Form bürgerlicher Klassenherrschaft durch eine andere.

Ausgehend von dieser Bestimmung des Faschismus gibt es innerhalb der K-Gruppen allerdings trotzdem Differenzen in der Einschätzung der aktuellen faschistischen Gefahr. Dabei setzen sich die Auseinandersetzungen fort, die die Vorgängerzirkel der K-Gruppen bereits ausgetragen haben. Vor allem der KB und der KBW bestimmen ihre Faschismusanalyse in jeweils scharfer Abtrennung zur konkurrierenden Organisation. Der KB entwickelt dabei die von seinen Vorgängerzirkeln bereits entworfene Faschisierungstheorie weiter und macht sie zu seinem Markenzeichen:

*„Die Faschisierungsthese des KB entwickelte sich zum wichtigsten ‚ideologischen Kristallisationspunkt‘ nach innen und diente nach außen als Markenzeichen und bedeutendes Unterscheidungsmerkmal zu anderen Gruppen der radikalen Linken. Sie stand im Zentrum der konzeptionellem Grundausrichtung des KB und fungierte quasi als dessen informelles Programm, so dass anfangs weder ihre immanente Logik noch ihr Wahrheitsgehalt zur Debatte standen.“*⁵³³

Diese vom KB vertretene Faschisierungsthese war bereits von den Vorgängerzirkeln des KBW scharf kritisiert worden und ist auch jetzt wieder die Hauptdifferenz zwischen den beiden marxistisch-leninistischen Bündnis.

Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“, Frankfurt am Main 1975 und Verlag Olga Benario und Herbert Baum (Gegen die Strömung), Georgi Dimitroff, Gegen den Nazifaschismus, Offenbach 2002.

⁵³² Dimitroff 1976, S. 97.

Während der KB davon ausgeht, dass der Faschismus von der Bourgeoisie planmäßig im Zuge einer „präventiven Konterrevolution“ errichtet wird, sieht der KBW ihn dagegen als letztes Rettungsmittel und unmittelbare Reaktion auf eine das System bedrohende Krise an. Die Bourgeoisie ist somit geradezu gezwungen, den Faschismus zu installieren.⁵³⁴ Während die herrschende Klasse also in der Theorie des KB die Rolle des aktiven und planmäßigen Errichters des Faschismus einnimmt, sieht der KBW sie in der Rolle des passiven, von den Ereignissen getriebenen Akteurs. Dieser Widerspruch spiegelt sich auch in der Analyse der Frage, welche Rolle die Massen bei der Etablierung des Faschismus spielen.

Während der KB einen Faschismus auch ohne Massenbewegung für möglich hält und eine fortschreitende Diskrepanz zwischen der Faschisierung des Staatsapparates und der Gesellschaft feststellt, ist für den KBW das Vorhandensein einer kleinbürgerlichen Massenbewegung konstitutiv für den Faschismus. Allerdings sieht auch der KBW in den Massen selbst nur die verhetzten Opfer der Demagogie der Bourgeoisie und keine selbsttätigen Akteure.⁵³⁵ Doch immerhin wird in der Faschismus-Analyse des KBW, im Gegensatz zu den meisten anderen K-Gruppen, die Rolle der Massen überhaupt thematisiert. Denn in deren Vorstellung war der Faschismus das Werk einiger weniger Kapitalisten, die die Massen terroristisch unterdrückten. So schreibt zum Beispiel die „Rote Garde“, die Jugendorganisation der KPD/ML:

„Sicher, Hitler war ein Verbrecher, aber seine Auftraggeber und Hintermänner, die Krupp, Thyssen und Co. noch viel mehr. Ihr Gott ist der Profit. Für ihn gehen sie über Berge von Leichen. Was interessieren diese Herren denn der Tod 60 Millionen Arbeitern und einfachen Soldaten, Frauen und Kindern? Sie sitzen in sicheren Bunkern im Hinterland.“⁶³⁶

Hitler war in dieser Sicht der „Roten Garde“ also nur eine Marionette seiner skrupellosen kapitalistischen Hintermänner und Auftraggeber, einer, der nur

⁵³³ Steffen 2002, S. 96.

⁵³⁴ Vgl. Ebenda, S. 97.

⁵³⁵ Vgl. Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW) (Hrsg.), Kampf um das Programm der Revolution in Deutschland. Der Weg der KPD, Frankfurt am Main 1977, S. 233.

Befehle ausführt und nicht aus eigenem Antrieb heraus handelt. Die Schuld an den nationalsozialistischen Verbrechen wird den Monopolkapitalisten angelastet. Die deutsche Bevölkerung kommt in diesem Text nur als Opfer dieser Hintermänner vor, indem sie unterschiedslos unter die Gesamtzahl der Opfer der deutschen Vernichtungspolitik und des Zweiten Weltkrieges subsumiert wird. Auch die planmäßige Vernichtung der europäischen Juden wird mit keinem Wort erwähnt. Besonders die Arbeiterklasse wird von jeglicher Beteiligung am Nationalsozialismus freigesprochen und ihr ein quasi natürlicher Drang zum Sozialismus unterstellt:

„Tatsache aber ist, dass die werktätigen Massen den Faschismus hassen und zum Sozialismus drängen. Zum Faschismus drängt wieder einmal das Kapital. Die Kapitalisten treiben die Faschisierung ihres Staatsapparates voran, planen erneut die Errichtung einer offen terroristischen, faschistischen Diktatur über die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk, um ihre Herrschaft vor der proletarischen Revolution zu retten.“⁵³⁷

Folgerichtig wenden sich die K-Gruppen auch gegen eine angeblich von den Alliierten vertretene Kollektivschuldtheorie und setzen damit die Strategie der Schuldabwehr ihrer Vorgängerzirkel fort. Und wie schon bei den Vorläufergruppen richtet sich diese Reaktion gegen die Sieger über den Nationalsozialismus mit Ausnahme natürlich der Sowjetunion, auf deren militärischen Kampf gegen den Nationalsozialismus sich die K-Gruppen positiv beziehen.⁵³⁸ So schreibt zum Beispiel die KPD/AO in einem Aufsatz über das Potsdamer Abkommen:

„Die ‚Kollektivschuld-Theorie‘ sollte die Absicht des anglo-amerikanischen Monopolkapitals verschleiern, die deutsche Industrie auszuschalten. So wie der faschistische Imperialismus seinen Versuch, kapitalistisch voll entwickelte, auf einer hohen Kulturstufe stehende europäische Staaten in seine Kolonien zu verwandeln und sie im Rahmen seines ‚Neuen Europa‘ zu Agrar- und Rohstoffhängseln Deutschlands zu machen, mit Hitlers ‚Herrenrasse-Theorie‘ rechtfertigte, begründete der anglo-amerikanische Imperialismus mit deren Kehrseite, der ‚Kollektivschuld-Theorie‘ seine Absicht, Deutschland in ein

⁵³⁶ Rote Garde, Wer sind die Hitler von heute?, in: Die Rote Garde. Jugendorganisation der KPD/ML, Nr. 2 vom Mai 1975, S. 1.

⁵³⁷ Redaktion Roter Morgen, Fernsehserie: „Ein Herz und eine Seele“: Wie die Kapitalisten den „kleinen Mann“ gerne hätte, in: Roter Morgen. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten KPD/ML, Nr. 13 vom 30. März 1974, S. 8.

⁵³⁸ Diese Argumentation befindet sich in völliger Übereinstimmung mit den Positionen der SED in den fünfziger Jahren. Vgl. Haury 2002, S. 361ff.

*Agrarland zu verwandeln und durch Zerstückelung in Kleinstaaten in dauernder Abhängigkeit zu halten.*⁵³⁹

Der von Deutschland entfesselte Vernichtungskrieg wird zu einem reinem imperialistischen Beutezug verkürzt, zu dem die „Herrenmenschenideologie Hitlers“ lediglich den ideologischen Vorwand lieferte. Die systematische Ermordung und Versklavung der europäischen Juden, Sinti, Roma und der Bevölkerung Osteuropas fehlt in dieser Weltsicht völlig. Damit werden aber die historische Spezifik und die Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen ignoriert. Stattdessen werden, wie in dem Zitat anhand der Kollektivschuldtheorie und der Herrenmenschenideologie, die deutschen Verbrechen mit dem Vorgehen der westlichen Siegermächte verglichen und damit relativiert.

In einem späteren Aufsatz des KPD/AO-Theoretikers Alexander von Plato wird allerdings der Kollektivschuldthese einer gewissen Berechtigung zugeschrieben, aber nur, um damit zu dem gleichen Ergebnis wie der Text der KPD/AO von 1971 zu kommen. Die Rechtfertigung der Kollektivschuldthese ergibt sich in diesem Zusammenhang nur aus der notwendigen Übereinstimmung mit der Politik der SED in den vierziger Jahren. Nach einigen Ausführungen darüber, dass diese Theorie es erschwerte zwischen den fortschrittlichen, indifferenten und reaktionären Strömungen des Volkes zu unterscheiden, wobei die Arbeiterklasse natürlich in Gänze als fortschrittlich und antifaschistisch angesehen wird, führt von Plato zur Verteidigung der SED-Politik aus:

*„Die Kollektivschuld-These, die noch 1946 auf dem SED-Vereinigungsparteitag eng mit der Behandlung der Potsdamer Beschlüsse als ‚Charta‘ des Wiederaufbaus verknüpft wurde, hat gleichzeitig Berechtigung: allerdings nur insofern, als dem deutschen Volk die besondere Verantwortung des Monopolkapitals für den Faschismus klar gemacht werden musste, und insofern, als andere Klassen und Schichten mitschuldig waren, weil dem Faschismus und seinen Verbrechen so wenig direkter und indirekter Widerstand entgegenschlug.“*⁵⁴⁰

⁵³⁹ KPD-Aufbauorganisation, Die „Westberlin-Frage“ und das Potsdamer Abkommen im Lichte des antiimperialistischen Kampfes heute, in: Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung, Nr. 96/97 vom 08.01.1971, S. 5f.

⁵⁴⁰ Alexander von Plato, Über das Verhältnis von antifaschistisch-demokratischer Republik und Kampf um den Sozialismus in der Strategie der KPD und SED. Zur Entwicklung der Strategie der KPD und SED, in: Ders. (Hrsg.), Auferstanden aus Ruinen...Von der SBZ zur

In diesem Abschnitt gelingt es von Plato, aus der Kollektivschuldtheorie, die sich normalerweise dadurch auszeichnet, dass sie die gesamte Bevölkerung umfasst, eine besondere Verantwortung des Monopolkapitals zu konstruieren, die durch einen gewissen Anteil an Verschuldung anderer Klassen und Schichten als der Arbeiterklasse ergänzt wird. Aus dem Text ergibt sich also, dass die gesamte deutsche Arbeiterklasse im Widerstand gegen den Faschismus gestanden hat, während andere Klassen und Schichten der deutschen Bevölkerung gegen das Naziregime nur wenig Widerstand geleistet haben. Von einer Mitschuld am Nationalsozialismus von Seiten dieser Klassen und Schichten ist nur im Zusammenhang mit dem unzureichenden Widerstand die Rede, folglich trägt das Monopolkapital nahezu die alleinige Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Die deutsche Bevölkerung wird also entgegen aller historischen Erkenntnisse von jeglicher Schuld freigesprochen. Gleiches gilt für einen Text der RAF-Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe, in dem sie ausführen:

„Indem die Besatzungsmacht die Ursachen des Faschismus nicht nur in die Person seiner Führer, sondern mit der rassistischen Behauptung der ‚Kollektivschuld‘ in den Charakter des Volkes verlagerte, verhinderte sie, dass die Niederlage der Arbeiterbewegung von 1933 als Konsequenz einer falschen Politik diskutiert wurde, und sie tabuisierte damit die tatsächliche Ursache des Faschismus: die herrschende Klasse des Monopolkapitalismus, das kapitalistische Produktionsverhältnis – und damit seine Kontinuität“⁶⁴¹

Einerseits stehen die RAF-Mitglieder mit ihrer Kritik an der Verkürzung der Schuldfrage auf die Spitze des nationalsozialistischen Staates und der Betonung der Kontinuität der gesellschaftlichen Basis des Faschismus in der Tradition der Faschismusanalyse der Studentenbewegung, doch der Bezug auf eine angeblich von den Besatzungsmächten erfundene Kollektivschuld-Theorie zeigt, dass sich ihre Vorstellung des Nationalsozialismus auf die Herrschaft einiger Monopolkapitalisten über die deutsche Bevölkerung reduziert. Ihre Analyse deckt sich also mit der der anderen K-Gruppen. Deutlich wird dies auch

DDR (1945-1949) – ein Weg zu Einheit und Sozialismus?, Oktober – Taschenbuch 5, Köln 1979, S. 113.

in einem weiteren Zitat, in dem es heißt: *„Der Nationalsozialismus war nur die politische und militärische Vorwegnahme des imperialistischen Systems der multinationalen Konzerne.“*⁶⁴² Die Beteiligung der deutschen Bevölkerung an den Verbrechen des Nationalsozialismus soll in dieser Vorstellung zum verschwinden gebracht werden. Dagegen wird eine Gesellschaftsanalyse sichtbar, die sich historische Ereignisse mit dem Handeln kleiner, einflussreicher Zirkel erklärt und die in Bezug auf die deutsche Vergangenheit in eine Schuldabwehrreaktion verfällt.

7.2 Abwehr der deutschen Geschichte und Nationalismus der K-Gruppen

Wie im vorhergehenden Kapitel schon herausgearbeitet, enthält das Faschismus-Verständnis der K-Gruppen eine verinnerlichte Abwehr gegenüber jeglichem Eingeständnis von Schuld an Verbrechen der deutschen Vergangenheit. Die Schuld wird allein der kleinen Gruppe der Monopolkapitalisten angelastet und damit die deutsche Bevölkerung aus ihrer Verantwortung entlassen. Dies geschieht einmal mittels der empörten Zurückweisung einer angeblich von den Alliierten vertretenen Kollektivschultheorie, die zum Teil sogar mit der nationalsozialistischen Ideologie gleichgesetzt wird, andererseits wird die deutsche Schuld durch einen geradezu inflationären Gebrauch von Vergleichen mit den Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert. So wird in unzähligen Staaten ein neuer „Faschismus“ entdeckt, der aufgrund der eigenen Unfähigkeit, die Besonderheiten des deutschen Nationalsozialismus zu erklären, mit dem NS-Faschismus gleichgesetzt wird. Besonders exzessiv wird dies vor dem Hintergrund des Nahost-Konflikts betrieben. Doch auch in der Berichterstattung über Ereignisse in anderen Weltregionen wird mit NS-Analogien gearbeitet.

⁵⁴¹ Die Gefangenen aus der RAF Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe am 13. Januar 1976, Auszüge aus der „Erklärung zur Sache“, in: ID Archiv 1997, S. 211.

Etwa wenn von einer „türkischen Gestapo“ die Rede ist und davon, dass in der Türkei „5 000 Patrioten in KZs deportiert“⁵⁴³ werden. Diese Beispiele zeigen einmal mehr, dass der Marxismus-Leninismus der K-Gruppen nicht in der Lage ist, die Spezifik des Nationalsozialismus zu erkennen, und diesen folglich unter einem verallgemeinernden Begriff des Faschismus subsumieren muss, der wenig mehr bedeutet als eine etwas gewaltförmigere Form bürgerlicher Herrschaft. So gelingt es den K-Gruppen dann auch, von den deutschen Besonderheiten des Nationalsozialismus zu schweigen und einen positiven Bezug zur deutschen Nation herzustellen. Diese Abwehr der deutschen Schuld ist die Voraussetzung, um überhaupt nach 1945 einen positiven Bezug zur deutschen Nation herstellen zu können. Den K-Gruppen gelingt dies, indem sie geschichtslos den marxistisch-leninistischen Nationenbegriff⁵⁴⁴ übernehmen, der maßgeblich von Stalin geprägt wurde. Damit greifen sie zwar das Erbe einer gewissen Linie der sozialistischen Arbeiterbewegung auf, doch die internationalistischen und antinationalen Ursprünge gehen in dieser Tradition verloren. Dies soll im Folgenden dargestellt werden:

Während die Forderung von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem „Manifest der Kommunistischen Partei“: „*Proletarier aller Länder vereinigt euch!*“⁵⁴⁵ noch explizit übernational argumentiert und im selben Text festgestellt wird: „*Die Arbeiter haben kein Vaterland*“⁵⁴⁶, enthält das 1903 von Lenin aus strategischen Gründen entwickelte Konzept des „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“⁵⁴⁷ bereits eine positive Bezugnahme auf die Nation. Doch Lenin schränkt dies wieder ein, indem er schreibt:

„Aber kein Marxist kann, ohne mit den Grundsätzen des Marxismus und des Sozialismus überhaupt zu brechen, bestreiten, dass die Interessen des

⁵⁴² Rote Armee Fraktion, Die Aktion des „Schwarzen September“ in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, November 1972, in: ID Archiv 1997, S. 167.

⁵⁴³ Redaktion Roter Pfeil, Faschismus in der Türkei – BRD-Imperialisten stehen dahinter, in: Roter Pfeil. Zentralorgan der Kommunistischen Studentengruppen (Marxisten-Leninisten), Nr. 5 vom Juli 1972, S. 30.

⁵⁴⁴ Zum Nationenbegriff bei Lenin und Stalin: Vgl. Haury 2002, S. 217ff.

⁵⁴⁵ Marx/Engels 1990, S. 493.

⁵⁴⁶ Ebenda, S. 479.

⁵⁴⁷ Vgl. Wladimir Iljitsch Lenin, Die Sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (Thesen), in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.), W. I. Lenin Werke Band 22, Dezember 1915-Juli 1916, Berlin 1960, S. 144-159.

*Sozialismus höher stehen als die Interessen des Selbstbestimmungsrecht der Nationen.*⁵⁴⁸

Erst mit Stalins Unterscheidung zwischen „papierenen“ und „wirklichen Nationen“⁵⁴⁹ findet eine überhistorische Naturalisierung und Ethnisierung des Nationenbegriffs statt.⁵⁵⁰ Dies gilt trotz Stalins ausdrücklicher Betonung der Historizität der Nation. Deutlich wird dies, wenn Stalin ausgerechnet den Juden den Nationenstatut mit der Begründung streitig macht, sie seien:

*„keine mit der Scholle verbundene breite stabile Schicht [...], die auf natürliche Weise die Nation nicht nur als ihre Gerippe, sondern als ‚nationalen‘ Markt zusammenhält.*⁵⁵¹

Indem er die Nation an die Scholle bindet und von der „natürlichen Weise“ spricht, konterkariert er seine vorherige Feststellung von der geschichtlichen Entstehung der Nationen und seine Ablehnung des Nationalismus. Dass ausgerechnet die Juden als Negativbeispiel einer zur Nationenbildung nicht fähigen Gruppe herangezogen werden, hat zwar einerseits mit einer spezifischen Diskussionen innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung zu tun,⁵⁵² verweist aber auch schon auf den Antisemitismus der Stalin-Ära.

Mit der Oktoberrevolution und dem Entstehen der ersten „sozialistischen Nation“, sowie verstärkt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit der Herausbildung des sozialistischen Lagers, bekommt die nationale Politik für die sozialistischen Machthaber eine immer größere Bedeutung. Dies betrifft sowohl die internationalen Beziehungen als auch die Innenpolitik der Ostblockstaaten. Aber auch für die kommunistischen Parteien außerhalb des sozialistischen Einflussbereichs nimmt das Denken in nationalen Kategorien immer mehr

⁵⁴⁸ Wladimir Iljitsch Lenin, Zur Geschichte der Frage eines unglückseligen Friedens, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.), W. I. Lenin Werke Band 26, September 1917-Februar 1918, Berlin 1961, S. 449f.

⁵⁴⁹ Vgl. Jossif Wissarionowitsch Stalin, Marxismus und nationale Frage, in: Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU (B) (Hrsg.), J. W. Stalin Werke Band 2, 1907-1913, 3. Auflage Berlin 1950, S. 266-333.

⁵⁵⁰ Lenin warnt in seinen letzten Aufzeichnungen vor dem großrussischen Chauvinismus Stalins und nennt ihn einen „brutalen großrussischen Halt-die-Schnauze“. Vgl. Gerhard Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinistischen Gesellschaft. Osteuropa und der internationale Kommunismus Band 16, Herausgeber: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien Köln, Baden-Baden 1986, S. 85.

⁵⁵¹ Stalin 1950, S. 303.

⁵⁵² Vgl. hierzu das Kapitel: Lenins Kontroverse mit dem Bund, in: Haury 2002, S. 218ff.

Raum ein. Während die einen als „*außenpolitische Anhängsel der Sowjetunion*“⁵⁵³ agieren, kämpfen die anderen um ihre nationale Befreiung von Kolonialismus und Imperialismus. So auch die „Kommunistische Partei Chinas“, die für die Herausbildung der Theorie der K-Gruppen grundlegend sein wird. Deren Theorie stellt eine Amalgamierung der Ideen des Nationalismus mit denen des Marxismus-Leninismus dar. Mao formuliert deshalb sogar: „*Der nationale Kampf ist letzten Endes ein Klassenkampf.*“⁵⁵⁴

Aufgrund dieser politischen Traditionsbildung haben auch die westdeutschen K-Gruppen einen positiven Begriff der Nation. Damit ignorieren sie aber das Dilemma, das sich in Deutschland nach den nationalsozialistischen Verbrechen für jede Form des Nationalismus stellt.

*„Durch Auschwitz ging dem deutschen Nationalismus verloren, worauf jede ‚nationale Identität‘ basiert: die Gewissheit, einer guten Nation anzugehören. [...] Das heißt, jeder Anlauf, ‚nationale Identität‘ zu rekonstruieren, muss versuchen, Auschwitz aus dem Weg zu räumen oder zumindest zu neutralisieren.“*⁵⁵⁵

Diese Neutralisierung von Auschwitz leisten die K-Gruppen, indem sie die Singularität des deutschen Verbrechens durch ständige Vergleiche relativieren. Das Ergebnis ist ein scheinbar ungebrochenes und unbefangenes Verhältnis zur deutschen Nation, das jedoch immer wieder die Vergangenheit abwehren muss. Beispiele für dieses spezifische Nationalbewusstsein der K-Gruppen lassen sich zahlreich finden:

So werden schon in den Texten der ersten maoistisch ausgerichteten Partei der Bundesrepublik, der „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD),⁵⁵⁶ explizit nationale Positionen formuliert. So fordert die Partei unter anderem, dass die „*deutschen Ostgebiete [...] nicht preisgegeben werden dürfen.*“ Zur Begründung heißt es:

„Es ist unmarxistisch und revisionistisch, die deutschen Ostgebiete nicht zurückgeben zu wollen! Die deutschen Ostgebiete sind mit dem Blut deutscher Kommunisten getränkt. Thälmann hat die Raubgrenzen von 1918 (bekannt als die Grenzen von 1937) niemals anerkannt und deren Anerkennung entschieden abgelehnt. Mit wie viel mehr Entrüstung hätte er die vom USA-Imperialismus

⁵⁵³ Eisenberg/Thiel 1973, S. 89.

⁵⁵⁴ Mao Tse-tung, Pekinger Nachrichten Nr. 3, 1966, zit. nach: Devillers 1967, S. 167.

⁵⁵⁵ Haury 2002, S. 145.

⁵⁵⁶ Diese am Jahrestag des Todes J. W. Stalins, am 5. März 1965, gegründete MLPD steht in keinerlei Zusammenhang zur später aus dem KABD hervorgehenden Partei gleichen Namens.

*angerichtete Zerstückelung von 1945 angegriffen und bis zur Beseitigung bekämpft? Wer die Ideen Mao Tse-tungs anwendet, weiß, dass unsere Rückgabeforderung marxistisch-leninistisch ist.*⁵⁵⁷

Solche nationalistische Forderungen finden sich allerdings nicht nur in den Texten einer obskuren, nur anonym auftretenden Minipartei. Auch die offen agierenden und einige tausend Mitglieder umfassenden K-Gruppen der siebziger Jahre vertreten nationalistisches Gedankengut. So findet sich etwa in der in den Farben Schwarz, Rot und Gold gehaltene „Programmerklärung zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands“ des „Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD“ mit dem Titel „Damit Deutschland den Deutschen gehört!“⁵⁵⁸ die folgende Passage:

*„Es ist an der Zeit, dass sich die friedliebenden und wirklich national gesinnten Menschen über die Schranken von Weltanschauung, Religion und Herkunft hinweg zusammenfinden.“*⁵⁵⁹

In diesem Zusammenhang sind die Klassenzugehörigkeit und das Bekenntnis zu den Ideen der Arbeiterbewegung nicht mehr grundlegend für eine sozialistische Position, wenn man nur friedliebend und wahrhaft national gesinnt ist. Dieser Satz steht im eklatanten Widerspruch zu den bisherigen Erklärungen des AB. Denn sonst erklärt sich der Bund die herrschenden Verhältnisse aus der Teilung der Gesellschaft in Klassen, die sich über den Besitz, bzw. die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel definieren. Diese Klassenanalyse wird hier zugunsten des Nationalismus verworfen. Dass dieses Bekenntnis zu Deutschland auch hier wieder mit der Abwehr und Umschreibung der Geschichte einhergeht, zeigt das folgende Zitat aus der Programmerklärung:

*„Der deutsche Imperialismus [...] verkaufte Deutschland meistbietend an das amerikanische, französische und englische Finanzkapital. Weil er erst das eigene Volk niederwerfen musste, um es aufs neue zur Niederwerfung anderer Völker missbrauchen zu können, heuerte er die weder nationalen noch sozialen Hitlerfaschisten an, die über Deutschland die finsterste Zeit seiner Geschichte brachten.“*⁵⁶⁰

⁵⁵⁷ Sozialistisches Deutschland Nr. 27, 1968, S. 5, zit. nach: Schlomann und Friedlingstein 1970, S. 246.

⁵⁵⁸ Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Damit Deutschland den Deutschen gehört! Programmerklärung zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands, verabschiedet von der außerordentlichen Delegiertenkonferenz des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD im Februar 1974, Regensburg 1974.

⁵⁵⁹ Ebenda, S. 15.

⁵⁶⁰ Ebenda, S. 7.

In diesem Satz zeigt sich erneut das reduktionistische Verständnis der K-Gruppen vom Nationalsozialismus. Hitler als Marionette des Finanzkapitals unterwirft die deutsche Bevölkerung und macht sie damit zu seinen Opfern; anschließend treibt er sie dann in den Weltkrieg. Damit wird nicht nur die deutsche Bevölkerung von den Verbrechen des Nationalsozialismus frei gesprochen, sie wird sogar zum ersten Opfer des Finanzkapitals und ihrer ausführenden Organe stilisiert. Und nach dem verlorenen Krieg werden die Deutschen schon wieder zu Opfern erklärt, indem der deutsche Imperialismus ihr Vaterland an das ausländische Finanzkapital verkauft. Die antinationalen Herrschenden werden damit dem national fühlenden Volk gegenübergestellt. Solch eine Gesellschaftsanalyse erinnert mehr an die politische Rechte als an eine Organisation, die sich selbst als kommunistisch bezeichnet.

Selbst innerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung gibt es Kritik an den Positionen des Arbeiterbundes. Das theoretische Organ des KBW „Kommunismus und Klassenkampf“ setzt sich ausführlich damit auseinander: Nachdem der Autor erst die bedeutende Rolle der Frage der Nation für die Arbeiterklasse bestätigt und somit klarmacht, dass es sich bei der formulierten Kritik um keine grundsätzliche Differenz zum Arbeiterbund handelt, betont er, dass die nationale Frage sich heute der sozialen unterzuordnen haben und dass folglich der Arbeiterbund über das Ziel hinausgeschossen sei.

*„Der Arbeiterbund kommt auf die Idee, von nationaler Unterdrückung zu sprechen und zum nationalen Befreiungskampf zu blasen, weil die deutsche Nation gespalten ist. Statt aber diese Frage klassenmäßig zu untersuchen und sich zu fragen, für welche Klassen diese Spaltung denn Unterdrückung bedeutet, geht er an die Frage wie ein beliebiger bürgerlicher Nationalist heran.“*⁵⁶¹

Der KBW formuliert hier keine grundsätzliche Kritik am Nationalismus des Arbeiterbundes, sondern beklagt nur die Überbewertung der nationalen Frage gegenüber der sozialen. Eine Kritik an der Relativierung der deutschen Vergangenheit wird dagegen nicht geübt. Es handelt sich lediglich um eine graduelle Abstufung der nationalen Positionen innerhalb der marxistisch-leninistischen Parteien und Bündnisse.

⁵⁶¹ W. Maier, Schwarz-Rot-Goldene Kommunisten? Programm und Politik des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD, in: Kommunismus und Klassenkampf. Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, Nr. 1/73, S. 57.

Andere Gruppen, wie etwa die KPD/ML, vertreten die gleiche Linie wie der Arbeiterbund. In einer Grundsatzerklärung der Partei heißt es:

*„Der Ruhm Deutschlands wurde nicht von jämmerlichen Herzögen und Königen begründet, von der Raffgier, dem Profitstreben einiger Bank- und Industriebosse, er wurde begründet durch die deutschen Werktätigen, ihren Fleiß und Ordnungssinn, ihrem wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen [...]“*⁵⁶²

An dieser Aussage lässt sich ablesen, wie deutlich die K-Gruppen mit ihrer antiautoritären Herkunft radikal gebrochen haben. Während den antiautoritären Studierenden die deutschen Sekundärtugenden noch als eine psychologische Ursache des Nationalsozialismus galten, werden sie hier als beispielhaft propagiert. Außerdem wird in diesem Zitat erneut eine manichäische Entgegenstellung formuliert: auf der einen Seite eine kleine Anzahl von als unmoralisch kritisierten Herrschenden und auf der anderen Seite die überwältigende Masse der Bevölkerung, die eben jene Sekundärtugenden vertritt. Der Nationalismus ersetzt hier jede gesellschaftliche Analyse.

Eine Radikalisierung dieses positiven Bezugs auf die deutsche Nation durch die K-Gruppen wird durch die so genannten „Drei-Welten-Theorie“ der KP Chinas eingeleitet. Diese Theorie, die 1974 von Deng Hsiao-Ping formuliert wird, geht davon aus, dass die Supermächte UdSSR und die USA die erste Welt bilden, wobei die Sowjetunion als die aggressivere politische Macht eingeschätzt wird; die europäischen Staaten, Japan und Australien bilden die zweite Welt und die dritte Welt stellen die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerika unter Führung Chinas. Um gegen die hegemonialen Bestrebungen der ersten Welt vorzugehen, empfiehlt die KPCh ein Bündnis zwischen zweiter und dritter Welt. Aufgrund der außenpolitischen Interessen der Volksrepublik Chinas richtet sich die „Drei-Welten-Theorie“ sehr viel schärfer gegen die Sowjetunion als gegen die USA.⁵⁶³ In der marxistisch-leninistischen Bewegung Westdeutschlands löst diese theoretische Vorgabe aus dem idealisierten China heftige Auseinandersetzungen aus, die in den folgenden Jahren mit der weitgehenden Abkehr vom chinesischen Vorbild enden. Als erste deutsche K-Gruppe kritisiert der KB offen die strategische Umorientierung in der Außenpolitik Chinas. Als

⁵⁶² KPD/ML, Es lebe der Kommunismus. Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Grundsatzerklärung der KPD/ML, o. O. A. , o. J. A.

⁵⁶³ Vgl. Steffen 2002, S. 62ff.

1974 im Rahmen der Festlegung der UdSSR als Hauptfeind und der damit verbundenen Annäherung an die USA und den Staaten Westeuropas der von den K-Gruppen besonders verhasste und als Faschist bezeichnete CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß von der chinesischen Führung empfangen wird, titelt der „Arbeiterkampf“ des KB: „Strauß in China: Zum Kotzen!“⁵⁶⁴

Doch die anderen K-Gruppen folgen zuerst den Positionen der KPCh. Besonders die KPD/ML und die KPD/AO propagieren die chinesischen Vorgaben vorbehaltlos. Eingeleitet wird diese Phase im Frühjahr 1975 durch die so genannte „Kieler Rede“ des KPD/ML-Vorsitzenden Ernst Aust. In dieser formuliert er, wie die theoretischen Vorgaben der „Drei-Welten-Theorie“ aus China auf die deutschen Verhältnisse übertragen werden sollen. Erst gibt er die Grundlagen der chinesischen Einschätzung wieder, nach der die beiden Großmächte USA und UdSSR die Hauptfeinde der Völker seien und die Sowjetunion als aufstrebende imperialistische Macht die aggressivere darstelle. Aust geht dabei sogar soweit, dass er die UdSSR mit dem nationalsozialistischen Deutschland vergleicht:

„Die Sowjetunion von heute ist eine Diktatur nach der Art Hitlers, die ihren staatsmonopolistischen Herrschaftsapparat auf die völlige Militarisierung und Kriegsvorbereitung abgestellt hat.“⁵⁶⁵

Diese sowjetische Militärstrategie führt nach Ernst Aust dazu, das Westeuropa zum nächsten Schlachtfeld der russischen Expansion werde und die Bundesrepublik deren erstes Opfer. Nach einer kurzen Übersicht über die leninistische Konzeption von gerechten und ungerechten Kriegen, konstatiert er, dass der Widerstand gegen eine sowjetische Invasion Westdeutschlands ein gerechter Verteidigungskrieg sei.

„[...] jeder Krieg zwischen den zwei Supermächten, sollte er ausbrechen und die Bundesrepublik in ihn hineingezogen, wäre für uns deutsche Werktätige von Anfang an ein antifaschistischer, antiimperialistischer Befreiungskampf, in dem wir uns mit jedem verbünden, der bereit ist, mit uns gemeinsam jeden Angreifer, jeden Besatzer vom Boden unserer Heimat zu verjagen [...]“⁵⁶⁶

⁵⁶⁴ Redaktion Arbeiterkampf, Strauß in China: Zum Kotzen!, in Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes, Nr. 55 vom 28. Januar 1975, S. 1.

⁵⁶⁵ Ernst Aust, Kampf der wachsenden Kriegsgefahr durch die zwei Supermächte! Für die Einheit und Solidarität der europäischen Völker, in: Roter Morgen. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten KPD/ML, Nr. 14 vom 5. April 1975, S. 3.

⁵⁶⁶ Ebenda, S. 4.

Auf die möglichen Einwände, dass die KPD/ML sich den in diesem Kampf auch mit nationalistischen Gruppen verbünden müsse, die beide Großmächte ebenfalls ablehnen, antwortet Ernst Aust in seinem Referat mit einem eingeschränkten Ja. Es gelte, in Europa eine breite Einheitsfront unter der Führung der Kommunistischen Partei zu schmieden, die

*„alle Klassen, Schichten, Parteien, Organisationen und Individuen zusammenschließt, die im Widerspruch zu den beiden Supermächten stehen, im Widerspruch zur Monopolbourgeoisie und anderen reaktionären Kräften, die die Interessen der Nation verraten.“*⁵⁶⁷

Den Hauptwiderspruch in der aktuellen weltpolitischen Situation sieht der Vorsitzende der KPD/ML also nicht mehr im Klassenantagonismus, sondern im Gegensatz zwischen den Großmächten auf der einen Seite und den Völkern der restlichen Welt auf der anderen Seite. So ist nun folglich nicht mehr die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik der Adressat der Partei, sondern das deutsche Volk. Ernst Aust bestätigt in dieser Rede den Vorwurf, den linke Kritiker dem Maoismus wiederholt gemacht haben, nämlich nicht mehr von der Kategorie des Proletariats als revolutionärem Subjekt auszugehen, sondern vom Volk.⁵⁶⁸ Belege für diesen Vorwurf sind für die Kritiker die nationalen Positionen einiger K-Gruppen, unter anderem auch die gängige Entgegensetzung der mittelständischen Wirtschaft, die verteidigt werden soll, gegen die multinationalen Monopole, die bekämpft werden, sowie der positive Bezug auf die deutsche Kultur. Ernst Aust bestätigt diese Vorwürfe, wenn er in seinem Referat zur weltpolitischen Lage vom Kampf der Völker und dabei explizit auch vom Kampf des deutschen Volkes gegen den sog. „Hegemonismus“ der Weltmächte ausgeht.

Die Führung im weltweiten Kampf gegen die Großmächte liegt nach Meinung der KPD/ML in der Führung der Volksrepublik China, deren politisches Vorgehen deshalb nicht kritisiert werden darf. Artikel wie der über den Strauß-Besuch in China im „Arbeiterkampf“ werden deshalb als „Revisionismus“ zurückgewiesen. Stattdessen wird die chinesische Außenpolitik bedingungslos verteidigt.

⁵⁶⁷ Ebenda, S. 6.

⁵⁶⁸ Vgl. Martin Popp und Rüdiger Gantzer, Die Maoisten. Die modernen Volkstümler, herausgegeben von der Sozialistischen Arbeiter-Gruppe, Frankfurt am Main 1974.

„Jawohl, es war richtig und wir begrüßen es, dass der Genosse Mao Tsetung den CSU-Vorsitzenden Strauß empfangen hat! Denn im Gegensatz zu den anderen Herren, die Peking besuchten, im Gegensatz zu den Exponenten der SPD/FDP, hat Strauß in China klipp und klar sich gegen das Vormachtstreben der zwei Supermächte, besonders gegen den sowjetischen Sozialimperialismus gewandt, ist er gegen die Entspannungsdemagogie und für eine Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der westeuropäischen Staaten gegen den Sowjetimperialismus eingetreten.“⁶⁶⁹

Dank der chinesischen „Drei-Welten-Theorie“ findet sich die KPD/ML nun unversehens an der Seite des rechten Flügels der CDU/CSU wieder und propagiert eine Politik der Stärke gegenüber dem Ostblock. Dies wird auch von der KPD/AO unterstützt, die neben der KPD/ML die zweite K-Gruppe ist, die die Vorgaben aus China vorbehaltlos umsetzt. Es lässt sich also in Analogie zur Position der DKP zur SED bzw. KPdSU sagen, dass diese beiden Parteien als außenpolitisches Anhängsel der KPCh zu bezeichnen sind. Die restlichen K-Gruppen beziehen in Sachen „Drei-Welten-Theorie“ entweder nicht eindeutig Stellung oder benötigen einen längeren Zeitraum, um die Politik der auch von ihnen als Vorbild angesehenen KP Chinas zu kritisieren.

Dass die Propagierung der „Drei-Welten-Theorie“ und die damit verbundene potenziell positive Rolle Deutschlands in der Welt eine Relativierung der deutschen Schuld voraussetzt, zeigen die entsprechenden Erklärungen der KPD/AO und KPD/ML. So treten beide Parteien im Falle eines imperialistischen Angriffs auf die Bundesrepublik (dieser Fall wird zumindest von Seiten der Sowjetunion von ihnen als sehr wahrscheinlich angesehen), für eine Politik der Vaterlandsverteidigung ein. Gerechtfertigt wird dies mit einer Identifizierung der beiden Großmächte mit dem Nationalsozialismus: *„Es liegt auf der Hand, dass die beiden imperialistischen Supermächte heute die Stelle des Nazifaschismus einnehmen.“⁶⁷⁰* Vor allem die Sowjetunion wird dabei immer wieder mit dem Nationalsozialismus verglichen. Für KPD/AO und KPD/ML ergibt sich aus der „Drei-Welten-Theorie“ ein grundlegender Positionswechsel in ihrem Verhältnis zur Bundeswehr. Während beide Parteien bisher eine antimilitaristische

⁶⁶⁹ Aust 1975, S. 6.

⁶⁷⁰ Ständiger Ausschuss des Politbüros des ZK der KPD, Mai 1975 – 30 Jahre nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus heißt die Lehre des antifaschistischen Krieges: Internationale Einheitsfront gegen die imperialistischen Supermächte, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr.15 vom 16.04.1975, S. 3.

Zersetzungspolitik in der Armee betrieben haben, fordern sie nun zur Stärkung der Bundeswehr auf.

„Nicht Wehrlosmachung, sondern Wehrtüchtigung für die gerechte Sache der Unabhängigkeit gegen die beiden Supermächte ist also unsere Aufgabe. Wenn Wehrkundeunterricht in den Schulen gegeben wird, wenn Schüler Kasernen besuchen usw., dann ist das eben nicht an sich schlecht und zu bekämpfen, wie es früher richtig schien.“⁶⁷¹

Beide Parteien kritisieren sogar, dass die sozialliberale Regierung die Bundeswehr gegenüber dem Ostblock schwächen würde und damit die Bundesrepublik wehrlos dem „Sozialimperialismus“ ausliefern würde. Die gleiche Kritik trifft natürlich auch anderen linken Gruppen, die an einer antimilitaristischen Position festhalten, besonders die moskauorientierten Organisationen:

„Es kommt nicht von ungefähr, dass es gerade die Revisionisten in der BRD und Westberlin sind, die diesen Pazifismus mit aller Kraft schüren. Nie zuvor hat die westdeutsche Kriegsdienstverweigererorganisation so viel pazifistisches Gift unter die Massen gestreut, wie jetzt, wo es den Revisionisten gelungen ist, den Vorstand der vereinigten Organisation DFG/VK an sich zu reißen.“⁶⁷²

Mit der Wortwahl vom „pazifistischen Gift“ bedienen sich die K-Gruppen hier einmal mehr aus dem sprachlichen Repertoire der extremen Rechten.

Die „Drei-Welten-Theorie“ führt zu einer kurzzeitigen Annäherung zwischen der KPD/AO und der KPD/ML, die sogar soweit geht, dass erste Vorbereitungen für einen Zusammenschluss erwogen werden. Doch spätestens 1977 enden derlei Überlegungen wieder, da die KPD/ML nun einen erneuten Kurswechsel einleitet, sich von der „Drei-Welten-Theorie“ distanziert und sich von China ab- und Albanien zuwendet. Die Entwicklungen in China werden nun ähnlich negativ beurteilt, wie in der Sowjetunion nach dem Tode Stalins. Für die KPD/ML ist von nun an nur noch in Albanien der Sozialismus verwirklicht. In den folgenden Jahren beginnt allerdings innerhalb der bisher besonders kompromisslos agierenden Partei ein gewisser Entdogmatisierungsprozess, der 1986 zur Vereinigung mit der trotzkistischen „Gruppe Internationaler Marxisten“ (GIM) führt.

⁵⁷¹ Redaktion Rote Fahne, Zu einigen Fragen des antimilitaristischen Kampfes: Gegen die Supermächte kämpfen, dem Pazifismus eine Absage erteilen!, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 28 vom 16.07.1975, S. 7.

⁵⁷² Ebenda, S. 7. Die DFG/VK ist die „Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsgegner“, die älteste Organisation der Friedensbewegung in Deutschland.

Insgesamt lässt sich nach dem Tod Maos 1976 und der anhaltenden Erfolglosigkeit der K-Gruppen der Niedergang dieser Strömung der deutschen Linken feststellen. Die Auseinandersetzungen um die „Drei-Welten-Theorie“ innerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung tragen das ihre dazu bei. Sie führen dazu, dass sich die ML-Organisationen in zwei rivalisierende Lager spalten, ohne dass die Konkurrenz innerhalb der beiden Lager aufgehoben wird.

Wie bereits erwähnt, kommt die erste und auch schärfste Kritik an der „Drei-Welten-Theorie“ vom „Kommunistischen Bund“. Dieser hatte bereits zuvor die Positionen von KPD/ML, KPD/AO und AB zur nationalen Frage und zur Wiedervereinigung als nationalistisch kritisiert und stattdessen erklärt, Aufgabe der Kommunisten in Deutschland sei es, die deutsche Arbeiterklasse gemeinsam mit den ausländischen Arbeitern zur Revolution zu führen.⁵⁷³ Nachdem ab 1975 die KPD/ML und die KPD/AO die chinesischen Vorgaben der „Drei-Welten-Theorie“ übernehmen und auf die deutschen Verhältnisse anwenden, folgen in fast jeder Ausgabe des „Arbeiterkampfes“ inhaltliche und polemische Abrechnungen mit dieser Theorie. Der KB geht dabei soweit, dass die deutschen Vertreter der „Drei-Welten-Theorie“ als Unterstützer der in der Bundesrepublik betriebenen Faschisierung bezeichnet werden:

„Hier entfaltet sich zwischen ‚ML‘ern und ‚Nationalrevolutionären‘ ein ‚sozial‘demagogischer, ‚sozial‘chauvinistischer Sumpf, der Vorfeld und Zutreiber der vom BRD-Imperialismus betriebenen Faschisierung ist.“⁵⁷⁴

Hintergrund dieser Kritik ist unter anderem die kurzzeitige Zusammenarbeit der Gruppe „Marxisten-Leninisten Deutschlands“ (MLD) - eine selbst gegenüber der KPD/ML und der KPD/AO noch radikaler nationalistisch auftretende Gruppierung - mit rechtsextremen Organisationen.⁵⁷⁵ Verbindendes Element

⁵⁷³ Vgl. Redaktion Arbeiterkampf, Kommunisten und „deutsche Wiedervereinigung“, in: Arbeiterkampf, Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes Nr. 43 vom 01.05.1974, S. 20-21.

⁵⁷⁴ Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg, Das war vorauszusehen: „KPD/ML“ schwenkt offen ins Lager der Vaterlandsverteidiger, in: Arbeiterkampf, Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes Nr. 60 vom 29.04.1975, S. 29.

⁵⁷⁵ Eine der Vorgängerorganisationen der MLD, die „Frankfurter Marxisten-Leninisten“ formulieren dann auch konsequenterweise: „Die nationalen Widersprüche stehen im Vordergrund, die Klassenwidersprüche sind untergeordnet.“ Frankfurter Marxisten-Leninisten, Über die Lage und die Aufgaben im Kampf gegen den Hegemonismus, in: Der Maoist. Zeitschrift für die Anwendung des Marxismus-Leninismus und der Mao Tse tung-Ideen auf Deutschland, Nr. 1 vom August 1975, S. 62. Zur MLD vgl. Friedrich Wilhelm

dieser sonst antagonistischen Gruppen ist die Feindschaft gegen den Ostblock. Für den KB folgt daraus in ihrer Feindschaft gegen die „Vaterlandsverteidiger“, dass es sich bei diesen selbst um Rechtsextremisten handeln muss:

„Die konsequente Vaterlandsverteidigung ist nichts anderes als eine ‚links‘ aufgemachte Spielart des Faschismus. [...] In der BRD und Westberlin sind die Reste der ‚KPD‘ und ihrer Ableger die übelsten Vertreter dieser rechtsradikalen Politik“⁶⁷⁶

In dieser harschen Kritik an den K-Gruppen, die die „Theorie der Drei-Welten“ vertreten (zu ihnen zählt der KB allerdings anfangs auch den KBW, den KABD und den AB, da diese sich nicht konsequent genug von den chinesischen Positionen distanzieren), deutet sich schon die Abkehr des KB vom marxistisch-leninistischen Politikverständnis an. An dieser konsequenten Kritik des KB scheitert dann auch ein vom AB initiiertes Bündnis von K-Gruppen gegen die „Vaterlandsverteidiger“.⁵⁷⁷ Dieses sollte außer dem AB den KBW und den KABD auch den KB umfassen, doch dieser kritisiert die zögerliche Auseinandersetzung der anderen Organisationen mit den chinesischen Vorgaben. In der Tat fällt es dem AB, dem KBW und dem KABD zunächst sehr schwer, sich von ihrem internationalen Vorbild zu distanzieren. Der Prozess der Ablösung ist langwierig und verstärkt bei den meisten K-Gruppen die schon länger schwelenden internen Krisen. Beispielhaft für die mühsame und zögerliche Distanzierung von der Politik der KPCh steht der KABD, der von 1977 bis 1981 eine siebenteilige Broschürenreihe mit dem Titel „China-Aktuell“ veröffentlicht, in der sich die Kritik an der Politik der Volksrepublik China von Folge zu Folge steigert, bis von der Restauration des Kapitalismus in China und vom Sozialimperialismus die Rede ist.⁵⁷⁸

Schlomann, Trotzisten – Europäische Arbeiter-Partei – „Maoisten“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B27/80 vom 5. Juli 1980, S. 12-28.

⁵⁷⁶ Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg, Gemischte vaterländisch-trotzkistische Provokation, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes Nr. 69 vom 11.11.1975, S. 4.

⁵⁷⁷ Vgl. Redaktion Kommunistische Arbeiterzeitung, „Zirkeldiplomatie“ oder Ringen um Klarheit. Wer mit wem gegen die „Vaterlandsverteidiger“? (2), in: Kommunistische Arbeiterzeitung. Zentralorgan des Arbeiterbundes zum Wiederaufbau der KPD Nr. 82 vom 18.04.1976, S. 6-7.

⁵⁷⁸ Vgl. Zentrale Leitung des KABD (Hrsg.), Von der Restauration des Kapitalismus zum Sozialimperialismus in China. Teil 1: Die revisionistische Innenpolitik, China Aktuell 6, Stuttgart 1981 und Zentrale Leitung des KABD (Hrsg.), Von der Restauration des

Nach dem erneuten Kurswechsel der KPD/ML 1977 und der Auflösung der KPD/AO 1980 endet die Phase der „Drei-Welten-Theorie“ in der westdeutschen ML-Bewegung. Der Fokus richtet sich nun im Rahmen der Proteste gegen die Nachrüstung Anfang der 1980er Jahre wieder verstärkt gegen die US-amerikanische Politik. Und auch die aktuelle Politik der Bundesrepublik wird von den noch existierenden K-Gruppen wieder einheitlich verurteilt. So attestieren nach dem Zusammenbruch der DDR und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten Teile der K-Gruppen der Bundesrepublik eine besonders aggressive imperialistische Politik. Dies wird aus dem deutschen Sonderweg abgeleitet und mit zahlreichen historischen Beispielen belegt.⁵⁷⁹ Nun setzen sich auch Teile der marxistisch-leninistischen Gruppierungen zum ersten Mal eingehender mit der deutschen Vergangenheit auseinander. Dies hat weitreichende Folgen. Aus Teilen des 1991 aufgelösten KB, der schon immer vor einer Faschisierung der Bundesrepublik gewarnt hat, entsteht im Laufe der 1990er Jahre eine sich explizit „antideutsch“ verstehende Strömung, die nicht nur die Positionen der K-Gruppen einer radikalen Kritik unterzieht.⁵⁸⁰

7.3 Auseinandersetzungen über die Sozialfaschismusthese

Charakteristisch für die Politik der K-Gruppen ist ihr ungebrochener Bezug auf die Geschichte und die Theorie der kommunistischen Parteien. In erster Linie werden dabei die KPD der Weimarer Republik und die KPdSU bis 1956 als historische Vorbilder herangezogen. Auf diesem Hintergrund entwickeln die K-Gruppen ihre aktuelle Politik. Dies geschieht so dogmatisch und unreflektiert, dass Kritiker den ML-Parteien vorwerfen, sie würden die Ereignisse der zwanziger und dreißiger Jahre noch einmal durchspielen. So geraten auch die

Kapitalismus zum Sozialimperialismus in China. Teil 2: Sozialimperialistische Außenpolitik, China Aktuell 7, Stuttgart 1981.

⁵⁷⁹ Für diese Strömung stehen vor allem der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ und die KPD/ML-Abspaltung „Gegen die Strömung“.

verschiedenen taktischen Wendungen der kommunistischen Faschismusanalyse in den Blick der K-Gruppen. Eine dieser zeitweilig vertretenen Positionen ist die sog. „Sozialfaschismusthese“.

Die Sozialfaschismusthese wird innerhalb der „Kommunistischen Internationale“ Mitte bis Ende der zwanziger Jahre entwickelt.⁵⁸¹ Ausgehend von den Erfahrungen mit den sozialdemokratischen Parteien während des Ersten Weltkrieges und der darauf folgenden revolutionären Phase in Europa, werden die Sozialdemokraten als die Hauptstütze der Bourgeoisie betrachtet. Diese hätten während des Weltkrieges die antimilitaristischen Positionen der „Zweiten Internationalen“ aufgegeben und eine Politik des Burgfriedens mit ihrer jeweiligen Bourgeoisie betrieben. Nach dem Ende des Krieges stellten sich die Sozialdemokraten gegen die revolutionären Erhebungen in Deutschland, Österreich, Ungarn und Italien und verhinderten so weitere kommunistische Revolutionen. Dieses Verhalten führte auf Seiten der Kommunisten zu einem tief sitzenden Hass auf die Sozialdemokratie.

Spätestens mit dem Sieg des Faschismus in Italien 1922 muss sich die kommunistische Bewegung auch mit diesem neuen politischen Phänomen auseinandersetzen. Der Faschismus wird dabei meist nur auf eine extremere Variante der bürgerlichen Herrschaft verkürzt. Da zu dieser Zeit die Sozialdemokraten in vielen Ländern Europas mit an der Regierung sind, während andere Staaten von faschistischen Diktaturen beherrscht werden, spricht Stalin 1924 davon, dass die Sozialdemokratie *„objektiv den gemäßigten Flügel des Faschismus“* darstellen und bezeichnet sie als *„Zwillingsbruder“*⁵⁸² des Faschismus. Im Programm der Komintern wird 1928 ausgeführt:

„Entsprechend der jeweiligen politischen Konjunktur bedient sich die Bourgeoisie sowohl der faschistischen Methoden als auch der Methoden der Koalition mit der Sozialdemokratie, wobei die Sozialdemokratie selbst, besonders in für den Kapitalismus kritischen Zeiten, eine faschistische Rolle spielt. Die Sozialdemokratie zeigt im Laufe der Entwicklung faschistische

⁵⁸⁰ Vgl. Sebastian Dittrich, Zeitschriftenporträt: Bahamas, in: Uwe Backes und Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie (E&D), 16. Jahrgang 2004, Baden-Baden 2004, S. 220-235.

⁵⁸¹ Vgl. Hier und im Folgenden: Josef Schleifstein, Die „Sozialfaschismus“-These. Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund, Marxistische Taschenbücher, Reihe Marxismus aktuell, Frankfurt am Main 1980.

⁵⁸² Jossif Wissarionowitsch Stalin, zitiert nach Ebenda, S. 22.

*Tendenzen, was sie jedoch nicht hindert, im Falle einer Änderung der politischen Konjunktur gegen die bürgerliche Regierung als oppositionelle Partei aufzutreten.*⁵⁸³

Diese Phase der Gleichsetzung der Sozialdemokratie mit dem Faschismus und der vorrangigen Bekämpfung der sozialdemokratischen Parteien geht in Deutschland praktisch bis zur Proklamation der „Antifaschistischen Aktion“ im Frühjahr 1932 und theoretisch bis zu den Vorbereitungen des 7. Weltkongresses der Komintern 1934. Auf diesem Weltkongress wird die Sozialfaschismusthese durch die KI verworfen und als „linkssektiererische Abweichung“ gebrandmarkt.

Zu Beginn der siebziger Jahre, während der Regierungszeit der sozialliberalen Koalition wird die Sozialfaschismusthese zeitweilig von den „ultralinken“ ML-Parteien, der KPD/ML und der KPD/AO, wieder aufgegriffen. Maßnahmen der sozialdemokratisch geführten Regierung werden folglich unter diesem Gesichtspunkt bewertet. Alexander von Plato, ein führender Kader der KPD/AO, setzt sich in dem 1973 erschienenen Buch „Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik: KPD, Komintern, Sozialdemokratie und Trotzismus“ ausführlich mit der Sozialfaschismusthese auseinander. Obwohl er dabei durchaus die 1930 von Teilen der KPD vertretene Linie der Bekämpfung der einfachen SPD-Mitglieder als „linkssektiererischen“ Fehler einstuft, kommt er resümierend doch zu dem Ergebnis:

*„Die Geschichte der SPD beweist weiterhin, dass der Vorwurf der KPD und der Komintern, die SPD-Führung sei sozialfaschistisch, Gültigkeit besaß: Sowohl in ihrer Politik der Verelendung der Arbeiterklasse als auch in ihrem Terror, sowie in ihrem Arrangement mit den Nationalsozialisten und schließlich in ihrer Ideologie wies die deutsche Sozialdemokratie dem Faschismus den Weg und erleichterte der NSDAP ihren Aufstieg. Die SPD war [...] einer der Wegbereiter des Faschismus.*⁵⁸⁴

Inhaltlich stützt er dieses Resümee vor allem auf den sowohl von der SPD als auch der NSDAP vertretenen Glauben, man könne die kapitalistische Produktionsweise durch Eingriffe des Staates krisenfrei gestalten. Mittel dieser korporatistischen Strategie der SPD der Weimarer Republik war die Theorie der „Wirtschaftsdemokratie“ mit ihrer Praxis der Zwangsschlichtungen. Diese wurde

⁵⁸³ Das Programm der Kommunistischen Internationale (1928), zitiert nach Hermann Weber, Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation, Hannover 1966, S. 185.

⁵⁸⁴ Von Plato 1973, S. 328f.

von den so genannten Arbeitsgemeinschaften der Tarifparteien und des Staates durchgesetzt. Ziel dieses Staatssozialismus war es, sich mittels einer Planwirtschaft die Ökonomie Untertan zu machen. Nach ihrer Machtübernahme setzte die NSDAP diese Politik in Organisationen wie der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) fort.

Obwohl die meisten konkurrierenden K-Gruppen diese historische Analyse der KPD/AO durchaus ebenfalls vertreten, lehnen sie diese Einschätzung für die aktuelle Politik der Sozialdemokratie ab. Für sie ist die SPD vielmehr eine „bürgerliche Arbeiterpartei“,⁵⁸⁵ deren einfache Mitglieder man für eine Einheitsfrontpolitik zu gewinnen versucht. Anders die „ultralinken“ ML-Parteien. Für sie gilt, dass sie in der Sozialdemokratie den Hauptfeind sehen. In dieser Frage exponiert sich besonders die KPD/ML (Zentralbüro). Diese Organisation betreibt eine regelrechte Anti-SPD-Kampagne. In ihrem internen Organ „Der Parteiarbeiter“ werden die Mitglieder auf die Bekämpfung der SPD eingeschworen:

„Besteht nun die Gefahr des Faschismus? Diese Gefahr wird von den sozialdemokratischen Führern systematisch verstärkt. Sie sind Wegbereiter der faschistischen Diktatur der Monopolbourgeoisie. Sie sind Steigbügelhalter der faschistischen Banden um Strauß und Thadden. Das ist ihre historische Mission und deshalb verwalten sie die Arbeiterklasse immer mehr mit faschistischen Mitteln, spalten die Arbeiterklasse und verraten sie. Müssen wir diese Banditen nicht schonungslos bekämpfen? Sind nicht die sozialdemokratischen Führer die Hauptfeinde der Arbeiterklasse?“⁵⁸⁶

In diesem Zitat zeigt sich einmal mehr die simplifizierende Faschismusanalyse der K-Gruppen. Der Nationalsozialismus wird auf die offene Diktatur der Monopolbourgeoisie reduziert und somit die qualitativen Unterschiede zwischen der parlamentarischen bürgerlichen Gesellschaft und dem totalitären System der faschistischen Regime nivelliert. Für die KPD/ML-ZB stellt folglich jede Gesetzesverschärfung etwa im Rahmen der Inneren Sicherheit einen weiteren Schritt zum offenen Faschismus dar. Folgerichtig finden sich in ihrem Zentralorgan „Rote Fahne“ auch unzählige Artikel, die sich gegen die

⁵⁸⁵ Willi Dickhut, Proletarischer Widerstand gegen Faschismus und Krieg, Band 2, Düsseldorf 1987, S. 657.

⁵⁸⁶ Der Parteiarbeiter Nr. 2 zitiert nach: Dietmar Kesten, Zur Geschichte der KPD/ML – Zentralbüro, <http://userpage.fu-berlin.de/~archapo/ONLINE/MAO/BRD/ZB-GESCHICHT.html> (Stand: 25.10.2008)

vermeintliche Faschisierung des Staates durch die sozialliberale Regierung richten.

Dieser Kurs stößt bei den meisten anderen K-Gruppen auf Kritik. Obwohl ihre Faschismusanalyse mit der der „ultralinken“ ML-Parteien übereinstimmt, richtet sich in dieser Frage ihre praktische Politik in erster Linie gegen offen rechtsextreme Organisationen und die konservativen Parteien. So unterhält etwa der KB so genannte „Antifa-Kommissionen“, die unter dem Symbol der historischen „Antifaschistischen Aktion“ der KPD Informationen über Rechtsextremisten recherchieren und Aktionen organisieren. Dabei wird versucht, Bündnisse mit anderen linken und liberalen Organisationen zu bilden. Auch der KABD lehnt die Sozialfaschismusthese für ihre Praxis ab und erklärt, dass diese Theorie nur von den tatsächlichen Faschisten ablenken würde:

„Jegliches Gerede von Sozialfaschismus im Zusammenhang mit der gegenwärtigen reaktionären Regierung ist falsch, sektiererisch, äußerst schädlich. Ebenso falsch ist es, die SPD/FDP Regierung als Wegbereiter des Faschismus zu bezeichnen, weil diese These von den tatsächlichen faschistischen Mächten ablenkt.“⁵⁸⁷

Ein langer Artikel des Ersten Sekretärs des ZK des KBW, Joscha Schmierer, im Theorieorgan des KBW zeigt, welche Bedeutung die Frage der Sozialfaschismusthese für die marxistisch-leninistische Bewegung hat. Die Analyse arbeitet sich einerseits an der historischen Politik der KPD von 1928-1933 ab und kritisiert andererseits die unvermittelte Übernahme der Sozialfaschismusthese durch die KPD/AO. Schmierer bezeichnet die Sozialfaschismusthese als Abweichung vom Marxismus-Leninismus und führt zur Unterscheidung zwischen Faschismus und Sozialdemokratie aus:

„Insofern der Faschismus gerade darin besteht, offen mit der bürgerlichen Demokratie und den sozialen Reformen aufzuräumen, kann sich die Sozialdemokratie nicht mit dem Faschismus als bestimmte Form der Herrschaft der Bourgeoisie aussöhnen, kann auch selber nicht, solange sie bürgerliche Arbeiterpartei bleibt, zu einer faschistischen Partei werden.“⁵⁸⁸

⁵⁸⁷ Redaktion Rote Fahne, Nie wieder Faschismus! Das Ringen des Kommunistischen Arbeiterbundes um die antifaschistische Aktionseinheit, in: Rote Fahne. Zentralorgan des Kommunistischen Arbeiterbundes, Nr. 2/1971, S. 5.

⁵⁸⁸ Joscha Schmierer, Sozialfaschismusthese und politische Programmatik der KPD 1928-33, in: Kommunismus und Klassenkampf. Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands Nr. 1 vom März 1975, S. 13. Hervorhebung im Original.

Doch die von den meisten K-Gruppen an den „ultralinken“ Parteien geäußerte grundsätzliche Kritik an der Sozialfaschismusthese hindert sie nicht daran, bei manchen Ereignissen entsprechende Vorwürfe an die SPD zu richten. Selbst der KB, der bei antifaschistischen Protestaktionen auch versucht Aktionsbündnisse mit der SPD zu schmieden, ist davor nicht gefeit. So schreibt zum Beispiel die Frankfurter Ortsgruppe nach einem harten Polizeieinsatz bei einer Demonstration nach dem Tod Ulrike Meinhofs über den SPD-Polizei-Präsidenten:

„Um so brutaler die Bulleneinsätze in Frankfurt geworden sind, um so deutlicher Müller seine ‚sozialfaschistische Fratze gezeigt hat, um so flauer wurde der Protest der SPD-‚Linken‘, von der angeblich ‚linken‘ SPD-Hochburg Hessen ist da nichts zu spüren. [...] Das ist keine Frage von Personen, der ‚Sozialfaschismus hat in der SPD-Politik insgesamt seinen festen Platz.“⁵⁸⁹

Der Sozialfaschismusvorwurf wird hier zwar rein polemisch in der Tagespolitik verwendet, doch relativiert er allein schon durch den Gebrauch die Grundsatzpositionen des KB.

Ein weiteres Feld, auf dem die Sozialfaschismusthese von Teilen der K-Gruppen angewendet wird, ist die Auseinandersetzung mit dem „real existierenden Sozialismus“. Wie bereits aufgezeigt wurde, kommt es im Rahmen der chinesischen „Drei-Welten-Theorie“ zur Auffassung, dass es sich bei der Sowjetunion um den Hauptfeind der Menschheit handelt. Genau wie die Sozialfaschismusthese wird auch die „Drei-Welten-Theorie“ von den „ultralinken“ K-Gruppen vertreten. Und genau wie bei der Sozialfaschismusthese wird auch hier eine nichtfaschistische politische Richtung mit dem Faschismus gleichgesetzt.

In den Publikationen von KPD/ML und KPD/AO⁵⁹⁰ finden sich unzählige Vergleiche, in denen die Sowjetunion, die DDR oder auch die DKP mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt werden. So führt etwa die KPD/AO in einem Artikel mit der Überschrift „Die sowjetischen Führer sind in die Fußstapfen Hitlers getreten“ in ihrem Zentralorgan aus:

⁵⁸⁹ KB/Gruppe Frankfurt, Frankfurt: Der Polizei-Staat in Aktion, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes Nr. 81 vom 31. Mai 1976, S. 6.

⁵⁹⁰ Ironischerweise wird die KPD/AO selbst von der KPD/ML (Neue Einheit) als sozialfaschistisch denunziert. Vgl. Kommunistische Hochschulgruppe (Neue Einheit), Die „KPD“ greift zu Terrormethoden faschistischer SA-Banden, in: Die Revolutionäre Stimme.

„Daher ist es völlig richtig, die Diktatur der Bourgeoisie in der Sowjetunion als sozialfaschistische Diktatur zu kennzeichnen, die sich – je nach den besonderen Bedürfnissen der Täuschung oder Niederhaltung hinter den Aushängeschildern ‚Staat des ganzen Volkes‘ oder ‚Diktatur des Proletariats‘ versteckt. Auch Hitler erklärte seinen faschistischen Terrorstaat zum Ausdruck einer ‚Volksgemeinschaft‘, in dem es angeblich keine Klassen mehr gäbe, auch er bediente sich sozialistischer Phrasen, um über den Klassencharakter der faschistischen Herrschaft zu täuschen. Der Unterschied zwischen Hitler und den neuen Zaren besteht allein darin, dass diese die faschistische Unterdrückungsmaschine und die sozialistischen Phrasen noch umfassender und perfekter ausgebaut haben.“⁶⁹¹

In diesem Zitat wird die Sowjetunion nicht nur mit dem nationalsozialistischen Deutschland gleichgesetzt, es wird sogar behauptet, die UdSSR hätte ihren Repressionsapparat, der als faschistisch bezeichnet wird, noch umfangreicher ausgestaltet als die Nationalsozialisten. Im Ergebnis bedeutet diese Aussage, dass die Sowjetunion noch faschistischer sei als der NS-Staat selbst.

Die KPD/AO wiederholt in diesem Artikel exakt die Argumentationsweise von Teilen der extremen Rechten, die den Nationalsozialismus mit der Sowjetunion vergleichen und zu dem Ergebnis kommen, dass die UdSSR der schlimmere der beiden Totalitarismen sei. Mit diesem Ergebnis werden dann die deutschen Verbrechen relativiert.

Dies ist auch die Konsequenz aus der inflationären Benutzung der Begriffe „faschistisch“ oder „sozialfaschistisch“ als Kennzeichnung bekämpfter politischer Strömungen durch die K-Gruppen. Denn durch diesen unreflektierten Gebrauch wird der Nationalsozialismus seiner historischen Spezifik beraubt und zu einem rein taktisch verwendeten Schimpfwort der politischen Auseinandersetzung. Alles was abgelehnt wird, wird als faschistisch denunziert und damit der Begriff seines Inhaltes beraubt.

Der Gebrauch der Sozialfaschismusthese durch Teile der K-Gruppen verdeutlicht, welche sektiererischen Ausformungen der Marxismus-Leninismus hier angenommen hat. Das Ergebnis ist eine immer weitere Isolierung der marxistisch-leninistischen Organisationen selbst innerhalb der radikalen Linken

Zeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, Nr. 7/8 vom 12.04.1972, S. 12-13.

⁵⁹¹ Redaktion Rote Fahne, Die sowjetischen Führer sind in die Fußstapfen Hitlers getreten, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 12 vom 24.03.1976, S. 12.

und eine immer weiter voranschreitende Krise der K-Gruppen seit Mitte der siebziger Jahre. Ende des Jahrzehnts rücken dann auch die „ultralinken“ ML-Parteien von der Sozialfaschismusthese ab. Die KPD/ML schwenkt mit der Gründung ihrer Vorfeldorganisation „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden“ auf eine Einheitsfrontpolitik um, und die KPD/AO formuliert in ihrem Theorieorgan „Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus“ kurz vor ihrer Auflösung eine Kritik an den bisher vertretenen Anschauungen.⁵⁹²

7.4 Die Bewertung der bundesrepublikanischen Gesellschaft durch die K-Gruppen

In diesem Kapitel soll das Bild dargestellt werden, das sich die K-Gruppen von Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik machen. Inhaltlich knüpft dieser Punkt damit an die Diskussionen über die Notstandsgesetzgebung während der Zeit der Studentenrevolte und die daraus folgenden Debatten über eine drohende Faschisierung an. Wie bereits in den vorhergehenden Kapiteln gezeigt wurde, entwickelt der KB eine ausgearbeitete Theorie der Faschisierung als zentrales Moment seiner Gesellschaftsanalyse.⁵⁹³ Für den Bund stellt die Faschisierung einen bewusst forcierten Prozess der herrschenden Klasse dar, mit dem sie sich präventiv für kommenden Krisen und Klassenkämpfen wappnen will. Diese Krisen und Klassenkämpfe sieht der KB unmittelbar bevorstehen. Anzeichen dafür seien das weitere Voranschreiten antikolonialer und antiimperialistischer Befreiungsbewegungen in der Peripherie des Weltsystems, die zu einem verschärften Konkurrenzkampf zwischen den Staaten der imperialistischen Zentren führen werde. Dies wiederum habe zur Folge, dass es in den einzelnen Gesellschaften der Metropolen zu einer Zuspitzung der Widersprüche und einer Verschärfung der Klassenkämpfe kommen werde. Um diesen Prozess zu kontrollieren, greife die Bourgeoisie

⁵⁹² Alexander von Plato, Thesen zur Einheitsfrontpolitik der Weimarer KPD, in: Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus. Theoretisches Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 1/79, S. 129-147.

⁵⁹³ Vgl. Steffen 2002, S. 96ff.

präventiv zur Politik der Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Akteure dieser Entwicklung seien die führenden Kreise des Großkapitals und die sie stützenden politischen Parteien. Der Kampf gegen die Faschisierung müsse sich also nicht in erster Linie gegen rechtsradikale Gruppierungen richten, sondern gegen das Zentrum des politischen Systems selbst. Die entscheidenden Akteure der Faschisierung, die sich unter anderem in einem stetigen Abbau der sozialen Sicherung und einem stetigen Ausbau der Repressionsmittel zeige, sind in dieser Auffassung zum einen die sozialliberale Regierung, aber auch die oppositionellen Unionsparteien, denen eine Verquickung mit offen faschistischen Gruppierungen vorgeworfen wird. Als beunruhigendes Exempel für diese Analyse dient dem KB die Entwicklung in Italien, wo Teile des Staatsapparates gemeinsam mit rechtsextremistischen Gruppierungen auf die Protestbewegungen mit der so genannten „Strategie der Spannung“⁵⁹⁴ reagieren.

Die vom KB entwickelte Faschisierungstheorie wurde hier so ausführlich wiedergegeben, weil zumindest Teile von ihr auch für die konkurrierenden K-Gruppen für ihre Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend sind. Allerdings gibt es in einzelnen Punkten auch entschiedene Differenzen. So wie bereits ihre Vorgängerorganisationen darum rangen, ob die herrschende Klasse die Faschisierung präventiv oder als Reaktion auf die Klassenkämpfe betreibe, so ist dieser Streitpunkt auch weiterhin zwischen KB und KBW umstritten. Während der eher nüchtern argumentierende KB von der präventiven Faschisierung ausgeht, besteht der KBW darauf, dass die Bourgeoisie erst durch die sozialen Kämpfe dazu getrieben werde. Er vertritt wie die meisten anderen K-Gruppen auch Anfang bis Mitte der siebziger Jahre eine Vorstellung des zunehmend Aufschwungs der Klassenkämpfe, die durch Bezeichnungen wie „Haupttendenz Revolution“, „Arbeiteroffensive“, „Linkswendung der Massen“ oder „revolutionärer Aufschwung“ gekennzeichnet sind. Gegen diese Entwicklung wisse sich das herrschende System nur durch eine verschärfte Faschisierung zu wehren. Der KBW formuliert dies unter anderem in einem Artikel über ein Gerichtsverfahren gegen Beate Klarsfeld:

⁵⁹⁴ Zur „Strategie der Spannung“ vgl. Luciano Lanza, Bomben und Geheimnisse. Geschichte des Massakers von der Piazza Fontana, aus dem Italienischen übersetzt und mit einem Nachwort versehen von Egon Günther, Hamburg 1998.

„Dass sich diese Fälle gegenwärtig häufen, in denen bürgerliche Gerichte offen die faschistische Gewaltverbrechen rechtfertigen, zeigt, wie sich die Lage im Klassenkampf in den letzten Jahren verändert hat. Der Aufschwung der Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes in Westdeutschland zwingt die Bourgeoisie immer mehr, die jahrzehntelang propagierte Linie der Klassenversöhnung zu verlassen und auf der Linie der offenen Unterdrückung aller selbstständigen Bestrebungen in der Arbeiterklasse und im Volk einzuschwenken.“⁶⁹⁵

Ein besondere Rolle in den Argumentationen der K-Gruppen in Bezug auf die angebliche Faschisierung spielen immer noch die Notstandsgesetze, die 1968 zur größten Mobilisierung der APO geführt haben. Diese Gesetzgebung wird als Meilenstein der Entwicklung angesehen, in deren Rahmen die Faschisierung konkret umgesetzt wird. Vor allem die KPD/ML (Zentralbüro), die sich während ihrer kurzen Existenz vorrangig auf die Bekämpfung der SPD im Rahmen der Sozialfaschismustheorie konzentriert, betont die Rolle der Notstandsgesetzgebung für die Faschisierung:

„Das sozialfaschistische Programm der Sozialdemokratie besteht in der schrittweisen Umsetzung der Notstandsgesetze in die Praxis. Das bedeutet Vorbereitung der polizeistaatlichen Militärdiktatur, von der sozialfaschistischen Sozialdemokratie unter dem Deckmantel so genannter ‚Reformen‘ ins Werk gesetzt durch die Zerstörung der bürgerlich-demokratischen parlamentarischen Einrichtungen. [...] Die Sozialdemokratie ist tatsächlich von der Verkündigung ihres sozialfaschistischen Programms zu seiner Verwirklichung übergegangen. Sie entwickelt sich zum Sozialfaschismus.“⁶⁹⁶

Dieses Zitat zeigt die völlige Loslösung der Theorie der KPD/ML-ZB von der Realität. Denn trotz der durchaus vorhandenen Tendenz des Staates, gegen die kommunistische Bewegung repressiv vorzugehen, ist die sozialliberale Regierung Anfang der siebziger Jahre nicht dabei, die „polizeistaatliche Militärdiktatur“ vorzubereiten. Ganz im Gegenteil versucht die Regierung, Teile der Protestbewegung durch Reformen wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Bezeichnend ist, dass diese realitätsverleugnenden Theoreme durch historische Parallelen aus der Zeit des Nationalsozialismus bzw. der unmittelbaren Vorgeschichte untermauert werden. So wird die Sozialfaschismustheorie der KPD aus der Weimarer Republik auf die Verhältnisse der Bundesrepublik angewendet. Dass diese historische

⁶⁹⁵ E.R., Gefängnis für B. Klarsfeld, in: Kommunistische Volkszeitung. Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), Nr. 15 vom 24. Juli 1974, S. 2.

Analogiebildung kein Zufall ist, sondern dass dem die nicht aufgearbeitete deutsche Vergangenheit zugrunde liegt, zeigt die ständigen Wiederholungen dieser Vorwürfe. Ein Feld, auf dem dies besonders gut zu beobachten ist, sind die Reaktionen der K-Gruppen auf die Bekämpfung des Terrorismus durch den Staat.

Hier ist es vor allem die RAF selbst, die den Faschismus-Vorwurf gegen den Staat inflationär benutzt. So gebraucht das „Kommando Thomas Weisbecker“ der RAF in der nur wenige Sätze langen Erklärung zu den Bombenanschlägen in München und Augsburg im Mai 1972 vier explizite NS-Vergleiche. Wie anderen K-Gruppen auch, sieht das RAF-Kommando die analysierte Faschisierung des Staates als von oben betriebene Reaktion auf die Klassenauseinandersetzungen und verortet ihre Aktionen als expliziten Widerstand dagegen.

„Die Schutzpolizei, die Bereitschaftspolizei, die Kripo, der Bundesgrenzschutz und ihre behördlichen und politischen Auftraggeber haben zur Kenntnis zu nehmen, dass ihre Anstrengungen, die sozialen Probleme diese Landes faschistisch zu ‚lösen‘ – durch die Aufrüstung der Polizei, durch die Militarisierung der Klassenkämpfe, durch rücksichtslosen und hinterhältigen Schusswaffengebrauch – auf Widerstand stoßen werden.“⁵⁹⁷

Als den entschiedensten Teil dieses Widerstands sieht sich die RAF selbst. Dies führe dann wiederum zu einem besonders harten Vorgehen des Staates gegen die Stadtguerilla. Die in der Tat zu kritisierende Behandlung der RAF-Gefangenen in den bundesdeutschen Gefängnissen, die Isolationshaft, das Kontaktsperre-Gesetz, die Nichtbehandlung kranker Gefangener und weitere eklatante Verstöße gegen die Rechte der Inhaftierten werden von der RAF als faschistischer Vernichtungsversuch interpretiert. So schreiben sie in ihrer ersten Hungerstreikerklärung:

„Unsere Isolation jetzt und das Konzentrationslager demnächst [...] kommt raus auf: Vernichtungslager – Reformtreblinka – Reformbuchenwald – die ‚Endlösung‘. So sieht’s aus.“⁵⁹⁸

⁵⁹⁶ Zentralbüro der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, Das Lohndiktat im System der sozialfaschistischen Verwaltung der Arbeiterklasse, in: Bolschewik, früher Revolutionärer Weg. Theoretisches Organ der KPD/ML, Mai 1971, S. 62.

⁵⁹⁷ Kommando Thomas Weisbecker der RAF, Anschläge in Augsburg und München. Erklärung vom 16. Mai 1972, in: Edition ID Archiv 1997, S. 145.

⁵⁹⁸ Gefangene aus der RAF, Hungerstreikerklärung vom 8. Mai 1973, in: ID Archiv 1997, S. 189.

Gudrun Ensslin oder Ulrike Meinhof, die jahrelang gegen die Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik und gegen die personellen und strukturellen Kontinuitäten zum deutschen Faschismus protestiert haben, vergleichen ihre Situation nun mit der der Juden in den Vernichtungslagern. Sie instrumentalisieren damit die Judenvernichtung für ihre eigenen Interessen und relativieren damit die Singularität der Shoah. Besonders deutlich zeigt sich diese Instrumentalisierung in ihrer Zusammenarbeit mit palästinensischen Organisationen und der Einschätzung Israels, worauf im folgenden Kapitel eingegangen wird.

Aber auch die anderen K-Gruppen begreifen die staatliche Bekämpfung der RAF als forcierte Faschisierung, die sie in Analogie zu Maßnahmen aus dem Nationalsozialismus stellen. Allerdings vertreten sie die Auffassung, dass der staatliche Repressionsapparat die Bekämpfung der RAF nur als Vorwand nutze um in Wirklichkeit die kommunistische Arbeiterbewegung zu treffen. So schreibt zum Beispiel der „Rote Morgen“:

„Und heute nimmt Bonn Kurs auf ein Neues ´33, Kurs auf den Faschismus. Was ist denn die ‚Sicherungsverwahrung für terroristische Gewalttäter‘, die jetzt in den Bonner Ausschüssen vorbereitet wird anderes als eine Neuauflage der faschistischen Schutzhaft, mit der die Nazis ihre KZs füllten? Oder die Kontaktsperre, wie sie über die Stammheimer und andere politische Gefangene verhängt war. Sie hat in Stammheim und anderswo genau die Verhältnisse der totalen Isolation geschaffen, wie sie in den Zuchthäusern der Hitler-Diktatur herrschten.“⁵⁹⁹

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen der RAF und dem Staat, während der Schleyer-Entführung, spitzen die K-Gruppen die NS-Vergleiche noch einmal zu. So schreibt der „Rote Morgen“ über eine Fernsehansprache von Bundeskanzler Schmidt: *„Man glaubte Goebbels zu hören, aber es war Schmidt.“⁶⁰⁰* Und die „Rote Fahne“ der KPD/AO schreibt über eine Rede Schmidts: *„So hat auch Hitler argumentiert.“⁶⁰¹* Und nach dem Tod der Stammheimer Gefangenen: *„Selbst wenn die Selbstmordversion zutreffen*

⁵⁹⁹ Redaktion Roter Morgen, „Solidarität der Demokraten“?: Verschärfter Terror gegen die Werktätigen, in: Roter Morgen. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten KPD/ML, Nr. 45 vom 11. November 1977, S. 1.

⁶⁰⁰ Redaktion Roter Morgen, Nach der Schleyer-Entführung: Bonn verschärft den Terror, in: Roter Morgen. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten KPD/ML, Nr. 37 vom 16. September 1977, S. 1.

sollte, ist der Vergleich mit KZ-Methoden nicht hinfällig.⁶⁰² Der „Arbeiterkampf“ steigert diesen Vorwurf sogar noch, indem er schreibt: „'Selbstmord' die ‚Endlösung‘ des Staates“,⁶⁰³ und damit den Tod der RAF Gefangenen in Stammheim in Verbindung setzt mit der Ermordung der europäischen Juden während der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft. Diese Beispiele zeigen, dass die K-Gruppen geradezu zwanghaft zu NS-Analogien greifen, um die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse zu erklären.

Allerdings fühlen sie sich in erster Linie selbst als die Opfer des als faschistisch angesehenen Vorgehens des Staates. Und setzten sich damit selbst an die Stelle der historischen Verfolgten des Naziregimes.

Als Bestätigung ihrer These, dass die Terroristenverfolgung nur ein Vorwand sei, um die marxistisch-leninistische Bewegung zu treffen, sehen die K-Gruppen den Vorstoß der CDU/CSU aus dem Jahr 1977, ein Verbot von KPD/AO, KBW und KPD/ML im Bundesrat zu beantragen. Als Reaktion auf die Verbotsdrohung kommt es zu einer kurzzeitigen Aktionseinheit der drei Organisationen, die zu einer großen gemeinsamen Demonstration in Bonn führt. Die CDU/CSU setzt ihre Ankündigung allerdings in der Folge nicht um und so zerfällt auch die Aktionseinheit der drei größten K-Gruppen wieder.

Eine besondere Rolle als Beleg für die Faschisierung der Bundesrepublik spielt für die K-Gruppen der CSU-Vorsitzende, bayrische Ministerpräsident und Kanzlerkandidat der Unionsparteien Franz Josef Strauß. Der dem rechten Flügel der Union angehörende Politiker, der in der Tat vielfältige Kontakte zu rechtsextremistischen Gruppierungen in der ganzen Welt unterhält,⁶⁰⁴ ist für die Marxisten-Leninisten der Inbegriff der faschistischen Gefahr. Vor allem die „zentristischen“ und „rechten“ Bünde, die die Theorie des Sozialfaschismus ablehnen, sehen in der Bekämpfung Franz Josef Strauß eine vorrangige Aufgabe. So schreibt zum Beispiel das Zentralorgan des KB, der

⁶⁰¹ Redaktion Rote Fahne, „Anarchismus“ - Vorwand für Ausbau des staatlichen Terrors: Schmidt: „Unser Rechtsstaat ist wehrhaft geworden“, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 16 vom 20.04.1977, S. 1.

⁶⁰² Redaktion Rote Fahne, Den Tod von Jan Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Andreas Baader aufklären, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 43 vom 26.10.1977, S. 2.

⁶⁰³ Redaktion Arbeiterkampf, „Selbstmord“ die „Endlösung“ des Staates, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes, Nr. 121 vom 23. Januar 1978, S. 6-7.

„Arbeiterkampf“, den Namen Strauß grundsätzlich mit zwei SS-Runen, um ihn als Nationalsozialisten zu kennzeichnen, was prompt dazu führt, dass ihn der CSU-Politiker wegen Beleidigung anzeigt.⁶⁰⁵ Für den vorwiegend in Bayern aktiven „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ wird der Kampf gegen Franz Josef Strauß zeitweise zu dem alle andere Themen überlagernden Gegenstand. Er gründet eigene „Anti-Strauß-Komitees“ und verfolgt damit eine Politik der Einheitsfront, mit der auch Angehörige anderer politischer Organisationen für den Kampf gegen Rechts gewonnen werden sollen. Eine ähnliche Strategie verfolgt auch der „Kommunistische Bund“ mit seiner intensiven Mitarbeit am „Russel-Tribunal“,⁶⁰⁶ in dem in den Jahren 1976 bis 1978 die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik untersucht werden soll. Der politische Niedergang der KPD/ML führt auch diese Organisation dazu, ihre anfangs im Rahmen der Sozialfaschismustheorie vertretene Politik des Hauptschlags gegen die Sozialdemokratie zu revidieren und zu einer mit AB und KB vergleichbaren Einheitsfrontpolitik umzuschwenken. 1979 wird aus diesem Grund die „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden“ gegründet, mit der die KPD/ML die aktive Zusammenarbeit mit anderen Organisationen sucht. 1980 kandidiert die „Volksfront“ bei der Bundestagswahl. Doch der große Erfolg in der Bündnisarbeit bleibt aus, lediglich eine größere Anzahl Mitglieder der KBW-Abspaltung des „Bundes Westdeutscher Kommunisten“ (BWK) beteiligt sich.

Dieses Scheitern steht exemplarisch für das Scheitern der Politik der K-Gruppen in Bezug auf die gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik. Durch ihre sich immer weiter radikalisierende Kritik der sozialen Verhältnisse als faschistisch bzw. präfaschistisch isolieren sie sich zunehmend. Selbst innerhalb der radikalen Linken, die sich verstärkt in den „Neuen Sozialen

⁶⁰⁴ Vgl. Bernt Engelmann, Das neue Schwarzbuch: Franz Josef Strauß, Köln 1980.

⁶⁰⁵ Vgl. Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg, Wegen Strauß-„Beleidigung“: Arbeiterkampf zu 2.700 DM Geldstrafe verurteilt, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes, Nr. 141 vom 31.10.1978, S. 1-2.

⁶⁰⁶ Die Russel-Tribunale gehen auf eine Initiative des britischen Philosophen Bertrand Russel zurück, der 1966 ein „Vietnam War Crimes Tribunal“ ins Leben ruft, an dem sich prominente Intellektuelle aus aller Welt beteiligen. Dem ersten Tribunal folgen drei weitere. Das im Text

Bewegungen⁶⁰⁷ engagiert, geraten die K-Gruppen Ende der siebziger weitgehend in die Isolation.

7.5 Der Antizionismus der K-Gruppen

Der Antizionismus der K-Gruppen schließt nahtlos an die Positionen der radikalen Linken nach 1967 an. Er wird von ihnen sogar noch inhaltlich zugespitzt, sodass sich feststellen lässt, dass die K-Gruppen den radikalsten Flügel des linken Antizionismus darstellen.⁶⁰⁸ Der Zusammenhang zwischen dem Antizionismus und der Abwehr der deutschen Vergangenheit durch die K-Gruppen lässt sich dabei durch immer wieder variierende Vergleiche der israelischen Politik mit dem Nationalsozialismus belegen. Der Nahostkonflikt wird dazu genutzt, die deutsche Vergangenheit zu verdrängen.

Den hohen Stellenwert, den der Nahostkonflikt für die ML-Parteien einnimmt, lässt sich anhand spezieller Zeitungen diverser Vorfeldorganisationen ablesen: So veröffentlicht etwa das vom KBW kontrollierte „Sozialistische Palästina-Komitee“ (SPK) die Publikation „Die Front. Zeitschrift zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker des Nahen Ostens“. Und ein der KPD/AO nahe stehendes „Komitee zur Unterstützung der kämpfenden Völker im Nahen und Mittleren Osten“ verbreitet die „Al Tahrir. Befreiung“. Für die KPD/ML übernimmt die Zeitschrift „Der Funke. Zeitung für den Kampf der unterdrückten Völker“ die kontinuierliche Bearbeitung des Nahostkonflikts aus der Perspektive der Partei. Neben diesen Spezialzeitschriften berichten natürlich auch noch die Zentralorgane und die Publikationen weiterer Vorfeldorganisationen über die Ereignisse im Nahen Osten. Besonders während spektakulärer Ereignisse nimmt die Kommentierung breiten Raum ein.

erwähnte Tribunal zur „Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik“ wird neben der Russel-Foundation von verschiedenen linken Organisationen organisiert.

⁶⁰⁷ Karl Werner Brand, Detlef Büsser und Dieter Rucht, Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, 2. Auflage, Frankfurt am Main und New York 1984.

⁶⁰⁸ Vgl. Kloke 1994, S. 145f.

Ein solches Ereignis ist der Überfall palästinensischer Terroristen des „Kommandos Schwarzer September“ auf die israelischen Teilnehmer der Sommerolympiade 1972 in München und die darauf folgenden Reaktionen des westdeutschen und des israelischen Staates. Ausnahmslos alle K-Gruppen stellen in ihrer Berichterstattung über die Geiselnahme in München Analogien zwischen Israel und dem Nationalsozialismus her.⁶⁰⁹ Dabei werden nicht nur in diesem konkreten Fall die Täter und Opfer vertauscht. Für die ML-Parteien sind die Mitglieder des palästinensischen Kommandos und nicht die als Geiseln genommenen israelischen Sportler die Opfer. Es werden durch die Vergleiche zwischen Israel und dem Nationalsozialismus aus den Opfern der nationalsozialistischen Verbrechen in der Vergangenheit Täter der Gegenwart gemacht. Die Politik des israelischen Staates wird mit NS-Deutschland gleichgesetzt. Doch diese Analogie wird sogar noch gesteigert, indem das israelische Vorgehen gegen die palästinensischen Guerillaorganisationen mit der Ermordung der europäischen Juden gleichgestellt wird. Dadurch wird die deutsche Schuld relativiert. Die K-Gruppen belegen, nicht nur an diesem Beispiel, exemplarisch die These Adornos vom „Schuldabwehrantisemitismus“,⁶¹⁰ der vermittels eines ganzen Arsenal an Abwehrmechanismen wie Leugnung, Verschiebung, Verkehrung, Projektion und Rationalisierung die als störend empfundenen Elemente der deutschen Geschichte bearbeitet, um eine positive Kollektividentität weiter aufrechterhalten zu können.

Die Zeitschriften der K-Gruppen sprechen in ihrer Berichterstattung eine eindeutige Sprache: So schreibt die „Rote Fahne“ der KPD/AO unter der Überschrift „Zionisten: Die Nazis unserer Tage“, dass die zionistischen Machthaber mit faschistischen Mitteln Palästina „araberfrei“ machen.⁶¹¹ Die „Rote Fahne“ des KABD spricht von München als Alibi, um den

⁶⁰⁹ Interessant in diesem Zusammenhang ist die Reaktion der maoistischen und maospontaneistischen Gruppen in Frankreich. Diese distanzieren sich vorbehaltlos von den Morden und der Geiselnahme durch das palästinensische Kommando. Das Entsetzen über das Massaker von München beeinflusst sogar die Auflösung der bedeutendsten Gruppe, der Gauche Prolétarienne. Vgl. Michel Wieviorka, 1968 und der Terrorismus, in: Gilcher-Holtey 1998, S. 273-282.

⁶¹⁰ Vgl. Theodor W. Adorno, Schuld und Abwehr, in: Rolf Tiedemann (Hrsg.), unter Mitwirkung von Gretel Adorno, Susan Buck-Morss und Klaus Schultz, Theodor W. Adorno Gesammelte Schriften, Band 9.2, Soziologische Schriften II, Band 2 Frankfurt am Main 2003, S. 121-324.

„Ausrottungsfeldzug bis zum zionistischen Endsieg zu führen.“⁶¹² Der „Rote Morgen“ der KPD/ML sieht Israel als „ein einziges KZ für Araber“⁶¹³ und der „Arbeiterkampf“ des KB sieht die Vergeltungsangriffe Israels auf palästinensische Guerillalager nach der Geiselnahme von München nach dem Vorbild der Nazis ausgeführt.⁶¹⁴

Doch trotz dieser doppelten Täter-Opfer Verkehrung lehnen die meisten K-Gruppen die Geiselnahme durch das palästinensische Kommando als individuellen Terror ab. Dieser schade nur der Sache der palästinensischen Revolution, weil er nicht von den Massen getragen werde und scharfe israelische Reaktionen hervorrufe. Nur die KPD/ML-ZB und die RAF begrüßen die Aktion des „Schwarzen September“. So schreibt das „Zentralbüro der KPD/ML“ in einem nach dem blutigen Ende der Geiselnahme verteilten Flugblatt:

*„Die KPD/ML ist der Meinung, dass der individuelle Terror, wie ihn die palästinensischen Kämpfer anwenden, dann ein richtiges Mittel ist, wenn er den Kampf der Massen um die Befreiung Palästinas vom zionistischen Joch vorantreibt.“*⁶¹⁵

Für die KPD/ML-ZB ist diese Bedingung erfüllt und somit die Geiselnahme durch das palästinensische Kommando legitim. Für die RAF dagegen stellt sich die Frage nach der Legitimität individuellen Terrors erst gar nicht. Sie wendet ihn bereits in ihrem eigenen bewaffneten Kampf praktisch an. Die RAF ist dem Kampf der bewaffneten palästinensischen Gruppen besonders verbunden, schließlich verkehren ihre Kommandomitglieder häufig in Ausbildungslagern im Nahen Osten; so ist eine enge Zusammenarbeit entstanden. Das ausführliche Strategiepapier „Die Aktion des ‚Schwarzen September‘ in München. Zur

⁶¹¹ Vgl. Redaktion Rote Fahne, Zionisten: Die Nazis unserer Tage, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 9 vom 28.2.1973, S. 1.

⁶¹² Redaktion Rote Fahne, Zivilisierte und Unzivilisierte, in: Rote Fahne. Zentralorgan des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands, Nr. 10/1972, S. 2.

⁶¹³ Redaktion Roter Morgen, Terror und Eroberung: Der israelische Imperialismus, in: Roter Morgen. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten KPD/ML, Nr. 21 vom 23. Oktober 1972, S. 5.

⁶¹⁴ Vgl. Redaktion Arbeiterkampf, Olympischer Frieden...und palästinensischer Krieg?, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes, Nr. 22 vom Oktober 1972, S. 1-3.

⁶¹⁵ KPD/ML und KJVD, Erklärung des Zentralbüros der KPD/ML vom 7.9.1972: Nieder mit der Kumpanei zwischen dem Westdeutschen Revanchismus und dem israelischen Imperialismus, Flugblatt, S. 2.

Strategie des antiimperialistischen Kampfes“ ist die letzte Schrift, die die Mitglieder der ersten Generation der RAF vor ihrer Festnahme veröffentlichen. In ihr entwirft die RAF ihre Analyse des modernen Imperialismus. Dieser sei durch die Aktion des „Schwarzen Septembers“ exemplarisch durchschaubar gemacht worden. In der Reaktion auf die Geiselnahme von München hätte der Imperialismus sein faschistisches Wesen offenbart und damit hätte das palästinensische Kommando die Grundtendenz des Imperialismus offen gelegt:

„Dieser Imperialismus zeigt sein faschistisches Wesen nur, wenn er auf Widerstand stößt – eine spätkapitalistische Machtergreifung hat er nicht nötig. Seiner historischen Tendenz nach ist er faschistisch: auf Ausbeutung aus und Unterwerfung, Vernichtung, Vergeudung, Entlaubung, Zerstörung von Menschen und Bodenschätzen.“⁶¹⁶

Dadurch, dass der Imperialismus durch die palästinensischen Guerillas gezwungen wurde, sein faschistisches Wesen zu zeigen, sei die Aktion antifaschistisch gewesen.

„Die Aktion des Schwarzen September war antifaschistisch. Sie hat den Zusammenhang zwischen dem alten NS-Faschismus und dem entfalteten Imperialismus als dem erst durch und durch faschistischen System hergestellt.“⁶¹⁷

Für die RAF ist also erst der Imperialismus der wirkliche Faschismus. Der Nationalsozialismus war dagegen nur eine „politische und militärische Vorwegnahme des imperialistischen Systems der multinationalen Konzerne.“⁶¹⁸

Um ihren Kampf als antifaschistisch zu legitimieren, wird der Nationalsozialismus verharmlost. Er wird als eine noch unvollkommene Vorwegnahme des heutigen imperialistischen Weltsystems bagatellisiert. Die Vernichtung der europäischen Juden, die die Spezifik und Singularität des Nationalsozialismus darstellt, kommt in der Analyse der RAF nur als makabrer Vergleich vor, der die Verkommenheit der israelischen Regierung belegen soll. Die RAF wirft dieser vor, sie habe ihre „Sportler verheizt wie die Nazis die Juden – Brennmaterial für die imperialistische Ausrottungspolitik.“⁶¹⁹ Durchgängig wird Israel in diesem Papier mit dem Nationalsozialismus

⁶¹⁶ Rote Armee Fraktion, Die Aktion des „Schwarzen September“ in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, in: ID Archiv 1997, S. 158.

⁶¹⁷ Ebenda, S. 167.

⁶¹⁸ Ebenda, S. 168.

⁶¹⁹ Ebenda, S. 173.

gleichgesetzt. Es wird von „*Israels Nazi-Faschismus*“⁶²⁰ gesprochen, der israelische Außenminister Moshe Dayan als „*Himmler Israels*“ bezeichnet und der jüdische Staat als „*Moshe-Dayan-Faschismus*“⁶²¹ denunziert.

Der Text der RAF stellt eine Entlastung der deutschen Geschichte von den Verbrechen des Nationalsozialismus dar. Der NS wird im Vergleich zum heutigen Imperialismus verharmlost, um dadurch die eigene Praxis als antifaschistisch legitimieren zu können. Der israelische Staat, der zum Zufluchtsort der Opfer der NS-Vernichtungspolitik wurde, wird als Teil des imperialistischen Systems selbst als faschistisch angesehen und somit der Kampf gegen den jüdischen Staat als antifaschistisch gerechtfertigt. Der RAF gelingt es so, die Wahrheit des Nationalsozialismus vermittels des Faschismus zu verdrängen.

*„Wie überaus deutsch die RAF von Anfang an war, erhellt daraus, wie energisch sie mit den Mitteln der marxistisch-leninistischen Theorie des Faschismus und in der Tradition der stalinisierten Kommunistischen Internationale von der Wahrheit des Nazismus, der Massenvernichtung, ablenkte. Nirgends wurde lauter vom wieder drohenden Faschismus gesprochen, als unter denen, die über Antisemitismus und die Shoah nicht mehr zu sagen wussten, als dass es gelte jetzt und hier, als Konsequenz deutscher Geschichte, ‚Israels Nazi-Faschismus‘ im Verein mit palästinensischen Befreiungsnationalisten zu bekämpfen. So paradox es klingt, es hat doch seine Logik: vermittels des Faschismus verdrängte die RAF den Nazismus;“*⁶²²

Nach der Geiselnahme von München verbietet das Bundesinnenministerium zwei palästinensische Organisationen in Deutschland: die „Generalunion palästinensischer Studenten“ (GUPS) und die „Generalunion palästinensischer Arbeiter“ (GUPA). Diese Verbote werden von den K-Gruppen als weitere Beschleunigung des Faschierungsprozesses wahrgenommen und führen zu einer großen Solidaritätskampagne, in deren Verlauf sich in vielen westdeutschen Städten Aktionskomitees bilden. In diesen arbeiten die konkurrierenden ML-Parteien in zum Teil dominierender Weise mit. Den Höhepunkt der Kampagne bildet eine zentrale Demonstration in Dortmund am

⁶²⁰ Ebenda, S. 159.

⁶²¹ Ebenda, S. 173.

⁶²² Joachim Bruhn, Der Untergang der Rote Armee Fraktion. Eine Erinnerung für die Revolution, in: Marenssin, 1998, S. 13.

8. Oktober 1972, an der an die 15.000 Personen teilnehmen. Anschließend flaut die Kampagne allerdings spürbar ab.

Einen weiteren Höhepunkt erlebt die Berichterstattung über den Nahostkonflikt in den Publikationen der K-Gruppen nach der Entführung einer Passagiermaschine der Air France durch ein deutsch-palästinensisches Kommando im Sommer 1976. Im ugandischen Entebbe wird der Flughafen vom israelischen Militär gestürmt und die Geiseln werden befreit. Bei dieser gegen den Willen der pro-palästinensischen ugandischen Regierung durchgeführten Aktion sterben 45 ugandische Soldaten, der Leiter der israelischen Militäraktion und drei Geiseln. Während der Geiselnahme wurden die nichtjüdischen von den jüdischen Passagieren räumlich getrennt. Vorgenommen wird diese Selektion von einem deutschen Mitglied der „Revolutionären Zellen“ (RZ). Dieser von einem deutschen Linksradikalen durchgeführte und an Nazipraktiken erinnernde Vorgang führt innerhalb der Linken in Westdeutschland zu einer heftigen Diskussion über Antisemitismus.⁶²³

Die K-Gruppen aber ignorieren diese Debatten und reagieren so, wie sie auch schon anlässlich der Geiselnahme von München reagiert haben. Sie vertauschen Täter und Opfer, indem sie die israelische Befreiungsaktion verurteilen, aber die Flugzeugentführung höchstens als strategisch unklug kritisieren. Die Befreiung der Geiseln durch das israelische Militär wird dabei wieder mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt.

Die KPD/AO geht in ihrer Berichterstattung über die Geiselnbefreiung in Entebbe so weit, dass sie dem ugandischen Diktator Idi Amin ihre „*uneingeschränkte Solidarität*“ und ihr „*tief empfundenes Beileid anlässlich der Ermordung von Angehörigen der ugandischen Armee*“⁶²⁴ ausspricht. Die unschuldigen Opfer der Flugzeugentführung werden dagegen von der KPD/AO, wie von den anderen K-Gruppen auch, ignoriert. Ebenso wird die Tatsache vernachlässigt, dass es ausgerechnet ein deutscher Linksradikaler ist, der einunddreißig Jahre nach der Niederlage des Nationalsozialismus während einer politischen Aktion Juden von Nichtjuden selektiert. An der seither in Teilen der westdeutschen Linken

⁶²³ Vgl. Kloke 1994, S. 169ff.

⁶²⁴ Vgl. Ständiger Ausschuss des Politbüros des ZK der KPD, Scharfe Verurteilung des zionistischen Überfalls. Presseerklärung, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 27 vom 7.7.1976, S. 1.

stattfindenden Debatte über linken Antisemitismus beteiligen sich die ML-Parteien nicht. Sie verwehren sich geschlossen gegen jeden Antisemitismusvorwurf.

So schreibt das Theorieorgan des KBW, „Kommunismus und Klassenkampf“, dass der Vorwurf des Antisemitismus ein *„alter zionistischer Trick“* sei, um zu verhindern, dass die Menschen *„den wirklichen Charakter des Zionismus und des israelischen Staates erkennen.“*⁶²⁵ Und in einem als Flugblatt verbreiteten Text der Bundesleitung des KBW wird ausgeführt:

*„Dass Neofaschisten aus der israelischen Aggression Kapital für eine Verharmlosung des Hitler-Faschismus schlagen können und dass ein Teil der Deutschen mit der Gleichsetzung der israelischen Aggression mit dem Holocaust einen Teil der deutschen Geschichte verdrängen wollen, liegt doch wohl nicht an der Kritik an Israel, sondern an seiner Politik, die diese Kritik hervorruft. Kritik an Israel ist kein Antisemitismus und für den Aufschwung antisemitischer Ausfälle trägt vor allem die israelische Aggression die Schuld.“*⁶²⁶

Schuld am Antisemitismus sind also in erster Linie der israelische Staat und damit die Juden selber. Damit wird der Antisemitismus, der in der Faschismustheorie der K-Gruppen keine Rolle spielt, als scheinbar verständliche Reaktion auf das Verhalten der Juden entschuldigt.

Auffällig in der Erklärung des KBW ist das Zugeständnis, dass ein Teil der Deutschen durch die Gleichsetzung israelischer Militärationen mit dem Holocaust die deutschen Verbrechen verdrängen wolle. Diese zutreffende Analyse lässt sich, wie bereits ausführlich dargestellt, auch auf die K-Gruppen übertragen. Lässt man die weiteren Ausführungen des Textes außer Acht, erkennt man in dieser Aussage zumindest in Ansätzen eine Selbstkritik an der bisherigen Politik des KBW. Dass dies wahrscheinlich ungewollt geschehen ist, zeigt allerdings der Tenor des restlichen Textes, der eine typisch marxistisch-leninistische und damit antizionistische Position zum Nahostkonflikt wiedergibt. Dieser Antizionismus bestimmt die Ansichten der K-Gruppen derart stark, dass auch Filmproduktionen zum Nationalsozialismus unter diesem Aspekt bewertet werden. So wird die 1979 in Westdeutschland erstmals ausgestrahlte US-Serie

⁶²⁵ J.S., Der Kolonialcharakter des israelischen Staates, in: Kommunismus und Klassenkampf. Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, Nr. 1 vom Februar 1974, S. 55.

⁶²⁶ Bundesleitung des KBW, Der Kampf des palästinensischen Volkes ist die Bedingung für einen Frieden im Nahen Osten, Flugblatt.

„Holocaust“, ⁶²⁷ die zahllose betroffene Publikumsreaktionen auslöst und die für viele Historiker *„eine Zäsur in der Geschichte der kulturellen Erinnerung an die NS-Gewaltverbrechen [...]“*⁶²⁸ darstellt, von den K-Gruppen einhellig abgelehnt.⁶²⁹ Grund ist, dass die Spielfilmserie das Schicksal einer jüdischen Familie und nicht der deutschen Arbeiterklasse erzählt. Außerdem gehen in der Serie die wenigen Familienmitglieder, die die deutschen Vernichtungslager überleben, nach ihrer Befreiung nach Israel. Dies sei, so schreibt der „Arbeiterkampf“, der ansonsten die Serie noch am positivsten rezensiert, *„zionistische Propaganda“*.⁶³⁰ Der „Rote Morgen“ kritisiert, der Film mache Werbung für die *„zionistischen Ziele Israels“*.⁶³¹ Die „Rote Fahne“ des KABD schreibt, es werde *„zionistisches Gedankengut verbreitet“* und die *„Vertreibung der Palästinenser von ihrem Land verherrlicht und gerechtfertigt.“*⁶³² Und die „Kommunistische Volkszeitung“ (KVZ) führt aus:

*„Eine scharfe Anklage gegen den Faschismus hat die Bourgeoisiepresse diesem Film bescheinigt. Mit der Gleichsetzung von Faschismus und Judenverfolgung, Judenvernichtung – und nichts mehr – ist er das Gegenteil. In der Hülle der Kritik am Nationalsozialismus greift er dessen Rassenideologie nur auf, um sie anzuwenden – zur Propagierung des Zionismus, des Rechts der jüdischen Rasse auf ‚Heimat‘, ‚Raum‘ – im ‚gelobten Land‘ ‚Palästina‘. [...] Aufrechterhaltung des Staates Israel als Bollwerk der Imperialisten, vor allem der US-Imperialisten gegen die arabischen Staaten, ideologische Vorbereitung weiterer israelischer Aggression mit Unterstützung des US-Imperialismus – das ist der aktuelle Zweck von ‚Holocaust‘.“*⁶³³

Neben der bereits von den anderen K-Gruppen kritisierten Darstellung Israels als Zufluchtsort der Juden nach der systematischen Vernichtungspolitik der

⁶²⁷ Zu den Reaktion in Westdeutschland auf die Serie vgl. Historical Social Research, Historische Sozialforschung. An International Journal of the Application of Formal Methods to History, No. 114, HSR Vol. 30 (2005)4, Focus: Die amerikanische TV-Serie „Holocaust“ – Rückblick auf eine „betroffene Nation“. Beiträge und Materialien.

⁶²⁸ Peter Reichel, Erfundene Erinnerung. Weltkrieg und Judenmord in Film und Theater, Frankfurt am Main 2007, S. 250.

⁶²⁹ Vgl. Jens Benicke, „Soße aus Gewalt und Geld“, in: Jungle World. Wochenzeitung. Beilage Dschungel vom 06.08.2009, S. 10-13.

⁶³⁰ Antifa-Kommission Hamburg, „Holocaust“ – 30.000 Fragen müssen beantwortet werden, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes, Nr. 147 vom 5. Februar 1979, S. 4.

⁶³¹ Redaktion Roter Morgen, An „Holocaust“ arbeiteten Nazi-Mörder mit, in: Roter Morgen. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten KPD/ML, Nr. 30 vom 28. Juli 1978, S. 8.

⁶³² Redaktion Rote Fahne, „Holocaust“ und viele Fragen, in: Rote Fahne. Zentralorgan des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands, Nr. 3 vom 10. Februar 1979, S. 12.

Nationalsozialisten und damit an der Verantwortung, die Deutschland an der Entstehungsgeschichte des jüdischen Staates trägt, verwehrt sich die KVZ gegen die in der Presse vorgenommene Gleichsetzung von Judenvernichtung und Faschismus. Diese Gleichsetzung sei keine scharfe Anklage gegen den Faschismus, sondern das Gegenteil, nämlich selbst Unterstützung für den als rassistisch diffamierten Zionismus. Für die K-Gruppen, die vom Antisemitismus und der Judenvernichtung nichts wissen wollen und darin nur Propaganda für den Zionismus erkennen können, stellt eine Fernsehserie, die das Schicksal einer jüdischen Familie in den deutschen Vernichtungslagern zeigt, eine Provokation dar. An diesem Beispiel zeigt sich, dass bei den K-Gruppen von der in den sechziger Jahren durch den SDS betriebenen Kritik des Antisemitismus und der Verdrängung der deutschen Geschichte nichts mehr geblieben ist. Im Gegenteil vertreten die ML-Parteien inzwischen selbst antisemitische Positionen und beteiligen sich aktiv an der Verdrängung der deutschen Vergangenheit.

Erst in der Spätphase der K-Gruppen in den 1980er Jahren kommt es dann zu einigen halbherzigen Selbstkritiken bei einigen Protagonisten des linken Antizionismus. So wird etwa 1982 in einem Artikel eben jener KVZ unter der Überschrift: „Nationalsozialistische Vergangenheit: Westdeutsche Magenschmerzen mit dem Nahost-Konflikt“ ausgeführt:

„Das eigentliche Problem, das durch die Wahl der Begrifflichkeit und der Kritik daran deutlich wird, ist das große Defizit an historischen Kenntnissen über den deutschen Faschismus, seine Ideologie, seine Vernichtungsaktionen und über den Zionismus, den israelischen Staat und seine Politik in der Region. Über den historischen Vergleich würde deutlich werden, dass die heutige Politik Israels mit Begriffen wie Holocaust schlecht beschrieben ist und auch nicht kritisiert werden kann.“⁶³⁴

Festgestellt wird in diesem Text also, dass die Politik Israels nicht mit der Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus verglichen werden kann, da es historische Unterschiede zwischen beiden Systemen gibt. Welche Funktion

⁶³³ Z. Alb., „Holocaust“. Propagierung der Schutzbedürftigkeit anderer Nationen, in: Kommunistische Volkszeitung. Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), Ausgabe Mitte, Nr. 5 vom 29. Januar 1979, S. 20.

⁶³⁴ Theo Mehlen, Nationalsozialistische Vergangenheit: Westdeutsche Magenschmerzen mit dem Nahost-Konflikt, in: Kommunistische Volkszeitung. Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), Nr. 33 vom 20. August 1982, S. 8.

solche Vergleiche im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in Deutschland haben, wird allerdings verschwiegen, genau wie die Rolle die der linke Antizionismus dabei spielt. Doch immerhin stellt dieser Text eine erste Selbstkritik aus den Reihen der K-Gruppen dar. Das sich allerdings in derselben Ausgabe der KVZ eine Anzeige mit einem Demonstrationsaufruf unter der Überschrift: „Schluss mit dem Vernichtungskrieg gegen Palästinenser und Libanesen“ findet, relativiert den selbstkritischen Artikel Theo Mehlers wieder.

Auch der KB formuliert in den 80er Jahren eine vorsichtige Kritik an den antisemitischen Konnotationen der linken Palästina-Solidarität. So weigert sich der Bund, an einer Demonstration in Hamburg anlässlich der Intifada in den palästinensischen Gebieten teilzunehmen. Grund dafür ist der Aufruf, in dem das Selbstbestimmungsrecht der Juden in Israel negiert und zu einem Boykott israelischer Produkte aufgerufen wird.

„Wir wollen auch nicht eine Demonstration unterstützen, bei der die Forderung nach einem allseitigen antiisraelischen Boykott zu den Hauptparolen gehören wird. Wir halten diese Parole erstens in dem bekannten historischen Kontext („Kauft nicht bei Juden“) in der BRD für unangemessen und wir sehen zweitens, dass sie wegen der auf der Hand liegenden Missdeutungsmöglichkeiten der Solidarität mit dem palästinensischen Kampf mehr schaden als nutzen wird.“⁶³⁵

Die Solidarität mit dem Kampf der Palästinenser wird also nicht aufgegeben, aber eine allzu offensichtliche antiisraelische Ausrichtung, die die Grenzen zum Antisemitismus überschreitet, soll vermieden werden. Dieser Diskussionsbeitrag führt auf den Seiten des KB-Zentralorgans in den folgenden Ausgaben zu wütenden Reaktionen. Aber damit ist eine Diskussion über die antisemitischen Implikationen der bisherigen Palästina-Solidarität innerhalb des Bundes eingeleitet. Teile des KB sind nach dem Auseinanderbrechen der Organisation 1991 dann auch maßgeblich an der Herausbildung einer sich explizit als antideutsch verstehenden Strömung der radikalen Linken beteiligt. Diese kritisiert massiv den linken Antisemitismus und propagiert demgegenüber eine uneingeschränkte Solidarität mit dem israelischen Staat.⁶³⁶

⁶³⁵ KB-Gruppe Hamburg, Für eine andere Palästina Solidarität, in: Arbeiterkampf. Zeitung des Kommunistischen Bundes, Nr. 291 vom 8. Februar 1988, S. 36.

⁶³⁶ Vgl. hierzu Herman L. Gremliza (Hrsg.), Hat Israel noch eine Chance? Palästina in der neuen Weltordnung, Hamburg 2001 und Karl Selent, Ein Gläschen Yarden-Wein auf den

Dass aber der linke Antisemitismus noch lange nicht überwunden wurde, zeigt u. a. ein Anschlag einer palästinensischen Organisation namens „Bewegung zur Befreiung Jerusalems“ 1991 in Budapest. Dieser Anschlag richtet sich gegen jüdische Auswanderer aus Russland, die über Ungarn nach Israel reisen. Da die Bombe zu früh zündet, werden nur sechs Menschen verletzt. Logistisch unterstützt wird der antisemitische Mordanschlag von zwei deutschen RAF-Sympathisanten und steht somit in einer Reihe mit der Flugzeugentführung von Entebbe und anderen antisemitischen Terroraktionen.

7.6 Der Niedergang der K-Gruppen

Die aus der zerfallenden Studentenbewegung der sechziger Jahre entstehenden K-Gruppen repräsentieren in der ersten Hälfte der 70er Jahre die aktivste Fraktion der radikalen Linken in der Bundesrepublik. Sie versprechen am entschiedensten, die Trennung zwischen Studentenbewegung und Arbeiterklasse aufzuheben, an der unter anderem die antiautoritäre Bewegung gescheitert ist. Mit ihrer Rückwendung zu den Positionen der bolschewistischen Parteitheorie werden die dissidenten kommunistischen Theorieansätze, die in der Phase des Seminarmarxismus wieder entdeckt wurden, und der Versuch die eigenen autoritären Persönlichkeitsstrukturen zu überwinden, beendet. In fast jeder Hinsicht vertreten die marxistisch-leninistischen Kaderparteien das Gegenteil der antiautoritären Bewegung. Die ehemals antiautoritären Studierenden schneiden sich die langen Haare ab, verteilen Flugblätter gegen Rockmusik und propagieren deutsche Sekundärtugenden.

Doch spätestens Mitte der siebziger Jahre wird die Erfolglosigkeit der K-Gruppen augenfällig. Der in mehr als ein halbes Dutzend halbwegs relevante Organisationen zersplitterten marxistisch-leninistischen Bewegung der Bundesrepublik gelingt es nicht, größere Teile der Bevölkerung zu erreichen. Als 1976 das verehrte Vorbild Mao Tsetung stirbt und die Volksrepublik China

israelischen Golan. Polemik, Häresie und Historisches zum endlosen Krieg gegen Israel, Freiburg im Breisgau 2003.

zunehmend realpolitisch pragmatischer agiert, lässt dies die Krise der K-Gruppen akut werden. Der eine Teil der K-Gruppen reagiert darauf, indem er sklavisch allen strategischen Wendungen der Volksrepublik folgt, während sich der andere Teil Stück für Stück vom ehemaligen Vorbild löst.

Gleichzeitig entstehen Mitte der siebziger Jahre in der Bundesrepublik mit den ersten Umweltprotesten die „Neuen Sozialen Bewegungen“,⁶³⁷ die sich auch auf die Erfahrungen der antiautoritären Studentenbewegung beziehen. Da diese „Neuen Sozialen Bewegungen“ nicht nur erfolgreich Massenproteste organisieren, sondern auch das gesellschaftliche Bewusstsein verändern, nähern sich auch die K-Gruppen diesen Bewegungen an.

In den achtziger Jahren lösen sich dann die meisten K-Gruppen auf oder existieren allenfalls als sektiererische Kleinstparteien bedeutungslos weiter. Teile der ehemaligen Mitglieder machen in der aus den „Neuen Sozialen Bewegungen“ entstandenen Partei der „Grünen“ Karriere. Teilweise führt dies zur „Wiedervereinigung“ mit Vertretern der anderen Fraktionen der zerfallenden Protestbewegung in der neuen Partei, in der sich nun ehemalige K-Grüppler, Spontis und andere wieder treffen.

Aber auch die noch bestehenden K-Gruppen verändern im Laufe der achtziger Jahre ihre Programmatik. Die ehemals „ultralinke“ KPD/ML vereinigt sich 1986 mit der trotzkistischen „Gruppe Internationale Marxisten“ (GIM) zur „Vereinigten Sozialistischen Partei“ (VSP). Dies ist ein noch in den siebziger Jahren unvorstellbarer Vorgang, da keine Fraktion der Linken bei den K-Gruppen so verhasst ist wie die Trotzlisten. Doch auch diese Vereinigung kann den Niedergang nicht aufhalten, und so spalten sich erneut eine Vielzahl von Gruppierungen von der KPD/ML ab und existieren seitdem in selbst gewählter Isolation.

Die KBW-Abspaltung BWK geht nach dem Zusammenbruch der DDR in der neu gegründeten „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS) auf, der sich auch eine Fraktion des KB annähert, während der übrige Teil des Bundes am Entstehen einer sich als antideutsch verstehenden Strömung beteiligt ist.

⁶³⁷ Vgl. Brand, Büsser und Rucht, 1984.

Einzig die 1982 aus dem KABD entstandene MLPD verfolgt weiterhin mit einem Mindestmaß an Relevanz und ungebrochen die Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus.⁶³⁸

⁶³⁸ Neben der MLPD wird der Marxismus-Leninismus heute in Deutschland in erster Linie von türkischen Organisationen vertreten, die aber nicht unter die Fragestellung dieser Arbeit fallen. Zu den türkischen Marxisten-Leninisten vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Türkische linksextremistische Organisationen in Deutschland, Köln 2007.

8 „Die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung“⁶³⁹

Wie im Vorhergehenden gezeigt wurde, entwickelt sich Anfang der sechziger Jahre aus dem SDS heraus und beeinflusst durch internationale Vorbilder auch in Westdeutschland eine „Neue Linke“. Diese eignet sich in einer ersten Rekonstruktionsphase die durch den Nationalsozialismus zerstörten Denktraditionen des Marxismus, der Psychoanalyse und der Kritischen Theorie an. Zentrale Themen in dieser Zeit sind die unbewältigte NS-Vergangenheit und deren Virulenz in der Gegenwart.

Ab Mitte der sechziger Jahre werden diese Theorietraditionen nun verstärkt zur Formulierung einer Globaltheorie zur Erklärung aller gesellschaftlichen Verhältnisse verwendet. Statt der konkreten deutschen NS-Vergangenheit wird nun etwa der Faschismus in den Institutionen kritisiert. Diese Entwicklung verstärkt sich mit dem Beginn der „Aktionsphase“ nach den Ereignissen des 2. Juni 1967. Aus den kleinen studentischen Zirkeln entsteht nun eine bundesweite Jugendbewegung, die in Verbindung mit der Anti-Notstandskampagne und nach dem Dutschke-Attentat zur außerparlamentarischen Opposition und damit zur Massenbewegung wird.

Allerdings gerät die Bewegung sehr schnell an eine Grenze, nachdem zentrale Forderungen wie die Verhinderung der Notstandsgesetze und die Enteignung des Axel-Springer-Konzerns nicht erreicht werden können. Auch die große Anzahl von Strafverfahren nach den politischen Aktionen wirkt sich hemmend auf eine erhoffte Ausweitung der Bewegung aus. Diese politischen Niederlagen und auch die negativen Folgen der aktionistischen Dauermobilisierung führen zu einer Krise der Proteste. Am offensichtlichsten lässt dies daran ablesen, dass es der Studentenbewegung in der Bundesrepublik kaum gelingt, im Gegensatz etwa zu Frankreich oder Italien, die Arbeiterklasse zu erreichen. Mit Blick auf die französischen und italienischen Erfahrungen und verstärkt durch die „Septemberstreiks“ 1969 kommt es deshalb zur so genannten „proletarischen Wende“ innerhalb der Protestbewegung. Allerdings geht diese,

⁶³⁹ Eisenberg und Thiel 1973.

anders als etwa in Italien, mit einem inhaltlichen Retraditionalisierungsprozess einher. Die meisten Zerfallsprodukte der Studentenbewegung sehen sich nun in der Tradition des Marxismus-Leninismus, also der Theorietradition der „Alten Linken“. Dieser Rückgriff auf die orthodoxe Rezeption des Marxismus ist den meisten Protagonisten der Revolte zuerst kaum bewusst, da er sich in Gestalt des Maoismus ausdrückt. Die positive Identifikation mit Theorie und Praxis des chinesischen Sozialismus, die bereits während der antiautoritären Phase der Bewegung einsetzt, erscheint anfangs als die explizite Entgegensetzung zur erstarrten und wenig attraktiven Sozialismuskonzeption des Ostblocks. Die chinesische Kulturrevolution wird als Revolte der Jugend gegen die abgelehnte Welt der an der Macht befindlichen älteren Generation verstanden. Daneben wird in ihr der authentische Ausdruck eines befreiten Lebens jenseits der entfremdeten Konsumwelt des Westens gesehen. So verstanden wird die autoritäre Entwicklungsdiktatur im fernen Osten für Teile der antiautoritären Bewegung des Westens zum bewunderten Vorbild. Und wird im Folgenden ihre politische Theorie und Praxis bestimmen.

Institutioneller Ausdruck des Zerfallsprozesses ist die Auflösung des SDS, der das Zentrum der Studentenbewegung darstellte. An dessen Stelle entstehen nun unzählige Zirkel, die sich als Keimzelle der neu aufzubauenden kommunistischen Partei sehen. Diese soll nach den Prinzipien der leninschen „Partei neuen Typus“,⁶⁴⁰ als Kaderpartei der Berufsrevolutionäre organisiert sein. Dieser Rückgriff auf die Theorietraditionen der marxistischen Orthodoxie führt innerhalb der studentischen Linken zur Herausbildung eines regelrechten „Proletkultes“, der sich auch verstehen lässt als Rationalisierung der Angst vor der eigenen Proletarisierung.⁶⁴¹ Denn die Jugendproteste der sechziger Jahre können sowohl als Träger, wie als Produkt eines Umstrukturierungsprozesses innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise interpretieren werden.

„Der neue Sozialcharakter, wie er sich in der Jugendbewegung Artikulation verschaffte und wie er durch diese Bewegung geschaffen wurde, entsprach den gewandelten Anforderungen der Kapitalakkumulation an die Ware Arbeitskraft.“⁶⁴²

⁶⁴⁰ Vgl. Lenin 1973.

⁶⁴¹ Vgl. Marks 1977, S. 69.

⁶⁴² Ebenda, S. 54f.

Die antiautoritären Theoriediskussionen über eine „neue Arbeiterklasse“ und die Rolle der Intelligenz im Produktionsprozess, die auf diesen Umstand reagieren, werden nach der „proletarischen Wende“ abgebrochen und durch ein schematisches Zurückgreifen auf die marxistisch-leninistische Klassenanalyse ersetzt. Die Niederlage der Bewegung lässt sich so auch an den theoretischen Debatten ablesen.

Ein Ergebnis der Niederlage der APO ist die Konstitution der K-Gruppen. Diese setzen sich in ihrer Entstehungsphase intensiv mit den von der Kritischen Theorie stark geprägten antiautoritären Positionen auseinander, verwerfen dann aber die vor kurzem noch von ihnen selbst vertretenen Theorien der Studentenbewegung und fordern gar die „Liquidierung der antiautoritären Phase“.⁶⁴³ Die Auseinandersetzungen um die Positionen der Frankfurter Schule, die auch schon während der Zeit der antiautoritären Studentenbewegung geführt werden, nehmen nun noch an Schärfe zu und steigern sich stellenweise sogar zu denunziatorischen Abrechnungen, deren Argumentationsmuster, etwa im Bereich der Intellektuellenfeindlichkeit, dem Kollektivismus und der Affirmation der Arbeit, teilweise strukturelle Parallelen zum modernen Antisemitismus aufweisen.

Ähnliches lässt im Verhältnis der marxistisch-leninistischen Organisationen zum Nahost-Konflikt feststellen. Auch hier haben sich die Positionen von der Pro-Israel-Haltung der frühen Studentenbewegung zu einem rabiaten Antizionismus gewandelt, der oftmals nur der Kaschierung antisemitischer Einstellungen dient. Nicht mehr die Erfahrungen von Auschwitz und der Kampf gegen „*das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie*“⁶⁴⁴ stehen nun im Mittelpunkt der studentischen Aktivitäten, sondern die Abwehr der deutschen Geschichte. Die dafür notwendige positive Bezugnahme auf die deutsche Nation gelingt durch die Übernahme der marxistisch-leninistischen Ideologie, die in diesem Zusammenhang eine Entlastungsfunktion von den Bürden der deutschen Geschichte erfüllt.

Diese regressive Abkehr von den emanzipatorischen Positionen der Studentenbewegung wird von führenden Protagonisten des antiautoritären Flügels und von den Vertretern der Kritischen Theorie schon früh erkannt. Vor

⁶⁴³ Vgl. Krahl 1971, S. 283ff.

allein der Theoretiker der Antiautoritären, Hans-Jürgen Krahl, warnt die Bewegung schon früh, dass sie trotz der Grenze, an die sie gestoßen ist, nicht die Errungenschaften der antiautoritären Revolte aufgeben solle. Als eine der wichtigsten Errungenschaften der Proteste sieht Krahl die Ausrichtung der Revolte an den Bedürfnissen der daran Beteiligten. Diese Bedürfnisausrichtung müsse nun allerdings in eine organisatorische Kontinuität überführt werden. Aber Krahl überschätzt die Frustrationstoleranz seiner Mitstreiter und muss feststellen:

„Wenn die Verdrängung von Langfristigkeits- und Kontinuitätsanforderungen, die schlechte Verallgemeinerung politischer Augenblickserfahrungen und arbeitsteiliger Einzelprojekte, die kleinbürgerliche Identitätsschwäche es nicht gestatten, Frustrationserfahrungen politisch zu verarbeiten, und die periodische Wiederkehr konkretistischer Theoriefeindlichkeit und dezisionistischer Entscheidungsstrukturen ein bisheriges Unvermögen der antiautoritären Bewegung anzeigen, sich ein eigenes politisches Geschichtsbewusstsein zu erarbeiten, so ist die ahistorische Forderung nach einer Liquidation der antiautoritären Phase noch mit den realitäts- und geschichtsblinden Symptomen der politischen Kinderkrankheiten behaftet, die wohl das Entstehen jeder revolutionären Bewegung – post festum gesehen – unvermeidlich begleiten und eine ideologiekritische Einsicht in die Geschichte verhindern. Sie ist Ausdruck eines ahistorischen Reflexverhaltens, das Krisenerscheinungen und Umwälzungsprozesse nicht kritisch reflektierend und kontrollierend bewältigen kann, sondern mit formalen Rezepten der Organisation als emanzipativen Prozess der Gegensozialisation stillstellt.“⁶⁴⁵

Krahl sieht also in der Übernahme des leninistischen Organisationskonzeptes den Ausdruck einer labilen Identität. Denn anscheinend konnten viele Protagonisten der Bewegung nur eine solche gewinnen. Sie scheinen deshalb den Leninismus als Kompensation für ihre niedrige Frustrationstoleranz geradezu zu benötigen.

„Nur er scheint den auf der Suche nach Identität und einem neuen kollektiven Über-Ich befindlichen Intellektuellen jenen Halt und jene Sicherheit zu versprechen, die das beschädigte Subjekt benötigt, um überleben zu können.“⁶⁴⁶

Auch der mit der antiautoritären Protestbewegung sympathisierende Psychologie-Professor Peter Brückner interpretiert die Zerfallsprozesse in

⁶⁴⁴ Theodor W. Adorno, Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, 1977, S. 555f.

⁶⁴⁵ Krahl 1971, S. 283f.

⁶⁴⁶ Eisenberg und Thiel 1973, S. 151.

dieser Weise.⁶⁴⁷ Für ihn führt ebenfalls eine mangelnde Frustrationstoleranz der meisten antiautoritären Protagonisten, die sich aus der notwendigerweise langen Zeitdauer der erforderlichen Selbst- wie Gesellschaftsveränderung ergibt, zu zwei typischen Formen der Reaktion: Einerseits in eine sich entpolitizierende Strömung der „Selbstveränderung des Bewusstseins“, die sich etwa in der Kommunebewegung, dem Rückzug in Esoterik und Sekten und in Teilen des Spontaneismus ausdrückt und bei der die Revolutionierung der Gesellschaft vernachlässigt wird, und andererseits in eine sich dogmatisierende Fraktion, die die notwendigen antiautoritären Impulse der Veränderung der Verkehrsformen und des Bewusstseins zugunsten einer scheinbaren Sicherheit der Parteiform verwirft und allein auf einen politischen Wandel der Verhältnisse setzt. Die Dialektik aus Selbst- und Gesellschaftsveränderung, die die antiautoritären Proteste bestimmten, wird nun jeweils zugunsten eines der beiden Elemente zurückgedrängt und dadurch jede revolutionäre Dynamik stillgestellt.

„Die gegenwärtige gesellschaftliche Realität wird in vielen ihrer Wertsetzungen und Umgangsstile partiell akzeptiert, die Verselbständigung der Verkehrsformen von der ökonomischen Basis verleugnet oder bagatellisiert. Da sich zugleich der Anspruch auf Veränderung von Bewusstsein mindert, überhaupt das Verständnis von Subjektivität verflacht, sinkt der aus dem Widerspruch von Anspruch hier, sozialer Realität dort einst fließende Druck. Der redogmatisierte Protest ist davon entlastet, Unsicherheit lange zu ertragen, und verringert den allgemeinen Leidensdruck.“⁶⁴⁸

So interpretiert, erscheint die Studentenbewegung trotz all ihrer emanzipatorischen und autoritätsabbauenden Ansätze im Rückblick nur als eine „Rebellion“, wie sie Erich Fromm im Gegensatz zur „Revolution“ in seiner Theorie des autoritären Charakters analysiert hat.

„Diese ‚Rebellion‘, bei der nur das Objekt wechselt, aber die autoritäre Struktur erhalten bleibt, ja noch verstärkt wird und deren Ideal der Typ des zur Macht gekommene Rebellen ist, hat soziologisch größte Bedeutung. Oft erscheinen sie als ‚Revolution‘. Die neue Autorität bedient sich der Empörung gegen die alte und fördert die Illusion, als sei der Kampf gegen die Unterdrückung durch die alte Autorität ein Kampf gegen die Unterdrückung überhaupt gewesen. Alle Strebungen nach Freiheit und Selbstständigkeit scheinen verwirklicht zu sein. Indem aber die fundamentale psychische Struktur nicht verändert wird, erweist sich die Revolte als vorübergehender Ausbruch von Trotz und Auflehnung, und

⁶⁴⁷ Vgl. Peter Brückner, Selbstbefreiung. Provokation und soziale Bewegungen, Berlin 1983, S. 66ff.

⁶⁴⁸ Ebenda, S. 71.

*die neue Autorität nimmt den Platz ein, den die alte nicht mehr zu behaupten wusste.*⁶⁴⁹

Die antiautoritäre Studentenbewegung scheint also bei den meisten ihrer Protagonisten nur zu einer temporären Zurückdrängung ihrer autoritären Charakterstruktur in der Lage gewesen zu sein. Nachdem sich der Erfolg nicht in der erhofften kurzen Zeit eingestellt hat und sich vielfältige Widerstände zeigen, tauschen viele Teilnehmer der Studentenrevolte die Zweifel, die mit der antiautoritären Bewegung verbunden sind, gegen die Sicherheit neoleninistischer Kaderparteien ein, die eine geschlossene Welterklärung anbieten. Damit werden die emanzipatorischen Errungenschaften der studentischen Revolte, etwa der Kampf gegen das Verdrängen der NS-Vergangenheit oder die Erkenntnis, dass eine revolutionäre Umwälzung eine Veränderung sowohl der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch der eigenen Persönlichkeitsstrukturen bedarf, wieder zugeschüttet. Die Theoretiker der Kritischen Theorie, die in der Phase der antiautoritären Studentenbewegung noch eine gewichtige Bedeutung für die Bewegung hatten und die schon in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts die Wirkungsmächtigkeit der autoritären Charakterstrukturen analysiert hatten, werden nun beiseite geschoben. Karl-Heinz Neumann urteilt deshalb resigniert über die Studentenbewegung:

*„Die antiautoritäre Bewegung führte auch nur zur schlechten Aufhebung der autoritären Persönlichkeit, die sich mittlerweile wieder in konkurrierenden Kommunistischen Parteien organisiert, so als wäre nichts geschehen.“*⁶⁵⁰

⁶⁴⁹ Erich Fromm, Sozialpsychologischer Teil, in: Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Studien über Autorität und Familie. Forschungsbericht aus dem Institut für Sozialforschung, Vollständige Ausgabe Band 1, Paris 1936, S. 131.

⁶⁵⁰ Karl-Heinz Neumann, Editorische Notiz, in: Frank Böckelmann, Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit, München 1971, S. 8.

9 Literaturverzeichnis

9.1 Buchveröffentlichungen

- A -

- Adorno, Theodor W.**, Studien zum autoritären Charakter, übersetzt von Weinbrenner, Milli, mit einer Vorrede von Friedeburg, Ludwig von, Frankfurt am Main 1999.
- Adorno, Theodor W. und Horkheimer, Max**, Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, in: Tiedemann, Rolf (Hrsg.), unter Mitwirkung von Adorno, Gretel, Buck-Morss, Susan und Schultz, Klaus, Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften Band 3, Frankfurt am Main 1981.
- Adorno, Theodor W.**, Negative Dialektik, in: Tiedemann, Rolf (Hrsg.), unter Mitwirkung von Adorno, Gretel, Buck-Morss, Susan und Schultz, Klaus, Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften Band 6, Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit, Frankfurt am Main 1977, S. 7-413.
- Adorno, Theodor, W.**, Reflexionen zur Klassentheorie, in: Rolf Tiedemann (Hrsg.), unter Mitwirkung von Gretel Adorno, Susan Buck-Morss und Klaus Schultz, Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften Band 8, Soziologische Schriften I, Frankfurt am Main 2003, S. 273-391.
- Adorno, Theodor W.**, Zur Logik der Sozialwissenschaften, in: Tiedemann, Rolf (Hrsg.), unter Mitwirkung von Adorno, Gretel, Buck-Morss, Susan und Schultz, Klaus, Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften Band 8, Soziologische Schriften I, Frankfurt am Main 1972, S. 547-565.
- Adorno, Theodor W.**, Schuld und Abwehr, in: Tiedemann, Rolf (Hrsg.), Theodor W. Adorno Gesammelte Schriften Band 9.2, Soziologische Schriften II, Band 2 unter Mitwirkung von Adorno, Gretel, Buck-Morss, Susan und Schultz, Klaus, Frankfurt am Main 2003, S. 121-324.

- Adorno, Theodor W.**, Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: Tiedemann, Rolf (Hrsg.), unter Mitwirkung von Adorno, Gretel, Buck-Morss, Susan und Schultz, Klaus, Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften Band 10.2, Kulturkritik und Gesellschaft II. Eingriffe, Stichworte, Anhang, Frankfurt am Main 1977, S. 555-572.
- Adorno, Theodor W.**, Kritik, in: Tiedemann, Rolf (Hrsg.), unter Mitwirkung von Adorno, Gretel, Buck-Morss, Susan und Schultz, Klaus, Theodor Adorno, Gesammelte Schriften Band 10.2, Kulturkritik und Gesellschaft II. Eingriffe, Stichworte, Anhang, Frankfurt am Main 1977, S. 785-793.
- Adorno, Theodor W.**, Marginalien zu Theorie und Praxis, in: Tiedemann, Rolf (Hrsg.), unter Mitwirkung von Adorno, Gretel, Buck-Morss, Susan und Schultz, Klaus, Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften Band 10.2, Kulturkritik und Gesellschaft II. Eingriffe, Stichworte, Anhang, Frankfurt am Main 1977, S. 759-783.
- Adorno Theodor, W.**, Resignation, in: Tiedemann, Rolf (Hrsg.), unter Mitwirkung von Adorno, Gretel, Buck-Morss, Susan und Schultz, Klaus, Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften Band 10.2, Kulturkritik und Gesellschaft II. Eingriffe, Stichworte, Anhang, Frankfurt am Main 1977, S. 794-800.
- Adorno, Theodor W.**, Keine Angst vor dem Elfenbeinturm. Ein „Spiegel“-Gespräch, in: Tiedemann, Rolf (Hrsg.), unter Mitwirkung von Adorno, Gretel, Buck-Morss, Susan und Schultz, Klaus, Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften Band 20.1, Vermischte Schriften I., Frankfurt am Main 1986 S. 402-409.
- Agnoli, Johannes**, Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg im Breisgau 1990.
- Agnoli, Johannes**, „Autoritärer Staat und Faschismus“. Vortrag vor der politischen Universität in Frankfurt im Mai 1968, in: Ders., 1968 und die Folgen, Gesammelte Schriften Band 5, Freiburg im Breisgau 1998, 13- 29.
- Albrecht, Clemens et. al.**, Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule, Frankfurt am Main/ New York 1999.

- Albrecht, Willy**, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Forschungsinstitut der Friedrich Ebert Stiftung Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Band 35, Herausgegeben von Dowe, Dieter und Schneider, Michael, Bonn 1994.
- Allerbeck, Klaus R.**, Soziologie radikaler Studentenbewegungen. Eine vergleichende Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten, München und Wien 1973.
- Améry, Jean**, Der ehrbare Antisemitismus, in: Gremliza, Hermann L. (Hrsg.), Hat Israel noch eine Chance? Palästina in der neuen Weltordnung, Hamburg 2001, S. 7-12.
- Anders, Günther**, Wir Eichmannsöhne. Offener Brief an Klaus Eichmann, zweite, durch einen weiteren Brief ergänzte Auflage, München 1988.
- Anderson, Perry**, Über den westlichen Marxismus, aus dem Englischen von Kaiser, Reinhard, Frankfurt am Main 1978.
- Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD**, Damit Deutschland den Deutschen gehört! Programmklärung zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands, verabschiedet von der außerordentlichen Delegiertenkonferenz des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD im Februar 1974, Regensburg 1974.
- Azzellini, Dario**, Die ausländischen Genossen können unschätzbare Dienste leisten. Mit dem Internationalismus rund um den Globus, in: Rotaprint (Hrsg.), Agit 883. Bewegung Revolte Underground in Westberlin 1969-1972, Hamburg/Berlin 2007, S. 185-199.

- B -

- Bacia, Jürgen**, Der Kommunistische Bund Westdeutschlands, in: Stöss, Richard (Hrsg.), Parteien – Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band II, FDP bis WAV, Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Band 39, Opladen 1984, S. 1648-1662.

- Bacia, Jürgen**, Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, in: Stöss, Richard (Hrsg.), Parteien – Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band II, FDP bis WAV, Schriften des Zentralinstitus für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Band 39, Opladen 1984, S. 1831-1851.
- Bacia, Jürgen**, Die Kommunistische Partei Deutschlands [Maoisten], in: Stöss, Richard (Hrsg.), Parteien – Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band II, FDP bis WAV, Schriften des Zentralinstitus für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Band 39, Opladen 1984, S. 1810-1830.
- Bauermann, Rolf und Rötcher, Hans-Jochen**, Dialektik der Anpassung. Die Aussöhnung der „Kritischen Theorie“ mit den imperialistischen Herrschaftsverhältnissen. Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie Band 17, Frankfurt am Main 1972.
- Baukloh, Anja Corinne**, „Nie wieder Faschismus!“. Antinationalsozialistische Proteste in der Bundesrepublik der 50er Jahre im Spiegel ausgewählter Tageszeitungen, in: Rucht, Dieter (Hrsg.), Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt am Main und New York 2001, S. 71-101.
- Benicke, Jens**, „Von Heidelberg nach Mogadischu, ein Weg von der revolutionären bis zur konterrevolutionären Aktion“. Das Verhältnis der bundesdeutschen K-Gruppen zur RAF, am Beispiel der KPD/ML, in: Gehrig, Sebastian, Mittler, Barbara und Wemheuer, Felix (Hrsg.), Kulturrevolution als Vorbild? Maoismen im deutschsprachigen Raum, Frankfurt am Main 2008, S. 133-152.
- Benz, Wolfgang**, Geschichte des Dritten Reiches, München 2000.
- Bering, Dietz**, Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfwortes, Stuttgart 1978.
- Berliner Kinderläden**, Antiautoritäre Erziehung und sozialistischer Kampf, Köln/Berlin 1970.
- Bilstein, Helmut et al.**, Organisierter Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. DKP – SDAJ – MSB Spartakus – KPD/KPD (ML)/KBW/KB, 4. überarbeitete und erweiterte Auflage, Opladen 1977.

- Birke, Peter**, Der Eigen-Sinn der Arbeitskämpfe. Wilde Streiks und Gewerkschaften in der Bundesrepublik vor und nach 1969, in: Gehrke, Bernd und Horn, Gerd-Rainer (Hrsg.), 1968 und die Arbeiter. Studien zum „proletarischen Mai“ in Europa, Hamburg 2007, S. 53-75.
- Bock, Hans Manfred**, Geschichte des „linken Radikalismus in Deutschland“. Ein Versuch, Frankfurt am Main 1976.
- Böckelmann, Frank**, Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit, München 1971.
- Böckelmann, Frank**, Über Marx und Adorno. Schwierigkeiten der spätmarxistischen Theorie, Frankfurt am Main 1972.
- Böckelmann, Frank und Nagel, Herbert (Hrsg.)**, Subversive Aktion. Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern, Frankfurt am Main 1976.
- Bolte, Gerhard (Hrsg.)**, Unkritische Theorie. Gegen Habermas, mit Beiträgen von Christoph Türcke et. al., Lüneburg 1989.
- Brand, Karl Werner, Büsser, Detlef und Rucht, Dieter**, Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, 2. Auflage, Frankfurt am Main und New York 1984.
- Brandt, Peter und Ammon, Herbert (Hrsg.)**, Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945, Reinbek bei Hamburg 1981.
- Breines, Paul**, Marcuse and the New Left in America, in: Habermas, Jürgen (Hrsg.), Antworten auf Herbert Marcuse, mit Beiträgen von Schmidt, Alfred et. al., Frankfurt am Main 1968, S133-151.
- Brendel, Cajo**, Thesen über die chinesische Revolution, übersetzt anhand der Originalausgabe von Viesel, Hans-Jörg und dem Autor, Edition Nautilus Flugschrift No. 19, Hamburg 1977.
- Broder, Henryk M.**, Linker Antisemitismus?, in: Schneider, Karlheinz und Simon, Nikolaus (Hrsg.), Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik, Dokumentation einer Arbeitstagung in der Evangelischen Akademie Arnoldshain, August 1984, Deutsch-Israelischer Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e. V. Schriften Band 9, Berlin 1984, S. 21-60.
- Brosch, Peter**, Fürsorgeerziehung. Heimterror und Gegenwehr, Frankfurt am Main 1971.

Browning, Christopher R., Ganz normale Männer. Das Reserve Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, deutsch von Krause, Jürgen Peter, Reinbek bei Hamburg 1993.

Brückner, Peter, Selbstbefreiung. Provokation und soziale Bewegungen, Berlin 1983.

Bude, Heinz, Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938 bis 1948, Frankfurt am Main 1995.

Bundesamt für Verfassungsschutz, Türkische linksextremistische Organisationen in Deutschland, Köln 2007.

Bundevorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) (Hrsg.), Demokratie vor dem Notstand. Protokoll des Bonner Kongresses gegen die Notstandsgesetze am 30. Mai 1965, Sonderheft der „neue kritik“, Frankfurt am Main 1965.

- C -

Carini, Marco, Fritz Teufel – Wenn´s der Wahrheitsfindung dient, Hamburg 2003.

Chaussy, Ulrich, Die drei Leben des Rudi Dutschke. Eine Biographie, Frankfurt am Main 1985.

Chruschtschow, Nikita, Die Geheimrede Chruschtschows. Über den Personenkult und seine Folgen. Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Gen. N. S. Chruschtschow, auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, 25. Februar 1956. Beschluss des Zentralkomitees der KPdSU über die Überwindung des Personkults und seine Folgen, 30. Juni 1956, Berlin 1990.

Claussen, Detlev (Hrsg.), Spuren der Befreiung – Herbert Marcuse. Ein Materialienbuch zur Einführung in sein politisches Denken, mit Beiträgen von Baier, Lothar et. al., Darmstadt/Neuwied 1981.

Claussen, Detlev, Im Hause des Henkers, in: Wetzel, Dietrich (Hrsg.), Die Verlängerung von Geschichte. Deutsche, Juden und der Palästina-Konflikt, Frankfurt am Main 1983, S. 113-125.

- D -

- Demirović, Alex**, Der nonkonformistische Intellektuelle. Die Entwicklung der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule, Frankfurt am Main 1999.
- Devillers, Philippe**, Was Mao wirklich sagte, Wien 1967.
- Dick, Franz**, Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaft. Theorie und Empirie, Theorie und Praxis, Forschungsprozess und Wissenschaftstheorie, Plankstadt 1974.
- Dickhut, Willi**, Proletarischer Widerstand gegen Faschismus und Krieg, 2 Bände, Düsseldorf 1987.
- Dickhut, Willi**, Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, überarbeitete und erweiterte Neuauflage, Düsseldorf 1988.
- Diehl, Laura K.**, Die Konjunktur von Mao-Images in der bundesdeutschen „68er“-Bewegung, in: Gehrig, Sebastian, Mittler, Barbara und Wemheuer, Felix (Hrsg.), Kulturrevolution als Vorbild? Maoismen im deutschsprachigen Raum, Frankfurt am Main 2008, S. 179-201.
- Dimitroff, Georgi**, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Bericht auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 2. August 1935, in: Georgi Dimitroff, Ausgewählte Schriften Band 2 1921-1935, Auswahl aus der vierzehnbändigen bulgarischen Ausgabe, Berlin 1958, S. 523-625.
- Dimitroff, Georgi**, Arbeiterklasse gegen Faschismus. Bericht erstattet am 2. August 1935 zum 2. Punkt der Tagesordnung des Kongresses „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“, Frankfurt am Main 1975.
- Dimitroff, Georgi**, Ausgewählte Schriften 1933-1945, Köln 1976.
- Dimitroff, Georgi**, Gegen den Nazifaschismus, Offenbach 2002.
- Diner, Dan (Hrsg.)**, Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz. Mit Beiträgen von Benhabib, Seyla, Brumlik, Micha et. al., Frankfurt am Main 1988.
- Dittrich, Sebastian**, Zeitschriftenporträt: Bahamas, in: Backes, Uwe und Jesse, Eckhard (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie (E&D), 16. Jahrgang 2004, Baden-Baden 2004, S. 220-235.

- Dressen, Wolfgang (Hrsg.)**, Betrifft: „Aktion 3“. Deutsche verwerten jüdische Nachbarn. Dokumente zur Arisierung. Eine Ausstellung im Stadtmuseum Düsseldorf 29.10.1998-10.1.1999, Berlin 1998.
- Dubiel, Helmut und Söllner, Alfons (Hrsg.)**, Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939 - 1942 von Max Horkheimer, Friedrich Pollock, Franz L. Neumann, A. R. L. Gurland, Otto Kirchheimer und Herbert Marcuse, Frankfurt am Main 1984.
- Dutschke, Gretchen**, Wir hatten ein barbarisch schönes Leben. Rudi Dutschke. Eine Biographie, München 1998.
- Dutschke, Rudi**, Die Widersprüche der Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt, in: Bergmann, Uwe, Dutschke, Rudi, Lefèvre, Wolfgang und Rabehl, Bernd, Die Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 33-93.
- Dutschke, Rudi**, Ausgewählte und kommentierte Bibliographie des revolutionären Sozialismus von Karl Marx bis in die Gegenwart, kleine Agitationsbroschüre Nr. 1, Heidelberg/Frankfurt am Main/Hannover/Berlin 1969.
- Dutschke, Rudi**, Versuch Lenin auf die Füße zu stellen. Über den halbasiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus. Lenin, Lukács und die Dritte Internationale, Berlin 1974.
- Dutschke, Rudi**, Jeder hat sein Leben ganz zu leben. Die Tagebücher 1963-1979, herausgegeben von Dutschke, Gretchen, Köln 2003.

- E -

- Eisenberg, Götz und Thiel, Wolfgang**, Fluchtversuche. Über Genesis, Verlauf und schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung, Gießen 1973.
- Engelmann, Bernt**, Das neue Schwarzbuch: Franz Josef Strauß, Köln 1980.
- Engels, Friedrich**, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.), Karl Marx Friedrich Engels Werke, Band 19, Berlin 1962, S. 181-228.

Enzensberger, Ulrich, Die Jahre der Kommune I. Berlin 1967-1969, Köln 2004.

- F -

Fetscher, Iring und Rohrmoser, Günter, Ideologien und Strategien. Analysen zum Terrorismus Band 1, unter Mitarbeit von Fröhlich, Jörg et. al., herausgegeben vom Bundesministerium des Innern, Opladen 1981.

Fichter, Tilman und Lönnendonker, Siegward, Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung, Berlin 1977.

Fichter, Tilman, Der Staat Israel und die Neue Linke in Deutschland, in: Schneider, Karlheinz und Simon, Nikolaus (Hrsg.), Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik, Dokumentation einer Arbeitstagung in der evangelischen Akademie Arnoldshain, August 1984, Deutsch-Israelischer Arbeitskreiskreis für Frieden in Nahost e. V. Schriften Band 9, Berlin 1984, S. 81-98.

Fichter, Tilman, SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei, Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Band 52, Opladen 1988.

Fichter, Tilman, Die SPD und die Nation. Vier sozialdemokratische Generationen zwischen nationaler Selbstbestimmung und Zweistaatlichkeit, Berlin/Frankfurt am Main 1993.

Fichter, Tilman und Lönnendonker, Siegward, Macht und Ohnmacht der Studenten. Kleine Geschichte des SDS, Hamburg 1998.

Fromm, Erich, Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung, bearbeitet und herausgegeben von Wolfgang Bonß, Stuttgart 1980.

Fromm, Erich, Sozialpsychologischer Teil, in: Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Studien über Autorität und Familie. Forschungsbericht aus dem Institut für Sozialforschung, Vollständige Ausgabe, Band 1, Paris 1936, S. 77-135.

FU – Projektgruppe DKP und Rabehl, Bernd, DKP – eine neue sozialdemokratische Partei. Parlamentarismusdebatte 2, Berlin 1969.

- G -

- Gehrig, Sebastian, Mittler, Barbara und Wemheuer, Felix (Hrsg.),** Kulturrevolution als Vorbild? Maoismen im deutschsprachigen Raum, Frankfurt am Main 2008.
- Gehrig, Sebastian,** „Zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich ziehen.“ Linksterroristische Gruppen und maoistische Ideologie in der Bundesrepublik der 1960er und 1970er Jahre, in: Ders., Mittler, Barbara und Wemheuer, Felix (Hrsg.), Kulturrevolution als Vorbild? Maoismen im deutschsprachigen Raum, Frankfurt am Main 2008., S. 153-177.
- Gemeinsame Erklärung von 20 Vertretern der deutschen Linken zum Nahostkonflikt,** in: Neue Deutsche Hefte, Sonderdruck, O.O.A., O.J..
- Gerhard, Ute,** Frauenbewegung, in: Roland Roth und Dieter Rucht (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main/New York 2008, S. 187-217.
- Gilcher-Holtey, Ingrid,** „Die Phantasie an die Macht“. Mai 68 in Frankreich, Frankfurt am Main 1995.
- Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.),** 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 17, Göttingen 1998.
- Gilcher-Holtey, Ingrid,** Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA, München 2001.
- Glienke, Stephan Alexander,** Die Darstellung der Shoah im öffentlichen Raum. Die Ausstellung „Die Vergangenheit mahnt“ (1960-1962), in: Ders., Paulmann, Volker und Perels, Joachiam (Hrsg.), Erfolgsgeschichte Bundesrepublik? Die Nachkriegsgesellschaft im langen Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2008, S. 147-183.
- Goldhagen, Daniel Jonah,** Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1998.
- Gremliza Herman L., (Hrsg.),** Hat Israel noch eine Chance? Palästina in der neuen Weltordnung, Hamburg 2001.

Gruppe Internationale Kommunisten Hollands, Thesen über den Bolschewismus, in: Pannekoek, Anton, Mattick, Paul u.a., Marxistischer Anti-Leninismus. Eingeleitet von Behrens, Diethard, Freiburg im Breisgau 1991, S. 19-57.

Gruppe MAGMA, „...denn Angriff ist die beste Verteidigung“. Die KPD zwischen Revolution und Faschismus, Bonn 2001.

- H -

Habermas, Jürgen et. al., Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewusstsein Frankfurter Studenten, Soziologische Texte Band 18, Herausgegeben von Maus, Heinz und Fürstenberg, Friedrich, 3. Auflage, Neuwied am Rhein und Berlin 1961.

Habermas, Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Darmstadt und Neuwied 1962.

Habermas, Jürgen (Hrsg.), Antworten auf Herbert Marcuse, mit Beiträgen von Alfred Schmidt et. al., Frankfurt am Main 1968.

Habermas, Jürgen, Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt am Main 1969.

Habermas, Jürgen, Theorie des kommunikativen Handelns, 2. Bände, Frankfurt am Main 1981.

Habermas, Jürgen, Interview mit Angelo Bolaffi, in: Ders., Die nachholende Revolution. Kleine Politische Schriften VII, Frankfurt am Main 1990, S. 21-28.

Hanloser, Gerhard, Bundesrepublikanischer Linksradikalismus und Israel Antifaschismus und Revolutionismus als Tragödie und als Farce, in: Ders. (Hrsg.), „Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken“. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik, Münster 2004, S. 171-210.

Harich, Wolfgang, Zur Kritik der revolutionären Ungeduld. Eine Abrechnung mit dem alten und dem neuen Anarchismus, Berlin 1998.

- Haug, Wolfgang Fritz**, Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten, Frankfurt am Main 1967.
- Haug, Wolfgang Fritz**, Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt, Hamburg/Berlin 1987.
- Haury, Thomas**, Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.
- Haury, Thomas**, Die Ideologie, die nicht vergehen will. 35 Jahre antisemitischer Antizionismus in der Neuen deutschen Linken, in: AG Antifa/Antira im StuRa der Uni Halle (Hrsg.), Trotz und wegen Auschwitz. Antisemitismus und nationale Identität nach 1945, Münster 2004, S. 93-114.
- Heigl, Richard**, Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950-1968), Berliner Beiträge zur kritischen Theorie Band 6, Argument Sonderband Neue Folgen AS 303, Hamburg 2008.
- Heimann, Siegfried**, Die Deutsche Kommunistische Partei, in: Stöss, Richard (Hrsg.), Parteien – Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band I, AUD bis EFP, Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Band 38, Opladen 1983, S. 901-981.
- Herbert, Ulrich**, Liberalismus als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: Ders. (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, Göttingen 2002, S. 7-49.
- Hermann, Jost**: Orte. Irgendwo. Formen utopischen Denkens, Königstein/Ts. 1981.
- Historical Social Research**, Historische Sozialforschung. An International Journal of the Application of Formal Methods to History, No. 114, HSR Vol. 30 (2005)4, Focus: Die amerikanische TV-Serie "Holocaust" Rückblick auf eine "betroffene Nation". Beiträge und Materialien.
- Hopf, Christel**, Das Faschismusthema in der Studentenbewegung und in der Soziologie, in: Bude, Heinz und Kohli, Martin (Hrsg.), Radikalisierte Aufklärung. Studentenbewegung und Soziologie in Berlin 1965 bis 1970, Weinheim/München 1989, S. 71-86.

- Horkheimer, Max**, Traditionelle und kritische Theorie, in: Schmidt, Alfred und Schmid Noerr, Gunzelin (Hrsg.), Max Horkheimer. Gesammelte Schriften Band 4, Schriften 1936-1941, Frankfurt am Main 1998, S. 162-216.
- Horkheimer, Max**, Nachtrag, in: Alfred Schmidt und Gunzelin Schmid Noerr (Hrsg.), Max Horkheimer. Gesammelte Schriften. Band 4, Schriften 1936-1941, Frankfurt am Main 1988, S. 217-225.
- Horkheimer, Max**, Die Juden und Europa, in: Schmidt, Alfred und Schmid Noerr, Gunzelin (Hrsg.), Max Horkheimer. Gesammelte Schriften Band 4: Schriften 1936-194, Frankfurt am Main 1988, S. 308-331.
- Horkheimer, Max**, Autoritärer Staat, in: Schmid Noerr, Gunzelin (Hrsg.), Max Horkheimer. Gesammelte Schriften Band 5, „Dialektik der Aufklärung“ und Schriften 1940-1950, Frankfurt am Main 1987, S. 293-319.
- Horkheimer, Max**, Das Schlimme erwarten und doch das Gute versuchen. Gespräche mit Gerhard Rein, in: Schmid Noerr, Gunzelin (Hrsg.), Max Horkheimer, Gesammelte Schriften, Band 7, Vorträge und Aufzeichnungen 1949-1973, 1. Philosophisches, 2. Würdigungen, 3. Gespräche, Frankfurt am Main 1985, S. 442-479.
- Horkheimer, Max**, Die Rote Garde in China [Gespräch mit Dagobert Lindlau] (1967), in: Schmid Noerr, Gunzelin (Hrsg.) Max Horkheimer. Gesammelte Schriften Band 13, Nachgelassene Schriften 1949-1972. 1. Vorträge und Ansprachen, 2. Gespräche, 3. Würdigungen, 4. Vorlesungsnachschriften, Frankfurt am Main 1989, S. 167-173.
- Horkheimer, Max**, Die Motive der rebellierenden Studenten, in: Späne. Notizen über Gespräche mit Max Horkheimer, in unverbindlicher Formulierung aufgeschrieben von Friedrich Pollock, in: Schmid Noerr, Gunzelin (Hrsg.), Max Horkheimer. Gesammelte Schriften, Band 14, Nachgelassene Schriften 1949-1972. 5. Notizen, Frankfurt am Main 1988, S. 504-505.
- Horkheimer, Max**, Brief an Theodor W. Adorno vom 27. September 1958, in: Schmid Noerr, Gunzelin (Hrsg.), Max Horkheimer. Gesammelte Schriften Band 18: Briefwechsel 1949-1973, Frankfurt am Main 1996, S. 437-447.
- Horkheimer, Max und Flowerman, Samuel H., (Hrsg.)**, Studies in Prejudice, New York 1949f., 5 Bände.

- I -

ID Archiv (Hrsg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997.

Inglehart, Ronald, The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics, New Jersey 1977.

Initiative Sozialistisches Forum, Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten. Über Israel und die linksdeutsche Ideologie, zweite erweiterte Auflage, Freiburg im Breisgau 2002.

Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung, Paris 1936, 2 Bände.

- J -

Jander, Martin, Horst Mahler, in: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Band 1, Hamburg 2006, S. 372-397.

Jay, Martin, Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923-1950, Frankfurt am Main 1976.

Jay, Martin, Positive und negative Totalität. Adornos Alternativentwurf zur interdisziplinären Forschung, in: Bonß, Wolfgang und Honneth, Axel (Hrsg.), Sozialforschung als Kritik. Zum sozialwissenschaftlichen Potenzial der Kritischen Theorie, Frankfurt am Main 1982, S. 67-86.

- K -

Karl, Frank D., Kommunistischer Bund Westdeutschland – Kommunistische Partei Deutschlands – Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten Leninisten. Die K-Gruppen. Entwicklung – Ideologie – Programme, Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn-Bad Godesberg 1976.

Karl, Michaela, Rudi Dutschke. Revolutionär ohne Revolution, Frankfurt am Main 2003.

-
- Karuscheit, Heiner**, Zur Geschichte der westdeutschen ml Bewegung, Gelsenkirchen 1978.
- Klarsfeld, Beate**, Kiesinger. Die Geschichte des PG 2633930. Dokumentation mit einem Vorwort von Böll, Heinrich, Darmstadt 1969.
- Kloke, Martin W.**, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e. V., 2. erweiterte und aktualisierte Auflage, Frankfurt am Main 1994.
- Klopotek, Felix**, Der Gegen-Staat. Zur politischen Romantik der RAF, in: Bruhn, Joachim und Gerber, Jan (Hrsg.), Rote Armee Fiktion, Freiburg im Breisgau 2007, S. 93-116.
- Klumpp, Eberhard**, Kritische Theorie, in: Gutjahr-Löser, Peter und Hornung, Klaus (Hrsg.) unter Mitwirkung von Eltrich, Wolfgang et. al., Politisch Pädagogisches Handwörterbuch. Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. München, München 1980, S. 194-198.
- Koenen, Gerd**, Das Rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977. Köln 2001.
- Koenen, Gerd**, Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, 2. Auflage, Köln 2003.
- Krahl, Hans-Jürgen**, Konstitution und Klassenkampf, Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution. Schriften, Reden und Entwürfe aus den Jahren 1966-1970, Frankfurt am Main 1971.
- Krahl, Hans-Jürgen**, Erfahrung des Bewusstseins. Kommentare zu Hegels Einleitung der Phänomenologie des Geistes und Exkurse zur materialistischen Erkenntnistheorie, Hrsg. und bearbeitet von Hegemann, Carl G., et. al., nach der Bandaufzeichnung der Arbeitsgruppe von H.-J. Krahl und J. Wieszt vom Frühjahr 1968, Frankfurt am Main 1979.
- Krahl, Hans-Jürgen**, Vom Ende der abstrakten Arbeit. Die Aufhebung der sinnlosen Arbeit ist in der Transzendentalität des Kapitals angelegt und in der Verweltlichung der Philosophie begründet, Hrsg. und eingeleitet von Neumann, Walter, Frankfurt am Main 1984.

- Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.)**, Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail. 1946-1995, 3 Bände, Hamburg 1998.
- Kraushaar, Wolfgang**, Rudi Dutschke und die Wiedervereinigung, in: Ders. 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000.
- Kraushaar, Wolfgang**, Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus, Hamburg 2005.
- Krohn, Maren**, Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze, Pahl Rugenstein Hochschulschriften Gesellschafts und Naturwissenschaften 61, Köln 1981.
- Kühn, Andreas**, Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt am Main 2005.
- Kukuck, Margareth**, Student und Klassenkampf. Studentenbewegung in der BRD seit 1967, Hamburg 1974.
- Küntzel, Matthias, Thörner, Klaus et. al.**, Goldhagen und die deutsche Linke oder die Gegenwart des Holocausts, Berlin 1997.

- L -

- Lammers, Karl Christian**, Die Auseinandersetzung mit der „braunen“ Universität. Ringvorlesungen zur NS-Vergangenheit an westdeutschen Hochschulen, in: Schildt, Axel, Siegfried, Detlef und Lammers, Karl Christian (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburger Beiträge zu Sozial- und Zeitgeschichte, herausgegeben von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Darstellungen, Band 37, Hamburg 2000, S. 148-165.
- Langguth, Gerd**, Protestbewegung am Ende. Die neue Linke als Vorhut der DKP, Mainz 1971.
- Langguth, Gerd**, Die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1968-1976, Köln 1976.
- Langguth, Gerd**, Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Bibliothek Wissenschaft und Politik Band 30, Köln 1983.

- Langguth, Gerd**, Mythos ´68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke Ursachen und Folgen der Studentenbewegung, München 2001.
- Lanza, Luciano**, Bomben und Geheimnisse. Geschichte des Massakers von der Piazza Fontana, aus dem Italienischen übersetzt und mit einem Nachwort versehen von Günther, Egon, Hamburg 1998.
- Lenin, Wladimir Iljitsch**, Was tun?, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.), W. I. Lenin. Werke Band 5, Mai 1901 - Februar 1902, Berlin 1955, S. 355-551.
- Lenin, Wladimir Iljitsch**, Der Imperialismus als höchste Stufe des Kapitalismus, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.), W. I. Lenin. Werke Band 22, Dezember 1915-Juli 1916, Berlin 1960, S. 189-309.
- Lenin, Wladimir Iljitsch**, Die Sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (Thesen), in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.), W. I. Lenin. Werke Band 22, Dezember 1915-Juli 1916, Berlin 1960, S. 144-159.
- Lenin, Wladimir Iljitsch**, Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.), W. I. Lenin Werke Band 26, September 1917-Februar 1918, Berlin 1961, S. 67-121.
- Lenin, Wladimir Iljitsch**, Zur Geschichte der Frage eines unglückseligen Friedens, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.), W. I. Lenin Werke Band 26, September 1917-Februar 1918, Berlin 1961, S. 442-450.
- Lenin, Wladimir Iljitsch**, An die amerikanischen Arbeiter, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.), W. I. Lenin. Werke Band 30, September 1919-April 1920, Berlin 1964, S. 21-22.
- Lenin, Wladimir Iljitsch**, Über die proletarische Partei neuen Typus, Moskau 1973.
- Lepsius, M. Rainer**, Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen 1990.
- Lichtenstein, Heiner**, NS-Prozesse und Öffentlichkeit, in: Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), NS-Verbrechen und Justiz, Juristische Zeitgeschichte Band 4, Düsseldorf 1996, S. 227-232.

- Litten, Jens**, Eine verpasste Revolution? Nachruf auf den SDS, mit einem Vorwort von Grass, Günter, Hamburg 1969.
- Löwenthal, Leo**, Mitmachen wollte ich nie. Ein autobiographisches Gespräch mit Helmut Dubiel, Frankfurt am Main 1980.
- Löwenthal, Leo**, Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus, in: Dubiel, Helmut(Hrsg.), Leo Löwenthal Schriften Band 3, Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus, Frankfurt am Main 1982.
- Ludwig, Andrea**, Neue oder Deutsche Linke? Nation und Nationalismus im Denken von Linken und Grünen, Opladen 1995.
- Lustiger, Arno**, Rotbuch: Stalin und die Juden, Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden, Berlin 1998.

- M -

- Mallet, Serge et al.**, Klassenanalyse, Berlin 1970.
- Marcou, Lilly**, Westlicher Marxismus, in: Labica, Georges und Benzussan, Gérard (Hrsg.), Kritisches Wörterbuch des Marxismus Band 8, Überbau bis Zusammenbruchstheorie. Nachträge und Register. Herausgeber der deutschen Fassung Wolfgang Fritz Haug, Hamburg 1989, S. 1425-1426.
- Marcuse, Herbert**, Revolutionäres Subjekt und Autonomie. Vortrag auf der Sommeruniversität Korčula zum Thema „Marx und die Revolution“ 14.-25. August 1968, in: Marxismus-Kollektiv (Hrsg.), Marx und die Revolution mit Beiträgen von Ernst Bloch, Ernst Fischer, Iring Fetscher, Jürgen Habermas, Herbert Marcuse u. a., o. O., 1970, S. 165-171.
- Marcuse, Herbert**, Das Ende der Utopie. Vorträge und Diskussionen in Berlin 1967, Frankfurt am Main 1980.
- Marcuse, Herbert**, Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung, in: Ders., Aufsätze aus der Zeitschrift für Sozialforschung 1934-1941, Herbert Marcuse Schriften Band 3, Frankfurt am Main 1979, S. 7-44.
- Marcuse, Herbert**, Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, übersetzt von Schmidt, Alfred, in: Herbert Marcuse Schriften, Band 7, Frankfurt am Main 1989.

- Marcuse, Herbert** Repressive Toleranz, in: Ders., Aufsätze und Vorlesungen 1948-1969 Versuch über die Befreiung, Herbert Marcuse Schriften Band 8, Frankfurt am Main 1984, S. 136-166.
- Marcuse, Herbert**, Versuch über die Befreiung, in: Ders., Aufsätze und Vorlesungen 1948-1969 Versuch über die Befreiung, Herbert Marcuse Schriften Band 8, Frankfurt am Main 1984, S. 237-317.
- Marcuse, Herbert**, Brief an Theodor W. Adorno, in: Schmid Noerr, Gunzelin (Hrsg.), Max Horkheimer, Gesammelte Schriften Band 18, Briefwechsel 1949-1973, Frankfurt am Main 1996, S. 718-720.
- Marcuse, Herbert**, Analyse eines Exempels. Hauptreferat des Kongresses „Vietnam-Analyse eines Exempels“, in: Herbert Marcuse Nachgelassene Schriften. Band 4: Die Studentenbewegung und ihre Folgen, Herausgegeben und mit einem Vorwort von Jansen, Peter Erwin, Einleitung von Kraushaar, Wolfgang aus dem Amerikanischen von Laugstien, Thomas, Springe 2004, S. 53-74.
- Marensin, Emile**, Stadtguerilla und soziale Revolution. Über den bewaffneten Kampf und die Rote Armee Fraktion, mit einem Vorwort von Bruhn, Joachim, Freiburg im Breisgau 1998.
- Markl, Florian**, Beschädigtes Leben und Judenhaß. Kritik des Antisemitismus als Gesellschaftskritik, in: Grigat, Stephan (Hrsg.), Feindaufklärung und Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus, mit Beiträgen von Dvorák, Johann et. al. Freiburg im Breisgau 2006, S. 131-153.
- Marks, Stephan**, Studentenseele. Erfahrung im Zerfall der Studentenbewegung, Hamburg 1977.
- Marx, Karl**, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.), Karl Marx Friedrich Engels Werke Band 1, Berlin 1961, S. 378-391.
- Marx, Karl und Engels, Friedrich**, Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.), Karl Marx Friedrich Engels Werke Band 3, Berlin 1969, S. 9-530.

- Marx, Karl**, Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“, in: Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung Berlin (Hrsg.), Karl Marx Friedrich Engels Werke Band 4, Berlin 1990, S. 63-182.
- Marx, Karl und Engels, Friedrich**, Das Manifest der Kommunistischen Partei, in: Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung Berlin (Hrsg.), Karl Marx Friedrich Engels Werke, Band 4, Berlin 1990, S. 459-493.
- Marx, Karl**, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals, in: Bundesstiftung Rosa Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. (Hrsg.), Karl Marx Friedrich Engels Werke, Band 23, Berlin 2001.
- Meinhof, Ulrike Marie**, Die Würde des Menschen ist antastbar. Aufsätze und Polemiken, mit einem Nachwort von Klaus Wagenbach, Berlin 1994.
- Moreau, Patrick und Lang, Jürgen P.**, Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, teilweise aus dem Französischen übersetzt von Sajuk, Roxana, Schriftenreihe Extremismus und Demokratie Band 8, Bonn 1996.
- Mosler, Peter**, Was wir wollten, was wir wurden. Studentenrevolte – zehn Jahre danach. Mit einer Chronologie von Wolfgang Kraushaar, Reinbek bei Hamburg 1977.
- Müller, Karl**, Der Freiburger SDS und die Studentenbewegung 1968-72. Ein Bericht, in: Netzwerk Dreyeckland (Hrsg.), Stattbuch. Freiburg Dreyeckland. Politische Bewegungen in Freiburg und im Dreyeckland 1968-1985. 270 Selbstdarstellungen und 1000 Adressen, Freiburg im Breisgau 1985, S. 26-38.

- N -

- Narski, Igor S.**, Die Anmaßung der negativen Philosophie Theodor W. Adornos. Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie Band 65, Frankfurt am Main 1975.
- N.N.**, Psychologie eine Form bürgerlicher Ideologie. Aufsätze zur Kritik psychologischer Theorie und Praxis, 2. durchgesehene und verbesserte Auflage, Plankstadt 1975.

- N.N.**, Wir warn die stärkste der Parteien. Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, Berlin 1977.
- N.N.**, Faschismusanalyse und antifaschistischer Kampf der Kommunistischen Internationale und der KPD 1923-1945, zweite, unveränderte Auflage der 1973 im Verlag „Neues Rotes Forum“ erschienenen Ausgabe, Heidelberg 1974.
- Negt, Oskar, et al.:**, Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Frankfurt am Main 1968.
- Negt, Oskar**, Massenmedien: Herrschaftsmittel oder Instrumente der Befreiung? Aspekte der Kommunikationsanalyse der Frankfurter Schule, in: Dieter Prokop (Hrsg.), Kritische Kommunikationsforschung. Aus der Zeitschrift für Sozialforschung, mit einer Einleitung von Oskar Negt, München 1973, S. I-XXVIII.
- Neidhardt, Friedhelm**, Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen, in: Hradil, Stefan, (Hrsg.), Sozialstruktur im Umbruch. Karl Martin Bolte zum 60. Geburtstag, Opladen 1985, S. 193-204.
- Neumann, Franz**, Behemoth, Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, herausgegeben und mit einem Nachwort „Franz Neumanns Behemoth und die heutige Faschismuskussion“ von Schäfer, Gert, Studien zur Gesellschaftstheorie, Köln und Frankfurt am Main 1977.
- Nevermann, Knut**, Die APO und ihre Anstöße – zu Gerechtigkeit und Selbstbestimmung, in: Geiger, Helmut und Roether, Armin (Hrsg.), Dutschke und Bloch. Zivilgesellschaft damals und heute, Mössingen Talheim 1999, S. 119-127.

- P -

- Pannekoek, Anton**, Lenin als Philosoph, mit einer Rezension von Karl Korsch und einem Vorwort von Paul Mattick, herausgegeben von Schmidt, Alfred und Pozzoli, Claudio, Frankfurt am Main 1969.
- Pischel, Enrica Colloti**, Die chinesische Kulturrevolution, Probleme sozialistischer Politik 18, Frankfurt am Main 1970.

- Pollock, Friedrich**, Gruppenexperiment. Ein Studienbericht, mit einem Geleitwort von Franz Böhm, Frankfurter Beiträge zur Soziologie, im Auftrag des Instituts für Sozialforschung, herausgegeben von Adorno, Theodor W. und Dirks, Walter, Band 2, Frankfurt am Main 1955.
- Pollock, Friedrich**, Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung?, in: Ders., Stadien des Kapitalismus, Herausgegeben und eingeleitet von Dubiel, Helmut, München 1975, S. 101-134.
- Popp, Martin und Gantzer, Rüdiger**, Die Maoisten. Die modernen Volkstümler, Herausgegeben von der Sozialistischen Arbeiter-Gruppe, Frankfurt am Main 1974.
- Postone, Moishe**, Antisemitismus und Nationalsozialismus, in: Redaktion diskus (Hrsg.), Küß den Boden der Freiheit. Texte der Neuen Linken, Zusammengestellt und mit Einleitungen versehen von: Atzert, Thomas et. al., Berlin 1992, S. 425-437.
- Pozzoli, Claudio (Hrsg.)**, Spätkapitalismus und Klassenkampf. Eine Auswahl aus den Quaderni Rossi, Frankfurt am Main 1972.

- R -

- Rabehl, Bernd**, Marx und Lenin. Widersprüche einer ideologischen Konstruktion des „Marxismus-Leninismus“, Berlin 1973.
- Rabehl, Bernd**, Rudi Dutschke, Revolutionär im geteilten Deutschland, Band 6 der Reihe Perspektiven, hrsg. von Weißmann, Karlheinz und Kubitschek, Götz, Dresden 2002.
- Raschke, Joachim**, Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt am Main/New York 1985.
- Reiche, Reimut**, Sexuelle Revolution – Erinnerung an einen Mythos, in: Baier,Lothar et. al., Die Früchte der Revolte. Über die Veränderung der politischen Kultur durch die Studentenbewegung, Berlin 1988, S. 45-71.
- Reichel, Peter**, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in Politik und Justiz, zweite, aktualisierte und überarbeitete Neuauflage, München 2007.
- Reichel, Peter** Erfundene Erinnerung. Weltkrieg und Judenmord in Film und Theater, Frankfurt am Main 2007.

- Rensmann, Lars**, Kritische Theorie über den Antisemitismus. Studien zu Struktur, Erklärungspotenzial und Aktualität, Berlin und Hamburg 1988.
- Röhl, Klaus Rainer**, Fünf Finger sind keine Faust, mit einem Nachwort von Jochen Steffen, Köln 1974.
- Rosenberg, Alfred**, Der staatsfeindliche Zionismus, München 1938.
- Roth, Roland**, Rebelle Subjektivität. Herbert Marcuse und die neuen Protestbewegungen, Frankfurt am Main/New York 1985.
- Rübner, Hartmut**, Geister der Vergangenheit. Vom Nationalsozialismus zum Faschismus, in: Rotaprint (Hrsg.), Agit 883. Bewegung Revolte Underground in Westberlin 1969-1972, Hamburg/Berlin 2007, S. 215-226.

- S -

- Schatten, Fritz**, Der Konflikt Moskau Peking. Dokumente und Analysen des roten Schismas, München 1963.
- Schatz, Holger und Woeldike, Andrea**, Freiheit und Wahn deutscher Arbeit. Zur historischen Aktualität einer folgenreichen antisemitischen Projektion, Reihe antifaschistischer Texte Band 9, Münster 2001.
- Scheuch, Erwin K. (Hrsg.)**, Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der „Neuen Linken“ und ihrer Dogmen, Köln 1968.
- Schildt, Axel**, Die Eltern auf die Anklagebank? Zur Thematisierung der NS-Vergangenheit im Generationenkonflikt der bundesrepublikanischen 1960er Jahre, in: Cornelißen, Christoph, Klinkhammer, Lutz und Schwendker, Wolfgang (Hrsg.), Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 317-332.
- Schimmang, Jochen**, Der schöne Vogel Phönix. Erinnerungen eines Dreißigjährigen, Frankfurt am Main 1979.
- Schleifstein, Josef**, Die „Sozialfaschismus“-These. Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund, Marxistische Taschenbücher, Reihe Marxismus aktuell, Frankfurt am Main 1980.

- Schlögel, Karl**, Was ich einem Linken über die Auflösung der KPD sagen würde, in: Schlögel, Karl, Jasper, Willi und Ziesemer, Bernd, Partei kaputt. Das Scheitern der KPD und die Krise der Linken, Berlin 1981, S. 12-39.
- Schlomann, Friedrich Wilhelm und Friedlingsstein, Paulette**, Die Maoisten, Pekings Filialen in Westeuropa, Frankfurt am Main 1970.
- Schmid Noerr, Gunzelin**, Flaschenpost. Die Emigration Max Horkheimers und seines Kreises im Spiegel seines Briefwechsels, in: Ilja Srubar (Hrsg.), Exil, Wissenschaft, Identität. Die Emigration deutscher Sozialwissenschaftler 1933-1945, Frankfurt am Main 1988, S. 252-280.
- Schmidtke, Michael**, Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Campus Historische Studien Band 34, Frankfurt am Main/New York 2003.
- Schulz, Kristina**, Studentische Bewegungen und Protestkampagnen, in: Roth, Roland und Rucht, Dieter (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main/New York 2008, S. 417-446.
- Schwarz, Peter**, Marxismus gegen Maoismus. Die Politik der MLPD, Reihe Neue Arbeiterpresse 7, Essen 1998.
- Selent, Karl**, Ein Gläschen Yarden-Wein auf den israelischen Golan. Polemik, Häresie und Historisches zum endlosen Krieg gegen Israel, Freiburg im Breisgau 2003.
- Simon, Gerhard**, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinistischen Gesellschaft. Osteuropa und der internationale Kommunismus Band 16, Herausgeber: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien Köln, Baden-Baden 1986.
- Situationistische Internationale**, Der Explosionspunkt der Ideologie in China, in: Dies., Situationistische Internationale 1958-1969, Gesammelte Ausgaben des Organs der Situationistischen Internationale, Band 2, übersetzt aus dem französischen Original von Galbissaires, Pierre, deutsche Bearbeitung für die vorliegende Ausgabe von Mittelstädt, Hanna, Hamburg 1977, S. 247-257.

- Stalin, Jossif Wissarionowitsch**, Marxismus und nationale Frage, in: Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU (B) (Hrsg.), J. W. Stalin Werke Band 2, 1907-1913, 3. Auflage Berlin 1950, S. 266-333.
- Stalin, Jossif Wissarionowitsch**, Über den Antisemitismus. Antwort auf eine Anfrage der Jüdischen Telegrafagentur aus Amerika, in: Marx-Engels-Lenin-Stalin Institut beim ZK der KPdSU (Hrsg.), J.W. Stalin Werke, Band 13, Juli 1930-Januar 1934, Hamburg 1971.
- Stalin, Jossif Wissarionowitsch**, Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, in: Marx-Engels-Lenin Institut beim ZK der KPdSU (B) (Hrsg.), J. W. Stalin Werke, Band 15, Moskau 1938.
- Steffen, Michael**, Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971-1991, Berlin/Hamburg/Göttingen 2002.
- Steigerwald, Robert**, Herbert Marcuses dritter Weg, Köln 1969.
- Stöss, Richard (Hrsg.)**, Parteien – Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band II, FDP bis WAV, Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin Band 39, Opladen 1984.

- T -

- Tanner, Jakob**, „The Times They Are A Changing“. Zur subkulturellen Dynamik der 68er Bewegung, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.), 1968 - Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 17, Göttingen 1998, S.207-223.
- Tolmein, Oliver**, Vom Deutschen Herbst zum 11. September. Die RAF, der Terrorismus und der Staat, Hamburg 2002.
- Tolmein, Oliver**, „RAF – Das war für uns Befreiung“. Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf, Knast und die Linke, aktualisierte und erweiterte Auflage, Hamburg 2005.

- V -

Viett, Inge, Nie war ich furchtloser. Autobiographie, Hamburg 1997.

Von Heiseler, Johannes Henrich, Steigerwald, Robert und Schleifstein, Josef (Hrsg.): Die „Frankfurter Schule“ im Lichte des Marxismus. Zur Kritik der Philosophie und Soziologie von Horkheimer, Adorno, Marcuse und Habermas. Materialien einer wissenschaftlichen Tagung aus Anlass des 100. Geburtstages von W.I. Lenin, veranstaltet vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) am 21. und 22. Februar 1970 in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1970.

Von Plato, Alexander, Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik: KPD und Komintern, Sozialdemokratie und Trotzismus, Materialistische Wissenschaft Band 8, Berlin 1973.

von Plato, Alexander, Über das Verhältnis von antifaschistisch-demokratischer Republik und Kampf um den Sozialismus in der Strategie der KPD und SED. Zur Entwicklung der Strategie der KPD und SED, in: Ders. (Hrsg.), Auferstanden aus Ruinen...Von der SBZ zur DDR (1945-1949) – ein Weg zu Einheit und Sozialismus?, Oktober – Taschenbuch 5, Köln 1979, S. 97-141.

- W -

Wallerstein, Immanuel, 1968: eine Weltrevolution im Weltsystem, in: Etienne François et. al. (Hrsg.), 1968 – ein europäisches Jahr? Beiträge zu Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsordnung 6, Leipzig 1997, S. 19.

Weber, Hermann, Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation, Hannover 1966, S. 185.

Weber, Max, Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen, in: Ders., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie 1, Tübingen 1988, S. 237-573.

- Wehler, Hans-Ulrich**, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Band Bundesrepublik und DDR 1949-1990, München 2008.
- Wehrle, Gerhard**, Der Holocaust als Gegenstand der bundesdeutschen Strafrecht, in: Moltmann, Bernhard et. al., (Hrsg.), Erinnerung. Zur Gegenwart des Holocaust in Deutschland – West und Deutschland – Ost, Arnoldshainer Texte – Band 79, Frankfurt am Main 1993, S. 99-117.
- Wieviorka, Michel**, 1968 und der Terrorismus, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 17, Göttingen 1998, S. 273-282.
- Wiggershaus, Rolf**, Die Frankfurter Schule. Geschichte. Theoretische Entwicklung. Politische Bedeutung, München 2001.
- Wittfogel, Karl August**, Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht, Köln/Berlin 1962.
- Wojak, Irmtrud**, Der erste Frankfurter Auschwitz-Prozess und die „Bewältigung“ der NS-Vergangenheit, in: Dies. (Hrsg.), Auschwitz-Prozess 4Ks 2/63 Frankfurt am Main, im Auftrag des Fritz Bauer Instituts, Frankfurt am Main 2004, S. 53-70.
- Wolff, Frank und Windaus, Eberhard (Hrsg.)**, Studentenbewegung 1967-69. Protokolle und Materialien, Frankfurt am Main 1977.
- Wunschik, Tobias**, Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer „Sektion DDR“ durch das MfS, BF informiert Nr. 18, Berlin 1997.

- Z -

- Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW) (Hrsg.)**, Kampf um das Programm der Revolution in Deutschland. Der Weg der KPD, Frankfurt am Main 1977.
- Zentralkomitee der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (Hrsg.)**, Die Geschichte der MLPD, 3 Bände, Stuttgart 1985.
- Zentrale Leitung des KABD (Hrsg.)**, Von der Restauration des Kapitalismus zum Sozialimperialismus in China. Teil 1: Die revisionistische Innenpolitik, China Aktuell 6, Stuttgart 1981.

Zentrale Leitung des KABD (Hrsg.), Von der Restauration des Kapitalismus zum Sozialimperialismus in China. Teil 2: Sozialimperialistische Außenpolitik, China Aktuell 7, Stuttgart 1981.

9.2 Zeitschriftenartikel

- A -

Abendroth, Wolfgang, Rede zum 8. Mai 1965, in: neue kritik, Zeitschrift sozialistischer Studenten, Nr. 30, Juni 1965, S. 3-5.

Adorno, Theodor W., Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft Heft 29, 6. Jahrgang Heft 2 Mai 1964, Schule und Erziehung (I), 5. Auflage Januar 1970, S. 88-104.

AK „Angestellte und technische Intelligenz (Automation)“ des Republikanischen Clubs, Technische Intelligenz und Klassenkampf, in Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 18 vom 20.06.1970, S. 9-10.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg, Das war vorauszusehen: „KPD/ML“ schwenkt offen ins Lager der Vaterlandsverteidiger, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes Nr. 60 vom 29.04.1975, S. 28-29.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg, Gemischte vaterländisch trotzkistische Provokation, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes Nr. 69 vom 11.11.1975, S. 4.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg, Wegen Strauß-„Beleidigung“: Arbeiterkampf zu 2.700 DM Geldstrafe verurteilt, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes, Nr. 141 vom 31.10. 1978, S. 1-2.

Antifa-Kommission Hamburg, „Holocaust“ – 30.000 Fragen müssen beantwortet werden, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes, Nr. 147 vom 5. Februar 1979, S. 4.

Aust Ernst, Kampf der wachsenden Kriegsgefahr durch die zwei Supermächte! Für die Einheit und Solidarität der europäischen Völker, in: Roter Morgen. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten KPD/ML, Nr. 14 vom 5. April 1975, S. 1-8.

- B -

Beirat der Roten Pressekorrespondenz, Den Kampf gegen die Schwarze Linie führen!, in: Rote Pressekorrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 42 vom 05.12.1969, S. 1-5.

Benicke, Jens, „Soße aus Gewalt und Geld“, in: Jungle World. Wochenzeitung. Beilage Dschungel vom 06.08.2009, S. 10-13.

Benjamin, Walter, Theorien des deutschen Faschismus. Zu der Sammelschrift „Krieg und Krieger“ Hrsg. v. Ernst Jünger, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft Heft 30, 6. Jahrgang Heft 1 1964, Faschismus-Theorien (I), 5. Auflage März 1970, S. 129-137.

Berndt, Heide, Die Suche nach dem „revolutionären Subjekt“, in: neue kritik Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik Nr. 45, Dezember 1967, S. 94-99.

Betriebsprojektgruppe Heidelberg, Zu den Streiks an der Saar, in: Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 35 vom 17.10.1970, S. 6-7.

B.F., Die deutsche Monopolbourgeoisie und ihr faschistischer Ausweg aus der Krise der Weimarer Republik, in: Neues Rotes Forum 3/72 vom August 1972, S. 22-29.

Blanke, Bernhard, „Rot gleich Braun“, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 33, 7. Jahrgang Heft 2 Mai 1965, Faschismus-Theorien (III), 3. Auflage März 1970, S. 27-30.

Blanke, Bernhard, Reiche, Reimut und Werth, Jürgen, Die Faschismus-Theorie der DDR, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 33, 7. Jahrgang Heft 2 Mai 1965, Faschismus-Theorien (III), 3. Auflage März 1970, S. 35-48.

Bösch, Robert, Unheimliche Verwandtschaft. Anmerkungen zum Verhältnis von Marxismus-Leninismus und Antisemitismus, in: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft 16/17 1995, S. 161-175.

Brüggemann, Heinz, „Die Ermittlung“ und ihre Kritiker, in: neue kritik, Zeitschrift sozialistischer Studenten, Nr. 34, Februar 1966, S. 34-37.

Bucher, Christine, Vom Standpunkt der großen Kleinmütigkeit zum Standpunkt des kleineren Übels (Zur Faschismustheorie des KB-Nord), in: Neues Rotes Forum 6/72 vom Dezember 1972, S. 10-26.

- C -

Czichon, Eberhard, Berlin/DDR, Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 47, 10. Jahrgang Juli 1968 Heft 3, Faschismus und Kapitalismus. Faschismus-Theorien (V) / Diskussion, 2. Auflage Juli 1969, S. 168-192.

- D -

Damerow, Peter, Furth, Peter und von Greif, Bodo et. al., Der nicht erklärte Notstand, in: Kursbuch Nr. 12, 1968, Der nicht erklärte Notstand. Dokumentation und Analyse eines Berliner Sommers, S. 1-184.

Dick, Franz und Roske, Norbert, Göttingen, Die Kritische Theorie: Auf hohem Ross in reaktionärem Sumpf. Eine Polemik gegen Basam Tibi, Prof., Dr., Beamter, in: Kommunistische Volkszeitung. Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW) Ausgabe Süd Nr. 46 vom 14. November 1977, S. 16.

- E -

Enzensberger, Hans Magnus, Berliner Gemeinplätze II, in: Kursbuch Nr. 13, 1968, S. 190-197.

E.R., Gefängnis für B. Klarsfeld, in: Kommunistische Volkszeitung. Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), Nr. 15 vom 24. Juli 1974, S. 2.

Ebermann, Thomas, Damals, in: konkret: Politik und Kultur, Heft 2 Februar 2003, S. 22-23.

- F -

Frankfurter Marxisten-Leninisten, Über die Lage und die Aufgaben im Kampf gegen den Hegemonismus, in: Der Maoist. Zeitschrift für die Anwendung des Marxismus-Leninismus und der Mao Tse-tung-Ideen auf Deutschland, Nr. 1 vom August 1975, S. 40-89.

- G -

Gemeinsame Stellungnahme von SALZ und KAB Hamburg, Für das Bündnis von Intelligenz und Arbeiterklasse, in: Arbeiterzeitung des Kommunistischen Arbeiterbundes 11/12 1971, S. 34-36.

Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (Hrsg.), Einführung in die Kritische Theorie, in: Kommunistische Volkszeitung. Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW) – Ausgabe Süd, Reihe Quellenhefte zum Studienprogramm des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands Winterhalbjahr 1978/79.

Gottschalch, Wilfried, Besprechung zu: Der ungekündigte Bund. Neue Begegnung von Juden und christlicher Gemeinde, herausgegeben von Dietrich Goldschmidt und Hans Joachim Kraus und Kurt Blumfeld, Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert Zionismus, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 26, Juli 1963, Probleme der Ästhetik, 4. Auflage März 1975, S. 61-62.

G.S. (i.e. Gerhard Schmierer), Kritische Theorie und was davon bei näherem Zusehen übrigbleibt, in: Kommunismus und Klassenkampf. Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) 7/78, S. 135-139.

- Grosser, Dieter**, Die nationalsozialistische Wirtschaft. Die deutsche Industrie und die Nationalsozialisten: Partnerschaft beim Griff nach der Weltmacht, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 32, 7. Jahrgang Heft 1 1965, Faschismus-Theorien (II), 5. Auflage März 1970, S. 1-11.
- Gruppe Neues Rotes Forum**, Zur Analyse der Studentenbewegung, in: Neues Rotes Forum 1/71 vom 08.02.1971, S. 52-55.

- H -

- Habermas, Jürgen**, Zur philosophischen Diskussion um Marx und den Marxismus, in: Philosophische Rundschau, Heft 3/4 1957, S. 165-235.
- Hahn, Manfred**, Faschismus in verändertem Aufzug? Hinweise auf Literatur über die „Formierte Gesellschaft“, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 48, 10 Jahrgang Oktober 1968 Heft 4/5, Kalter Krieg und Neofaschismus in der Bundesrepublik. Materialien zur „formierten“ Demokratie (II), S. 300-308.
- Haug, Wolfgang Fritz, et. al.**, Ideologische Komponenten in den Theorien über den Faschismus, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 33, 7. Jahrgang Heft 2 Mai 1965, Faschismus-Theorien (III), 3. Auflage März 1970, S. 1-34.

- J -

- Jacob, Alfred**, Marschieren für Israel? Eine Analyse des arabisch-israelischen Konflikts, in: konkret. Unabhängige Zeitschrift für Kultur und Politik, Nr. 8/August 1967, S. 17-19.
- J.K.**, Cohn-Bendits Lob der Fäulnis. Besprechung des Buches „Der große Basar“, in: Kommunismus und Klassenkampf. Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW) Jahrgang 4, Nr. 6, September 1976, S. 286-288.
- J.S.**, Der Kolonialcharakter des israelischen Staates, in: Kommunismus und Klassenkampf. Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW), Nr. 1 vom Februar 1974, S. 55.

- K -

- Kapczynski, Helmut**, Zur Frage einer sozialistischen Randgruppenstrategie, in: Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 41 vom 28.11.1969, S. 2-7.
- KB/Gruppe Frankfurt**, Frankfurt: Der Polizei-Staat in Aktion, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes Nr. 81 vom 31. Mai 1976, S. 5-6.
- KB-Gruppe Hamburg**, Für eine andere Palästina Solidarität, in: Arbeiterkampf. Zeitung des Kommunistischen Bundes, Nr. 291 vom 8. Februar 1988, S. 36.
- Klein, Andreas**, Die Bundesrepublik auf dem Weg in den Rechts – Staat, in: Diskus. Frankfurter Studentenzeitung Heft 1 vom 3. Februar 1972, S. 8-18.
- Koch, Claus**, Zum Stellenwert der Beiträge Kramers auf der Generalversammlung in den Fraktionsauseinandersetzungen, in: Neues Rotes Forum 3/70 vom 16.12.1970, S. 52-55.
- Kommunistische Hochschulgruppe (Neue Einheit)**, Die „KPD“ greift zu Terrormethoden faschistischer SA-Banden, in: Die Revolutionäre Stimme. Zeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, Nr. 7/8 vom 12.04.1972, S. 12-13.
- Kommunistischer Arbeiterbund (Marxisten-Leninisten)**, US-Vize besucht seine Schäfchen, in: Kommunistische Pressekorrespondenz. Herausgegeben vom Kommunistischen Arbeiterbund (Marxisten-Leninisten), Nr. 1 vom 09.09.1970, S. 6-7.
- Kommunistischer Arbeiterbund (Marxisten–Leninisten)**, Aktion Widerstand, in: Kommunistische Pressekorrespondenz. Herausgegeben vom Kommunistischen Arbeiterbund (Marxisten – Leninisten), Nr. 1 vom 09.09.1970, S. 1-2.
- Kommunistischer Arbeiterbund (Marxisten-Leninisten)**, USA: Demonstration gegen faschistischen Polizeiterror, in: Kommunistische Pressekorrespondenz. Herausgegeben vom Kommunistischen Arbeiterbund (Marxisten-Leninisten), Nr. 39 vom 28.09.1971, S. 7.

- Kommunistischer Bund Bremen**, Bewaffneter Kampf in Westeuropa heute. Eine Kritik an der „Roten Armee Fraktion“, in: Wahrheit. Kommunistische Arbeiter Korrespondenz, Organ des Kommunistischen Bundes Bremen, Nr. 1, Februar 1972, S. 11-12.
- Kommunistischer Jugendbund**, Faschisten planen Großaktion in Freiburg, in: KJZ – Kommunistische Jugendzeitung des Kommunistischen Jugendbundes. Jugendorganisation des Bundes Kommunistischer Arbeiter, Extrablatt vom 18.10.1971, S.1 und 4-5.
- Kommunistischen Studentengruppen (Marxisten-Leninisten)**, Bonns neue Notstandsgesetze, in: Roter Pfeil. Zentralorgan der Kommunistischen Studentengruppen (Marxisten-Leninisten)Nr. 5 vom Juli 1972, S. 8-9.
- Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation**, Vorläufige Plattform der Aufbauorganisation für die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Rote Pressekorrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 56/57 vom 13.03.1970, S. 1-8.
- KPD-Aufbauorganisation**, Die „Westberlin-Frage“ und das Potsdamer Abkommen im Lichte des antiimperialistischen Kampfes heute, in: Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung, Nr. 96/97 vom 08.01.1971, S. 1-12.
- KPD-Aufbauorganisation**, Das Schicksal der „Kritischen“ Theorie: „Kritischer“ Opportunismus, in: Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 108 vom 26.3.1971, S. 1-5.
- Kramer, Fritz**, Über Sozialismus in China und Russland und die Marxsche Theorie der Geschichte, in: Rotes Forum, Organ des SDS-Heidelberg 3/70 vom 03.06.1970 , S. 5-26.
- KSV**, Kampf den kapitalistischen Sozialwissenschaften, in: Rote Pressekorrespondenz. Zentralorgan des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV) Nr. 181 vom 26.08.1972, S. 1-15.

- L -

- Lagarde, Peter**, Bemerkungen zur Faschismus-Diskussion, in: Neues Rotes Forum 6/71 vom Dezember 1971, S. 36-46.

- Lefèvre, Wolfgang,** Einige Konsequenzen aus der Streikbewegung im September 1969 für unsere Arbeit, in: neue kritik. Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik Nr. 54, vom Juni 1969, S.41-48.
- Leggewie, Claus,** 1968 ist Geschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Band 22-23/2001, S. 1-3.
- Lettau, Reinhard,** Täglicher Faschismus. Evidenz aus fünf Monaten, in: Kursbuch 22 vom Dezember 1970, S. 1-44.

- M -

- Maier, W.,** Schwarz-Rot-Goldene Kommunisten? Programm und Politik des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD, in: Kommunismus und Klassenkampf. Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands, Nr. 1/73, S. 52-60.
- Mangold, Günther,** Kommentar zu einigen Interpretationen der Septemberstreiks, in: Rotes Forum, vormals forum academicum. Heidelberger Studentenzeitschrift, 6/69 vom 15.12.1969, S. 12-14.
- Marxistisch-leninistischen Gruppen an der Universität Tübingen,** Wem nützt die Theorie von der „revolutionären technischen Intelligenz“?, in: Roter Pfeil, Organ der marxistisch-leninistischen Gruppen an der Universität Tübingen Nr. 4 vom Februar 1970, S. 1-11.
- Mason, Tim,** Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 41, 8. Jahrgang Dezember 1966 Heft 6, Staat und Gesellschaft im Faschismus, Faschismus-Theorien (IV), 3. verbesserte Auflage, S. 473-494.
- Mason, Tim,** Primat der Industrie? Eine Erwiderung, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 47, 10. Jahrgang Juli 1968 Heft 3, Faschismus und Kapitalismus. Faschismus-Theorien (V) / Diskussion, 2. Auflage Juli 1969, S. 168-192.
- Mehlen, Theo,** Nationalsozialistische Vergangenheit: Westdeutsche Magenschmerzen mit dem Nahost-Konflikt, in: Kommunistische Volkszeitung. Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), Nr. 33 vom 20. August 1982, S. 8.

Müller, Manfred, Zum Auschwitz-Prozess, in: Diskus, Frankfurter Studentenzeitung, Nr. 10, Dezember 1963, S. 1 und 4.

- N -

Neumann, Robert, Was sagen Sie nun, Herr Lübke? In: konkret, Unabhängige Zeitschrift für Kultur und Politik, Nr. 11, November 1966, S. 28-30.

Nitz-Lindquist, Irmela, Der Putsch von Rechts, in: Diskus, Frankfurter Studentenzeitung, Nr. 8, Dezember 1966, S. 3.

Nor. und Gör., Befreiung von der Arbeit als Programm. Herbert Marcuse, Ziehvater des politischen Opportunismus in der demokratischen Bewegung, in: Kommunismus und Klassenkampf. Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW), Jahrgang 9, Nr. 9, August 1979, S. 18-20.

- R -

Redaktion, Wider das Gründungsfieber, in: Rotes Forum, Organ des SDS Heidelberg 2/70 vom 15.04.1970, S. 2-5.

Redaktion Agit 833, Rote Armee Fraktion. Leninisten mit Knarren, in: Agit 883, Revolutionäre Aktion, Nr. 86 vom 6.12.1971, S. 8-9.

Redaktion Arbeiterkampf, Olympischer Frieden...und palästinensischer Krieg?, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes, Nr. 22 vom Oktober 1972, S. 1-3.

Redaktion Arbeiterkampf, Kommunisten und „deutsche Wiedervereinigung“, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes Nr. 43 vom 01.05.1974, S. 20-21.

Redaktion Arbeiterkampf, Strauß in China: Zum Kotzen!, in Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes, Nr. 55 vom 28. Januar 1975, S. 1 und 25.

Redaktion Arbeiterkampf, „Selbstmord“ die „Endlösung“ des Staates, in: Arbeiterkampf. Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes, Nr. 121 vom 23. Januar 1978, S. 6-7.

- Redaktion Kommunistische Arbeiterzeitung**, „Zirkeldiplomatie“ oder Ringen um Klarheit. Wer mit wem gegen die „Vaterlandsverteidiger“? (2), in: Kommunistische Arbeiterzeitung. Zentralorgan des Arbeiterbundes zum Wiederaufbau der KPD Nr. 82 vom 18.04.1976, S. 6-7.
- Redaktion Rote Fahne**, Zionisten: Die Nazis unserer Tage, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 9 vom 28.2.1973, S. 1.
- Redaktion Rote Fahne**, Zu einigen Fragen des antimilitaristischen Kampfes: Gegen die Supermächte kämpfen, dem Pazifismus eine Absage erteilen!, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 28 vom 16.07.1975, S. 7.
- Redaktion Rote Fahne**, Die sowjetischen Führer sind in die Fußstapfen Hitlers getreten, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 12 vom 24.03.1976, S.1+12.
- Redaktion Rote Fahne**, „Anarchismus“ - Vorwand für Ausbau des staatlichen Terrors: Schmidt: „Unser Rechtsstaat ist wehrhaft geworden“, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 16 vom 20.04.1977, S. 1+3.
- Redaktion Rote Fahne**, Den Tod von Jan Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Andreas Baader aufklären, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 43 vom 26.10.1977, S. 2.
- Redaktion Rote Fahne**, Nie wieder Faschismus! Das Ringen des Kommunistischen Arbeiterbundes um die antifaschistische Aktionseinheit, in: Rote Fahne. Zentralorgan des Kommunistischen Arbeiterbundes, Nr. 2/1971, S. 5-7.
- Redaktion Rote Fahne**, Zivilisierte und Unzivilisierte, in: Rote Fahne. Zentralorgan des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands, Nr. 10/1972, S. 2.
- Redaktion Rote Fahne**, „Holocaust“ und viele Fragen, in: Rote Fahne, Zentralorgan des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands, Nr. 3 vom 10. Februar 1979, S. 12.

- Redaktion Rote Fahne**, Revolutionärer Jugendverband Deutschland (RJVD) gegründet, in: Rote Fahne. Zentralorgan des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands, Nr. 7 vom Juli 1973, S. 7.
- Redaktion Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung**, Rebellion in der US-Armee Westberlin, in: Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 80/81 vom 11.09.1970, S. 19-23.
- Redaktion Roter Morgen**, Terror und Eroberung: Der israelische Imperialismus, in: Roter Morgen. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten KPD/ML, Nr. 21 vom 23. Oktober 1972, S. 5.
- Redaktion Roter Morgen**, Fernsehserie: „Ein Herz und eine Seele“: Wie die Kapitalisten den „kleinen Mann“ gerne hätten, in: Roter Morgen. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten KPD/ML, Nr. 13 vom 30. März 1974, S. 8.
- Redaktion Roter Morgen**, Nach der Schleyer-Entführung: Bonn verschärft den Terror, in: Roter Morgen. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten KPD/ML, Nr. 37 vom 16. September 1977, S. 1-2.
- Redaktion Roter Morgen**, „Solidarität der Demokraten“?: Verschärfter Terror gegen die Werktätigen, in: Roter Morgen. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten KPD/ML, 45 vom 11. November 1977, S. 1+7.
- Redaktion Roter Morgen**, An „Holocaust“ arbeiteten Nazi-Mörder mit, in: Roter Morgen. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten KPD/ML, Nr. 30 vom 28. Juli 1978, S. 8.
- Redaktion Roter Pfeil**, Faschismus in der Türkei – BRD-Imperialisten stehen dahinter, in: Roter Pfeil. Zentralorgan der Kommunistischen Studentengruppen (Marxisten-Leninisten), Nr. 5 vom Juli 1972, S. 30-33.
- Redaktion Rotes Forum**, Dokumente zur Kontinuität des Faschismus im deutschen Gelehrtenstand: 2. Karriere eines Rechtswahrers, in: Rotes Forum, vormals: forum academicum, Heidelberger Studentenzeitung 6/69 vom 15.12.1969, S. 39-46.

- Redaktionskollektiv**, Antiautoritarismus und Arbeiterbewegung, in: Revolutionärer Weg, Theoretisches Organ des KABD 3/70, 2. unwesentlich veränderter Auflagen 1973.
- Redaktion und Leitung des KB**, Stellungnahme der Redaktion und der Leitung des KB, in: Unser Weg Nr. 16/17 1972, S. 16-30.
- Revolutionäre Jugend (ML)**, Häuptling des US-Imperialismus auf „Staatsbesuch“ bei seinen europäischen Vassalen, in: Rebell. Zentralorgan der Revolutionären Jugend (ML), NR. 7 vom März 1969, S. 9-10.
- Richmond, Claude**, Angeklagt: Israels Napalm Krieg, in: konkret. Unabhängige Zeitschrift für Kultur und Politik, Nr. 8/August 1967, S. 14-16.
- RJVD**, Neuseeland: Marihuana soll legal werden, in: Rebell. Organ des Revolutionären Jugendverbandes Deutschlands (RJVD) 7/8 vom Juli/August 1973, S. 6.
- RJVD**, Der Weg zum Sozialismus. Scheidelinie zwischen Kommunisten und Revisionisten, in: Rebell-extra, Organ des Revolutionären Jugendverbandes Deutschlands (RJVD), ohne Jahresangabe.
- Rote Garde**, Wer sind die Hitler von heute?, in: Die Rote Garde. Jugendorganisation der KPD/ML, Nr. 2 vom Mai 1975, S. 1-4.
- Rote Zelle Germanistik (Rotzeg)**, Die Rolle der SPD im Faschierungsprozeß der Weimarer Republik und die Sozialfaschismustheorie der KPD, in: Rote Pressekorrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 87 vom 23.10.1970, S. 4-10.
- Rote Zelle Germanistik**, Die Seminare des Sozialistischen Studiums der Roten Zelle Germanistik WS 1970/71, in: Rote Pressekorrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 88 vom 30.10.1970, S. 11-15.
- Rote Zelle Ökonomie**, Der Beitrag der Intelligenz zur Rekonstruktion der Arbeiterbewegung und die Folgerungen für die studentische Massenorganisation, in: Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 76/77 vom 07.08.1970, S. 6-16.

- S -

- Schauer, Helmut**, Soziale Demokratie oder neuer Faschismus? Zur innenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik, in: neue kritik, Zeitschrift sozialistischer Studenten Nr. 25/26 Oktober 1964, S. 11-17.
- Schickel, Joachim**, Dialektik in China. Mao Tse-tung und die Große Kulturrevolution, in: Kursbuch 9 vom Juni 1967, S. 45-129.
- Schlomann, Friedrich Wilhelm**, Trotzlisten – Europäische Arbeiter-Partei – „Maoisten“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B27/80 vom 5. Juli 1980, S. 12-28.
- Schmierer, Joscha**, Zur Analyse der Studentenbewegung, in: Rotes Forum, vormals: forum academicum. Heidelberger Studentenzeitschrift 5/69 vom 30.10.1969, S. 5-14.
- Schmierer, Joscha**, Die theoretische Auseinandersetzung vorantreiben und die Reste bürgerlicher Ideologie entschieden bekämpfen – Die Kritische Theorie und die Studentenbewegung, in: Rotes Forum, vormals: forum academicum. Heidelberger Studentenzeitschrift, 1/70 vom 02.02. 1970, S. 29-36.
- Schmierer, Joscha**, Revolutionäre Intelligenz und Arbeiterbewegung in der Frühphase der Parteibildung. Ein Grundproblem des Marxismus-Leninismus, in Rotes Forum, Organ des SDS-Heidelberg 2/70 vom 14.04.1970, S. 12-26.
- Schmierer, Joscha**, Die neuen Mittelklassen und das Proletariat – Bürgerliche und proletarische Linie in der Klassenanalyse, in: Neues Rotes Forum 4/71 vom Oktober 1971, S. 44-55.
- Schmierer, Joscha**, Sozialfaschismusthese und politische Programmatik der KPD 1928-33, in: Kommunismus und Klassenkampf. Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands Nr. 1 vom März 1975, S. 2-14.
- Schoenberger, Gerhard**, Das Menetekel von Köln. Die unbewältigte Gegenwart, in: Das Argument. Berliner Hefte für Politik und Kultur, Heft 16 Mai/Juni 1960, Die Überwindung des Antisemitismus, Argument-Reprint 1-17, Berlin 1974, S. 197-201.

- Schoenberner, Gerhard**, Eichmann und die Deutschen, in: Das Argument. Berliner Hefte für Politik und Kultur, Heft 20, Dezember 1961/Januar 1962, Argument Reprint 18-21 mit einem Nachwort von Gollwitzer, Helmut, Berlin 1975, S. 35-42.
- SDS**, Resolution der 21. Delegiertenkonferenz des SDS zur Notstandsgesetzgebung, in: neue kritik, Zeitschrift Sozialistischer Studenten, Nr. 38/39 Oktober-Dezember 1966, S. 10-12.
- Sozialistisches Anwaltskollektiv**, Verschleppung der Deserteure, in: Rote Pressekorrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 25/26 vom 05.08.1969, S. 6.
- Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum**, Hundert Jahre „Deutsches Reich“?, in: Kommunistische Arbeiter Zeitung des Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum, Nr. 1 vom Februar 1971, S. 7 -11.
- Ständiger Ausschuss des Politbüros des ZK der KPD**, Mai 1975 – 30 Jahre nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus heißt die Lehre des antifaschistischen Krieges: Internationale Einheitsfront gegen die imperialistischen Supermächte, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr.15 vom 16.04.1975, S. 1 und 3.
- Ständiger Ausschuss des Politbüros des ZK der KPD**, Scharfe Verurteilung des zionistischen Überfalls. Presseerklärung, in: Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 27 vom 7.7.1976, S. 1.
- Strecker, Reinhard**, Die Namen nennen, in: Das Argument. Berliner Hefte für Politik und Kultur, Heft 20 Dezember 1961/ Januar 1962, Argument Reprint 18-21, mit einem Vorwort von Gollwitzer, Helmut, Berlin 1975, S. 33-34.

- V -

- Von Brentano, Margherita und Raxin, Manfred**, Presseverlautbarung und Beschlüsse der Berliner Tagung „Überwindung des Antisemitismus“, in: Das Argument. Berliner Hefte für Politik und Kultur, Heft 16 Mai/Juni 1960, Die Überwindung des Antisemitismus, Argument-Reprint 1-17, Berlin 1974, S. 203-206.
- von Plato, Alexander**, Thesen zur Einheitsfrontpolitik der Weimarer KPD, in: Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus. Theoretisches Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), Nr. 1/79, S. 129-147.
- Vorbereitungsgruppe der Randgruppenkonferenz (Berlin)**, Zur sozialistischen Randgruppenstrategie, in: Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 54 vom 27.02.1970, S. 2-7.
- Vorbereitungskomitee Berlin**, Randgruppenkonferenz Berlin. Bericht und Materialien, in: Rote Presse Korrespondenz der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung Nr. 54 vom 27.02.1970, S. 1-2.

- W -

- Welz, Bert**, Doppelte Unmoral, in: Diskus, Frankfurter Studentenzeitung, Nr. 8 Dezember 1964, S. 1.
- Westphal, Reinhard**, Psychologische Theorien über den Faschismus, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft Heft 32, 7. Jahrgang Heft 1 1965, Faschismus- Theorien (II), 5. Auflage März 1970, S. 30-39.
- Wiegand, Ronald**, „Herrschaft“ und „Entfremdung“. Zwei Begriffe für eine Theorie über den Faschismus, in: Das Argument. Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft, Heft 30, 6. Jahrgang Heft 1 1964, Faschismus-Theorien (I), 5. Auflage März 1970, S. 138-144.

- Z -

- Z. Alb.**, „Holocaust“. Propagierung der Schutzbedürftigkeit anderer Nationen, in: Kommunistische Volkszeitung. Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), Ausgabe Mitte, Nr. 5 vom 29. Januar 1979, S. 20.
- Z. Gör.**, Kritische Theorie, Glaube an eine „vernünftige“ bürgerliche Gesellschaft, in: Kommunistische Volkszeitung. Zentralorgan des Kommunistischen Bundes (KBW), Ausgabe Süd, Nr. 1 vom 31. Dezember 1979, S. 20.
- Zentralbüro der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten**, Das Lohndiktat im System der sozialfaschistischen Verwaltung der Arbeiterklasse, in: Bolschewik, früher Revolutionärer Weg. Theoretisches Organ der KPD/ML, Mai 1971, S. 43-66.
- ZK der KPD/ML (Hrsg.)**, Linie und Entwicklung der Gruppe „Rote Fahne“ (KPD) 1970-1975. Die Einheit der Marxisten-Leninisten im Kampf gegen revisionistische und trotzkistische Einflüsse herstellen! In: Der Weg der Partei, Theoretischen Organ der KPD/Marxisten-Leninisten Nr. 3 1975.

9.3 Quellen

- B -

- Bundesleitung des KBW**, Der Kampf des palästinensischen Volkes ist die Bedingung für einen Frieden im Nahen Osten, Flugblatt, o. O. A. , o. J. A. (Archiv für soziale Bewegungen Freiburg, Systematikpunkt 13.3.1.2).

-E-

Eckhard, Julian von, Lehmann, Irmi und Marla, Sarma (Hrsg.), Generalspaltung. Von der Studentenbewegung zu den Sekten und Zirkeln. Das vollständige Protokoll einer Debatte, exemplarisch geführt nach dem Ende des Heidelberger SDS. 21./22. November 1970, Heidelberg 1972, (Archiv für soziale Bewegungen Freiburg, Systematikpunkt Format A4 5.212.5.6.1).

-H-

H. D. Bahr, SDS-Tübingen, Organisation und Anarchie. Eine Kritik autoritärer Mechanismen in der anti-autoritären Bewegung, Broschüre, Tübingen 1968, (Archiv für soziale Bewegungen Freiburg, Systematikpunkt Bro 5.0.1.256).

- K -

KPD/ML, Es lebe der Kommunismus. Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Grundsatzerklärung der KPD/ML, o. O. A., o. J. A. (Archiv für soziale Bewegungen Freiburg, Systematikpunkt 9.1.4.XI).

KPD/ML und KJVD, Erklärung des Zentralbüros der KPD/ML vom 7.9.1972: Nieder mit der Kumpanei zwischen dem Westdeutschen Revanchismus und dem israelischen Imperialismus, Flugblatt, o. O. A. (Archiv für soziale Bewegungen Freiburg, Systematikpunkt 5.5.6.I).

- S -

SDS Heidelberg, Aufruf zur Palästina-Demonstration am Montag, in: Rote Kommentare vom 20.02.1970, Flugblatt/Schrift, o. O. A. (Archiv für soziale Bewegungen Freiburg, Systematikpunkt 5.2.1.3).

Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) – Vorstand,
Rundschreiben 12/67-68 vom 12. Mai 1968. (Archiv für soziale
Bewegungen Freiburg, Systematikpunkt 5.2.1.2.II).

Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) Bundesvorstand,
Rundbrief an alle SDS-Mitglieder, Niederlage oder Erfolg der
Protestaktion? Eine vorläufige Auswertung (2.Juli 1967), o. O. A. (Archiv
für soziale Bewegungen Freiburg, Systematikpunkt 5.2.1.2.I).

9.4 Internet

- K -

Kesten, Dietmar, Zur Geschichte der KPD/ML – Zentralbüro,
[http://userpage.fu.berlin.de/~archapo/ONLINE/MAO/BRD/ZB-
GESCHICHT.html](http://userpage.fu.berlin.de/~archapo/ONLINE/MAO/BRD/ZB-GESCHICHT.html) (Stand 24.10.2008).

10 Abkürzungsverzeichnis

AB	Arbeiterbund zum Wiederaufbau der KPD
ABG	Arbeiter Basis Gruppen
AJC	American Jewish Committee
APO	Außerparlamentarische Opposition
AStA	Allgemeiner Studierendenausschuss
AUSS	Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler
BKA	Bund Kommunistischer Arbeiter
BWK	Bund Westdeutscher Kommunisten
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DFG-VK	Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner
DFLP	Democratic Front for the Liberation of Palestine (Demokratische Front für die Befreiung Palästinas)
DIS	Deutsch-Israelische Studiengruppe
DK	Delegiertenkonferenz
KP	Deutsche Kommunistische Partei
ESG	Evangelische Studentengemeinde
FSP/ML	Freie Sozialistische Partei/Marxisten-Leninisten
FU	Freie Universität
GIM	Gruppe Internationaler Marxisten
GUPA	Generalunion palästinensischer Arbeiter
GUPS	Generalunion palästinensischer Studenten
IfS	Institut für Sozialforschung
IMSF	Institut für marxistische Studien und Forschungen
K 1	Kommune 1
KAB	Kommunistischer Arbeiterbund
KABD	Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands
KAB/ML	Kommunistischer Arbeiterbund/Marxisten-Leninisten
KB	Kommunistischer Bund
KBB	Kommunistischer Bund Bremen
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschlands

Komintern	Kommunistische Internationale
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD/AO	Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation
KPD/ML	Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten
KPD/ML-ZB	Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten-Zentralbüro
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSV	Kommunistischer Studentenverband
KVZ	Kommunistische Volkszeitung
LSD	Liberaler Studentenbund Deutschland
MLD	Marxisten-Leninisten Deutschlands
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
MSB-Spartakus	Marxistischer Studentenbund Spartakus
NLA	Nationalliberale Aktion
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
PdAA	Partei der Arbeit Albaniens
PEI	Projektgruppe Elektroindustrie
PFLP	People's Front for the Liberation of Palestine (Volksfront zur Befreiung Palästinas)
PL/PI	Proletarische Linke/Parteiinitiative
RAF	Rote Armee Fraktion
RZ	Revolutionäre Zellen
SALZ	Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum
SB	Sozialistisches Büro
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHB	Sozialdemokratischer Hochschulbund
SOMAO	Sozialistische Massenorganisation
SPK	Sozialistisches Palästina-Komitee Heidelberg
VDS	Verband Deutscher Studentenschaften
VSP	Vereinigte Sozialistische Partei

VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
ZfS	Zeitschrift für Sozialforschung
ZK	Zentralkomitee